Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. November 1979
Jg. 7 Nr. 47

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Opec nutzt immer besser die imperialistische Konkurrenz

z.pel. „Wir nehmen das Öl, von wo wir es kriegen“, erklärte Frankreichs Industrieminister Giraud kürzlich. Die imperialistische Konkurrenz um die notwendige Energie für die Profitproduktion steht in voller Blüte. Die BRD hat ihre Importe gegenüber dem Vorjahr bis jetzt um 17%, Frankreich um 14% gesteigert. Die US-Imperialisten haben die Preise auf dem Rotterdamer „freien“ Ölmarkt auf 42 $ getrieben, um zu zeigen, wer Herr im Hause ist. Seit Oktober antworteten bisher acht der erdölexportierenden Staaten mit der Anhebung des bisherigen Höchstpreises von 23,50 $/barrel (157 l) auf 26,70 $, um „den Verlusten durch die Dollarinflation und der Verschwendung“ zu begegnen. Die Wirtschaftskommission der OPEC, die in Wien tagte, wird der Gipfelkonferenz im Dezember Preiserhöhungen empfehlen.

Polnische Revisionisten greifen die OPEC an

z.hku. ‚Die Welt erwarte die Ergebnisse des kommenden OPEC-Gipfels mit Furcht‘, schreibt die polnische Zeitung Zycie Warszawy (8.11.). Die OPEC gebrauche ihre Macht „maßlos“. – In diesem Jahr hat Polen noch 90% der Ölimporte aus der SU bezogen, Mehrlieferungen über Vertrag allerdings zu laufenden Preisen in Dollar. In den kommenden Jahren wird das Land jedoch mehr Öl auf dem Weltmarkt kaufen müssen. Waren die Ölpreiserhöhungen für die OPEC-Länder kaum ein Ausgleich für die weltweite Inflation, so werden sie von der SU genutzt, um einseitig die Rohstoffpreise gegenüber den Importen aus dem RGW hochzusetzen. Die polnischen Revisionisten wenden dies gegen die OPEC; dabei gibt es für Polen als weltgrößtem Exporteur von Steinkohle, dessen Preis vom Ölpreis beeinflußt wird, viele Gründe, sie zu unterstützen.

Kolumbien sichert Ölversorgung – Texaco rausgeworfen

z.tit. Die kolumbianische Ölgesellschaft (COC) hat im Auftrag der Regierung die Konzession für die Ölförderungsrechte in der Provinz Santander von Texaco gegen 20 Mio. Dollar übernommen. Texaco hatte die Kon-

Polnische Revisionisten greifen die OPEC an

z.hku. ‚Die Welt erwarte die Ergebnisse des kommenden OPEC-Gipfels mit Furcht‘, schreibt die polnische Zeitung Zycie Warszawy (8.11.). Die OPEC gebrauche ihre Macht „maßlos“. – In diesem Jahr hat Polen noch 90% der Ölimporte aus der SU bezogen, Mehrlieferungen über Vertrag allerdings zu laufenden Preisen in Dollar. In den kommenden Jahren wird das Land jedoch mehr Öl auf dem Weltmarkt kaufen müssen. Waren die Ölpreiserhöhungen für die OPEC-Länder kaum ein Ausgleich für die weltweite Inflation, so werden sie von der SU genutzt, um einseitig die Rohstoffpreise gegenüber den Importen aus dem RGW hochzusetzen. Die polnischen Revisionisten wenden dies gegen die OPEC; dabei gibt es für Polen als weltgrößtem Exporteur von Steinkohle, dessen Preis vom Ölpreis beeinflußt wird, viele Gründe, sie zu unterstützen.

Kolumbien sichert Ölversorgung – Texaco rausgeworfen

z.tit. Die kolumbianische Ölgesellschaft (COC) hat im Auftrag der Regierung die Konzession für die Ölförderungsrechte in der Provinz Santander von Texaco gegen 20 Mio. Dollar übernommen. Texaco hatte die Kon-
zession 1963 für die gleiche Summe von Kolumbien abgepreßt. Die Ölreserven der in der Orito-Konzession erfaßten Gebiete werden auf ca. 22,5 Mio. Barrels geschätzt. Während Kolumbien gezwungen ist, 33% seines Ölbedarfs zu importieren, hatten die Imperialisten mit Texaco auch noch einen Teil des im Lande vorhandenen Öls unter ihre Kontrolle gebracht. Weiterhin wurde als Maßnahme zur Stärkung der selbständigen Ölversorgung beschlossen, daß die COC, die 47% des Ölbedarfs fördert, 1979 335 neue Bohrstellen in Betrieb setzt. 1978 wurden lediglich 14 neue Bohrstellen erschlossen.

Britische Bergarbeiter kämpfen für ausreichenden Tariflohn

z.rua.London. Einstimmig lehnte die Verhandlungskommission der Gewerkschaft NUM am 13.11. das Angebot der staatlichen Kohlebehörde über Lohnerhöhungen für die 240000 Bergarbeiter ab. Danach würden die Löhne für Untertage-Arbeit von jetzt 84,95 Pfund pro Woche (340 DM) auf maximal 102 Pfund steigen, für Übertage-Arbeit von 61,35 Pfund auf 73,60. Ca. 15% der Gesamterhöhung sollen für höhere Akkordsätze gezahlt werden. Mit den seit 1977 durchgesetzten Produktivitätsabkommen konnten die Kapitalisten die jährliche Kohleförderung von 441 auf 458 Tonnen pro Mann steigern. Die NUM fordert die Erhöhung des *Tarif*lohns für Untertage-Arbeit auf 140 Pfund, für Übertage-Arbeit auf 80 Pfund, und die Rückverlegung der Tariflaufzeit von März auf November. Eine Urabstimmung über Streik wird vorbereitet.

ZK der Katholiken: Gerechtigkeit durch Rentensenkung

Rentenbesteuerung / Niedrigere flexible Altersgrenze mit Abzügen / Krankenversicherungsbeitrag

z.gug. „Den Geist, den der hl. Paulus in den herrlichen Worten beschreibt: ‚Jeder trage des anderen Last‘“, mögen die christlichen Arbeitervereine in die öffentlichen Einrichtungen der Sozialversicherungen pflanzen, hatte Papst Pius XII. in einer Ansprache 1945 angeregt.

Ein Dutzend Jahre später, 1957, beseitigte die damalige CDU-Regierung den Rechtsanspruch des beitragszahlenden Arbeiters auf Rente aufgrund der Beitragseinzahlungen und setzte an seine Stelle den Generationenvertrag. Damit hatte die CDU die nach dem Kriege hohen Schulden der Finanzbourgeoisie an die Rentenkasse gestrichen, sich einer Handhabe gegen die Rücklagen der Kasse bemächtigt und die Rechtfertigung für fortwährende Beitragserhöhungen und künftige Rentensenkungen konstruiert.

„Der Generationenvertrag muß gesichert werden“ lautet der Angriff der Christdemokraten auf die Renten: „Junge Beitragszahler von heute werden die Rentner des Jahres 2030 sein. Langzeitkonzeptionen greifen als Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die vorrangig familien- und bevölkerungspolitische Konsequenzen beinhalten.“ An erster Stelle erfüllen die Familie oder nächststehende Verwandte alle Aufgaben, ist das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre: Lebt der Großvater bei Kind und Enkel, dann braucht er weniger Rente. Die Kirche liefert die propagandistische Begleitung: „Die Grundsätze der christlichen Soziallehre, nämlich Freiheit, Subsidiarität und Solidarität müssen auch in den Gebieten der Sozialversicherungen gegen Eingriffe Dritter ... gewährt werden“. (Katholische Arbeiterbewegung Westdeutschlands, Gelsenkirchen 1950)

Weil aber jeder die Last des anderen tragen möge, so kann nicht nur die Familie mit dem Lebensunterhalt des Großvaters belastet werden, sondern er muß seinen Teil dann auch schon tragen. Der 73. Katholikentag 1949 in Bochum: „Wir wenden uns an alle Versicherten mit der Mahnung, sich bei der Erhebung von Ansprüchen ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft bewußt zu bleiben.“

Vor gut einer Woche tagte die Voll-

die Rechtfertigung für fortwährende Beitragserhöhungen und künftige Rentensenkungen konstruiert.

„Der Generationenvertrag muß gesichert werden“ lautet der Angriff der Christdemokraten auf die Renten: „Junge Beitragszahler von heute werden die Rentner des Jahres 2030 sein. Langzeitkonzeptionen greifen als Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik, die vorrangig familien- und bevölkerungspolitische Konsequenzen beinhalten.“ An erster Stelle erfüllen die Familie oder nächststehende Verwandte alle Aufgaben, ist das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre: Lebt der Großvater bei Kind und Enkel, dann braucht er weniger Rente. Die Kirche liefert die propagandistische Begleitung: „Die Grundsätze der christlichen Soziallehre, nämlich Freiheit, Subsidiarität und Solidarität müssen auch in den Gebieten der Sozialversicherungen gegen Eingriffe Dritter ... gewährt werden“. (Katholische Arbeiterbewegung Westdeutschlands, Gelsenkirchen 1950)

Weil aber jeder die Last des anderen tragen möge, so kann nicht nur die Familie mit dem Lebensunterhalt des Großvaters belastet werden, sondern er muß seinen Teil dann auch schon tragen. Der 73. Katholikentag 1949 in Bochum: „Wir wenden uns an alle Versicherten mit der Mahnung, sich bei der Erhebung von Ansprüchen ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft bewußt zu bleiben.“

Vor gut einer Woche tagte die Voll-
versammlung des Zentralkomitees der Katholiken in Bonn, umriß die Ansprüche des verrenteten Arbeiters, die er verantwortungsbewußt stellen könne, und beschloß, „daß auch Renten und Pensionen in einem bestimmten Maße einer Besteuerung unterworfen würden, daß auch die ältere Generation ihren Beitrag für die Finanzierung ihrer Gesundheitskosten erbringt, daß auch derjenige, der seinen zeitlich vorgezogenen Rentenanspruch geltend machen will, bereit sein soll, dafür entsprechende Abzüge von seiner Rente in Kauf zu nehmen.“

Vorgelegt und erläutert hatte diesen Beschluß der Abgeordnete Hoffacker von der CDU, die noch einen Monat zuvor verkündet hatte, daß die Besteuerung der Renten für die CDU/CSU kein Thema sei. Neu sind diese Vorschläge zur Rentenreform der Christdemokraten nicht. Nur daß der Vorstoß jetzt von den Rednern der Kanzel zur moralisch-christlichen Unterstützung ihrer Freunde im Parlament gemacht wird, die derzeit einigen Spielraums bedürfen, um sich als die Regierungspartei anzupreisen und die Kirchen vorab schon mal die Gerechtigkeit dieses Angriffs verheißen lassen.

Ausgehend von dem raschen Verschleiß der Arbeitskraft im immer intensiver werdenden Arbeitsprozeß sahen die Christdemokraten den Anknüpfungspunkt, dem Rentner durch Kürzung der Renten seine Last aufzudrücken. Zu den beiden letzten Rentenreformen der Regierung haben sie Änderungsanträge zur Senkung der flexiblen Altersgrenze von derzeit 63 Jahren vorgelegt. „Bei der jetzt betroffenen Gruppe von Behinderten handelt es sich um gesundheitlich angeschlagene Mitbürger“, begründete dies ein CDU-Abgeordneter im Jahr 1977, in dem das Durchschnittsalter der Arbeiter der Arbeiterrentenversicherung bei Verrentung bei 59,6 Jahren lag. Das sind fast 6 Jahre unter der gesetzlichen Altersgrenze, und gegenüber der logischen Schlußfolgerung, das Rentenalter für Männer auf wenigstens 55, das für Frauen auf 50 Jahre zu senken bei Garantie einer Mindestrente, priesen die Christdemokraten die Rentensenkung bei flexibler Altersrente. Verbunden mit Abzügen wegen der angeblich längeren Inanspruchnahme der Ren-

kein Thema sei. Neu sind diese Vorschläge zur Rentenreform der Christdemokraten nicht. Nur daß der Vorstoß jetzt von den Rednern der Kanzel zur moralisch-christlichen Unterstützung ihrer Freunde im Parlament gemacht wird, die derzeit einigen Spielraums bedürfen, um sich als die Regierungspartei anzupreisen und die Kirchen vorab schon mal die Gerechtigkeit dieses Angriffs verheißen lassen.

Ausgehend von dem raschen Verschleiß der Arbeitskraft im immer intensiver werdenden Arbeitsprozeß sahen die Christdemokraten den Anknüpfungspunkt, dem Rentner durch Kürzung der Renten seine Last aufzudrücken. Zu den beiden letzten Rentenreformen der Regierung haben sie Änderungsanträge zur Senkung der flexiblen Altersgrenze von derzeit 63 Jahren vorgelegt. „Bei der jetzt betroffenen Gruppe von Behinderten handelt es sich um gesundheitlich angeschlagene Mitbürger“, begründete dies ein CDU-Abgeordneter im Jahr 1977, in dem das Durchschnittsalter der Arbeiter der Arbeiterrentenversicherung bei Verrentung bei 59,6 Jahren lag. Das sind fast 6 Jahre unter der gesetzlichen Altersgrenze, und gegenüber der logischen Schlußfolgerung, das Rentenalter für Männer auf wenigstens 55, das für Frauen auf 50 Jahre zu senken bei Garantie einer Mindestrente, priesen die Christdemokraten die Rentensenkung bei flexibler Altersrente. Verbunden mit Abzügen wegen der angeblich längeren Inanspruchnahme der Ren-
tenversicherung fördere dies zudem Subsidiaritätsprinzip und Generationenvertrag, weil für den Rentner kein Auskommen mehr ist ohne Familienhilfe. Außerdem habe dieses Verfahren der Rentensenkung durch vorgezogene Altersrente plus Abzüge gegenüber den Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten den Vorzug, daß es die Verfahren zur Anerkennung der Erwerbsunfähigkeit spart, die mittlerweile ins Tausendfache gehen. Für den Fall, daß der verrentete Arbeiter keine Familie hat, die er belasten kann, hat die KAB ein weiteres Gebot der Menschlichkeit parat: „Es reicht nicht aus, ... vorzeitig in die Pensionierung zu entlassen ... Menschliche Rücksichtnahme, aber auch wirtschaftliche Vernunft gebieten deshalb, daß die Gesellschaft auch für diese Arbeitnehmer Arbeitsplätze schafft.“ (Wolfsburg, 1967)

Und weil „das Potential der gesundheitlich Angeschlagenen immer größer wird“, nach Feststellung des CDU-Abgeordneten Georg 1978, fordert die CDU damals wie heute neben der niedrigeren flexiblen Altersrente einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. – Sozial gestaffelt, damit „nicht alle Rentner über einen Kamm geschoren werden“.

Zur Besteuerung der Renten hatte das Kieler Weltwirtschaftsinstitut im Sommer eine Untersuchung veröffentlicht, in der vorgeschlagen wird, alle Renten zukünftig ab 540 bei Ledigen bzw. 930 DM bei Verheirateten zu besteuern. Die Christdemokraten rechnen mit diesen Einnahmen für den defizitären Staatshaushalt, für ihre reaktionäre Familienpolitik, sie senken die Renten ein weiteres Mal und drängen dem Arbeiterhaushalt das christliche Subsidiaritätsprinzip auf.

schafft.“ (Wolfsburg, 1967)

Und weil „das Potential der gesund-

Renten ein weiteres Mal und drängen dem Arbeiterhaushalt das christliche Subsidiaritätsprinzip auf.

Die iranischen Volksmassen fordern von den USA-Imperialisten die Auslieferung des Schah



Die Presse räsoniert: seit der Räumung Phnom Penhs und Saigons seien die USA nicht mehr so gedemütigt worden, wie jetzt durch die Besetzung ihrer Botschaft in Teheran. Es sei augenfällig, „daß die herkömmlichen Methoden klassischer Machtpolitik angesichts des politischen Aufstands der ‚armen Welt‘ stumpf und wirkungslos geworden sind.“ Carter ließ die Guthaben des iranischen Staates in den USA einfrieren. Schmidt übermittelte Carter seine Anteilnahme. – Täglich größer werden die Demonstrationen in Teheran, die die Auslieferung des Schah fordern. Khomeini erklärte, das iranische Volk habe auch mit nackten Händen

Die iranischen Volksmassen fordern von den USA-Imperialisten die Auslieferung des Schah



Die Presse räsoniert: seit der Räumung Phnom Penhs und Saigons seien die USA nicht mehr so gedemütigt worden, wie jetzt durch die Besetzung ihrer Botschaft in Teheran. Es sei augenfällig, „daß die herkömmlichen Methoden klassischer Machtpolitik angesichts des politischen Aufstands der ‚armen Welt‘ stumpf und wirkungslos geworden sind.“ Carter ließ die Guthaben des iranischen Staates in den USA einfrieren. Schmidt übermittelte Carter seine Anteilnahme. – Täglich größer werden die Demonstrationen in Teheran, die die Auslieferung des Schah fordern. Khomeini erklärte, das iranische Volk habe auch mit nackten Händen
gegen die Panzer gekämpft und fürchte sich nicht.

Erneute Niederlage der vietnamesischen Aggressoren in der UNO

Vollversammlung verlangt Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea

z.ges. Mit 91 gegen 21 Stimmen bei 29 Enthaltungen hat die UNO-Vollversammlung einen Antrag angenommen, in dem der Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea gefordert wird und an alle Staaten appelliert wird, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas zu unterlassen, um es dem kampucheanischen Volk zu ermöglichen, über seine eigene Zukunft und sein eigenes Schicksal ohne ausländische Einmischung, ohne ausländische Subversion und ausländischen Druck zu entscheiden. In dem Beschluß wird gefordert, peinlichst die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit Kampucheas zu achten. Es wird festgestellt, daß die Lage in Kampuchea Frieden und Sicherheit in ganz Südostasien bedroht. 29 Staaten, darunter die von den vietnamesischen Aggressoren direkt bedrohten ASEAN-Staaten, hatten den Antrag eingebracht. Übrigens war auch die Bundesrepublik unter den Unterzeichnern.

Durch den jetzigen Beschluß der UNO-Vollversammlung sind die vietnamesischen Aggressoren und ihre sozialimperialistischen Hinterleute noch weiter isoliert worden. Unmittelbar nach Beginn der vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea hatte die Sowjetunion nur durch ihr Veto verhindern können, daß der Sicherheitsrat den sofortigen Abzug der Aggressionstruppen verlangt. Dann mußten die Aggressoren eine weitere empfindliche Niederlage einstecken, als die UNO-Vollversammlung den Sitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea in der UNO bestätigte. Die Mehrheit für den jetzigen Beschluß der UNO-Vollversammlung ist noch größer als die damalige Mehrheit für den Sitz des Demokratischen Kampuchea. Überall stößt die brutale Aggression gegen das Demokratische Kampuchea auf wachsende Ablehnung. Die Aggression wird bloß von den Aggressoren selber und ihren sowjetischen Hinterleuten sowie von deren unmittelbaren Anhang unterstützt.

Mit der Besetzung Kampucheas und der Einsetzung einer Marionettenregierung wollten die Aggressoren eine vollendete Tatsache schaffen. Der Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea hat diese Absicht vereitelt. Seit fast 11 Monaten führt das kampucheanische Volk jetzt den Widerstandskrieg gegen die weit überlegenen Aggressoren. Durch den Übergang zum Guerillakrieg hat das kampucheanische Volk dabei bereits die Initiative zurückgewonnen und gleichzeitig alle Greuelmärchen widerlegt, nach denen die Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht die Regierung des Volkes, sondern einer terroristischen Minderheit sei. Der erfolgreiche Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes bildet die Grundlage dafür, daß die Aggression in der internationalen Öffentlichkeit jetzt immer weniger hingenommen wird. Die Unterstützung dieses Widerstandskrieges ist deshalb auch der entscheidende Faktor, um die Forderungen der UNO-Vollversammlung in die Tat umzusetzen. Die Bundesrepublik hat jetzt in der UNO erneut die Souveränität des kampucheanischen Volkes in Worten anerkannt. Solange sie aber dem Demokratischen Kampuchea die Anerkennung verweigert, hält sie sich selber die Tür für Einmischung offen. Indem man mit Entschiedenheit für den Rückzug der vietnamesischen Aggressoren eintritt, muß man doch auch alles daran setzen, diese Tür für zukünftige Einmischung hier in der BRD selber zu schließen.

Lehrer fordern 40-Stunden-Woche und Rücknahme der Suspendierungen



10000 Lehrer demonstrierten am letzten Donnerstag in Celle. Die dort tagenden Länderministerpräsidenten lehnten eine generelle Arbeitszeitverkürzung ab. Die GEW will ihre Aktionen auf weitere Bundesländer ausdehnen.

z.gkr. **Nicht mehr als 50 bis 60 Bundestagsabgeordnete hatten sich am 15.11. im Bundestag versammelt, als dieser – pflichtgemäß – seine deutschlandpolitische Debatte führte.** Zwei große Anfragen: ,,Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der DDR – Anwendung des am 3. Januar 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspaktes der Vereinten Nationen" und ,,Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sowie bürgerliche und politische Rechte in der DDR – Anwendung des am 23. März 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspaktes der Vereinten Nationen" waren Grundlage der Debatte. Dazu hatte die Union im Verlauf von kaum mehr als 4 Monaten 7 Anträge und eine Beschlußempfehlung, im wesentlichen zu entsprechenden Inhalten wie die Anfragen, gestellt. – Andererseits, seit fast vier Jahren stagnieren Export und Import in und aus der DDR mit der BRD bei etwa 4,5 Mrd. DM (Export) und 4 Mrd. DM (Import aus der DDR), der Anteil aus der BRD an Importen der DDR liegt inzwischen längst unter 10%. Die ökonomischen Schwierigkeiten der DDR aber nehmen zu, könnten da die BRD-Imperialisten nicht profitieren? Der Kanzler soll in die DDR, wird aus der SPD gefordert. Üblicherweise ist dazu eine Einladung notwendig. ,,Dem Vernehmen nach", so die DDR-Nachrichtenagentur ADN, sei das aber ,,bis jetzt nicht der Fall". Bei der Debatte um bessere Beziehungen zur DDR sollen auf keinen Fall irgendwelche Rechtspositionen aufgegeben werden, und glänzend wäre eine Feststellung von Verletzungen der Menschenrechte in der DDR durch ein internationales Gremium für jegliche Art von Intervention. Das zumindest fordern die Anträge der CDU/CSU.

z.kam. **Mit einem vorläufigen Kompromiß zwischen Regierung und CDU/CSU endete die Auseinandersetzung um die Auslegung des Begriffs ,,Inland" in dem neugefaßten Umsatzsteuergesetz.** Angesichts der Dringlichkeit, das Umsatzsteuergesetz den Steuerrichtlinien der EG anzupassen, werden darin die Bezeichnungen ,,Erhebungsgebiet" (statt ,,Inland") sowie ,,Außengebiet" (statt ,,Ausland") verwendet. Das Erhebungsgebiet umfaßt danach den Geltungsbereich des Gesetzes (BRD und Westberlin). Die DDR und Ostberlin gehören *weder* zum Erhebungsgebiet, *noch* sind sie Außengebiet; die Gebiete östlich der Oder/Neiße sind zwar Außengebiet, aber *kein Ausland*. Nach geltendem Recht, das vom Bundesverfassungsgericht 1973 nochmals bestätigt wurde, umfaßt der Begriff ,,Inland" alle Gebiete in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Darauf stützt sich die Bourgeoisie.

z.frb. **Minister Lambsdorff (FDP) macht Dampf für Rentenbesteuerung, Nettoanpassung und für ,,Selbstbeteiligung" in der Krankenversicherung.** Der Minister, vormals Versicherungsdirektor, sprach vor dem Verband der Versicherungswirtschaft. Die FDP

werden, und glänzend wäre eine Feststellung von Verletzungen der Menschenrechte in der DDR durch ein internationales Gremium für jegliche Art von Intervention. Das zumindest fordern die Anträge der CDU/CSU.

z.kam. Mit einem vorläufigen Kompromiß zwischen Regierung und CDU/CSU endete die Auseinandersetzung um die Auslegung des Begriffs ,,Inland" in dem neugefaßten Umsatzsteuergesetz. Angesichts der Dringlichkeit, das Umsatzsteuergesetz den Steuerrichtlinien der EG anzupassen, werden darin die Bezeichnungen ,,Erhebungsgebiet" (statt ,,Inland") sowie ,,Außengebiet" (statt ,,Ausland") verwendet. Das Erhebungsgebiet umfaßt danach den Geltungsbereich des Gesetzes (BRD und Westberlin). Die DDR und Ostberlin gehören weder zum Erhebungsgebiet, noch sind sie Außengebiet; die Gebiete östlich der Oder/Neiße sind zwar Außengebiet, aber kein Ausland. Nach geltendem Recht, das vom Bundesverfassungsgericht 1973 nochmals bestätigt wurde, umfaßt der Begriff ,,Inland" alle Gebiete in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Darauf stützt sich die Bourgeoisie.

z.frb. Minister Lambsdorff (FDP) macht Dampf für Rentenbesteuerung, Nettoanpassung und für ,,Selbstbeteiligung" in der Krankenversicherung. Der Minister, vormals Versicherungsdirektor, sprach vor dem Verband der Versicherungswirtschaft. Die FDP
sucht ,,Profil". Weniger als SPD und CDU/CSU an Rücksichten gegenüber den Volksmassen gebunden, bieten sich die Liberalen als Propagandapfeifen für neue Lohnplünderungen an. Die Rentensenkung stellte Lambsdorff unter das Thema ,,Vertrauensschutz". Das Aktiveneinkommen und das Alterseinkommen müßten Gleichschritt halten. Daher fordere die FDP die Nettoanpassung und um jedes Ungleichgewicht zwischen Lohn und Rente zu verhindern, müsse die Rente besteuert werden. In der Krankenversicherung könne man ohne Mitwirkung der Versicherten nicht Genügendes erreichen. Kürzlich schon hatte der FDP-Sprecher Schmidt (Kempten) die Absicht verkündet, den Versicherten für jeden Tag Krankenhaus 15 DM vom Krankengeld abzuziehen, da Verpflegungskosten zu Hause gespart würden. Bei 30 DM Selbstbeteiligung pro Quartal, so fand jügst ein ,,Experten-Symposium" zu Mainz heraus, könnten 38% der Kosten für die ambulante Versorgung den Arbeitern und Angestellten aufgebrummt werden. Schließlich drohte der Minister mit Beseitigung von ,,kontraproduktiven Vorschriften" im Arbeitsrecht, so beim Schwerbehindertengesetz und bei der Arbeitszeit für Jugendliche.

z.eve. **Relativ rasch nach seiner Amtsübernahme hat Bundespräsident Carstens die Bundeswehr besucht, die Bundeswehrschule für Innere Führung in Koblenz.** Die Einführung eines ,,Grundwertes Frieden" in die öffentliche Grundwertediskussion regte er an. Als volksnaher Präsident, der selber Ausbildungsoffizier bei der Flugabwehr war, allerdings unter Hitler, hat er sich natürlich die Lehrgangsteilnehmer, alles Unteroffiziere und Offiziere, als Gesprächspartner ausgesucht. Die sind es ja schließlich auch, die der Arbeiterjugend so den Krieg nahe bringen sollen. Man müsse ihnen klarmachen, daß ,,der beste Staat, den es je in Deutschland gegeben hat", verteidigungswürdig sei. ,,Ziel aller dieser Anstrengungen ist die Bewahrung des Friedens. Auch insofern ist eine grundlegende Veränderung gegenüber früheren Zeiten eingetreten, in denen der Soldatentod verherrlicht wurde, als ob er die eigentliche Erfüllung des Lebens sei. Aber damit wir den Frieden bewahren können, ist es heute wie ehedem notwendig, daß einige von uns bereit sind, das Äußerste einzusetzen, notfalls ihr Leben." Alte Ziele mit dem Wort Frieden davor. Vielleicht wird er sein Leben ,,einsetzen" müssen. Die Arbeiterjugend hat jedenfalls eine andere Zukunft.

z.hej. **VW hat 50 PKW vom Typ ,,Golf" von Südafrika her über die Grenze nach Zimbabwe transportiert.** VW bricht damit den UNO-Boykott gegen das rhodesische Kolonialregime. Die UNO verpflichtet die Mitgliedstaaten mit Beschluß vom 28.12.66, ,,jede Tätigkeit seiner Staatsangehörigen ..., die die Belieferung Südrhodesiens mit Flugzeugen und Fahrzeugen jeder anderen Art ... selbst fördert oder fördern soll", zu verhindern. Die Entscheidung 333 (1973) des Sicherheitsrates, die nochmals die Staaten auffordert, ,,unverzüglich Gesetze zu erlassen oder durchzusetzen, welche die Verhängung schwerer Strafen gegen natürliche oder juristische Personen vorsehen, die Sanktionen umgehen oder brechen ... ", hat die Bundesregierung durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 187 vom 4.1.73 übernommen. IGM-Vorsitzender und Aufsichtsratsmitglied bei VW Loderer, der in letzter Zeit für die Anerkennung der schwarzen Gewerkschaften durch die deutschen Unternehmen in Südafrika eintritt, ist verpflichtet, die Einhaltung der UNO-Beschlüsse durch die Bundesregierung zu verlangen und gegen den VW-Vorstand vorzugehen.



VW-Werk Südafrika am 34. Breitengrad in Uitenhagen bei Port Elizabeth

z.kup. **Der Präsident der ,,Bundesanstalt für Arbeit", Stingl, vereinbarte in Warschau mit dem polnischen Arbeits-**

sen oder durchzusetzen, welche die Verhängung schwerer Strafen gegen natürliche oder juristische Personen vorsehen, die Sanktionen umgehen oder brechen ... ", hat die Bundesregierung durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 187 vom 4.1.73 übernommen. IGM-Vorsitzender und Aufsichtsratsmitglied bei VW Loderer, der in letzter Zeit für die Anerkennung der schwarzen Gewerkschaften durch die deutschen Unternehmen in Südafrika eintritt, ist verpflichtet, die Einhaltung der UNO-Beschlüsse durch die Bundesregierung zu verlangen und gegen den VW-Vorstand vorzugehen.



VW-Werk Südafrika am 34. Breitengrad in Uitenhagen bei Port Elizabeth

z.kup. Der Präsident der ,,Bundesanstalt für Arbeit", Stingl, vereinbarte in Warschau mit dem polnischen Arbeits-
minister ,,Erleichterung im Austausch von Arbeitskräften". Die westdeutschen Kapitalisten haben danach das Recht, die Anzahl der deutschen Experten bei Investitionsgeschäften mit Polen selber zu bestimmen. Eine Arbeitserlaubnis für Spezialisten, die mit dem Export oder mit der Montage von Exportanlagen zu tun haben, ist nicht mehr notwendig. So können die Kapitalisten – anstatt polnische Arbeitskräfte an den von ihnen gelieferten Maschinen auszubilden – mithilfe von Experten ihren Einfluß auf die polnische Wirtschaft erweitern. Gleichzeitig haben sie sich damit eine Kontrolle und Zugriffsmöglichkeit über polnische Arbeitskräfte geschaffen. Die Vereinbarung soll den Kapital- und Warenexport nach Polen stützen. Dieser sollte nach den deutsch-polnischen Verträgen von 1975 sprunghaft gesteigert werden, ist aber inzwischen von 3,2 Mrd. DM auf 2,6 Mrd. DM 1978 zurückgegangen.

z.zik. **Für ,,dringend erforderlich" hält die CSU eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) von 1972.** Zur Verbreitung sozialdemagogisch-reaktionärer Ideen unter der Arbeiterklasse bedürfen die christlichen Verbände CSA und CDA der Operationsebene der Betriebsräte, und dies wird ihnen durch das geltende BVG erschwert. Die CSU verlangt daher im ,,Bayernkurier" vom 10.11.: Bei den Betriebsratwahlen sollen in Zukunft schon höchstens zehn – bisher höchstens 100, mindestens drei – Unterschriften reichen für die Zulassung eines Listenvorschlags zur Wahl; die Betriebsräte sollen Wahlvorstände und geschäftsführende Aussschüsse nicht mehr nach Mehrheit, sondern nur unter Beteiligung der ,,Minderheiten" besetzen dürfen; ebenso soll unterbunden werden, daß ,,Vertreter von Minderheiten leer ausgehen" bei der Freistellung von Betriebsräten. Wären dies Einschränkungen der Reste von – durch die Arbeiterbewegung erkämpften – demokratischen Prinzipien, so ist mit den folgenden Vorhaben der Ausbau des Polizeicharakters des Gesetzes beabsichtigt: Unterstrafestellung z.B. unbefugten Wählens und Verbot des ,,closed shop", des Rechts der gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte, die Zustimmung zur Einstellung von Beschäftigten von deren Mitgliedschaft in der Gewerkschaft abhängig zu machen.

z.tit. **Das neue Tabaksteuergesetz soll ,,Steuerausfälle durch Absatzrückgänge ... der Zigarettenindustrie verhindern".** Bisher enthielt der Preis einer Schachtel Zigaretten neben 13% MWSt. 1,03 DM mengenmäßig bestimmten Tabaksteueranteil plus 15,62% des Einzelhandelspreises. Jetzt wird der Mengenanteil auf 0,82 DM gesenkt und der Preisanteil auf 30,1% erhöht. Mit dieser stärkeren Anbindung der Tabaksteuer an die Preise besorgt die Inflation die Steuererhöhungen, abgesehen davon, daß der Steueranteil mit dieser Regelung schon zum 1.1.80 pro Schachtel um 20 Pfennig erhöht wird, trotz konstanter Preise. Zusammen mit der Neufassung der Kaffee- und Teesteuer sind somit letzte Woche die wichtigsten Verbrauchssteuern durch den Bundestag in erster Lesung ,,harmonisiert" worden. Entwicklung im Vergleich zur Lohnsteuer (1979 geschätzt) in Mrd:

	Tabaksteuer	Kaffee-/Teesteuer	Lohnsteuer
1975	9,864	1,405	71,191
1977	10,881	1,415	90,773
1978	11,714	1,415	92,013
1979	12,038	1,631	95,500

z.kam. **Die Postämter auf dem Lande sollen nach einer Empfehlung des Bundestagsausschusses für das Post- und Fernmeldewesen in Zukunft durch fahrbare Postschalter ersetzt werden.** 5084 Postämter hat die Deutsche Bundespost bereits in den Jahren 1970 bis 1976 auf dem Land geschlossen, damit wurde jede fünfte Poststelle abgeschafft. 1975 waren bereits 41 fahrbare Postschalter (siehe Bild) im Einsatz, und ihre Erprobung hat sich für die Post als ,,praktikabel und wirtschaftlich" herausgestellt. Ein Postbeamter fährt damit von Dorf zu Dorf und hält in jeder Gemeinde eine halbe Stunde. Die Bevölkerung auf dem Land ist an die Durchfahrtszeiten des fahrbaren Postschalters gebunden oder muß lange Anfahrtswege zur nächsten ortsfesten Poststelle in Kauf nehmen. Die bisherigen Posthalter der Landpoststellen (Arbeiter oder Bauern, die die Poststelle in der Regel nebenberuflich führen) werden wegrationalisiert. Die Deutsche Postgewerkschaft führt dagegen eine langfristige Kampagne mit der Forderung nach Beibehaltung der Postämter und Verdichtung des Postnetzes auf dem Lande.



z.kup. **Die Nichtanrechnung von Ersparnissen bei Gewährung von Sozialhilfe soll ab dem 1.1.1980 erhöht werden.** Von 1000 Sozialhilfeempfängern haben drei Ersparnisse, die sie bis auf einen Restbestand aufbrauchen müssen, bevor sie Sozialhilfe erhalten. Nicht angerechnet werden bisher Er-

,,Justitiar der Staatsgewalt" – Bundesregierung verlängert Juristenausbildung

z.bil. Zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes liegen dem Bundestag vor: Verlängerung des Modellversuches der einstufigen Juristenausbildung, die seit 1971 beispielsweise in Konstanz und Hamburg ,,erprobt" wird (Entwurf der Bundesregierung); und Verlängerung des Referendariats von 2 auf wieder zweieinhalb Jahre, was der von Baden-Württemberg im Bundesrat eingebrachte Entwurf vorsieht. Bis 1983 ist ein Rahmengesetz des Bundes zur Juristenausbildung geplant, um die einheitliche Aufzucht und Auslese des Richter- und Staatsanwaltsnachwuchses zu sichern.

Von 1971 bis 1977 ist die Zahl der Studienanfänger Rechtswissenschaft von 5215 auf 11235 gestiegen. 60% dieser Studienanfänger haben Aussicht, die Ausbildung bis zum Assessor abzuschließen. Im Studium sind die Stoffgebiete und Leistungsnachweise (von 3 auf 7 Seminarscheine) ständig erhöht worden.

Die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst als Referendar, der sich an das Studium anschließt, erfolgt erst nach der Verfassungsschutzüberprüfung. Der Willkür der einzelnen Ausbilder – Richter, Staatsanwälte und Verwaltungsbeamte – im Vorbereitungsdienst ausgesetzt, werden die Referendare von den Einzelausbildern und den Arbeitsgemeinschaftenleitern benotet. Unter Aufsicht und nach Anweisung der Ausbilder müssen sie in Prozessen als Staatsanwälte auftreten, Urteile abfassen oder Beweisaufnahmen durchführen. In Beurteilungsbögen wird ,,Auftreten, äußeres Verhalten, Kooperation, Leistung usw." benotet. Bisher sind diese Noten zu einem Drittel im 2. Staatsexamen berücksichtigt worden. Der baden-württembergische Entwurf sieht die Streichung der Anrechnung im 2. Staatsexamen vor, bei grundsätzlicher Beibehaltung der Benotung und der Möglichkeit, Teile von Prüfungen bereits in den Vorbereitungsdienst vorzuverlegen.

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Verlängerung der ,,Experimentierphase" sortiert den Staatsbeamtennachwuchs über eine einphasige Ausbildung aus, die in 5½ Jahren absolviert werden muß: 3 Jahre Grundstudium, 1½ Jahre praktische Ausbildung und 1 Jahr Vertiefungsstudium. Ein Diplomabschluß nach ca. der Hälfte der Ausbildung ist vorgeschlagen, um sicherzustellen, daß die so mit ,,einfacher Ausbildung" ausgesiebten Juristen bei niedriger Bezahlung von den Kapitalisten angekauft werden können, während den späteren Staatsbeamten noch Sonderbehandlung zuteil wird. ⅓ der Studenten werden nach den Erfahrungen der bisherigen Modelle bereits in der Zwischenprüfung herausgeprüft.

Die Auszubildenden im Hamburger Einphasenversuch erhalten 860 DM monatlich (durchschnittliches Referendarsgehalt, sonst DM 1300). Der 1978 unternommene Versuch, die Referendare insgesamt auf ,,Praktikantenbezahlung" zu setzen, war nicht durchzusetzen. Die in der ÖTV organisierten Referendare fordern: Abschaffung der Ausbildungsnoten und des 2. Staatsexamens; Geprüft wird nur, was gelernt wurde; Öffentlichkeit des Prüfungsverfahrens; Einspruchsrechte der Personalvertretungen.



Waffenstillstandsverhandlungen begonnen

Rhodesien-Konferenz: Verhandlungen über Übergangsregelung beendet

z.hef.London. Auf der Londoner Rhodesien-Konferenz verhandelt die Delegation der Patriotischen Front in dieser Woche mit den britischen Imperialisten und dem Marionettenregime in Salisbury über einen Waffenstillstand.

In der letzten Woche waren die Verhandlungen über die Übergangsregelung beendet worden. Am Mittwoch hatte die Patriotische Front einen Vorschlag von Sambias Präsident Kaunda als ihren Vorschlag eingebracht. Er enthält in verschiedenen Fragen – u.a. der Frage des Gouverneurs – Zugeständnisse. Am Donnerstag mußte Carrington in der Frage der Gleichberechtigung der Truppen der Patriotischen Front nachgeben. In seinem ursprünglichen Text hieß es: ,,Die Exekutivgewalt wird beim Gouverneur liegen, und alle Beamten und Behörden in Rhodesien, einschließlich des öffentlichen Dienstes, der Polizei und der Verteidigungsstreitkräfte, werden sich entsprechend den Anweisungen des

ferendare von den Einzelausbildern und den Arbeitsgemeinschaftenleitern benotet. Unter Aufsicht und nach Anweisung der Ausbilder müssen sie in Prozessen als Staatsanwälte auftreten, Urteile abfassen oder Beweisaufnahmen durchführen. In Beurteilungsbö-

BEISITZER: SPÄTH
VORSITZENDER: Vogel

Waffenstillstandsverhandlungen begonnen

Rhodesien-Konferenz: Verhandlungen über Übergangsregelung beendet

z.hef.London. Auf der Londoner Rhodesien-Konferenz verhandelt die Delegation der Patriotischen Front in dieser Woche mit den britischen Imperialisten und dem Marionettenregime in Salisbury über einen Waffenstillstand.

In der letzten Woche waren die Verhandlungen über die Übergangsregelung beendet worden. Am Mittwoch hatte die Patriotische Front einen Vorschlag von Sambias Präsident Kaunda als ihren Vorschlag eingebracht. Er enthält in verschiedenen Fragen – u.a. der Frage des Gouverneurs – Zugeständnisse. Am Donnerstag mußte Carrington in der Frage der Gleichberechtigung der Truppen der Patriotischen Front nachgeben. In seinem ursprünglichen Text hieß es: ,,Die Exekutivgewalt wird beim Gouverneur liegen, und alle Beamten und Behörden in Rhodesien, einschließlich des öffentlichen Dienstes, der Polizei und der Verteidigungsstreitkräfte, werden sich entsprechend den Anweisungen des
Gouverneurs verhalten müssen." Die Patriotische Front setzte durch, daß ihre Streitkräfte in diese Aufzählung mit aufgenommen werden und ihnen damit in dem Dokument der gleiche Status wie den Kolonialtruppen zugestanden wird. Darauf billigte sie die Übergangsvorschläge vorbehaltlich des Ausgangs der Waffenstillstandsverhandlungen.

Über die Dauer der Übergangszeit wird erst bei den Waffenstillstandsverhandlungen entschieden. Denn jetzt ist nur festgelegt: Wahlen finden zwei Monate nach dem Waffenstillstand statt. Carrington will, daß der Waffenstillstand spätestens zehn Tage nach der Konferenz in Kraft tritt. Die Patriotische Front fordert einen Monat.

Im britischen Vorschlag, auf den die Patriotische Front noch nicht geantwortet hat, heißt es weiter, daß nach dem Waffenstillstand ,,alle Bewegungen der Sicherheitsstreitkräfte in benachbarte Länder hinein und von Einheiten der Patriotischen Front nach Rhodesien hinein aufhören werden". Militärische Operationen dürfen ,,nur noch zur Selbstverteidigung" ausgeführt werden. Eine Waffenstillstandskommission wird aus Vertretern des Gouverneurs, der Siedlertruppen und der Befreiungsstreitkräfte gebildet. Die

Ausgangs der Waffenstillstandsverhandlungen.

Über die Dauer der Übergangszeit wird erst bei den Waffenstillstandsverhandlungen entschieden. Denn jetzt ist nur festgelegt: Wahlen finden zwei Monate nach dem Waffenstillstand statt. Carrington will, daß der Waffenstillstand spätestens zehn Tage nach der Konferenz in Kraft tritt. Die Patriotische Front fordert einen Monat.

Im britischen Vorschlag, auf den die Patriotische Front noch nicht geantwortet hat, heißt es weiter, daß nach dem Waffenstillstand ,,alle Bewegungen der Sicherheitsstreitkräfte in benachbarte Länder hinein und von Einheiten der Patriotischen Front nach Rhodesien hinein aufhören werden". Militärische Operationen dürfen ,,nur noch zur Selbstverteidigung" ausgeführt werden. Eine Waffenstillstandskommission wird aus Vertretern des Gouverneurs, der Siedlertruppen und der Befreiungsstreitkräfte gebildet. Die
Beobachtungstruppe aus dem Commonwealth mit britischer Beteiligung unter Kommando des Gouverneurs und dessen Militärberater wird den Waffenstillstand beobachten. Außerdem, so der britische Vorschlag weiter, müßten ,,adäquate Vorkehrungen" getroffen werden, damit es ,,keine Zusammenstöße" zwischen den Truppen gebe, die durch ,,räumliche Nähe" erleichtert würden. ,,Es werden Vorkehrungen für die Sicherheit, Unterbringung und anderen beschlossenen Bedürfnisse der Truppen der Patriotischen Front, die in Rhodesien während des Waffenstillstandes versammelt sind, getroffen werden." Der Chef der Siedlertruppen, Walls, erklärte in London am Freitag, was darunter zu verstehen sei. Die Imperialisten planen große, von den Massen getrennte Lager für die Befreiungskämpfer.



sammenstöße" zwischen den Truppen gebe, die durch ,,räumliche Nähe" erleichtert würden. ,,Es werden Vorkehrungen für die Sicherheit, Unterbringung und anderen beschlossenen Bedürfnisse der Truppen der Patriotischen Front, die in Rhodesien während des Waffenstillstandes versammelt sind, getroffen werden." Der Chef der Siedlertruppen, Walls, erklärte in London am Freitag, was darunter zu verstehen sei. Die Imperialisten planen große, von den Massen getrennte Lager für die Befreiungskämpfer.



3000 demonstrierten am 11.11. in London.

Mehr Mittelstreckenwaffen für den Krieg um Europa

NATO-Planung beschlußreif: Raketen„nachrüstung" / Drohungen und Angebote der SU

z.mif. Die Nukleare Planungsgruppe der NATO hat ihre Beschlußvorlagen für die Ministerratstagung in Brüssel am 12. Dezember fertig: es soll beschlossen werden, die Produktion und Stationierung von 572 Mittelstreckenwaffen, davon 108 der neu entwickelten Raketen vom Typ Pershing II, der Rest Marschflugkörper (cruise missiles), das Ganze mit Atomsprengköpfen bestückt. Kostenpunkt 4 Milliarden Dollar, zahlbar von den USA, sowie 150 Mio. Dollar für „Infrastruktur", zahlbar von den europäischen NATO-Mitgliedern. Die Pershing II sowie 96 Marschflugkörper werden in der BRD stationiert, in Holland und Belgien je 48, in Italien 112 und in Großbritannien 160.

Im SALT II-Abkommen haben die beiden Supermächte bestimmte Höchstzahlen für „strategische" Waffen festgelegt („strategisch" bezeichnet Flugzeuge und Raketen, die die Entfernung zwischen den beiden Kontinenten überwinden können) und konzentrieren sich nun auf deren qualitative Verbesserung sowie auf die Hochrüstung bei Waffen unterhalb dieser Schwelle. Der Rahmen dafür ist im SALT-Protokoll bereits abgesteckt, in dem beide Supermächte sich verpflichten, „bis zum 31. Dezember 1981" „keine Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 600 km auf seegestützten Abschußeinrichtungen oder landgestützten Abschußeinrichtungen zu dislozieren" (einzulagern). Mit anderen Worten, ab 1982 wird damit losgelegt. Sowieso erst ab 1983 haben die US-Imperialisten diese Waffen in Serienreife und größeren Stückzahlen verfügbar. Die Sozialimperialisten haben sich in einem Zusatzprotokoll verpflichtet, daß sie den Aktionsradius der „Backfire"-Bomber „nicht derart erweitern (werden), daß er in der Lage wäre, Ziele auf dem Territorium der USA zu treffen." Die Auflage soll 30 im Jahr nicht überschreiten.

All diese Mittelstreckenwaffen sind insbesondere auf den Krieg um Europa zugeschnitten. Die US-Imperialisten bezeichnen diese Waffen als „TNF", „theatre nuclear forces." „Theatre" heißt Schauplatz; die offizielle Übersetzung lautet „Nuklearstreitkräfte in Europa". „Schauplatz" ist also zu verdeutschen mit „Kriegsschauplatz Europa".

Die NATO hat längere Zeit keine speziellen Mittelstreckenwaffen gehabt. Die neuen Waffen sind Reaktion auf die seit einiger Zeit entwickelten Mittelstreckenwaffen der Sozialimperialisten. Die SS20 ist eine Weiterentwicklung der SS4 und SS5; ihre neue Qualität liegt in der erheblich verbesserten Zielgenauigkeit (auf 4000 km Entfernung 100 bis 200 m) und darin, daß sie keine feste Installation für den Abschuß benötigt. Dadurch kann sie nicht genau aufgespürt und überwacht werden. Sie erreicht ihr Ziel in 20 Minuten und hat drei einzeln lenkbare Sprengköpfe, deren Sprengkraft auf zwischen 150 Kilotonnen und 1,5 Megatonnen geschätzt wird. (Die Sprengkraft der Hiroshimabombe betrug 20 Kilotonnen.) Derzeit sind nach Schätzung westlicher Geheimdienste 100 bis 120 Starteinrichtungen à 3 Raketen fertig, also bereits fast 1000 Sprengköpfe. Die sowjetischen Mittelstreckenwaffen zielen in erster Linie darauf, Westeuropa von militärischen Nachschublieferungen der US-Imperialisten auf dem Seeweg abzuschneiden. Der „Backfire"-Bomber ist klein und schnell und damit für die gleiche Aufgabe gut geeignet. Insbesondere können die Sozialimperialisten damit den Seeweg von Murmansk in den Atlantik, der an zahlreichen US-Stützpunkten vorbeiführt, gewaltsam offenhalten. Zusammen mit der Panzer- und Flottenrüstung verfügen die Sozialimperialisten damit über eine komplette Maschinerie für den Angriffskrieg.

Die neuen Waffen der US-Imperialisten haben entsprechende Aufgaben, aber unter anderen Umständen, denn der Aufmarsch und Nachschub der Sozialimperialisten nach Europa findet auf dem Landweg statt. Die Reichweite der Marschflugkörper wird 2500 km betragen, das reicht von Frankfurt gut bis nach Moskau, südlich davon bis in Donezbecken, nördlich gerade bis Murmansk. Die Reichweite der Pershing II soll identisch sein. Die Marschflugkörper können konventionell oder atomar bestückt werden, sie sind zielgenau bis auf 3 m und können damit sowohl einzelne Industrieobjekte wie auch jeden Truppenaufmarsch zerschlagen. Das Stück soll nicht viel mehr als 1 Mio. Dollar kosten, das Zielprogramm kann vor dem Abschuß eingelesen werden, so daß die Waffe äußerst flexibel einsetzbar ist. Zu ihrer radarmäßigen Erfassung sollen die Sozialimperialisten derzeit nicht imstande sein.

Mit seiner Rede vom 6. Oktober in Berlin hat Breshnew versucht, durch eine Mischung aus Lockung und Drohung die NATO-Beschlußfassung über die neuen Waffen zu verhindern. Er hat den Abzug von „bis zu" 20000 Mann (von 400000) und 1000 Panzern (von 7000) aus der DDR angekündigt und gefordert, keine neuen Waffen in Westeuropa zu stationieren. Gleichzeitig hat er jedem Land, das Atomwaffen herstellt oder auf seinem Land stationiert, mit Krieg gedroht. Verteidigungsminister Ustinow hat das in der „Prawda" vom 25. Oktober noch einmal bekräftigt: „Falls die NATO-Länder dem gesunden Menschenverstand zuwider und entgegen dem guten Willen der sozialistischen Länder Westeuropa in einen Startplatz für amerikanische strategische Waffen verwandeln, wird ihnen die andere Seite eine harte und überzeugende Antwort geben."

Die westdeutschen Imperialisten haben daraufhin ihr Interesse, sich als NATO-Musterknaben aufzuspielen, ohne als Kriegstreiber zu erscheinen, und gleichzeitig das waffenklirrende Bündnisangebot der Sozialimperialisten nicht rundweg abzuschlagen, ganz geschickt wahrgenommen. Stationierung nur in der BRD käme nicht in Frage (Schmidt). So übten sie Druck auf die anderen, vor allem die kleinen europäischen NATO-Länder aus und suchten sich als ehrgeizlos in der Verfügung über Kernwaffen darzustellen. Als die Niederlande erst über Abrüstung verhandeln wollten, ehe der Stationierungsbeschluß fällt, fuhr Apel ihnen übers Maul: „Das holländische Parlament könne in einer solchen Frage nicht für Westeuropa entscheiden" (Süddeutsche Zeitung, 15.11.79). Vor der SPD-Fraktion hat gleichzeitig Schmidt bekanntgegeben, die NATO denke daran, 1000 Atomsprengköpfe einseitig aus Europa abzuziehen, und er, Schmidt, habe Carter vor zwei Wochen versichert, daß er dafür sei. Damit gedenkt sich die Sozialdemokratie freie Hand für die Einführung der Mittelstreckenwaffen und gleichzeitig günstige Voraussetzungen für Verhandlungen mit den Sozialimperialisten zu schaffen. Derzeit sind 7000 Atomsprengköpfe in Westeuropa gelagert, davon 5000 in der BRD.



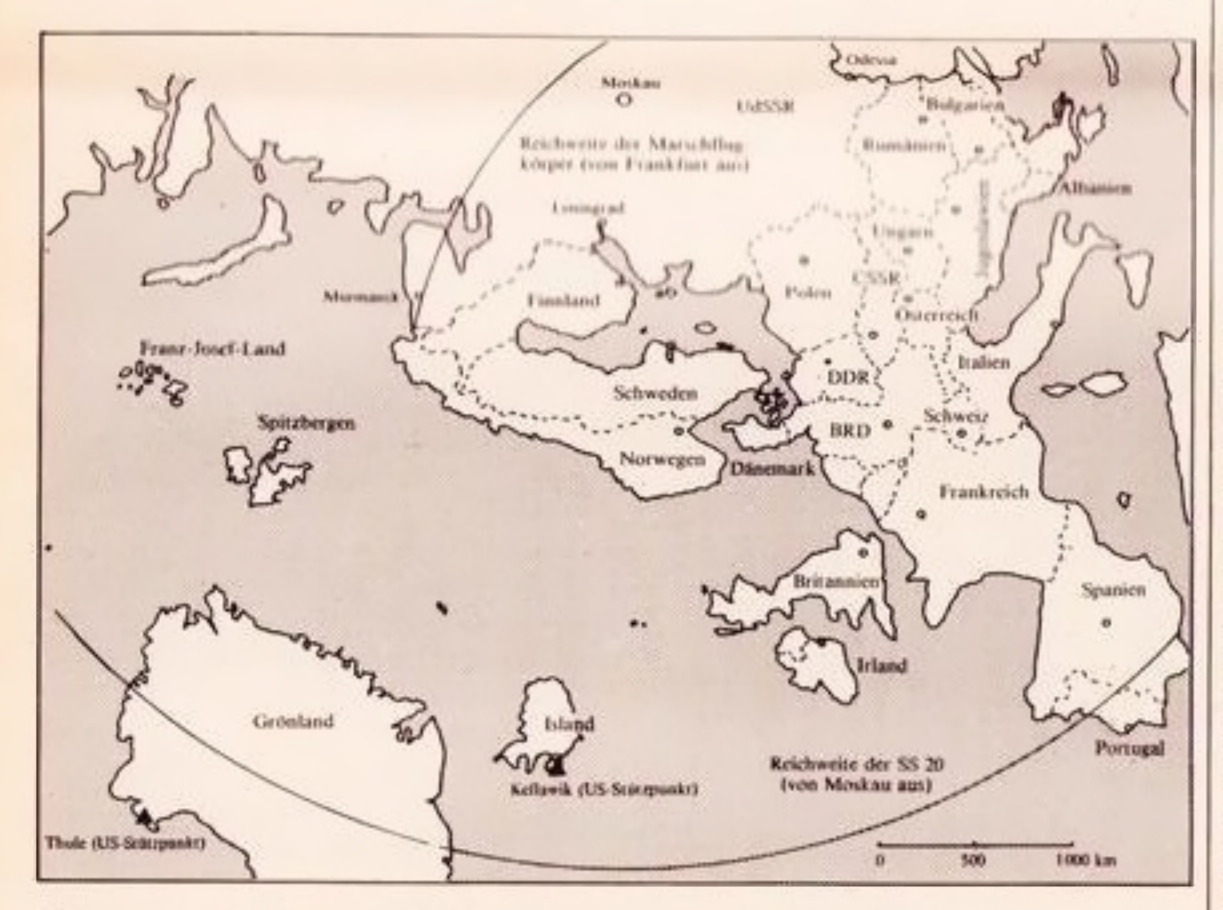
Reichweite von mehr als 600 km auf seegestützten Abschußeinrichtungen oder landgestützten Abschußeinrichtungen zu dislozieren" (einzulagern). Mit anderen Worten, ab 1982 wird damit losgelegt. Sowieso erst ab 1983 haben die US-Imperialisten diese Waffen in Serienreife und größeren Stückzahlen verfügbar. Die Sozialimperialisten haben sich in einem Zusatzprotokoll verpflichtet, daß sie den Aktionsradius der „Backfire"-Bomber „nicht derart erweitern (werden), daß er in der Lage wäre, Ziele auf dem Territorium der USA zu treffen." Die Auflage soll 30 im Jahr nicht überschreiten.

pa von militärischen Nachschublieferungen der US-Imperialisten auf dem Seeweg abzuschneiden. Der „Backfire"-Bomber ist klein und schnell und damit für die gleiche Aufgabe gut geeignet. Insbesondere können die Sozialimperialisten damit den Seeweg von Murmansk in den Atlantik, der an zahlreichen US-Stützpunkten vorbeiführt, gewaltsam offenhalten. Zusammen mit der Panzer- und Flottenrüstung verfügen die Sozialimperialisten damit über eine komplette Maschinerie für den Angriffskrieg.

Die neuen Waffen der US-Imperialisten haben entsprechende Aufgaben,

tioniert, mit Krieg gedroht. Verteidigungsminister Ustinow hat das in der „Prawda" vom 25. Oktober noch einmal bekräftigt: „Falls die NATO-Länder dem gesunden Menschenverstand zuwider und entgegen dem guten Willen der sozialistischen Länder Westeuropa in einen Startplatz für amerikanische strategische Waffen verwandeln, wird ihnen die andere Seite eine harte und überzeugende Antwort geben."

Die westdeutschen Imperialisten haben daraufhin ihr Interesse, sich als NATO-Musterknaben aufzuspielen, ohne als Kriegstreiber zu erscheinen, und gleichzeitig das waffenklirrende Bündnisangebot der Sozialimperialisten nicht rundweg abzuschlagen, ganz geschickt wahrgenommen. Stationierung nur in der BRD käme nicht in Frage (Schmidt). So übten sie Druck auf die anderen, vor allem die kleinen europäischen NATO-Länder aus und suchten sich als ehrgeizlos in der Verfügung über Kernwaffen darzustellen. Als die Niederlande erst über Abrüstung verhandeln wollten, ehe der Stationierungsbeschluß fällt, fuhr Apel ihnen übers Maul: „Das holländische Parlament könne in einer solchen Frage nicht für Westeuropa entscheiden" (Süddeutsche Zeitung, 15.11.79). Vor der SPD-Fraktion hat gleichzeitig Schmidt bekanntgegeben, die NATO denke daran, 1000 Atomsprengköpfe einseitig aus Europa abzuziehen, und er, Schmidt, habe Carter vor zwei Wochen versichert, daß er dafür sei. Damit gedenkt sich die Sozialdemokratie



Europa aus der Perspektive der beiden Supermächte: die neuen Mittelstreckenwaffen sind in der Lage, die wichtigsten Kriegsziele im Kampf um Europa zu erreichen



Bonn, 1952. Demonstration der KPD gegen die Remilitarisierung. – „Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen" (aus dem sowjetischen Entwurf vom März 1952)

1952: Erbitterte Feindschaft der Imperialisten gegen den Deutschlandplan der Sowjetregierung

z.anb. Während in der unter US-Oberhoheit aus der Taufe gehobenen Bundesrepublik Deutschland die Adenauer-Regierung den Widerstand der Arbeiter und Volksmassen gegen die Remilitarisierung und Einbindung Westdeutschlands in das imperialistische NATO-Bündnis niederzuringen versucht, den Staatsapparat der Monopolbourgoisie durch Säuberung der öffentlichen Dienste reorganisiert, die bewaffneten Unterdrückungsorgane ausbaut, schließt sich die Arbeiterklasse in der DDR, unterstützt durch die Sowjetregierung und die jungen Volksdemokratien der befreiten osteuropäischen Staaten, hinter der Forderung nach Abschluß des Friedensvertrages mit ihren Klassenbrüdern in Westdeutschland zusammen. Offen liegt auf dem Tisch, daß die Errichtung des westdeutschen Teilstaates 1949 die Voraussetzungen für die weitere militärische Besetzung des Landes durch das US-Besatzerstatut (10. April 1949) schaffen sollte, um die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgoisie zu restaurieren.

In dieser Lage greift die Initiative der Sowjetregierung direkt in den Ausbau des imperialistischen NATO-Bündnisses ein. Ende Oktober 1950 verlangt die Außenministerkonferenz der osteuropäischen volksdemokratischen Staaten und der Sowjetregierung die sofortige Einstellung der Wiederbewaffnung der BRD und die Bildung eines paritätisch besetzten *Konstituierenden Rates*, der eine provisorische Gesamtdeutsche Regierung vorbereiten soll. Die Sowjetunion zwingt die westlichen Imperialisten im Frühjahr 1951 an den Verhandlungstisch. Das Thema: die Remilitarisierung der BRD, die NATO-Aufrüstung, die Stützpunkte der US-Besatzer. Nach 74 Sitzungen scheitert diese Vorkonferenz für Friedensvertragsverhandlungen an der Weigerung der USA, diese Tagesordnung zu akzepieren.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf vom 10. März 1952 trifft nicht nur die US-Besatzungspolitik in Westdeutschland ins Mark, sondern die gesamte Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa. In seinen Grundbestimmungen sieht er vor:

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. 2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzermächte sind bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten abzuziehen, sämtliche Militärstützpunkte zu liquidieren. 3. Den Volksmassen in Deutschland sind alle demokratischen Rechte zu gewährleisten, einschließlich des Rechts auf freie politische Organisierung, Koalitions-, Presse-, Versammlungsfreiheit, Streikrecht. 4. Organisationen, die eine friedliche, demokratische Entwicklung in Deutschland behindern und bekämpfen, sind untersagt. 5. Die in die Hitlertruppen gepreßten Soldaten erhalten uneingeschränkt dieselben demokratischen Freiheiten, ausgenommen sind die vor Gericht gestellten faschistischen Armeekader und Staatsbeamten. 6. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnis gegen einen der Staaten einzugehen, die am Krieg gegen Deutschland beteiligt waren. 7. Eigene nationale Streitkräfte und die zur Gewährleistung der nationalen Verteidigung notwendige Waffenproduktion werden gestattet. 8. In bezug auf Handel, Schiffahrt, Zutritt zum Weltmarkt werden Deutschland keinerlei Beschränkungen auferlegt. 9. Die Signatarstaaten des Friedensvertrages unterstützen die Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen.

Vom März bis zum Oktober 1952 entwickeln die westlichen Imperialisten hektische diplomatische Aktivitäten; viermal gehen die Noten zwischen ihnen und der Sowjetregierung hin und her. Im imperialistischen Lager brechen Risse auf, man ist sich uneins darüber, wieviel Gesichtsverlust man sich vor den Augen der Völker der Welt leisten kann, für die offensichtlich ist, daß die Hauptfront zwischen den Imperialisten unter Führung der USA und den sozialistischen Staaten, an der Spitze die Sowjetmacht, verläuft.

Die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands, dazu als Mittel die Besatzung der BRD, hat zum Zweck die Unterdrückung der Demokratie, deren Entfaltung, wie sie der sowjetische Vertragsentwurf vorsieht, der Arbeiterklasse den Spielraum für den Ansturm auf die Bastionen der Monopolbourgeoisie im westlichen Teil Deutschlands entscheidend erweitern würde. Das ist der Grund, warum die Imperialisten die Aufnahme von Verhandlungen und einen demokratischen Friedensvertrag fortgesetzt sabotieren.

ischen Staaten, hinter der Forderung nach Abschluß des Friedensvertrages mit ihren Klassenbrüdern in Westdeutschland zusammen. Offen liegt auf dem Tisch, daß die Errichtung des westdeutschen Teilstaates 1949 die Voraussetzungen für die weitere militärische Besetzung des Landes durch das US-Besatzerstatut (10. April 1949) schaffen sollte, um die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgoisie zu restaurieren.

In dieser Lage greift die Initiative der Sowjetregierung direkt in den Ausbau des imperialistischen NATO-Bündnisses ein. Ende Oktober 1950 verlangt die Außenministerkonferenz der osteuropäischen volksdemokratischen Staaten und der Sowjetregierung die sofortige Einstellung der Wiederbewaffnung der BRD und die Bildung eines paritätisch besetzten *Konstituierenden Rates*, der eine provisorische Gesamtdeutsche Regierung vorbereiten soll. Die Sowjetunion zwingt die westlichen Imperialisten im Frühjahr 1951 an den Verhandlungstisch. Das Thema: die Remilitarisierung der BRD, die NATO-Aufrüstung, die Stützpunkte der US-Besatzer. Nach 74 Sitzungen scheitert diese Vorkonferenz für Friedensvertragsverhandlungen an der Weigerung der USA, diese Tagesordnung zu akzepieren.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf vom 10. März 1952 trifft nicht

mokratischen Freiheiten, ausgenommen sind die vor Gericht gestellten faschistischen Armeekader und Staatsbeamten. 6. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnis gegen einen der Staaten einzugehen, die am Krieg gegen Deutschland beteiligt waren. 7. Eigene nationale Streitkräfte und die zur Gewährleistung der nationalen Verteidigung notwendige Waffenproduktion werden gestattet. 8. In bezug auf Handel, Schiffahrt, Zutritt zum Weltmarkt werden Deutschland keinerlei Beschränkungen auferlegt. 9. Die Signatarstaaten des Friedensvertrages unterstützen die Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen.

Vom März bis zum Oktober 1952 entwickeln die westlichen Imperialisten hektische diplomatische Aktivitäten; viermal gehen die Noten zwischen ihnen und der Sowjetregierung hin und her. Im imperialistischen Lager brechen Risse auf, man ist sich uneins darüber, wieviel Gesichtsverlust man sich vor den Augen der Völker der Welt leisten kann, für die offensichtlich ist, daß die Hauptfront zwischen den Imperialisten unter Führung der USA und den sozialistischen Staaten, an der Spitze die Sowjetmacht, verläuft.

Die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands, dazu als Mittel die Besatzung der BRD, hat zum Zweck die Unterdrückung der Demokratie, deren Entfaltung, wie sie der sowjetische Vertragsentwurf vorsieht, der Arbeiterklasse den Spielraum für den An-

---

sparnisse bis 1500 DM, ab Januar 2000 DM, für Blinde wird der Betrag nur um 25% von 6000 auf 7500 DM erhöht. ½ Promille – 3 Millionen Mark – macht diese Änderung an Sozialhilfe mehr aus. Mit dieser Erhöhung hat die Regierung die notwendige Erhöhung des Sozialhilfesatzes umgangen, der z. Zt. bei einem Alleinstehenden 300 DM plus Miete beträgt. Die Nichtanrechnung dient den Sozialämtern nur zur Schikane und Ablehnung weiterer Sozialhilfe, wie z.B. Ablehnung von Kleidergeld, mit dem Hinweis auf die vorhandenen Ersparnisse.

z.urb. **Die Betriebsjugendgruppe von VW Hannover will einen Brief an die Bundesregierung schreiben, in dem sie sich dagegen wendet, daß für viele bei den geforderten Lohnerhöhungen das Kindergeld gestrichen wird.** Nach §2 des Bundeskindergeldgesetzes werden „Kinder nicht berücksichtigt, denen aus dem Ausbildungsverhältnis Bruttobezüge in Höhe von wenigstens 750 DM monatlich zustehen". In zahlreichen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen wurde in diesem Jahr die Forderung nach Anbindung der Lehrlingslöhne an die Facharbeiterlöhne aufgestellt. Die Kindergeldregelung erschwert hier den Zusammenschluß, hieße doch die Durchsetzung einer Forderung nach 60% des Facharbeiterlohnes Löhne zwischen 900 und 1000 DM und damit Streichung des Kindergeldes. Insbesondere den Lehrlingen des 3. und 4. Lehrjahres und ihren Familien, die nach Tarifbezirken zwischen 573 und 674 DM verdienen, wird bei jeder annehmbaren Tariferhöhung im nächsten Jahr 50, 100 oder 195 DM Kindergeld gestrichen.

z.doj. **Minister Ehrenberg liegt die vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen erarbeitete Medikamenten-„Negativliste" vor.** Sie soll das Kostendämpfungsgesetz ein Stück weiter durchsetzen durch Verweigerung der Bezahlung von Medikamenten durch die Krankenkassen. Die Ärztevertreter im Ausschuß stimmten gegen die Liste, die fast alle Kopfschmerzmittel, v.a. Aspirin, Hustenmittel und mehrere Nasentropfen, Abführmittel und Medikamente gegen Durchfall, Pflaster sowie durchblutungsfördernde Salben umfaßt. Ehrenberg hat die Liste wohlwollend geprüft und im Grundsatz bereits zugestimmt. – 4—8% der Bevölkerung müssen den Arzt wegen quälender Kopfschmerzen aufsuchen, ihre Leiden sollen sie ohne Erleichterung durchstehen, wenn sie nicht für 20 Tabletten 4 bis 14 DM auf den Tisch legen können. Verdauungskrankheiten – vorwiegend entzündlicher Form – sind von 1973 auf 1976 um 20% angestiegen: für die Bekämpfung von Magenschmerzen oder Durchfall bedeutet die Liste, 5 bis 50 DM bezahlen zu müssen. Jede Grippe müßte ein Loch von 8—20 DM in den Geldbeutel reißen, allein zur Bekämpfung des Hustens und der verstopften Nase. Ebenso erfordern die Skeletterkrankungen, die von 1973 auf 1976 um 53% angestiegen sind, im späteren Stadium wegen Muskelversteifungen meist durchblutungsfördernde Salben.

z.kup. **„Holzdiebstähle, schon fast vergessen, nehmen in auffallender Weise wieder zu!"** meldet die Deutsche Presseagentur. An den Heizölkosten und den offenen Kaminen, die sich viele Hauseigentümer eingebaut haben, soll es liegen. Holzdiebstahl als „Zeichen von Wohlstand". Was früher ein Zeichen der Verelendung war, soll heute das Gegenteil sein? Viele Werktätige, besonders ehemalige Bauern, heizen mit Kohle oder haben noch Heizanlagen für Holz und Kohle. Sie greifen jetzt aufgrund der Teuerung und insbesondere der Heizölverteuerung auf alte Heizanlagen zurück. Besonders in ländlichen Gebieten tut man, was man früher Jahrhunderte tat: in den Wald fahren und Holz holen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/7208 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

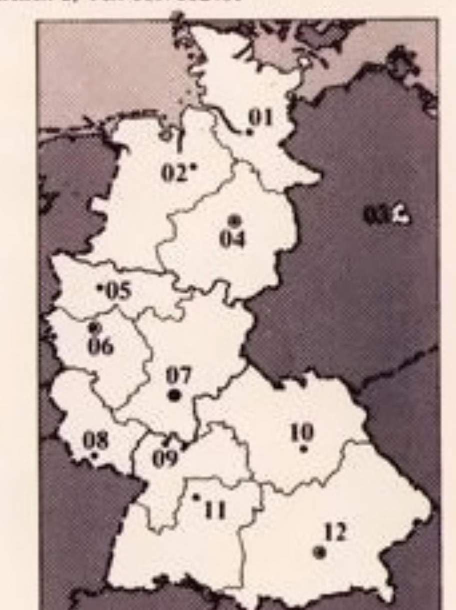
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r. clm. **Die dänischen Fährarbeiter haben ihre Erklärung bekräftigt, daß sie die Umflaggung der Fähre Römö-Sylt von der zypriotischen auf die westdeutsche Flagge begrüßen, wenn dabei nur ihre Rechte und ihr Lohnstandard erhalten bleiben.** Ein Teil der Fährarbeiter arbeitet jetzt auf der Route Römö-Sylt, die vom ehemaligen dänischen Besitzer der Fähre, nach der Blockade und dem Boykott der Fördereederei, eingerichtet ist. Sie arbeiten zu schlechteren Bedingungen als die tariflich erkämpften. Die dänische Reederei konnte dabei die chauvinistische Strömung in der dänischen Unterstützungsbewegung ausnutzen, daß nämlich das wichtigste sei, daß die Fähren unter dänischer Flagge laufen. – ,,Die Fördereederei war beim Kauf der Linie Römö-Sylt schlecht beraten" ist inzwischen die Meinung in der Flensburger Geschäftswelt. Nach Aussagen des Vorbesitzers, der Reederei Lindinger, hat die Fördereederei 10 Millionen Kronen zuviel für die Linie gezahlt. Die Reederei und ihre Geldgeber hofften, daß diese Summe durch die gesteigerte Ausbeutung der Fährarbeiter noch in diesem Jahr wieder in ihre Kassen fließen würde. Das Gegenteil war der Fall. Denn durch den Boykott und die Blockade ist ein weiterer Verlust von 10 Millionen Kronen entstanden. Der Geschäftsführer der Reederei, Nissen, denkt selbst öffentlich darüber nach, welche Möglichkeiten ihm noch bleiben. Zu prüfen sei der Verkauf der Linie und andererseits die Umflaggung von zypriotischer auf westdeutsche Flagge. Eine Umflaggung könnten die Fährarbeiter in Römö und Flensburg nutzen, um über die ÖTV Tarifverträge durchzusetzen, die ihre Rechte und ihren Lohnstandard sichern.

licht werden müsse, über den Anschluß selber zu entscheiden, und daß die Wasserentnahme und die Nutzung der eigenen Anlagen gestattet werden sollte. Bürgermeister Georg Claußen wollte bei den zuständigen Stellen nochmals vorsprechen, es sei aber so, daß das Land die Zuschüsse streichen würde, wenn die Klausel des Anschlußzwanges nicht enthalten sei. ,,Entschieden ist noch nichts", äußerte sich ein Mitglied des Bürgervereins. – Jetzt folgt die Abwässerbeseitigung. Im ländlichen Raum gäbe es lediglich für 35% Anschluß an die zentrale Wasserversorgung (Schleswiger Nachrichten, 6.11.) ,,Einige gemeindliche Kläranlagen (werden) durchaus nicht allen Anforderungen gerecht." Hauskläranlagen würden maximal 50% reinigen. Die Richtung ist klar: Allgemeiner Anschluß unter dem Deckmantel des Umweltschutzes. Landrat Dr. Korthals stellte der Presse den Generalwasserplan am 5.11. vor. Geschätzte Kosten: ½ bis 1 Milliarde DM. Die Zuschüsse sind noch nicht geklärt.

b.ref.Brunsbüttel. **Seit einer Woche streiken 19 maledivische Seeleute des panamesischen Frachters ,,Lone Eagle" der Reederei ,,Golf Stream Navigation".** Sie fordern eine bessere Verpflegung, Bezahlung nach ITF-Verträgen und 70000 Dollar Nachzahlung. Seit drei Monaten haben sie keine Heuer erhalten und bekommen zum Essen täglich zwei Brote, drei Tomaten, sieben Kartoffeln und je Person eine kleine Dose Reis. ITF und ÖTV die Lotsen und die AWO unterstützen den Streik. Sieben Kollegen aus dem Heider Krankenhaus sowie der KBW haben ihnen Resolutionen übermittelt.

Mit der Umwälzung im Tischlerhandwerk sollen die Löhne der Tischler gesenkt werden

r.bia. Nach dem Abschluß in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen im Tischlerhandwerk mit 6,8% ist es am 16.11.1979 in Niedersachsen am ersten Verhandlungstag zwischen GHK und den Handwerkskapitalisten des Tischlerhandwerks in Hannover zu einem Abschluß von ebenfalls 6,8% gekommen. Aufgestellt hatten die Tischler 10% auf den Ecklohn von 11,26 DM in Ortsklasse I = 100%. Das wären 1,13 DM gleich 195 DM gewesen. Die 10% sind aufgestellt worden, um den Unterschied zum Ecklohn von Hamburg von 13 Pfennig gegenüber Niedersachsen aufzuholen. Nach dem jetzigen Abschluß bedeutet der neue Tariflohn 12,01 DM.

In den vergangenen Jahren haben die Tischler zur Durchsetzung ihrer Forderungen des öfteren zum Mittel des Streiks greifen müssen. So im Karosseriebau in Niedersachsen, Bremen und Bremerhaven (November 1978), im Tischlerhandwerk und der Holzverarbeitenden Industrie in Berlin (Januar 1978) und im Schreinerhandwerk des Saarlandes (Januar/Februar 1978). Immer wieder konnten die Handwerkskapitalisten nur unter dem Eindruck des beschlossenen Streiks, wie auch dieses Jahr in Hamburg, zur Anerkennung der Forderungen der Tischler gezwungen werden. Die schon ausgehandelten 6,8% noch weiter auf 5,4% zu senken, konnten die Handwerkskapitalisten in diesem Jahr nicht durchsetzen.

Der Manteltarif in Nordwestdeutschland für die Tischler ist zum Ende des Jahres 1979 zum ersten Mal zu kündigen. Die GHK hatte im Juni beschlossen, ihn noch nicht zu kündigen, da man alle Kräfte auf die Tarifrunde konzentrieren wollte. Eine Kündigung des Manteltarifvertrages muß jetzt eingeleitet werden und Verhandlungen für einen neuen mit dem Inhalt des 7-Std.-Tages bei vollem Lohnausgleich. Im Bereich der Sägeindustrie verhandelt die GHK gegenwärtig über eine Arbeitszeitverkürzung.

Der Wandel im Tischlerhandwerk geht zu Lasten der kleinen Betriebe, die ihren Maschinenpark kaum erneuern können. Das im Vergleich zu anderen Handwerken hohe konstante Kapital zwingt die Tischlermeister, sich zu spezialisieren oder sich eine Weile mit der Kunststoffensterproduktion über Wasser zu halten. Hier ist der Einsatz von Maschinerie weniger hoch als in der herkömmlichen Tischlerei. Mit der Vergrößerung der Handwerksbetriebe und Spezialisierung, Serienproduktion für die Industrie, geht die Senkung des Lohns des Tischlers einher. Die Handwerkskapitalisten können und setzen in größerem Umfang ungelernte Kräfte ein, besonders in der Kunststoffensterherstellung. In den Betrieben mit Kunststoffherstellung setzten die Kapitalisten schon bei fünf Gesellen ungelernte Kräfte ein. Der Prozentsatz wird immer weiter ausgebaut. In der nachfolgenden Tabelle zeigen wir unter:

I: Durchschnittsalter aller Maschinen im Jahre 1975.
II: Auslastung der Kreissägen nach den Betriebsgrößen; 35 Std. = 100%.

Arbeiter	I	II
bis 4	11,5 J.	33,7%
5 bis 9	10,3 J.	46,0%
10 b.19	9,2 J.	54,6%
20 u. m.	7,9 J.	73,7%
absolut	10,1 J.	

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Rationalisierung und Technisierung der Betriebe im Holzhandwerk. Die Ausstattung und Produktivität der einzelnen Betriebe haben sich unterschiedlich entwickelt.

Handwerkszweig	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz Mio. DM	
	1968	1976	1967	1976	1967	1976
Tischler	48606	35853	219420	197843	7678	14317
Parkettleger	1544	1512	6011	6496	279	561
Rolladenbau	830	1026	7434	9684	353	976
Bootsbauer	246	219	2057	1696	67	121
Schiffbauer	66	51	1195	898	41	73
Wagner	4639	1768	7049	3306	109	140
Drechsler	1079	649	3838	3096	86	170
Böttcher	1360	445	2394	958	54	52
Modellbauer	666	618	5459	5233	134	285

b.hek.Hamburg. **Auf der Betriebsversammlung in der Karstadtfiliale Mönckebergstraße am 12. November stand die Forderung der Belegschaft nach einer Umbauzulage an erster Stelle.** Die Geschäftsleitung erklärte, nach Ende des Umbaus in einem Jahr werde ein Entgelt gezahlt. Mehrere Beschäftigte hielten der Geschäftsleitung die durch den Umbau gestiegenen Belastungen vor. Der Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Gassner unterstützte die Beschäftigten, auf eine Zahlung erst nach Abschluß des Umbaus und dann noch in ungenannter Höhe könne man sich nicht einlassen. Es gäbe andere Karstadt-Häuser, in denen die Beschäftigten schon während des Umbaus einen Ausgleich bekommen hätten. Ein Kollege schlug vor, die verankerten Forderungen: ,,50 DM Umbauzulage pro Monat; regelmäßige Reinigung aller Arbeitsplätze durch Reinigungsfirmen; keine Bauarbeiten an den Arbeitsplätzen und in den Personalräumen während der Arbeitszeit!" abzustimmen sowie dem Betriebsrat zu empfehlen, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und die Schlichtungsstelle anzurufen, wenn bis Jahresende die Forderungen nicht erfüllt sind. Der Betriebsrat ließ den Antrag nicht abstim-

r.juh. **Zähneknirschend mußten die Leitungen des St. Joseph- und des St. Gertrauden-Krankenhauses der Gewerkschaft ÖTV das Zutrittsrecht zugestehen.** Gestützt auf die wachsende gewerkschaftliche Organisierung der Beschäftigten hatte die ÖTV prozessiert und in der zweiten Instanz gewonnen. Die Betriebsgruppen können jetzt im Krankenhaus tagen, Informationsmaterial verteilen und haben ein schwarzes Brett für Bekanntmachungen. Gewerkschaftsbeauftragte haben Zutrittsrecht. Zwar hat das Gericht besondere Zurückhaltung gegenüber dem kirchlichen Dienstherrn gefordert und – entsprechend der Rechtsprechung der Bourgeoisie – die Aufgabe der Gewerkschaft definiert als ,,Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen und derart ein staatsentlastendes Ordnen des Arbeits- und Wirtschaftslebens". Aber gegenüber der bisherigen Unterdrückung und Illegalisierung gewerkschaftlicher Arbeit ist das Urteil ein Schritt weg von der moralischen Erpressbarkeit der Krankenhausbeschäftigten, die treu und aufopfernd die Kranken versorgen sollen. Es schafft den Beschäftigten Raum im Kampf für einen Tarifvertrag, für die Wahl eines Betriebsrates und gegen Kostendämpfungspolitik der Regie-

Jusos wollen Fachschaften an das NHG ketten

Aktionseinheit der Fachschaftsräte für gewerkschaftliche Rechte zur Vorbereitung der Wahlen notwendig

r.ech. Mit dem niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) verlangt der Wissenschaftsminister, die Vorlage neuer Wahlordnungen für die Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studenten. Entgegen dem Beschluß der Fachschaften (Vertretungen der Studenten auf der Ebene der einzelnen Fächer) haben Jusos und Sozialistisches Büro (SB), die in Göttingen die Mehrheit des AStA stellen, eine dem NHG angepaßte Fachschaftsrahmenordnung (FSRO) ausgekocht. Die Fachschaftsräte hatten auf mehreren Versammlungen beschlossen, daß sie auf der Anerkennung der alten FSRO durch Pestel bestehen. Seit Mittwoch weiß man nun, daß Jusos und SB ihren Entwurf einer neuen FSRO dem Justiziar der Universität Wörner schon vorgelegt haben.

Die Pestelschen Vorschriften mit sozialdemokratischem Beamtengeist beseelend, werden die Fachschaftsräte in kleine Parlamente umgewandelt mit 15 (bei bis zu 1000 Studenten), 21 (bei

das d'Hondtsche Wahlverfahren ersetzt. Die Einführung eines besonderen Vorstandes mag darauf spekuliert sein, auf diese Art und Weise die Reaktionäre, die Pestel als Denunzianten und Spaltkeile in die Fachschaftsräte hieven will, aus den Vorständen draussen zu halten. Aber ob der Herr Minister das nicht auch merkt? Den ganzen Umstand wird er zu schätzen wissen, mögen doch die Interessen der besitzlosen Studenten bei der ganzen Gremienpusselei auf der Strecke bleiben.

Und da der Herr Minister auch keine Vollversammlungen mit imperativen Mandat mag, denn die könnten ja dann doch noch eines der Gremien auf was nützliches festlegen: ,,§ 3.1 Die Fachschaftsvollversammlung (FSVV) ist ein Forum der politischen Diskussion und hat somit die Funktion, die fachschaftsinterne Kommunikation zu fördern ... § 5.1 Die FSVV artikuliert ihren Willen durch Resolutionen, Empfehlungen an den Fachschaftsrat/Vorstand ... (2) Die FSVV kann

die Ghostwriterdienste aus dem AStA berufen können.

Von den 23 Fachschaftsräten, die am Mittwoch auf der Fachschaftsräteversammlung anwesend waren, sprachen sich 20 gegen die angepaßte FSRO aus. Sie selbst legen eine überarbeitet Fassung der seit 1970 gültigen FSRO vor, die an den Prinzipien der demokratisch verfaßten Studentenschaft festhält. Für Dienstag, den 27.11., berufen sie die Universitätsvollversammlung ein, um endgültig und verbindlich über die FSRO Beschluß zu fassen. Jusos und SB versuchten ihren Alleingang zu rechtfertigen: Da gegenwärtig die Fachschaftsarbeit am Boden liege, sei eine angepaßte Wahlordnung von Nöten, um sie wieder aufzurichten; und lege man keine angepaßte FSRO vor, so sei mit einer Ersatzvornahme zu rechnen, die könne nur schlimmer ausfallen. Die Fachschaftsräte beschlossen ein Flugblatt herauszugeben, um diesen Versuchen, sie an das NHG zu ketten, zurückzu-

Flagge. Eine Umflaggung könnten die Fährarbeiter in Römö und Flensburg nutzen, um über die ÖTV Tarifverträge durchzusetzen, die ihre Rechte und ihren Lohnstandard sichern.

ne Dose Reis. ITF und ÖTV die Lotsen und die AWO unterstützen den Streik. Sieben Kollegen aus dem Heider Krankenhaus sowie der KBW haben ihnen Resolutionen übermittelt.

zwungen werden. Die schon ausgehandelten 6,8% noch weiter auf 5,4% zu senken, konnten die Handwerkskapitalisten in diesem Jahr nicht durchsetzen.

Der Manteltarif in Nordwest-

Bootsbauer	246	219	2057	1696	67	121
Schiffbauer	66	51	1195	898	41	73
Wagner	4639	1768	7049	3306	109	140
Drechsler	1079	649	3838	3096	86	170
Böttcher	1360	445	2394	958	54	52
Modellbauer	666	618	5459	5233	134	285

b.hek.Hamburg. **Auf der Betriebsversammlung in der Karstadtfiliale Mönckebergstraße am 12. November stand die Forderung der Belegschaft nach einer Umbauzulage an erster Stelle.** Die Geschäftsleitung erklärte, nach Ende des Umbaus in einem Jahr werde ein Entgelt gezahlt. Mehrere Beschäftigte hielten der Geschäftsleitung die durch den Umbau gestiegenen Belastungen vor. Der Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Gassner unterstützte die Beschäftigten, auf eine Zahlung erst nach Abschluß des Umbaus und dann noch in ungenannter Höhe könne man sich nicht einlassen. Es gäbe andere Karstadt-Häuser, in denen die Beschäftigten schon während des Umbaus einen Ausgleich bekommen hätten. Ein Kollege schlug vor, die verankerten Forderungen: ,,50 DM Umbauzulage pro Monat; regelmäßige Reinigung aller Arbeitsplätze durch Reinigungsfirmen; keine Bauarbeiten an den Arbeitsplätzen und in den Personalräumen während der Arbeitszeit!" abzustimmen sowie dem Betriebsrat zu empfehlen, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und die Schlichtungsstelle anzurufen, wenn bis Jahresende die Forderungen nicht erfüllt sind. Der Betriebsrat ließ den Antrag nicht abstimmen. Er hat damit eine Chance vertan, sich für weitere Verhandlungen von der Belegschaft Rückenstärkung zu holen.

b.peb. **Eine neue Dienstvorschrift für die Landespolizei Schleswig-Holsteins wurde von Innenminister Barschel vorgestellt.** Dienstvorschrift und Erlasse – nicht allgemein zugänglich veröffentlicht – werden in 1600 Exemplaren als sechsbändiges Nachschlagwerk an alle Polizeidienststellen des Landes ausgeliefert. Abgelöst werden dadurch die alte Dienstvorschrift von 1959 sowie mehr als 100 Einzelerlasse; dies führe zu einer ,,Verwaltungsvereinfachung", damit der einzelne Polizeibeamte ,,den Erfordernissen des tagtäglichen Dienstes" gerecht werden könne. Polizeiminister Barschel zieht den Vergleich zum Polizei-,,Regulativ" des Dänenkönigs Friedrich VI. von 1829, wonach die Polizei u.a. ,,Zusammenrottungen und Verabredungen von Unruhen sorgfältig zu entdecken und sich der Personen zu versichern (hatte), die sich als Anstifter bemerklich machen."

b.brg.Tolk. **Nach dem zentralen Wasseranschlußzwang jetzt der Abwasserzwang.** Auf der letzten Gemeinderatssitzung in Tolk gab es während der Bürgerfragestunde heftige Auseinandersetzungen um den Wasseranschluß. ,,Die freie kommunale Wählergemeinschaft Tolk" hatte dem Gemeinderat einen Antrag überreicht, in dem die Satzungsänderung gefordert wird dahingehend, daß jedem Bürger ermög-

r.juh. **Zähneknirschend mußten die Leitungen des St. Joseph- und des St. Gertrauden-Krankenhauses der Gewerkschaft ÖTV das Zutrittsrecht zugestehen.** Gestützt auf die wachsende gewerkschaftliche Organisierung der Beschäftigten hatte die ÖTV prozessiert und in der zweiten Instanz gewonnen. Die Betriebsgruppen können jetzt im Krankenhaus tagen, Informationsmaterial verteilen und haben ein schwarzes Brett für Bekanntmachungen. Gewerkschaftsbeauftragte haben Zutrittsrecht. Zwar hat das Gericht besondere Zurückhaltung gegenüber dem kirchlichen Dienstherrn gefordert und – entsprechend der Rechtsprechung der Bourgeoisie – die Aufgabe der Gewerkschaft definiert als ,,Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen und derart ein staatsentlastendes Ordnen des Arbeits- und Wirtschaftslebens". Aber gegenüber der bisherigen Unterdrückung und Illegalisierung gewerkschaftlicher Arbeit ist das Urteil ein Schritt weg von der moralischen Erpressbarkeit der Krankenhausbeschäftigten, die treu und aufopfernd die Kranken versorgen sollen. Es schafft den Beschäftigten Raum im Kampf für einen Tarifvertrag, für die Wahl eines Betriebsrates und gegen Kostendämpfungspolitik der Regierung.

b.uls. **Die Stadt Kiel, wie auch andere vergleichbare Städte in Schleswig-Holstein, erhöht die Pflegesätze der städtischen Altenheime.** Die Verwaltung wollte die Sätze gar um 10% erhöhen, aber ,,erwartet wird eine relativ geringe Anhebung der Renten" und ,,Schon jetzt können 30 - 40% der Heimbewohner die Heimentgelte nicht mehr aus ihrer Rente decken und sind auf Sozialhilfe angewiesen"(KN 7.11.79). Die 5% Erhöhung entsprechen 39 - 54 DM. Die Pflegesätze betrugen 1978: 753 -954 DM, 1979: 789 - 1050 DM, und 1980 steigen sie auf 828 - 1104 DM.Volle Kostendeckung würde die Stadt Kiel bei Sätzen von 880 - 1260 DM erzielen. Die jährlichen Erhöhungen bedeuten nichts anderes, als daß immer mehr Rentner für ihren Lebensnterhalt nicht mehr selbst aufkommen können. Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik Köln beziffert den ,,ausreichenden Mindestkonsum" für eine alleinstehende ältere Frau auf gegenwärtig 800 - 900 DM. Danach liegen 31% aller Rentner und 83% aller Witwen unter diesem Existenzminimum.

b.hoo. **Am 19.11., 9.00 Uhr, ist Fortsetzungstermin vor dem Ehrengerichtshof in Schleswig, Gottorfstraße 2, Zi. 14, in dem Verfahren des Assessors Drude auf Zulassung zum Rechtsanwalt.** Die bisherige Beweisaufnahme am 15.10. war eine Schlappe für das Justizministerium, das die Zulassung verweigert. Ein CDU-Anwalt, geplant als Stimmungszeuge für eine angeblich unkollegiale Äußerung Drudes während einer Zivilverhandlung, mußte eingestehen, daß es sich um eine harmlose private Bemerkung gehandelt hatte und daß er lediglich Material für die Nichtzulassung des politischen Gegners habe liefern wollen; ein Richter und Staatsanwalt, die über angeblich unwürdige Auftritte Drudes vor Gericht in Strafsachen berichten sollten, verstrickten sich in erhebliche Widersprüche zu den Protokollen der Hauptverhandlungen. Das Ehrengericht zieht die Konsequenzen: Für den 19.11. sind zahlreiche Zeugen nachgeladen worden. In den Mittelpunkt stellt das Gericht wieder offen politische Gründe. Am 19.11. soll ein Film gezeigt werden, der die Teilnahme Drudes an einer verbotenen Demonstration gegen das Schah-Regime am 16.12.1978 in der Kieler Innenstadt belegen soll. Mehrere iranische Organisationen haben die Justizverwaltung scharf dafür angegriffen, daß diese sich mit ihrem Vorwurf gegen die iranische Revolution stellt. CIS und CISNU werden mit Delegationen an der Verhandlung teilnehmen.

Jusos wollen Fachschaften an das NHG ketten

Aktionseinheit der Fachschaftsräte für gewerkschaftliche Rechte zur Vorbereitung der Wahlen notwendig

r.ech. Mit dem niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) verlangt der Wissenschaftsminister, die Vorlage neuer Wahlordnungen für die Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studenten. Entgegen dem Beschluß der Fachschaften (Vertretungen der Studenten auf der Ebene der einzelnen Fächer) haben Jusos und Sozialistisches Büro (SB), die in Göttingen die Mehrheit des AStA stellen, eine dem NHG angepaßte Fachschaftsrahmenordnung (FSRO) ausgekocht. Die Fachschaftsräte hatten auf mehreren Versammlungen beschlossen, daß sie auf der Anerkennung der alten FSRO durch Pestel bestehen. Seit Mittwoch weiß man nun, daß Jusos und SB ihren Entwurf einer neuen FSRO dem Justiziar der Universität Wörner schon vorgelegt haben.

Die Pestelschen Vorschriften mit sozialdemokratischem Beamtengeist beseelend, werden die Fachschaftsräte in kleine Parlamente umgewandelt mit 15 (bei bis zu 1000 Studenten), 21 (bei 1000 bis 2500) oder 35 (bei über 2500). Das Parlament wählt sich seinerseits einen drei-, fünf- oder siebenköpfigen Vorstand, der die Geschäfte führt. Die Listenwahl, d.h., daß die Liste, die die meisten Stimmen erhält, den Fachschaftsrat stellt, was einen arbeitsfähigen Fachschaftsrat sichert, wird durch das d'Hondtsche Wahlverfahren ersetzt. Die Einführung eines besonderen Vorstandes mag darauf spekuliert sein, auf diese Art und Weise die Reaktionäre, die Pestel als Denunzianten und Spaltkeile in die Fachschaftsräte hieven will, aus den Vorständen draussen zu halten. Aber ob der Herr Minister das nicht auch merkt? Den ganzen Umstand wird er zu schätzen wissen, mögen doch die Interessen der besitzlosen Studenten bei der ganzen Gremienpusselei auf der Strecke bleiben.

Und da der Herr Minister auch keine Vollversammlungen mit imperativen Mandat mag, denn die könnten ja dann doch noch eines der Gremien auf was nützliches festlegen: ,,§ 3.1 Die Fachschaftsvollversammlung (FSVV) ist ein Forum der politischen Diskussion und hat somit die Funktion, die fachschaftsinterne Kommunikation zu fördern ... § 5.1 Die FSVV artikuliert ihren Willen durch Resolutionen, Empfehlungen an den Fachschaftsrat/Vorstand ... (2) Die FSVV kann durch ein aufschiebendes Veto eine neuerliche Beratung durch den Fachschaftsrat herbeiführen. Der Fachschaftsrat kann ein solches Veto ... verwerfen ... ⅔-Mehrheit." Das ist wahre Demokratie. Mit einigen Schönheitskorrekturen wird Pestel das schon genehmigen und sich dabei noch auf die Ghostwriterdienste aus dem AStA berufen können.

Von den 23 Fachschaftsräten, die am Mittwoch auf der Fachschaftsräteversammlung anwesend waren, sprachen sich 20 gegen die angepaßte FSRO aus. Sie selbst legen eine überarbeitet Fassung der seit 1970 gültigen FSRO vor, die an den Prinzipien der demokratisch verfaßten Studentenschaft festhält. Für Dienstag, den 27.11., berufen sie die Universitätsvollversammlung ein, um endgültig und verbindlich über die FSRO Beschluß zu fassen. Jusos und SB versuchten ihren Alleingang zu rechtfertigen: Da gegenwärtig die Fachschaftsarbeit am Boden liege, sei eine angepaßte Wahlordnung von Nöten, um sie wieder aufzurichten; und lege man keine angepaßte FSRO vor, so sei mit einer Ersatzvornahme zu rechnen, die könne nur schlimmer ausfallen. Die Fachschaftsräte beschlossen ein Flugblatt herauszugeben, um diesen Versuchen, sie an das NHG zu ketten, zurückzuweisen.

Von mehreren Fachschaften wurde berichtet, daß sich neue Zusammenschlüsse gebildet haben. Die Sowi-VV lehnte mit 120 Teilnehmern die angepaßte FSRO ab und richtete eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Wahlen ein.

b.kym. **Mit 250000 DM fördert das Ehrenbergministerium den Umbau des Krankenhauses Bethanien in Eppendorf zum ,,Nachsorgekrankenhaus".** Die gleiche Summe gibt der Hamburger Senat. Im Krankenhausbedarfsplan 77 war bereits die Schließung von 110 Betten und Umwandlung in eine ,,Nachsorgeklinik" vorgesehen. Jetzt werden nur noch ,,Nachsorgepatienten" aufgenommen, meist ältere Patienten mit Herz- und Kreislaufkrankheiten. Eine Herzstation wird gebaut. Chirurgie mit OP und Geburtshilfe wurden geschlossen. In unmittelbarer Nachbarschaft des UKE mit einem Pflegesatz über 230 DM und den höchsten Liegezeiten in der inneren Medizin, die drastisch gesenkt werden sollen, bot sich Bethanien als ,,Modellversuch" für eingeschränkte Krankenhauspflege an für Patienten, die ,,Betten der teuersten Kategorie (blockieren)." Bei ,,Bewährung" dieses Ehrenbergmodells soll in allen Krankenhäusern das Leistungsangebot entsprechend geändert werden.

b.tis. **Sieben Wochen brauchte Klose, um für Justizsenator Dahrendorf, der vom Fluch des ,,persönlich zurechenbaren Versagens" bei der Hamburger Kampfgasproduktion getroffen wurde, einen Nachfolger zu finden.** Nun präsentiert die SPD Eva Leithäuser: Ministerialrätin und Gewerkschafterin, sozialdemokratisch und christlich, bisher Wachhund über 36000 Postbedienstete. Sie soll bei verdoppeltem Gehalt da-



für sorgen, daß weiterhin in der hanseatischen Justiz jedem das Seine zuteil wird.

Weitere Maßnahmen der Kostendämpfung an den hannoverschen Krankenhäusern geplant

r.gec. Zum 23.11. beabsichtigen die Stadt und der Landkreis Hannover sowie die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen, eine ,,kleine Konzertierte Aktion" über weitere Kostendämpfung an den hannoverschen Krankenhäusern durchzuführen. Just zum gleichen Zeitpunkt tagt Ehrenbergs ,,Konzertierte Aktion". Einige Anhaltspunkte über die Tagesordnung bietet der Brief des Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Dr. Weinhold, an die leitenden Krankenhausärzte Niedersachsens (Ärzteblatt, 5.11.79). Die Krankenhausärzte werden darin aufgefordert, bei Arzneimitteln, Therapieempfehlungen und stationärer und ambulanter Nachbehandlung ,,unnötige Ausgaben zu vermeiden". Hat man die niedergelassenen Ärzte über Preisvergleichlisten, Arzneimittelhöchstbeträge und Wirtschaftlichkeitskontrollen soweit im Griff, daß sie ,,diese Vorschriften einhalten", so sei das noch nicht so bei den Krankenhausärzten. Dr. Weinhold beklagt sich, daß die Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt ,,auf bestimmte Arzneimittel fixiert seien", die ,,nicht mit der wirtschaftlichen Verordnungsweise der Kassenärzte übereinstimme". Dies führte zu Auseinandersetzungen mit den Patienten und zu Schwierigkeiten mit den niedergelassenen Ärzten. Die Einweisung für stationäre oder ambulante Nachbehandlung soll dem Hausarzt überlassen werden. Nebst Brief bekamen die Krankenhausärzte auch gleich die Arzneimittelrichtlinien des Bundesausschusses zugesandt.

Obwohl die Krankenhäuser in Hannover ihre Arzneimittelsortimente zusammengestrichen und den Einsatz teurer Medikamente reduziert haben, liegt gerade bei den Medikamenten ein großes Feld der Kostendämpfung. Allein an der Medizinischen Hochschule Hannover gelang mittels Einführung von EDV für den Medikamentenverbrauch bereits 1975 eine Medikamentenreduzierung von 30%. Die letzte größere Streichung erfolgte nach Erscheinen der ,,Arzneimittelrichtlinien" Anfang 79. Im Annastift (Hannover) ist seit einiger Zeit nur noch der Stationsarzt befugt, Anweisungen für Medikamente zu geben. Medikamentbücher werden angelegt, worin der Erhalt, die Ausgabe und durch wen bestätigt werden muß.

Wie weitere Kostendämpfung zu erreichen ist, dazu soll die hannoversche Konzertierte Aktion tagen. Ein großes Problem wird da der Kampf der Beschäftigten an den Krankenhäusern gegen das Kostendämpfungsprogramm sein. Noch in diesem Jahr steht die Klage von acht Ärzten des Cecilienstifts (Hannover) gegen die Stadt Hannover für das Verbot der 32,5-Stunden-Schicht an (Bereitschaftsdienst).

Letzte Woche haben 41 Ärzte des Nordstadtkrankenhauses (Hannover) in einem Schreiben an die Nordwestdeutsche Krankenhausgesellschaft die Verantwortung für Fehlbehandlungen wegen Übermüdung abgelehnt. Die Ärzte des Cecilienstiftes wollen sich dem anschließen. Der Personalrat sowie die Beschäftigten des Cecilienstifts haben eine Reduzierung der Betten, insbesondere im Säuglingsbereich abgelehnt sowie eine Überleitung unter einen anderen Krankenhausträger. Die Mitarbeitervertretung des Annastiftes hat die Betriebsführung um Zahlen über die Verweildauer sowie über die Beschäftigten gebeten, um der zunehmenden Arbeitsintensivierung nachzugehen. All diese Kämpfe haben sich in Anträgen an die Kreisdelegiertenkonferenz (KDK) – ÖTV Hannover manifestiert. In einem Beschluß der KDK wird dann auch die Beseitigung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes gefordert. Der Beschluß geht an den Gewerkschaftstag der ÖTV.



FSG will durch Umstrukturierung Werfthilfe voll ausschöpfen

b.lom. Am 2.11. berichtete die ,,Flensborg Avis" über Pläne der Harmstorf-Gruppe, die Flensburger Werft in zwei unabhängige, selbständig wirtschaftende Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs) umzuwandeln, auf der einen Seite die Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) und auf der anderen Seite die Fahrzeugwerke Nord (FWN). Was ist der Hintergrund für diese Pläne des Alwick Harmstorf? Dazu der Betriebsratsvorsitzende Hans Olaf Christensen im ,,Flensborg Avis" vom 3.11.: ,,Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ... lehnen eine gesellschaftliche und organisatorische Umstrukturierung der FSG ab. Begründung: Der unmittelbare Anlaß für die in der Umstrukturierung dargelegten Überlegungen sind ein Umgehen der bedingten Rückzahlbarkeit der ‚Schiffsneubau-Auftragshilfe'. Da diese Hilfen durch Steuergelder ermöglicht werden, halten wir aus gewerkschaftlicher Sicht solche Praktiken für nicht vertretbar."

Am 7.11. verabschiedeten die Vertrauensleute der Flensburger Schiffbaugesellschaft einstimmig eine Resolution, in der die Pläne des Kapitalisten Harmstorf abgelehnt werden. ,,Dieses Vorhaben wird auf das schärfste mißbilligt ... Hinzu kommt, daß es sich bei dem Kettenfahrzeugbau um eine Fertigung handelt, die nur durch staatliche Förderung aufgebaut werden konnte und erhalten wird."

Ebenfalls am 7. November gibt der Vorstand der FSG eine Presseerklärung ab, in der gerade die Sicherstellung der Rückzahlungen als Grund für die Bildung eines selbständigen FWN-Kapitals angegeben wird. ,,Durch die Neuorganisation wird ferner eine Wettbewerbsverzerrung bei der Gewährung der Werfthilfemittel vermieden, die für die Erhaltung der Arbeitsplätze des Werftbetriebes zur Verfügung gestellt werden. Die Gewinne, die in anderen – nicht schiffsbaubezogenen – Betrieben der FSG, die nicht in den Genuß der Werfthilfemittel kommen, erzielt werden, können nicht für eine etwaige Rückzahlung herangezogen werden..."

Die Stadt Flensburg, die selbst ein Aktienpaket von 25,1% an der FSG besitzt und damit über eine Sperrminorität verfügt, hat den Boykott der Pläne des Vorstandes der FSG angekündigt. Dieser läßt jetzt über einen Rechtswissenschaftler klären, ob für die Neuorganisation neben der Zustimmung des Aufsichtsrates auch ein Beschluß der Hauptversammlung mit ¾ Mehrheit erforderlich ist.

Deutlich wird folgendes: Der ausgewiesene Gewinn der FSG beträgt laut Geschäftsbericht für 1978 731 532 DM. Nach Angaben der Betriebsführung arbeitet die FWN, in der die Harmstorf-Gruppe 1979 bereits 2,5 Mio. DM investiert hat, mit steigendem Profit, während der Profit, den die Werft abwirft, diese Tendenz nicht hat, jedenfalls niedriger sei. Ab 1980 nun stünde die Rückzahlung der Gelder aus dem Werfthilfeprogramm an, die innerhalb von 9 Jahren zurückgezahlt werden müssen:

Ein Teil dieser Gelder ist in die FWN gegangen. Mit der Teilung der Gesellschaft hätte nur noch die FSG die Rückzahlungspflicht, der Harmstorf dadurch völlig entgehen will, indem sodann die FSG mit ,,Verlusten" produzieren würde. ,,Verluste", von einer schrumpfenden Belegschaft, die in kürzerer Zeit ein Schiff fertigstellen muß, produziert. 1978 ist die Belegschaft um 10% geschrumpft und die Lohnsumme um 11,5%. Werftdirektor Börner sprach bei der Taufe der ,,Breslau" von den großen Opfern, damit die Werft bis 1982 ausgelastet sei. Er meinte damit weitere Entlassungen und Lohnsenkungen.

Entwicklung der Arbeiter an der Flensburger Werft

	1978	1977	1976	1975	1974
Arbeiter	1040	1175	1330	1353	1293
Angestellte	275	261	304	311	311
Auszubildende	113	126	132	110	113
Gesamt	1428	1593	1766	1774	1717

Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste

Hohe Besteuerung der Kapitalisten, Steuereinzug allein durch die Kommunen

b.brb. Seit Jahren verweist der Kieler Magistrat bei Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen auf die hohen Schulden und die schlechte Finanzlage der Stadt und hat die Rücknahmen der Erhöhungen abgelehnt. Daß er mit der Finanznot hat spalten können, ist nicht zu leugnen. Rechnet man das Steueraufkommen dagegen nach, erhält man andere Ergebnisse.

1. ist es nicht richtig, daß Kiel kein Geld hätte. Richtig ist daran nur, daß von dem gesamten Steueraufkommen 1977 von 1,1 Mrd. DM (ohne indirekte Steuern) nur 240 Mio., also 21% in Kiel verblieben, während 35% vom Land und 44% vom Bund konfisziert wurden. Würde die Stadt Kiel selbst über alle Steuereinnahmen verfügen, ließe sich Gebührenfreiheit wie auch Steuersenkung für die Volksmassen bewerkstelligen.

2. ist nicht einzusehen, daß die Volksmassen mit Steuern und Gebühren für die Schuldentilgung und Zinsen an das Finanzkapital aufkommen sollen. Immerhin macht dieser Posten fast halb so viel von dem aus, was dem Volk über Gebührenzahlungen abgepreßt wird. Da diese Schulden sowieso dafür verwandt werden, den Kapitalisten Investitionshilfen und Kredite zu finanzieren, sollen sie schon selbst für die Tilgung aufkommen. Zahlen sollen die Kapitalisten durch höhere Steuerleistungen. An der Tabelle kann man ablesen, daß die Volksmassen in den Kieler Haushalt an Steuern und Gebühren fast doppelt soviel zahlen wie die Kapitalisten mit Gewerbe-, Lohnsummen- und Grundsteuer. Werden die Kapitalisten im nächsten Jahr von der Lohnsummensteuer befreit und mit höheren Freibeträgen bei der Gewerbesteuer bedacht, sollen die Volksmassen noch mehr zahlen, um das Loch zu stopfen.

Richtig wird es sein, noch vor Inkrafttreten der nächsten Fahrpreiserhöhung im Januar die Stadträte mit diesen Forderungen und Berechnungen zur Rede zu stellen.

Verteilung des Gesamtsteueraufkommens von Kiel 1977 ohne indirekte Steuern/Zölle auf Kiel, Land, Bund

Mio DM

Kiel: E 95308 = 14%, GA 104 = 100%, GB23889 = 100%, GE 4150 = 57%, AS 3670 = 100%, Ge81621 = 60%, L 31534 = 100%

Land: E 292732 = 43%, GE 3112 = 43%, Ge 27207 = 20%, Kö 48143 = 50%, U 14384 = 10%

Bund: E 292732 = 43%, Ge 27207 = 20%, Kö 48143 = 50%, U 129456 = 90%

Gesamtsteueraufkommen in Kiel 1977: 1123291000 DM

Anteil des Aufkommens der Volksmassen und der Kapitalisten am Haushalt der Stadt Kiel

	1970	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Gebühren	48,31	79,40	92,77	103,85	80,38	85,15	90,15
Gemeindeanteil an Lohn- Eink.Steuer	33,72	74,79	74,21	80,73	90,41	94,20	84,60
Fahrpreiseinnahmen	25,10	29,10	32,90	34,90	36,10	38,60	40,00
Gewerbesteuer	43,31	74,29	69,94	70,72	81,64	80,50	85,00
Lohnsummensteuer	16,40	29,71	30,50	30,75	31,34	29,00	31,00
Kredittilg./Zinsausg.	18,80	33,56	38,07	42,45	45,25	44,72	44,00
Gesamthaushalt	325,26	460,14	491,77	529,69	542,10	615,73	602,88

Die Fahrpreiseinnahmen der KVAG gehen nicht direkt in den Haushalt ein sondern nur indirekt über die Konzessionsabgaben der KVAG an die Stadt

näre oder ambulante Nachbehandlung soll dem Hausarzt überlassen werden. Nebst Brief bekamen die Krankenhausärzte auch gleich die Arzneimittelrichtlinien des Bundesausschusses zugesandt.

Obwohl die Krankenhäuser in Hannover ihre Arzneimittelsortimente zusammengestrichen und den Einsatz teurer Medikamente reduziert haben, liegt gerade bei den Medikamenten ein großes Feld der Kostendämpfung. Allein an der Medizinischen Hochschule Hannover gelang mittels Einführung von EDV für den Medikamentenver-

insbesondere im Säuglingsbereich abgelehnt sowie eine Überleitung unter einen anderen Krankenhausträger. Die Mitarbeitervertretung des Annastiftes hat die Betriebsführung um Zahlen über die Verweildauer sowie über die Beschäftigten gebeten, um der zunehmenden Arbeitsintensivierung nachzugehen. All diese Kämpfe haben sich in Anträgen an die Kreisdelegiertenkonferenz (KDK) – ÖTV Hannover manifestiert. In einem Beschluß der KDK wird dann auch die Beseitigung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes gefordert. Der Beschluß geht an den Gewerkschaftstag der ÖTV.

Fertigung handelt, die nur durch staatliche Förderung aufgebaut werden konnte und erhalten wird."

Ebenfalls am 7. November gibt der Vorstand der FSG eine Presseerklä-

Arbeiter 1040 1175 1330 1353 1293
Angestellte 275 261 304 311 311
Auszubildende 113 126 132 110 113
Gesamt 1428 1593 1766 1774 1717

Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste

Hohe Besteuerung der Kapitalisten, Steuereinzug allein durch die Kommunen

b.brb. Seit Jahren verweist der Kieler Magistrat bei Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen auf die hohen Schulden und die schlechte Finanzlage der Stadt und hat die Rücknahmen der Erhöhungen abgelehnt. Daß er mit der Finanznot hat spalten können, ist nicht zu leugnen. Rechnet man das Steueraufkommen dagegen nach, erhält man andere Ergebnisse.

1. ist es nicht richtig, daß Kiel kein Geld hätte. Richtig ist daran nur, daß von dem gesamten Steueraufkommen 1977 von 1,1 Mrd. DM (ohne indirekte Steuern) nur 240 Mio., also 21% in Kiel verblieben, während 35% vom Land und 44% vom Bund konfisziert wurden. Würde die Stadt Kiel selbst über alle Steuereinnahmen verfügen, ließe sich Gebührenfreiheit wie auch Steuersenkung für die Volksmassen bewerkstelligen.

2. ist nicht einzusehen, daß die Volksmassen mit Steuern und Gebühren für die Schuldentilgung und Zinsen an das Finanzkapital aufkommen sollen. Immerhin macht dieser Posten fast halb so viel von dem aus, was dem Volk über Gebührenzahlungen abgepreßt wird. Da diese Schulden sowieso dafür verwandt werden, den Kapitalisten Investitionshilfen und Kredite zu finanzieren, sollen sie schon selbst für die Tilgung aufkommen. Zahlen sollen die Kapitalisten durch höhere Steuerleistungen. An der Tabelle kann man ablesen, daß die Volksmassen in den Kieler Haushalt an Steuern und Gebühren fast doppelt soviel zahlen wie die Kapitalisten mit Gewerbe-, Lohnsummen- und Grundsteuer. Werden die Kapitalisten im nächsten Jahr von der Lohnsummensteuer befreit und mit höheren Freibeträgen bei der Gewerbesteuer bedacht, sollen die Volksmassen noch mehr zahlen, um das Loch zu stopfen.

Richtig wird es sein, noch vor Inkrafttreten der nächsten Fahrpreiserhöhung im Januar die Stadträte mit diesen Forderungen und Berechnungen zur Rede zu stellen.

Verteilung des Gesamtsteueraufkommens von Kiel 1977 ohne indirekte Steuern/Zölle auf Kiel, Land, Bund

Anteil des Aufkommens der Volksmassen und der Kapitalisten am Haushalt der Stadt Kiel



Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Hannover verabschiedete u.a. folgende Anträge an den Gewerkschaftstag: Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, vollständige Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten, Bestreitung aller Beiträge allein durch die Arbeitgeber.

b.gaw. **Der Zwang zur Ferienarbeit steigt.** Ausreichende Bezahlung der Arbeitskraft während des Studiums!

Stundenlohn DM: 10,00 / 9,50 / 8,50 / 7,50 – Hilfsarbeiter Brutto – Student Brutto – Netto

Ferienarbeit/Studentinnen: 1000 / 1500 / 2000 / 2453 – 1969 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79

Quelle: Arbeitsmraktlagebericht Hamburg
Hamburg in Zahlen

b.güt. **Die Weiterbeschäftigung des bei einem Betriebsunfall verunglückten Arbeiters A. (s. KVZ 45, S. 7) verlangte der Betriebsrat von HAW auf der Betriebsversammlung am 13.11.** Dies unterstützte die Versammlung durch Beifall. HAW weigert sich, den Arbeiter, der einen nicht geheilten Achillessehnenriß hat, weiterzubeschäftigen. Auf der Betriebsversammlung drückte sich die Betriebsführung feige um eine Stellungnahme.

r.gec. **Während der Sitzung des Aufsichtsrats von AEG-Telefunken am 15.11. legten ca. 3000 Arbeiter und Angestellte der hannoverschen Werke über 2 Stunden die Arbeit nieder.** Mit Unterstützung der IG Metall wurde gegen die geplanten Massenentlassungen vor und im Werk I eine Kundgebung und Demonstration durchgeführt. Zahlreiche Delegationen anderer Metallbetriebe und Gewerke beteiligten sich, die ASTen der Universität und FHH unterstützten dies.



Veranstaltungskalender

Karl Marx/Friedrich Engels: ,,Manifest der Kommunistischen Partei"
Schleswig, 19. bis 23.11., 20. Uhr, Gaststätte Schleimöve, Süderholm
Selent, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Plönerstr. 9 bei G. Vetter
Hamburg-Bergedorf, 19. bis 23. 11., 20 Uhr, Lichtwarkhaus.

Karl Marx: ,,Lohn, Preis und Profit"
Hamburg-Wandsbek, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Hasselbrookschule Ritterstr.

Lenin: ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
Heide, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Hamburgerstr. 27 bei S. Lück
Lübeck, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Zur Tonne, Marliring.

Lenin: ,,Was tun"
Kiel, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Grillkate, Harriesstr. 1
Itzehoe, 19. bis 23.11., 20 Uhr, ,,Zur Kajüte", Hafenstr. 2.

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien"
Flensburg, 26. bis 30.11., 20 Uhr, Pestalozzi-Schule, Waitzstr.

Josef Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus"
Eutin, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Gasthof am See, Elisabethstr.
Kiel-West, 26. bis 30.11., Wiker Post, Holtenauer Str. 322.

Karl Marx: ,,Der Bürgerkrieg in Frankreich"
Hamburg-Mitte Ost, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Gaststätte zum Lohhof, Moorende 27.

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 23.11., 18 bis 21 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218 a, II.Stock.

Sportgruppe
Hamburg, Sonntag, 25.11., 10 Uhr, Turnhalle im Paul-Sudeck-Haus, Wiesendamm 135.

Strafsache gegen Eckhard H. wegen Teilnahme an der Irandemonstration
Hamburg, Donnerstag, 22.11., 12 Uhr Amtsgericht, Zimmer 377 b.

Fortsetzung des Berufsschülerprozeßes
Hamburg, Freitag, 23.11., 9 Uhr, Amtsgericht Hamburg , Zimmer 141, Sievekingsplatz 3

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Manfred L. u. andere
Flensburg, Freitag 23.11., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Zimmer 58, Südergraben.

Fortsetzung der Ehrengerichtsverhandlung gegen P.Drude
Schleswig, 19.11., 9 Uhr, Oberlandesgericht Schleswig, Gottorfstr. 2.

Prozeß gegen Th. Hinrichsen wegen Nichtbezahlung von LSV-Broschüren durch das Landeschulamt
Kiel, 30.11., 9 Uhr, Landgericht Kiel, Harmsstraße.

Prozeß wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien gegen J.Oberkampf
Hamburg, 22.11., 13 Uhr, Jenckel-Haus, Max-Brauer Allee 134, Zi. 126.

HAW-Kapitalisten erhöhen Fahrgeldzuschuß um den Arbeitsmarkt auszudehnen

b.güt. Ab 1.1.1980 wollen die HAW-Kapitalisten den Fahrgeldzuschuß von 5 auf 10 Pfennig pro gefahrenem Kilometer erhöhen. Von zwei Seiten waren sie unter Druck geraten und zu dieser Maßnahme gezwungen worden. Zum einen verlangte die Belegschaft eine Erhöhung des Fahrgeldes, seit durch Anhebung des Benzinpreises die Fahrtkosten erheblich gestiegen waren. Der Betriebsrat kündigte die bestehende Betriebsvereinbarung und forderte eine Anhebung auf 12 Pfennig Zuschuß pro km. Zum zweiten verengte sich der Arbeitsmarkt für Facharbeiter für die HAW-Kapitalisten im letzten Jahr zunehmend. Eine Reihe von Schlossern und Elektrikern kündigte, und neue Arbeiter waren schwer zu bekommen.



Die HAW-Kapitalisten saugen – wie die Karte zeigt – einen beträchtlichen Teil der Arbeitskräfte aus dem Raum Stade, Buxtehude, Buchholz an.

Der Arbeitsmarkt ist ausgedehnt bis 100 km Entfernung – das ist kurz vor Bremervörde. Zum erheblichen Teil handelt es sich um Arbeiter und Angestellte, die durch hohe Mieten und unerträgliche Wohnbedingungen in Hamburg aufs Land gedrängt wurden und jetzt einen weiten Fahrtweg zur Arbeit haben. Mit der Erhöhung des Fahrgeldzuschusses verfolgen die HAW-Kapitalisten die Absicht, noch tiefer in den ländlichen Raum vorzudringen und auch mehr Arbeiter aus dem Raum Elmshorn, Pinneberg anzulocken. Hier annoncierte die Betriebsführung zwar ständig – bislang aber ohne Erfolg.

Damit die Fahrgeldregelung auch ihre beabsichtigte Wirkung entfaltet, wird vom Fahrgeldzuschuß die sog. ,,Eigenbeteiligung" wieder abgezogen: Das sind 1% vom monatlichen Bruttolohn. Das führt dazu, daß bei einer Entfernung von unter 8 km der Zuschuß wegfällt – bei 10 km etwa 15 DM herauskommen, über 50% des Zuschusses wird bei diesen Entfernungen wieder weggestrichen (Finkenwerder, Neuwiedental, Altona, Harburg). Je weiter die Entfernung, desto geringer der prozentuale Teil der sog. ,,Eigenbeteiligung". Bei 50 km sind es noch 10% des Zuschusses, der gestrichen wird. Es bleiben 175 DM.

Die Betriebsführung setzt die Erhöhung des Fahrgeldes zur Spaltung des Lohnkampfes ein. Sie verlangt vom Betriebsrat, daß Forderungen nach Angleichung der Löhne in der Lohngruppe II fallengelassen werden. Auf der Betriebsversammlung am 13.11. wurde das zurückgewiesen und Streichung der sog. ,,Eigenbeteiligung" gefordert. Die Arbeiter der Abteilung F24 (Anodenanschlägerei) erklärten, daß sie an Weihnachten nicht arbeiten werden, wenn die Betriebsführung ihren Lohn nicht anhebt.

Taschengeld als Lohnersatz

Kapitalisten verdienen an ,,Fürsorge" des Staates für die Jugend

b.brr. Im Rahmen einer groß angelegten Sozialplanung werden von der Landesregierung Schleswig-Holstein seit Anfang 1970 Millionen in den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Jugendaufbauwerken (JAW) und Behindertenwerkstätten gesteckt. Das JAW besteht seit 30 Jahren und wurde seitdem vom Land mit 53 Mio. DM finanziert. Seit 1970 sind dort 31 Mio. DM hineingeflossen, die nach einer Gesetzesänderung zum größten Teil vom Arbeitsamt gezahlt werden müssen. Die Landesregierung bezuschußt seitdem die JAWs mit jährlich 2,65 Mio. DM. Die Aufnahmekapazität hat sich von 1970 = 922 Plätze auf 1979 = 1535 erhöht. In den JAWs werden die Jugendlichen für die kapitalistische Produktion zurechtgebogen. Ein ganzes Heer von Betreuern, Sozialpädagogen, Psychologen steht bereit, um sie von der Rebellion gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse abzubringen.

Noch größere Geldsummen werden in die Behindertenarbeit gesteckt. Allein 333 Mio. DM sind dafür im Landeshaushalt '79 angesetzt. Von '78 bis '79 stieg die Anzahl der Plätze in den Behindertenwerkstätten um über 1000 Stück. Hatte bisher das Land vollständig die Kosten getragen, so übernimmt seit 1.8.79, durch eine Änderung des § 58 des Arbeitsförderungsgesetzes, das Arbeitsamt die Kosten für diejenigen, die neu in eine Werkstatt kommen, bzw. weniger als 2 Jahre dort sind. Dies aber auch nur, wenn ,,. . . ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung" erbracht wird (§ 58 AFG). Von den Geldern der Massen, d.h. über Steuern und aus der Arbeitslosenversicherung werden diese Einrichtungen finanziert. Zugute kommt das letztendlich nur den Kapitalisten.

Der ,,Kieler Express" vom 9.8.79 spricht aus, wie es in den Behindertenwerkstätten tatsächlich aussieht: ,,. . . handelt sich um einen Wirtschaftsbetrieb, der produktionsorientiert und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet ist." In der Werkstatt Drachensee in Kiel z.B. lassen ca. 20 Firmen produzieren. Es handelt sich fast ausschließlich um reine Industriearbeiten, wie Schraub- und Sortierarbeiten, Schweiß-, Löt- und Metallarbeiten, Kalenderverarbeitung, Verpackung von Massendrucksachen.

Die Behinderten schaffen den Kapitalisten Mehrwert, bekommen dafür aber nur ein Taschengeld. Bezahlt wird am Drachensee ausschließlich nach Stückzahl, der ,,Mindestlohn" beträgt 30 DM im Monat. Ein Hilfsarbeiter bei AEG z.B. bekommt 1200 DM netto. Außerdem sparen die Kapitalisten noch die Beiträge für die Renten- und Krankenversicherung, die, wenn überhaupt, für Behinderte von Bund und Land gezahlt werden.



VAW-Kapitalisten betrügen Arbeiter um Erhöhung der Zulagen

b.stk. 1,20 DM beträgt die durchschnittliche Prämie in der Profilweiterbearbeitung bei VAW Neumünster. In der Butzenabteilung liegt die Prämie bei 1,40 DM, an der Strangpresse bei 1,60 DM und in der Gießerei bei etwas über 2 DM. Die Hofkolonne liegt entsprechend bei ungefähr 1,20 DM. Daß der Unterschied in der Prämienhöhe so groß ist, liegt daran, daß die Prämienvereinbarungen in jeder Abteilung anders sind. Was aber bei allen Vereinbarungen gleich ist, ist daß die Prämien völlig unabhängig vom Ecklohn und damit von den Tariflohnerhöhungen berechnet werden.

Zum Beispiel die Profilweiterbearbeitung: Seit 1977 beträgt die durchschnittliche Prämie 1,20 DM, obwohl es in dem Zeitraum zwei Tariflohnerhöhungen gegeben hat: 1978 um 5% und 1979 um 4,3%. Das bedeutet, daß die VAW-Kapitalisten bei einer Anbindung der Prämie an den Ecklohn 1978 die Prämie um 5% und 1979 um 4,3% hätten erhöhen müssen. Die Prämie wäre 1978 auf 1,26 DM gestiegen und 1979 auf 1,31 DM. Jeder Arbeiter hat damit 1978 145,30 DM zu wenig bekommen oder, was dasselbe ist, sein tatsächlicher Bruttolohn ist nicht um 5%, sondern nur um 4,4% gestiegen. Genauso 1979. Da bekommt jeder im Jahr sogar 280,85 DM weniger. Jeder Arbeiter, der 1,20 DM Prämie bekommt, hat also in zwei Jahren 426,15 DM nicht bekommen, weil die VAW-Kapitalisten die Prämie nicht entsprechend den Tariflohnerhöhungen erhöht haben. Bei 45 Arbeitern, die durchschnittlich in der Profilweiterbearbeitung beschäftigt sind, haben sie das Sümmchen von 19176 DM gespart.

Nehmen wir an, die 400 Arbeiter von VAW-Neumünster bekommen im Durchschnitt eine Prämie von 1,40 DM. In den letzten beiden Jahren haben die VAW-Kapitalisten den Arbeitern dann 202000 DM vorenthalten. Somit sind die ohnehin viel zu niedrigen Lohnabschlüsse für die VAW-Arbeiter nochmal niedriger gewesen, weil die VAW-Kapitalisten die Lohnerhöhung nicht auf den ganzen Lohn, sondern nur auf den tariflich sicheren Teil gezahlt haben.

Damit die Kapitalisten auf diese Tour im nächsten Jahr nicht wieder einige 100000 DM in die Tasche stecken und die Arbeiter die volle Lohnerhöhung bekommen, müssen die Betriebsvereinbarungen geändert werden, und die Prämien an den Ecklohn gebunden werden.

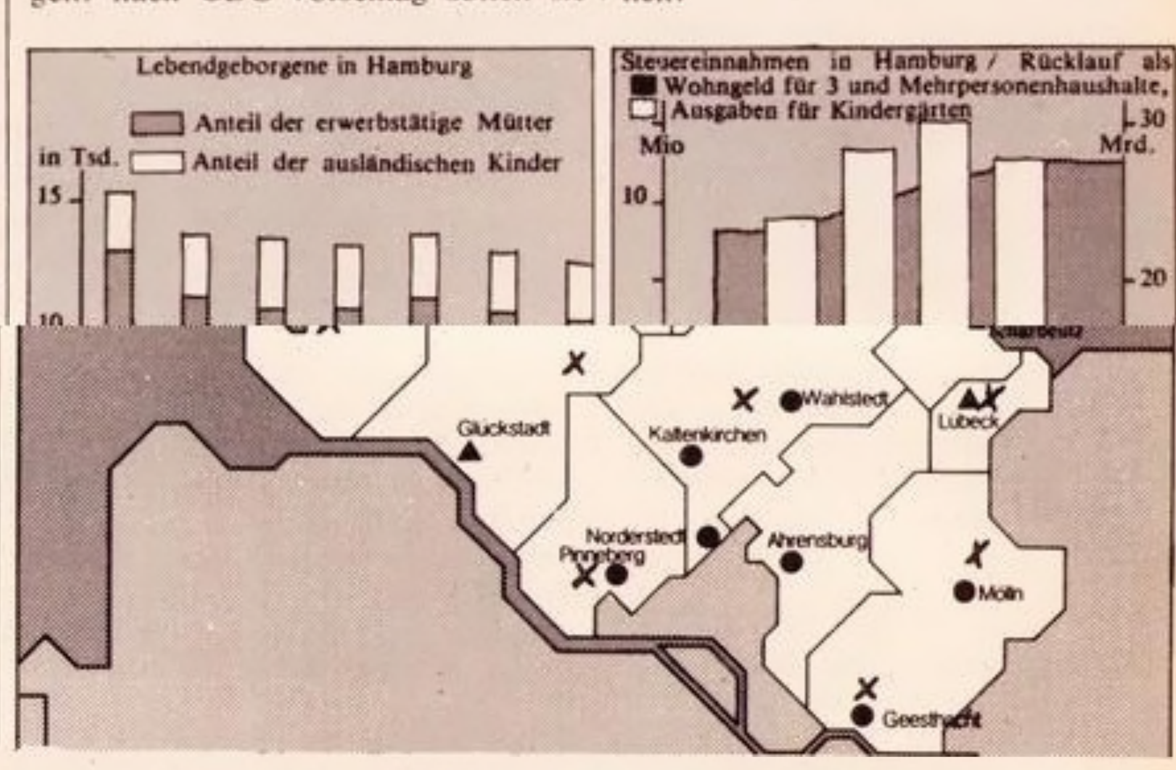
Die HAW-Kapitalisten saugen – wie die Karte zeigt – einen beträchtlichen Teil der Arbeitskräfte aus dem Raum Stade, Buxtehude, Buchholz an.

Der Arbeitsmarkt ist ausgedehnt bis 100 km Entfernung – das ist kurz vor Bremervörde. Zum erheblichen Teil handelt es sich um Arbeiter und Ange-

gruppe II fallengelassen werden. Auf der Betriebsversammlung am 13.11. wurde das zurückgewiesen und Streichung der sog. ,,Eigenbeteiligung" gefordert. Die Arbeiter der Abteilung F24 (Anodenanschlägerei) erklärten, daß sie an Weihnachten nicht arbeiten werden, wenn die Betriebsführung ihren Lohn nicht anhebt.

VAW-Kapitalisten betrügen Arbeiter um Erhöhung der Zulagen

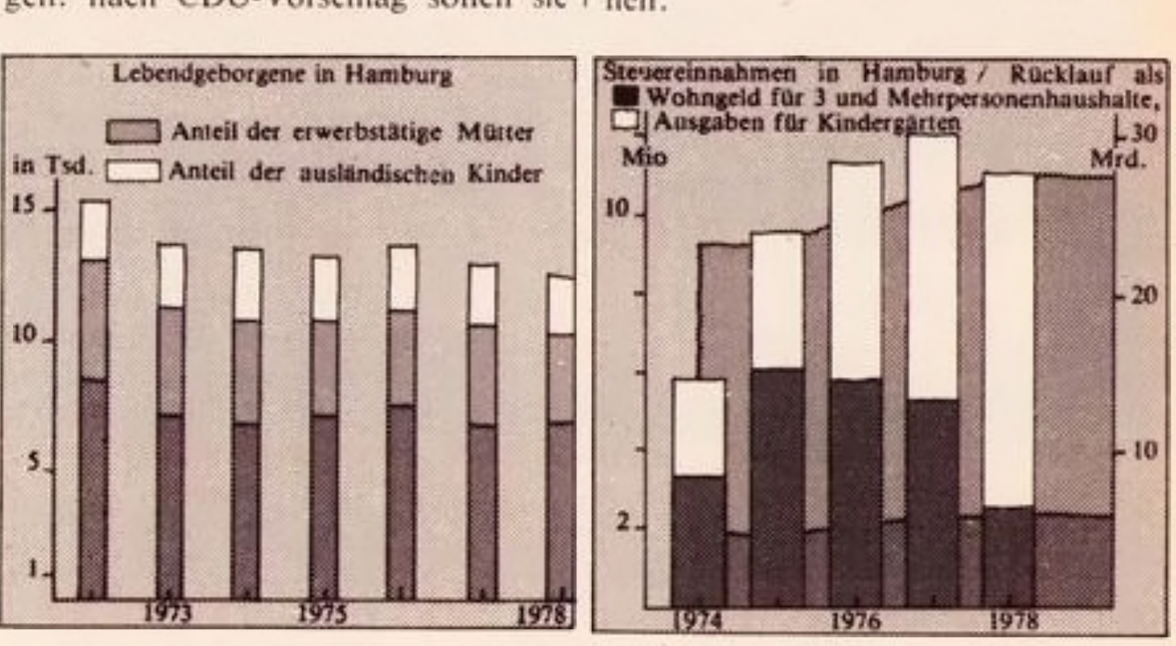
58 des Arbeitsförderungsgesetzes, das Arbeitsamt die Kosten für diejenigen, die neu in eine Werkstatt kommen, bzw. weniger als 2 Jahre dort sind. Dies aber auch nur, wenn ,,. . . ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung" erbracht wird (§ 58 AFG). Von den Geldern der Massen, d.h. über Steuern und aus der Arbeitslosenversicherung werden diese Einrichtungen finanziert. Zugute kommt das letztendlich nur den Kapi-



CDU: Familiengeld für Nichterwerbstätige – spalterisch und eh völlig unzureichend

b.ulh. Am 1.7.79 hat die Bundesregierung die Zahlung von Mutterschaftsgeld in Höhe von höchstens 750 DM für 4 Monate an arbeitende Frauen, die für diese Zeit ihre Arbeit unterbrechen, eingeführt. Am 31.10.79 hat die Hamburger CDU den Senat aufgefordert, sich im Bundesrat für den von den CDU-regierten Ländern vorgelegten Gesetzentwurf über Zahlung eines Familiengeldes für Nichterwerbstätige einzusetzen: an nichtarbeitende Mütter sollen für 6 Monate je 500 DM gezahlt werden.

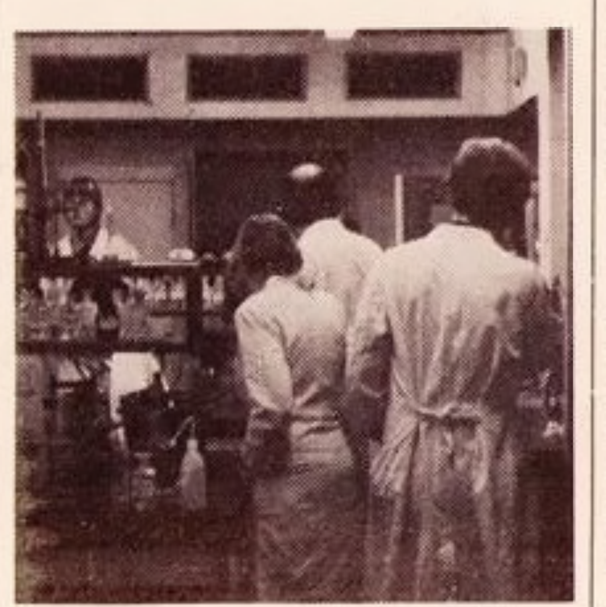
Alle bürgerlichen Parteien reagieren auf die Tatsache, daß die Reproduktion der Massen aus *Lohn* nicht mehr zu bestreiten ist. Die Geburtenzahlen sinken: In Hamburg kommen auf eine Beamtenehe 1,6 Kinder, auf eine Arbeiterehe 1,4 und auf eine Angestelltenehe unter 2000 netto 1,2, über 2000 netto 1,46 Kinder (Hamburg in Zahlen 3/79). Da die Bourgeoisie für weitere Lohnsenkung ist, auf der anderen Seite aber Menschenmaterial für Armee und Produktion braucht, geht sie über zur Zahlung von Geburtenprämien. Um 10 Mio. DM schwankt, was der Hamburger Senat bisher in Form von Wohngeld und Kindergärtenbauten Familien mit Kindern aus Steuergeldern zurückzahlt; nicht mal 0,03% der Gesamtsteuereinnahmen in Hamburg und nach Transfer der Steuern an den Bund nicht einmal 0,25% der verbleibenden Steuern. Auf den Geburtensäulen im Schaubild haben wir von den Geburten die Kinder der ausländischen Arbeiter abgezogen: nach CDU-Vorschlag sollen sie kein Familiengeld erhalten. Ebenfalls haben wir abgetragen den Anteil der erwerbstätigen Mütter, indem wir das Verhältnis erwerbstätiger Frauen zu Frauen insgesamt auf die Geburten übertragen haben, da Zahlen über die Geburten erwerbstätiger Frauen nicht vorliegen. Die CDU zielt mit ihrem Familiengeldvorschlag auf ca. die Hälfte aller Familien mit Kind, nämlich diejenigen, die ihre Reproduktion aus dem Verdienst des Mannes bestreiten können.



Erfolge der Chemieingenieurstudenten im Kampf für ein neues anorganisches Labor

b.thw. Das anorganische-chemische Laboratorium ist ein Kellerloch. Seit 1974 liegen Pläne vor für die Verlagerung des Labors in vernünftige Räume – es ist noch nichts geschehen. Maximal 30 Studenten werden in 3 Räume von insgesamt 110 qm Fläche gepfercht, in denen sämtliche Arbeitstische, Abzüge und Regale stehen. Die Kellerräume sind niedrig, die Farbe blättert von den Wänden, die Lüftung ist hundsmiserabel, regelmäßig sind die Abzüge kaputt und aus dem Rohrleitungssystem dringt Wasser auf den Fußboden. Die Arbeit ist nicht nur lebensgefährlich, sondern die scharfen Prüfungen, aus denen die Labortätigkeit einzig besteht, werden dadurch erheblich erschwert und zeitaufwendiger.

Die Studenten des 1. und 2. Semesters Chemieing. haben dagegen in einem offenen Brief an Senator Sinn und in einem Brief an die Bürgerschaft, der von über 640 Studenten und FH-Angestellten unterstützt wird, den sofortigen Neubau des Labors gefordert. Bereits 2 Mal waren Sinn und FH-Präsident Dahlheimer seitdem im Labor. Einmal öffentlich mit Beschwichtigungen und vagen Zusagen, einmal heimlich, ohne Wissen der Studenten. Gegenüber dem Laborleiter wurde für Februar 80 der Neubau zugesagt. Bis dahin allerdings soll im Kellerloch weiter gekocht werden. Warum eigentlich? Warum wird es nicht dichtgemacht? Der Herr Senator will weiter die Prüfungen durchziehen. Mit Lernen hat dieses Labor nichts zu tun.



Ohne Finanzhoheit kein erfolgreicher Kampf gegen die Ostumgehung

b.sts. Ca. 150 Personen waren auf der Versammlung gegen den Bau der Ostumgehung Lüneburg. Die ,,Aktionsgemeinschaft Möreke-Siedlung" hatte die Lokalpolitiker geladen und zur Stellungnahme aufgefordert.

Mit 65 Mio. DM Steuergeldern will die Bundesregierung durch den Bau der Straße die nötige Infrastruktur schaffen: schneller Warenumschlag durch kurze Verbindung zwischen dem Industriegebiet um Salzgitter und Hamburg, günstige Anbindung der Lüneburger Industriegebiete an das Fernstraßennetz, zugleich Ausbau als Panzerstraße mit besonderen Fahrspuren und Trassen für die Bundeswehr.

Die Bevölkerung ist dagegen. Die Vertreter des Straßenbauamtes wurden auf der Versammlung heftig angegriffen: Die Siedlung Moorfeld wird zerteilt, an der Artlenburger Landstraße soll die Trasse ca. 1 m dicht an den Wohnhäusern vorbeiführen, das Erholungsgebiet Lüner Holz wird zerschnitten, ein Teil des Neuen Forstes zerstört. Der Vorstand der Aktionsgemeinschaft hat die Forderung der Bevölkerung nach Abstimmung gegen den Bau der Ostumgehung abgelehnt mit der Begründung: Wolle man ernst genommen werden, müsse man Alternativen anbieten. Im Vorstand haben die bürgerlichen Politiker die Oberhand. Sie wollen vom Finanzkapital ernst genommen werden, deshalb sind sie grundsätzlich nicht gegen die Ostumgehung. Ihre Alternativen liegen deshalb auf der Linie: Ostumgehung muß sein, aber nicht so laut sein und nicht so stinkig.

Stadtrats- und Kreistagspolitiker schwiegen sich auf der Versammlung aus. Nach dem Bundesbaugesetz sind sie angewiesen, die Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Die kommunale Selbstverwaltung ist vollends abhängig von der Zentralgewalt. 1979 wird die Stadt Lüneburg voraussichtlich 189,9 Mio. DM Schulden haben bei einem Gesamthaushalt von 210 Mio. DM. Lediglich 14% des gesamten Einkommen- und Lohnsteueraufkommens fließen in ihre Hände zurück. Die Haupteinnahmen erhalten sie von den örtlichen Kapitalisten. Ihr Plan ist, über die Ostumgehung den Güterfernverkehr aus der Stadt rauszulenken, um die Innenstadt in ein riesiges Kaufhaus zu verwandeln und für den Individualverkehr stillzulegen. Steigerung der Profite der Handelskapitalisten und verstärkte Plünderung der Massen über Bußgelder ist die Linie, auf der die Stadtratspolitiker ihren Haushalt aufstocken wollen. Das verbirgt sich dahinter, wenn sie davon reden, das Verkehrschaos in der Innenstadt beseitigen zu wollen.

Tatsächlich haben die Bourgeois längst den Nachweis über den Generalverkehrsplan, daß trotz Ostumgehung das Verkehrsaufkommen steigen wird. Nur über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist das Problem zu lösen. Man muß also den Kampf gegen die Ostumgehung verbinden mit dem Kampf um eine demokratische Kommunalverfassung. Steuereinnahmen ausschließlich über die Kommune, uneingeschränkte Kontrolle der Kommune über den Haushalt. Steuerverweigerungsrecht gegenüber der Zentralregierung. Übernahme des öffentlichen Nahverkehrs durch die Stadt und Gebührenfreiheit.

Die Lehrer haben sich das Streikrecht genommen

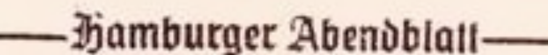
b.mak. 6000 Lehrer haben am 13.11.79 in Hamburg für die Forderungen ,,Jeder Lehrer 1 Stunde weniger! Kein Lehrer über 25 Stunden!" gestreikt. In Neumünster pfiffen 3000 Lehrer auf der Kundgebung der GEW für Arbeitszeitverkürzung Kultusminister Bendixen aus, als er ,,punktuelle Verbesserungen" für 1982 versprechen wollte. Mehrere tausend Lehrer in Niedersachsen und Hessen bekräftigten mit Streik und auf Kundgebungen die GEW-Forderungen. In den Landkreisen Lüneburg und Uelzen streikten 150 Kollegen, ebenfalls ca. 150 Lehrer demonstrierten in Stade für die 40-Stunden-Woche.

Der Bürgermeister Klose ist längst nicht mehr der Mann, der die Lehrer noch hindern könnte: 1976/77 hat er die Kämpfe gegen das neue Schulgesetz unterdrückt und Lehrer strafversetzen lassen, die streikende Schüler nicht meldeten; in Bonn hat er vor dem Bundesrat 1977 hinterrücks den Referendaren ,,eine dem BAFöG-System vergleichbare Regelung" verpassen wollen; in Hamburg hat er die ,Liberalisierung der Berufsverbotepraxis" gleich mit dem Rausschmiß des Kollegen Dege eingeläutet. Jetzt hatte Klose das Senatsamt zum Verwaltungsgericht geschickt und sich ein Streikverbot ausstellen lassen – die Unterstützung für den Streik ist nur größer geworden. Das Beamtenrecht ist verhaßt. Warum sollten die Lehrer geduckte Maulkorbgestalten sein, deren Arbeitskraft vom bürgerlichen Staat unbegrenzt vernutzt werden kann? 44,4 Stunden arbeiten die Lehrer durchschnittlich in der Woche, Ferienwochen mitgerechnet, oft über 50. Seit über 10 Jahren verlangen sie Verkürzung der Arbeitszeit. Aber noch während der Streikvorbereitungen hat die Schulbehörde einen Erlaß für mehr Überstunden herausgegeben. Zu dem Streik sagen sie: Wir lassen uns nicht erpressen. Aber die Lehrer sind mit ihrer einheitlichen Forderung nach 1 Stunde weniger, höchstens 25 Unterrichtsstunden stark und können den Kampf fortsetzen.

Die Schulbehörde droht, Schuldirektoren spalten, die Presse hetzt. Die Lehrer festigen dagegen ihre Einheit. So mußte der Schulleiter des Gymnasiums Ohlstedt alle Lehrer, die sich in die Streikliste eingetragen hatten, melden, wo er nur eine Lehrerin rausgreifen wollte. Die Behörde hat an die Schulleiter als Richtlinie gegeben, nur die Kollegen zu melden, bei denen tatsächlich Unterricht ausgefallen ist. Hauptseminarleiter Schöning drohte den Referendaren, ihre Teilnahme negativ bei der Bewährungsnote zu berücksichtigen, gern würde er sich mit jedem vor dem Verwaltungsgericht treffen. Die Referendare wollen ihre nächste Zeitung zum Gegenangriff nutzen.

Weder Hetze noch Drohungen bewirken, was die Landesregierungen sich vorgestellt und erhofft hatten. An der Demonstration am 15.11.79 in Celle, wo die Ministerpräsidentenkonferenz stattfand, haben sich 10000 Lehrer beteiligt. Die Zahl der Demonstranten wurde lieber in keiner der Fernsehsendungen gebracht. Die Demonstration hat die Bedingungen für die Durchsetzung der Forderungen verbessert. Die Solidarität gegen die 7 Suspendierungen in Niedersachsen wächst, richtig ist es, wenn aus allen Betriebsgruppen Remmers zur sofortigen Rücknahme aufgefordert wird.

In vielen Schulen folgen die Lehrer dem Aufruf der GEW, die ,,Aktion Gläserne Schule" vorzubereiten, um den Kampf für die Arbeitszeitverkürzung durch demonstrative Einhaltung des 8-Stundentages, wo viel Arbeit liegen bleibt, fortzusetzen. Umso besser kann der Kampf der Lehrer Unterstützung finden. Schon jetzt haben viele Arbeiter, Studenten und Schüler Solidaritätsadressen geschickt: Vertrauensleutekörper der Stauerei Tiedemann, Vertrauensleute der IG DruPa von Gruner und Jahr, Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall von Ortmann und Herbst, Schülerkammer, Schülerräte von 18 Schulen, Elternrat der Max-Brauer-Schule, Ortskartellversammlung in Lüchow, anwesend waren 18 Kollegen aus der IGM, Postgewerkschaft, ÖTV, IG BSE, NGG und GEW.



Hamburger Abendblatt. 13.11.79. Die Frage, ob Beamte streiken dürfen, ist ein altes, heißdiskutiertes Thema... Aber würden die Lehrer auf die staatlichen Sicherheiten verzichten wollen, um sich dadurch das Steikrecht zu sichern? Nur allzu selbstverständlich nehmen manche Beamte die Treuepflicht des Staates ihnen gegenüber hin. So muß denn die Frage statthaft sein, wie sie es mit ihrer Treuepflicht gegenüber dem Staat halten.

Bild Hamburg

Bild Hamburg. 13.11.79 Die GEW-Lehrer sagen ,,Arbeitsniederlegung" – als ob das nicht genau der Streik wäre, den das Gericht untersagte! Lehrer, die unseren Kindern Vorbild sein sollten, umgehen (milde gesagt) Beamtengesetz und Gerichtsentscheid. Auch wenn man die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit versteht – solche Methoden sind unmöglich.

KielerNachrichten

Kieler Nachrichten. 13.11.79. Während die Elternverbände überwiegend Kampfmaßnahmen der Lehrer ablehnen, weil sie auf dem Rücken der Kinder ausgetragen würden, hat der Deutsche Gerwerkschaftsbund der GEW die volle Unterstützung zugesagt.



Die Welt. 13.11.79. Lehrer im Dienst der Hansestadt, die sich heute an dem von der GEW proklamierten Streik beteiligen, verstoßen damit gegen ein gerichtliches Verbot ... Die GEW hatte schon am Freitag bekräftigt, sich auch durch juristische Auseinandersetzungen nicht von ihrem Warnstreik abhalten zu lassen ... die Mehrheit der nicht in der GEW organisierten Lehrer weigere sich, den Unterricht ihrer streikenden Kollegen zu übernehmen.

Klose muß den Berufsschülerprozeß am 23.11. einstellen

b.uwz. Die Hamburger Berufsschüler organisieren den Kampf gegen den Berufsschülerprozeß trotz des Verbots des Richters Hübner, einen großen Saal zu nehmen. Mehrere tausend Berufsschüler sprachen sich auf Versammlungen der Gewerbeschulen gegen den Prozeß aus und stellten damit eine weitaus größere Öffentlichkeit her, als je in einen Saal der Klassenjustiz gepaßt hätte.

Am 3. Prozeßtag, dem 12.11., wollten 80 Berufsschüler den Angriff gegen die Maßnahmen der Kapitalistenverbände vor dem Gericht unterstützen. In einem zweistündigen Beitrag, in dem anhand von Schaubildern und Zitaten der Kapitalisten, von Uwe Zabel nachgewiesen werden konnte, welche Absichten sie in der Ausbildung verfolgen: die Verkürzung der Ausbildungszeit, damit frühzeitige Abrichtung der jugendlichen Arbeitskraft auf die Profitproduktion, bei gleichzeitiger Einsparung der Ausbildungskosten, die auf die Profite drücken. Senkung der Löhne aller Lohnabhängigen durch die Ausbeutung dieser dequalifizierten jugendlichen Arbeitskraft. Staatsanwalt Detken und Richter Hübner konnten Zabel nicht unterbrechen, der die Notwendigkeit des Berufsschülerstreiks und der Demonstration zur Schulbehörde in seinem Beitrag herausarbeitete und die Forderungen begründete: Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!

Nachdem der Beschluß der DGB-Jugend verkündet wurde, eine Demonstration gegen den Berufsschülerprozeß zu organisieren, wenn dieser nicht eingestellt wird, wurde unter starkem Beifall der Zuschauer gefordert, daß der Prozeß eingestellt werden muß. Richter Hübner: ,,Ich habe Sie also richtig verstanden, daß der Prozeß eingestellt werden soll, weil der Kampf gerecht war?" Die Antwort konnte er aus weiteren Solidaritätsresolutionen entnehmen.

Staatsanwalt Detken stellte sich dumm und erklärte, er hätte gar nicht mit einem Einstellungsantrag gerechnet. Außerdem – so ließ er die Katze aus dem Sack – müsse ,,er höhere Stellen wegen der Einstellung fragen". Diese höheren Stellen sind die Justizbehörde und der Senat mit Klose an der Spitze. Der Angriff der Berufsschüler zwingt den bürgerlichen Staat, offen diesen Prozeß als politischen Prozeß zu erklären.

Nun steht am 23.11. die Entscheidung von Klose an, der sich durch die Anklage bereits viel eingehandelt hat. So erklärten die Studenten des Fachbereiches Rechtswissenschaften I, sie wollten nicht solche ,,erbärmlichen Kreaturen" werden wie Richter Hübner und verabschiedeten eine Solidaritätsresolution. Die IG Metall hat öffentlich erklärt, daß sie die 200 DM Geldstrafe gegen Uwe bezahlt. Den selben Betrag haben die Berufsschullehrer der GEW auf ihrer Mitgliederversammlung gesammelt, um damit deutlich zu machen, daß sie sich nicht für die Ausbildungsinteressen der Kapitalisten gegen die Arbeiterjugend einsetzen lassen. Die Vollversammlung der G 14 hat beschlossen, zum Prozeß zu gehen, an der G 16 wird am 23.11. ebenfalls eine VV gegen den Prozeß organisiert. Die Lage ist die: Entweder stellt Klose ein – oder die Berufsschüler und ihre Gewerkschaften werden den Kampf verstärken und die Demonstration durchführen.

Konferenz der LSV-Berufsschulen berät Kampf gegen Studienstufenerlaß

b.uws. Die Konferenz der Fachgymnasien am 10.11.79 in Kiel, an der 30 Schüler von allen Fachgymnasien und Fachschulen aus Schleswig-Holstein teilnahmen, kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß die Situation in der Studienstufe und an den Fachschulen unerträglich ist. Dies vor allem wegen der zu hohen Zahl der Wochenunterrichtsstunden, der Stofffülle, der geringen Wahlmöglichkeiten bei Leistungs- und Grundkursen und der Unterdrückung durch das Punktesystem. ,,36 Wochenstunden sind keine Seltenheit und durch die Stofffülle, verbunden mit dem Zensurendruck, sollen wir gezwungen werden, die Unterrichtsinhalte kritiklos hinzunehmen", stellte die Konferenz in einer Resolution fest.

,,Mehr Unterrichtsstoff und Schulstunden hat auch für die Lehrer zur Folge, daß ihre Arbeitszeit nach oben geschraubt wird. Mit dem neuen Stu-

für Schüler, also 28 Schulwochenstunden und Stoffbegrenzung in jedem Fach. Das muß mit Lehrern, Studienstufen- und Schulleitern ausgehandelt werden. Entscheidend ist, daß jeder Schüler zum Abitur zugelassen wird und keiner sitzenbleibt."

Folgende Forderungen wurden u.a. beschlossen: Weg mit dem Studienstufenerlaß! Einführung der 28-Stundenwoche bei gleichzeitiger 5-Tage-Woche! Abbau der Stofffülle in den Lehrplänen! Keine Zulassungsbeschränkungen zum Fachgymnasium! Keine nachträgliche Aberkennung des Abiturs! Weg mit dem Punkte- und Zensurensystem! BAFöG für jeden Schüler – mindestens 700 DM! Auf Grundlage dieser Forderungen werden gemeinsame Aktionen, Streik und Demonstration, in enger Zusammenarbeit mit der LSV der Gymnasien, den Lehrerverbänden und den Gewerkschaften vorbereitet. Der Vorstand der LSV der



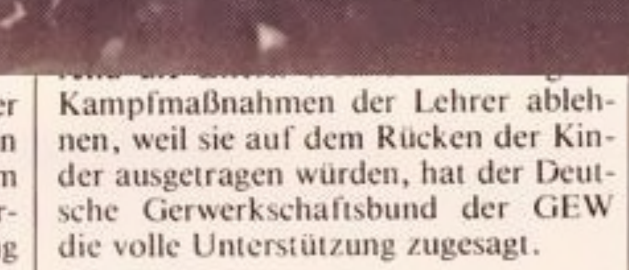


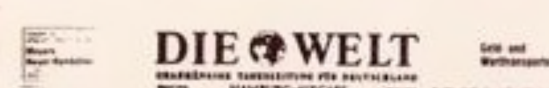
stellen lassen – die Unterstützung für den Streik ist nur größer geworden. Das Beamtenrecht ist verhaßt. Warum sollten die Lehrer geduckte Maulkorbgestalten sein, deren Arbeitskraft vom bürgerlichen Staat unbegrenzt vernutzt werden kann? 44,4 Stunden arbeiten die Lehrer durchschnittlich in der Woche, Ferienwochen mitgerechnet, oft über 50. Seit über 10 Jahren verlangen sie Verkürzung der Arbeitszeit. Aber noch während der Streikvorbereitungen hat die Schulbehörde einen Erlaß für mehr Überstunden herausgegeben. Zu dem Streik sagen sie: Wir lassen uns nicht erpressen. Aber die Lehrer sind mit ihrer einheitlichen Forderung nach 1 Stunde weniger, höchstens 25 Unterrichtsstunden stark und können den Kampf fortsetzen.

Die Schulbehörde droht, Schuldirektoren spalten, die Presse hetzt. Die

In vielen Schulen folgen die Lehrer dem Aufruf der GEW, die ,,Aktion Gläserne Schule" vorzubereiten, um den Kampf für die Arbeitszeitverkürzung durch demonstrative Einhaltung des 8-Stundentages, wo viel Arbeit liegen bleibt, fortzusetzen. Umso besser kann der Kampf der Lehrer Unterstützung finden. Schon jetzt haben viele Arbeiter, Studenten und Schüler Solidaritätsadressen geschickt: Vertrauensleutekörper der Stauerei Tiedemann, Vertrauensleute der IG DruPa von Gruner und Jahr, Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall von Ortmann und Herbst, Schülerkammer, Schülerräte von 18 Schulen, Elternrat der Max-Brauer-Schule, Ortskartellversammlung in Lüchow, anwesend waren 18 Kollegen aus der IGM, Postgewerkschaft, ÖTV, IG BSE, NGG und GEW.

Kampfmaßnahmen der Lehrer ablehnen, weil sie auf dem Rücken der Kinder ausgetragen würden, hat der Deutsche Gerwerkschaftsbund der GEW die volle Unterstützung zugesagt.





Die Welt. 13.11.79. Lehrer im Dienst der Hansestadt, die sich heute an dem von der GEW proklamierten Streik beteiligen, verstoßen damit gegen ein gerichtliches Verbot ... Die GEW hatte schon am Freitag bekräftigt, sich auch durch juristische Auseinandersetzungen nicht von ihrem Warnstreik abhalten zu lassen ... die Mehrheit der nicht in der GEW organisierten Lehrer weigere sich, den Unterricht ihrer streikenden Kollegen zu übernehmen.

Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!

Nachdem der Beschluß der DGB-Jugend verkündet wurde, eine Demonstration gegen den Berufsschülerprozeß zu organisieren, wenn dieser nicht eingestellt wird, wurde unter starkem Beifall der Zuschauer gefordert, daß

sten gegen die Arbeiterjugend einsetzen lassen. Die Vollversammlung der G 14 hat beschlossen, zum Prozeß zu gehen, an der G 16 wird am 23.11. ebenfalls eine VV gegen den Prozeß organisiert. Die Lage ist die: Entweder stellt Klose ein – oder die Berufsschüler und ihre Gewerkschaften werden den Kampf verstärken und die Demonstration durchführen.

Konferenz der LSV-Berufsschulen berät Kampf gegen Studienstufenerlaß

b.uws. Die Konferenz der Fachgymnasien am 10.11.79 in Kiel, an der 30 Schüler von allen Fachgymnasien und Fachschulen aus Schleswig-Holstein teilnahmen, kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß die Situation in der Studienstufe und an den Fachschulen unerträglich ist. Dies vor allem wegen der zu hohen Zahl der Wochenunterrichtsstunden, der Stofffülle, der geringen Wahlmöglichkeiten bei Leistungs- und Grundkursen und der Unterdrückung durch das Punktesystem. ,,36 Wochenstunden sind keine Seltenheit und durch die Stofffülle, verbunden mit dem Zensurendruck, sollen wir gezwungen werden, die Unterrichtsinhalte kritiklos hinzunehmen", stellte die Konferenz in einer Resolution fest.

,,Mehr Unterrichtsstoff und Schulstunden hat auch für die Lehrer zur Folge, daß ihre Arbeitszeit nach oben geschraubt wird. Mit dem neuen Stu-

dienstufenerlaß wird diese Situation noch verschärft, indem jetzt auch an den Allgemeinbildenden Gymnasien die Wahlmöglichkeiten beschnitten werden, die Leistungsanforderungen verschärft werden und die Möglichkeiten, das Abitur zu bestehen, weiter erschwert werden. Demgegenüber bestehen wir auf der 40-Stundenwoche auch

für Schüler, also 28 Schulwochenstunden und Stoffbegrenzung in jedem Fach. Das muß mit Lehrern, Studienstufen- und Schulleitern ausgehandelt werden. Entscheidend ist, daß jeder Schüler zum Abitur zugelassen wird und keiner sitzenbleibt."

Folgende Forderungen wurden u.a. beschlossen: Weg mit dem Studienstufenerlaß! Einführung der 28-Stundenwoche bei gleichzeitiger 5-Tage-Woche! Abbau der Stofffülle in den Lehrplänen! Keine Zulassungsbeschränkungen zum Fachgymnasium! Keine nachträgliche Aberkennung des Abiturs! Weg mit dem Punkte- und Zensurensystem! BAFöG für jeden Schüler – mindestens 700 DM! Auf Grundlage dieser Forderungen werden gemeinsame Aktionen, Streik und Demonstration, in enger Zusammenarbeit mit der LSV der Gymnasien, den Lehrerverbänden und den Gewerkschaften vorbereitet. Der Vorstand der LSV der
Berufsbildenden Schulen strebt eine landesweite Demonstration in Kiel Ende Januar an, sowie kurz nach den Osterferien einen landesweiten Streik. Eine Zusammenfassung des Kampfes der Schüler gegen den Studienstufenerlaß und des Kampfes der Lehrlinge für zweimal 6 Stunden Berufsschulunterricht muß erreicht werden.





EG senkt die Fangquoten für Hering und Makrele

b.dam. Ende September verbieten die EG-Imperialisten den Heringsfang unter der Küste Nordenglands in einem Teil des EG-Meeres. Dänische Kutterfischer laufen dennoch dorthin aus und fordern nach Auseinandersetzung mit englischen Polizeibooten die dänische Regierung über Funk auf, alle eventuellen Strafen zu zahlen. Die dänische Regierung weigert sich. Einen Monat später senkt die EG erneut die Fangquoten für Hering und Makrele und spricht einzelne Fangverbote für bestimmte Gebiete, z.B. vor Büsums Küste aus.

Was immer als Schutz des Fischbestandes ausgegeben wird, soll den Fischereikapitalisten die Fanggründe sichern und beschleunigt die Vernichtung der kleineren und mittleren Fischer. Mit 1779 t im Mai 79 in der BRD angelandetem Hering sind dies 18,9% des Fischfangs der BRD überhaupt. Makrelen werden nur 11 t im Mai angelandet, das sind 0,1% des gesamten angelandeten Fischs. Bei der Makrele wurden 1978 9 t mit Trawler, 13 t mit Loggern und 158 t mit Kuttern unter 50 BRT gefangen, also ca. 80% durch die kleine Kutterfischerei. Der größte Teil des Herings wird z.T. als Küstenhering ebenfalls in der Ostsee und im Kattegatt von vorwiegend kleineren Kuttern oder Heringsloggern gefangen. Nach dem Statistischen Jahrbuch des binnenländischen Fischgroßhandels 1978 sind in diesem Jahr 1200 t über Kiel, 130 t über Hamburg und 3 t über Cuxhaven angelandet worden.

Vor der Errichtung von 200 sm-Zonen wurde ein wesentlich größerer Teil von der Hochseefischerei gefangen, danach sank die angelandete Menge Hering sprunghaft in einem Jahr von 53100 t auf 22700 t. Gleichzeitig macht sich jetzt der imperialistische Raubbau an den Fischbeständen, der in den letzten Jahren für eine bessere Konkurrenzlage der Fischereikapitalisten betrieben wurde, an den dezimierten Heringsbeständen bemerkbar. Die Maasholmer und Kappelner Fischer, die durchgängig kleinere Kutter haben, sprechen von 30% weniger angelandetem Hering als im letzten Jahr.

Mit der erneuten Senkung der Fangquoten für Hering sichern die EG-Imperialisten die verbleibenden Fanggründe solchen Schiffen, die die beste Ausrüstung für das schnelle Aufspüren der ziehenden Heringe haben und insgesamt für größere Fänge ausgerüstet sind. Im August 79 sprachen die dänischen Kutterfischer von allein 100 Esbjerger Fischern, die durch die Fangquoten vom Ruin bedroht seien und führten Aktionen gegen die Maßnahmen der EG durch. Innerhalb einer Woche waren von den dänischen Fischern die Fangquotenmenge an Hering aufgefischt worden, die für den Monat festgesetzt war. Jeglichen Fangbeschränkungen und der Senkung der Fangquoten setzen die kleinen und mittleren Fischer deshalb erbitterten Widerstand entgegen. Haben doch allein in den Jahren von 1974 bis jetzt von über 300 Ostseekuttern ein großer Teil bis auf 198 abwracken müssen.

Von 267 Kuttern in dem Westküstengebiet Schleswig-Holsteins existieren noch insgesamt 172.

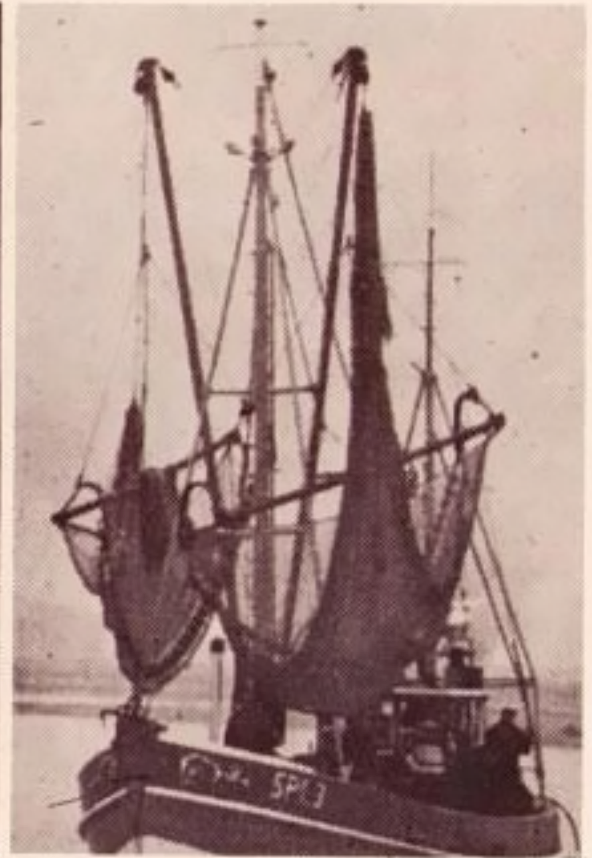
Zuckerfabrik Uelzen: Über Contischicht und niedrige Erzeugerpreise zu Höchstprofiten

b.kak. Seit dem 26. September läuft an der Uelzener Zuckerfabrik die Zuckerrübenkampagne. Bis zum 18. Dezember soll sie gehen. Bei einem Einzugsgebiet von 22921 ha, das weit über den Kreis Uelzen hinausgeht, werden in dieser Kampagne 9300000 Dezitonnen Rüben erwartet. 1978 wurden 500 t stündlich verarbeitet. Nach den EG-Richtlinien erhalten die Bauern in diesem Jahr 8,83 DM pro Doppelzentner (plus 8% Mehrwertsteuer), wenn der Zuckergehalt der Rüben 16% beträgt. Im Kreis Uelzen liegt er diesmal mit durchschnittlich 17,3% etwas höher, das macht dann 9,55 DM pro DZ.

Der Erzeugerpreis für Zuckerrüben ist damit durch EG-Bestimmungen gegenüber dem Vorjahr nur um lächerliche 0,3% erhöht worden – längst nicht genug, um die steigenden Produktionskosten zu decken. Allein Diesel ist um 20 Pfennig pro Liter, also ca. 25% teurer geworden, dazu die um 4 – 5% gestiegenen Pflanzenschutz- und Düngemittelpreise sowie die Mehrwertsteuererhöhung. Durch den frühen Frost können die Rüben, die noch draußen sind, verfaulen. Gelenkt über die niedrigen Erzeugerpreise wird so die Ruinierung der kleinen Bauern duch die EG beschleunigt. Für die Arbeiter bedeutet die Zuckerrübenkampagne drei Monate Contischicht bei 14-tägigem Schichtwechsel, ohne einen einzigen Tag frei. Dauerte die Kampagne vor zehn Jahren noch 104 Tage, so soll sie in diesem Jahr nur 84 Tage dauern. Das konnte erreicht werden über den erhöhten Einsatz von Maschinerie und Rationalisierung. So müssen in der jetzigen Kampagne 2 Kollegen 3 Waschstraßen versorgen, während es bislang 3 Kollegen an 2 Straßen waren. Ohne fünf Minuten Pause in einer Acht-Stunden-Schicht wollen die Kapitalisten alles aus den Arbeitern herausholen.

Sie können zufrieden sein: gegenüber der im Profit rückläufigen Konkurrenz konnten sie auf der letzten Aktionärsversammlung feststellen: ,,Die Ertragskraft liegt nicht unerheblich über dem Durchschnitt der Branche." So haben sie sich bei einem Bilanzgewinn von ca. 1,3 Mio. DM auch gleich eine Dividende von 12% genehmigt.





1,50 DM erhalten die Krabbenfischer für das Kilo Krabben – Wenige Minuten nach dem Anlanden müssen die Krabben auf dem Boot abgekocht werden.

Krabbenfischer: Verhindern, daß die Meldorfer Bucht zum Schießplatz der Bundeswehr wird

r.sal. Frühmorgens zwischen 2 und 5 Uhr laufen die meisten Büsumer Fischer mit ihren Kuttern zum Fang aus. Bis zu eineinhalb Stunden dauert es, bis sie ihre nächsten Fanggründe erreichen. Nur Fischer mit Kuttern unter 220 PS dürfen so nah der Küste fischen. In Dithmarschen ist es das Gebiet um Tertiussand und Blauort in der Dithmarscher Bucht, in dem die Waffenerprobungsstelle 71, Eckernförde, im Auftrag von Rheinmetall und dem Bundesverteidigungsministerium eine Hubinsel stationieren lassen will, um von dort aus Haubitzengranaten zu erproben. Von Juli bis September haben sie es schon einmal versucht, damals haben sich die Fischer mit ihren Kuttern und die Gemeindevertretung Büsums mit Butterschiffen im Sicherheitsbereich aufgehalten, so daß nicht geschossen werden durfte.

Ein Fischer, der sich nachts im Sicherheitsbereich befand, als die Bundeswehrführung entgegen ihren eigenen Sicherheitsbestimmungen vier Schüsse abgeben ließ, klagt jetzt vor Gericht dagegen. In der ,,Dithmarscher Landeszeitung'' äußerte er: ,,Ich erkläre noch einmal, daß es mir als Krabbenfischer darum geht, die Bundeswehr daran zu hindern, das Gebiet der Meldorfer Bucht zum ständigen Schießplatz einzurichten. Alle Fischer werden in der Ausübung ihres Berufs stark behindert. Ich bezweifle, daß die Bundeswehr auf Dauer die den Fischern versprochenen Schadensersatzleistungen zahlen wird. Es geht also um unsere Existenz, und die gilt es mit allen Mitteln zu verteidigen.''

Das Verteidigungsministerium will wieder unter ,,Clear range''-Bedingungen schießen lassen, d.h. daß nur geschossen werden darf, wenn sich nie-

Dithmarscher Bucht, in dem die Waffenerprobungsstelle 71, Eckernförde, im Auftrag von Rheinmetall und dem Bundesverteidigungsministerium eine Hubinsel stationieren lassen will, um von dort aus Haubitzengranaten zu erproben. Von Juli bis September haben sie es schon einmal versucht, damals haben sich die Fischer mit ihren Kuttern und die Gemeindevertretung Büsums mit Butterschiffen im Sicherheitsbereich aufgehalten, so daß nicht geschossen werden durfte.

Ein Fischer, der sich nachts im Sicherheitsbereich befand, als die Bundeswehrführung entgegen ihren eigenen Sicherheitsbestimmungen vier Schüsse abgeben ließ, klagt jetzt vor Gericht dagegen. In der ,,Dithmarscher Landeszeitung'' äußerte er: ,,Ich erkläre noch einmal, daß es mir als Krabbenfischer darum geht, die Bundeswehr daran zu hindern, das Gebiet der Meldorfer Bucht zum ständigen Schießplatz einzurichten. Alle Fischer werden in der Ausübung ihres Berufs stark behindert. Ich bezweifle, daß die Bundeswehr auf Dauer die den Fischern versprochenen Schadensersatzleistungen zahlen wird. Es geht also um unsere Existenz, und die gilt es mit allen Mitteln zu verteidigen.''

Das Verteidigungsministerium will wieder unter ,,Clear range''-Bedingungen schießen lassen, d.h. daß nur geschossen werden darf, wenn sich nie-mand im Sicherheitsbereich aufhält, und es darf nur aufgefordert, aber keiner gezwungen werden, das Gebiet zu verlassen. Den Fischern hat es aber angedroht, das Schießgebiet abzusperren, wenn sie außer zum Fischen nur zur Verhinderung der Waffenerprobungen hinausfahren würden. Die Fischer wollen und können sich nicht am Fischen hindern lassen.

Ohnehin ist der jetzige Krabbenerzeugerpreis so tief gesunken wie seit Jahren nicht mehr. 1,50 DM erhalten sie je Kilogramm Krabben von den Fischereigenossenschaften und den Fischgroßhandlungen – im August waren es 3 DM/kg. Ein Fischer darf pro Woche 3000 kg anlanden, mehr wird ihnen nicht abgenommen, und sie sind über Verträge an ihre Aufkäufer gebunden. Von den so erzielten 4500 DM müßte er eigentlich sämtliche Unkosten bestreiten, was für ihn unmöglich ist. An fünf Tagen je zwölf Stunden fischen erfordert bei einem kleinen Kutter 750 bis 1000 l Gasöl gleich 3560 bis 4750 DM. Die Forderung der Fischer nach Bezuschussung der Gasölpreise wird von der Bundesregierung mit 6 Pfg. je Liter ab 1980 verhöhnt. Das reicht einfach nicht.

Obwohl die Fischer ihre Produktionskosten nicht decken können, fischen sie weiter und hoffen, bald bessere Preise zu bekommen. Fast alle sind sie durch Landes- und Bundesdarlehen für die Anschaffung ihrer Kutter verschuldet. ,,Unsere Substanz ist nichts wert'', erklärt Hermann Kock, Vorsitzender des Büsumer Fischervereins und Westküstensprecher des Landesverbandes. ,,Kauft sich z.B. ein Fischer einen neuen Kutter und sind die Fangpreise niedrig, gibt uns nach zwei Jahren ja keiner mehr was für unser Schiff. Die Abwrackprämien hauen auch nicht hin, das sind 1000 DM pro BRT. Ein Kutter mit 35 bis 40 BRT kostet 500000 DM. Beim Abwracken kriegt der Fischer 35000 DM und hat dann 350000 DM Schulden.''

Allein die zeitweise Absperrung der Fanggebiete durch die Bundeswehrführung würde unter diesen Umstän-

pro Woche 3000 kg anlanden, mehr wird ihnen nicht abgenommen, und sie sind über Verträge an ihre Aufkäufer gebunden. Von den so erzielten 4500 DM müßte er eigentlich sämtliche Unkosten bestreiten, was für ihn unmöglich ist. An fünf Tagen je zwölf Stunden fischen erfordert bei einem kleinen Kutter 750 bis 1000 l Gasöl gleich 3560 bis 4750 DM. Die Forderung der Fischer nach Bezuschussung der Gasölpreise wird von der Bundesregierung mit 6 Pfg. je Liter ab 1980 verhöhnt. Das reicht einfach nicht.

Obwohl die Fischer ihre Produktionskosten nicht decken können, fischen sie weiter und hoffen, bald bessere Preise zu bekommen. Fast alle sind sie durch Landes- und Bundesdarlehen für die Anschaffung ihrer Kutter verschuldet. ,,Unsere Substanz ist nichts wert'', erklärt Hermann Kock, Vorsitzender des Büsumer Fischervereins und Westküstensprecher des Landesverbandes. ,,Kauft sich z.B. ein Fischer einen neuen Kutter und sind die Fangpreise niedrig, gibt uns nach zwei Jahren ja keiner mehr was für unser Schiff. Die Abwrackprämien hauen auch nicht hin, das sind 1000 DM pro BRT. Ein Kutter mit 35 bis 40 BRT kostet 500000 DM. Beim Abwracken kriegt der Fischer 35000 DM und hat dann 350000 DM Schulden.''

Allein die zeitweise Absperrung der Fanggebiete durch die Bundeswehrführung würde unter diesen Umstän-den genügen, um den Fischern noch größere Verluste zuzufügen, so daß ein Teil von ihnen nicht mehr existieren kann. Als Mitglied des Büsumer Gemeinderates will Kock an dem Gespräch zwischen Landes-, Bundes- und Kommunalpolitikern um die Waffenerprobungen teilnehmen und den Standpunkt der Fischer vertreten.

Ausländerprogramm des Westberliner Senats

Maßnahmen zur Unterhöhlung der Schulpflicht

r.brr. Mit Polizeihunden ausgerüstet setzte die Westberliner Polizei in den letzten Tagen ihre ,,Ausländerkontrollen'' in den U- und S-Bahnen fort. Nach Berichten in den Westberliner Tageszeitungen wurden dabei 162 Personen kontrolliert, 16 vorübergehend festgenommen, 2 blieben in polizeilichem Gewahrsam. Die Aktion diene der Kontrolle des Zustroms der illegal einreisenden Ausländer, ließ der Senat verlauten.

Herausgekommen ist bei den Klausurtagungen ein sogenanntes Ausländerprogramm, was in seiner Gänze noch nicht veröffentlicht worden ist. Abgewartet werden soll u.a. die Stellungnahme der Bezirksbürgermeister. Was fest steht, sagte der Regierende Bürgermeister Stobbe in einem Interview mit der ,,Berliner Abendschau'': ,,Der Senat hat sich heute sehr klar dafür ausgesprochen, daß wir einen weiteren Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in die Stadt unterbinden wollen.''

30000 schulpflichtige ausländische Kinder sind derzeit in Westberlin registriert, das sind 10% aller Schüler und 5000 mehr als 1978. In den Ballungsgebieten (Innenstadtbezirke) wurden schon ,,besondere Klassen'' eingerichtet, ,,Regelklassen'', nur aus ausländischen Schülern bestehend. Eine Integration in deutsche Klassen ist dafür nicht vorgesehen. Der Unterricht findet in deutsch statt, Unterricht in der Heimatsprache ist nicht vorgesehen. Ergebnis ist: Die Schüler erlernen keine Sprache vernünftig, bleiben weitgehend Analphabeten. 1977/78 bekamen 62% der ausländischen Schüler keinen Abschluß (von den Hauptschülern insgesamt waren es 32%). Was aber die Lage aktuell explosiv macht, ist die Tatsache, daß etwa 500 ausländische Schüler gar nicht erst in die Schule aufgenommen werden. Es handelt sich nach Darstellung des Senats um Kinder, die aufgrund von Familienzusammenführungen nach Westberlin kommen. Auf der anderen Seite steht fest, daß Hunderte von über Sechsjährigen nicht in die 1. Klasse aufgenommen werden, und daß Hunderte nach Absolvierung der 6. Grundschulklasse nicht in die 7. Klassen an den Oberschulen aufgenommen werden. Die Schulstadträte in den Innenstadtbezirken Kreuzberg, Tiergarten, Schöneberg und Wedding begründen die Maßnahmen damit, daß der vorgesehene Ausländeranteil an den Schulen schon überschritten sei. In den ersten Grundschulklassen in Kreuzberg beispielsweise liegt der Ausländeranteil inzwischen bei 56%. ,,Die Mehrheitsverhältnisse zwischen Deutschen und Ausländern beginnnen sich umzukehren'', warnte Bezirksstadtrat Gericke.'' Empörung haben Meldungen in der bürgerlichen Presse hervorgerufen, wonach der Senat offiziell Teile der ausländischen Schüler von der Schulpflicht ausschließen, d.h. ihnen das Recht auf den Schulbesuch nehmen will. Der ,,Tagesspiegel'' nimmt das zum Anlaß, darüber nachzudenken, ,,ob es sinnvoll ist, die über vierzehnjährigen Zusteiger überhaupt noch in die Schule zu pressen.''

Als Sofortmaßnahmen hat der Senat folgendes Programm ins Auge gefaßt: Nachmittagsunterricht in ,,gesonderten Lerngruppen'' für ausländische Kinder. Das bedeutet eine Ausgliederung aus dem normalen Schulbetrieb und natürlich eine drastische Reduzierung des Unterrichtsangebotes. Die andere Variante ist der Transport der ausländischen Schüler mittels Bussen in die Randbezirke der Stadt. Dieser Plan ist in dem jetzt beschlossenen Ausländerprogramm wohl enthalten. Türkische Vertreter wandten sich unter anderem dagegen und bestanden auf einer vertretbaren Nähe von Schule und Wohnort. In einem anderen Flugblatt fordert die GEW vom Senat die sofortige Bereitstellung von Geldern für Räume, Lehrer usw. im Wohngebiet der ausländischen Kinder.

Kraftwerksbau der achtziger Jahre

Brokdorf: Bourgeoisie drängt auf Entscheidung

r.scm. Am 26.11. wird der Prozeß der Gemeinden Wewelsfleth, Damfleth, Freiburg und Krummendeich gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf vor dem Verwaltungsgericht Schleswig fortgesetzt. Am 28.11. findet im Bundestag eine neue energiepolitische Debatte statt. Erklärtermaßen will die Bourgeoisie die Entscheidung über Brokdorf noch in diesem Jahr zustande bringen. Während sie dafür die politische Lage auslotet und die Pressekampagne verstärkt, sucht sie umso rascher die anderen Punkte ihres Energieprogramms zu verwirklichen.

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel hat im August der Bundesregierung zwei Standorte für eine großtechnische Demonstrationsanlage für Kohlevergasung genannt. In Schleswig-Holstein werden Brunsbüttel und Brokdorf als Standorte für eine Kohleveredelungsanlage gehandelt. Wir haben eine Übersicht über den Neubau von Kraftwerken in der Nordregion zusammengestellt, die sicher nicht vollständig sein wird, da die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihre Pläne nicht vollständig offenlegen. Man kann aber sehen, in welchem Umfang die Steinkohle als strategi-

triebnahme für 1979 vorgesehen.

Kernkraftwerk Brokdorf, 1290 MW, NWK/HEW, 1976 erste Teilerrichtungsgenehmigung, Baustop. Ende August 1979 rechnet die VEBA mit Baubeginn ,,noch in diesem Jahr''. Die NWK erwartet (Mai 1979) Inbetriebnahme Jahreswende 85/86. Ende November Fortführung des Prozesses von Gemeinden und Einzelklägern gegen die Teilerrichtungsgenehmigung. Die Auflagen für die Wiederaufnahme der Bauarbeiten werden von dern NWK als erfüllt angesehen.

Braunkohlekraftwerk Buschhaus, von den Braunschweigischen Kohlenbergwerken Helmstedt geplant, um salzhaltige Kohle verstromen zu können. Es soll das Kraftwerk Offleben ablösen, das bis 1993 stufenweise abgestellt wird.

Kernkraftwerk Esensham/Unterweser, 1230 MW, Preußenelektra/NWK, Juli 1979 Erlaubnis zur Stromproduktion, gleichzeitig Beginn des Baus zweier Kühltürme (80 m hoch), die 1983 fertig sein sollen.

Kernkraftwerk Grohnde, 1300 MW, Preußenelektra/Interargem, zweite Teilerrichtungsgenehmigung Juli 1979, im Bau, Fertigstellung für 1983 ge-

für 1981 vorgesehen. Als Grund werden zusätzliche Auflagen angegeben. Das KKW Krümmel ist wie Brunsbüttel und Würgassen ein Siedewasserreaktor. Im Juli dieses Jahres bereits zweiter Anschlag auf eine Freileitung.

Erdgas- und Kernkraftwerk Lingen, 895 + 267 MW, VEW, Kernkraftteil seit 6.1.1977 abgeschaltet, soll stillgelegt und auf Gasturbinen umgerüstet werden. Zusätzlich ist ein Neubau geplant.

Kernkraftwerk Lingen, 1300 MW, VEW, im Planstadium.

Kernkraftwerk Lippe-Ems, 1230 MW, VEW, im Planstadium, Inbetriebnahme 1987 vorgesehen.

Steinkohlekraftwerk Mehrum, 650 MW, Preußenelektra / Stadtwerke Hannover / Stadtwerke Braunschweig, letzten Monat in Betrieb genommen.

Steinkohle- und Erdgaskraftwerk Heyden, Preußenelektra, Erweiterungsblock (Steinkohle) mit 700 MW geplant (Hannoversche Allgemeine, 17.11.79).

Steinkohlekraftwerk Reuter West, (Westberlin), Gesamtleistung (inkl. Fernwärme) 2 mal 300 MW, Bewag plant, 1985 mit Bau beginnen zu kön-

Kraftwerksbau der achtziger Jahre

Brokdorf: Bourgeoisie drängt auf Entscheidung

r.scm. Am 26.11. wird der Prozeß der Gemeinden Wewelsfleth, Damfleth, Freiburg und Krummendeich gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf vor dem Verwaltungsgericht Schleswig fortgesetzt. Am 28.11. findet im Bundestag eine neue energiepolitische Debatte statt. Erklärtermaßen will die Bourgeoisie die Entscheidung über Brokdorf noch in diesem Jahr zustande bringen. Während sie dafür die politische Lage auslotet und die Pressekampagne verstärkt, sucht sie umso rascher die anderen Punkte ihres Energieprogramms zu verwirklichen.

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel hat im August der Bundesregierung zwei Standorte für eine großtechnische Demonstrationsanlage für Kohlevergasung genannt. In Schleswig-Holstein werden Brunsbüttel und Brokdorf als Standorte für eine Kohleveredelungsanlage gehandelt. Wir haben eine Übersicht über den Neubau von Kraftwerken in der Nordregion zusammengestellt, die sicher nicht vollständig sein wird, da die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihre Pläne nicht vollständig offenlegen. Man kann aber sehen, in welchem Umfang die Steinkohle als strategischer Energieträger genutzt werden soll, um Druck auf die Ölpreise auszuüben. Kohle ist teuer. Bezahlt werden soll der Mehrpreis durch den Kohlepfennig oder – wie Breuel es fordert – gleich durch höhere Strompreise.

Steinkohlekraftwerk Bremen (Hafen), 300 MW, Stadtwerke Bremen, Inbetriebnahme für 1979 vorgesehen.

Kernkraftwerk Brokdorf, 1290 MW, NWK/HEW, 1976 erste Teilerrichtungsgenehmigung, Baustop. Ende August 1979 rechnet die VEBA mit Baubeginn ,,noch in diesem Jahr''. Die NWK erwartet (Mai 1979) Inbetriebnahme Jahreswende 85/86. Ende November Fortführung des Prozesses von Gemeinden und Einzelklägern gegen die Teilerrichtungsgenehmigung. Die Auflagen für die Wiederaufnahme der Bauarbeiten werden von dern NWK als erfüllt angesehen.

Braunkohlekraftwerk Buschhaus, von den Braunschweigischen Kohlenbergwerken Helmstedt geplant, um salzhaltige Kohle verstromen zu können. Es soll das Kraftwerk Offleben ablösen, das bis 1993 stufenweise abgestellt wird.

Kernkraftwerk Esensham/Unterweser, 1230 MW, Preußenelektra/NWK, Juli 1979 Erlaubnis zur Stromproduktion, gleichzeitig Beginn des Baus zweier Kühltürme (80 m hoch), die 1983 fertig sein sollen.

Kernkraftwerk Grohnde, 1300 MW, Preußenelektra/Interargem, zweite Teilerrichtungsgenehmigung Juli 1979, im Bau, Fertigstellung für 1983 geplant.

Luftspeicher-Gasturbinenkraftwerk Huntorf, 290 MW, NWK, Inbetriebnahme 8.12.78.

Kernkraftwerk Krümmel 1260 MW, NWK/HEW, seit 1974 im Bau, sollte nach ursprünglicher Planung 1978 in Betrieb gehen, jetzt Inbetriebnahme für 1981 vorgesehen. Als Grund werden zusätzliche Auflagen angegeben. Das KKW Krümmel ist wie Brunsbüttel und Würgassen ein Siedewasserreaktor. Im Juli dieses Jahres bereits zweiter Anschlag auf eine Freileitung.

Erdgas- und Kernkraftwerk Lingen, 895 + 267 MW, VEW, Kernkraftteil seit 6.1.1977 abgeschaltet, soll stillgelegt und auf Gasturbinen umgerüstet werden. Zusätzlich ist ein Neubau geplant.

Kernkraftwerk Lingen, 1300 MW, VEW, im Planstadium.

Kernkraftwerk Lippe-Ems, 1230 MW, VEW, im Planstadium, Inbetriebnahme 1987 vorgesehen.

Steinkohlekraftwerk Mehrum, 650 MW, Preußenelektra / Stadtwerke Hannover / Stadtwerke Braunschweig, letzten Monat in Betrieb genommen.

Steinkohle- und Erdgaskraftwerk Heyden, Preußenelektra, Erweiterungsblock (Steinkohle) mit 700 MW geplant (Hannoversche Allgemeine, 17.11.79).

Steinkohlekraftwerk Reuter West, (Westberlin), Gesamtleistung (inkl. Fernwärme) 2 mal 300 MW, Bewag plant, 1985 mit Bau beginnen zu können (Handelsblatt, 15.11.1979)

Steinkohlekraftwerk Verdener Marsch, drei Blöcke mit je 720 MW von der Preußenelektra geplant.

Quellen: BrennstoffWärmeKraft 4/79; Energiewirtschaftliche Tagesfragen 7/79; Die öffentliche Elektrizitätsversorgung im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 1978, hrsg. von der VDEW, Sept. 1979.



EG-Imperialisten drängen auf Senkung der Milchmarktordnungskosten

Anhaltender Streit um den EG-Haushalt / In jedem Fall sollen die Bauern draufzahlen

z.elb.Brüssel. Während der Milchkuhbestand in der Europäischen Gemeinschaft in den Jahren 1976 bis 1978 geringfügig um insgesamt 0,88% angewachsen ist, haben die Bauern in der gleichen Zeit eine Produktionssteigerung der Milch um jährlich ca. 3% erzielen können. Jedoch: Weder die Bauern noch die Lohnabhängigen als Verbraucher konnten aus diesem Fortschritt der Produktivkräfte irgendeinen Nutzen ziehen. Jahr für Jahr ist für die Bauernmassen der Erzeugerpreis real gesunken; die Lohnabhängigen in der EG haben allein von 1976 auf 1977 im Durchschnitt 13,5% mehr zahlen müssen für einen Liter jener Flüssigkeit, die mit dem, was die Kuh liefert, kaum mehr als die weiße Farbe gemein hat. Wie die Verbraucherpreise anstiegen, so sank der Milchverbrauch, im EG-Durchschnitt von 1969 bis 1976 um 8,2%. Als Folge der erhöhten Produktivität und der gesunkenen Einnahmen der Masse der Bauern steigt die Konzentration in der Milchwirtschaft, der sinkende Milchverbrauch tut ein übriges, die Milchpulverlagerbestände bis auf 700000 t und den EG-,,Butterberg'' auf 300000 t anschwellen zu lassen. Drastisch tritt die Fäulnis der kapitalistischen Produktionsweise zutage.

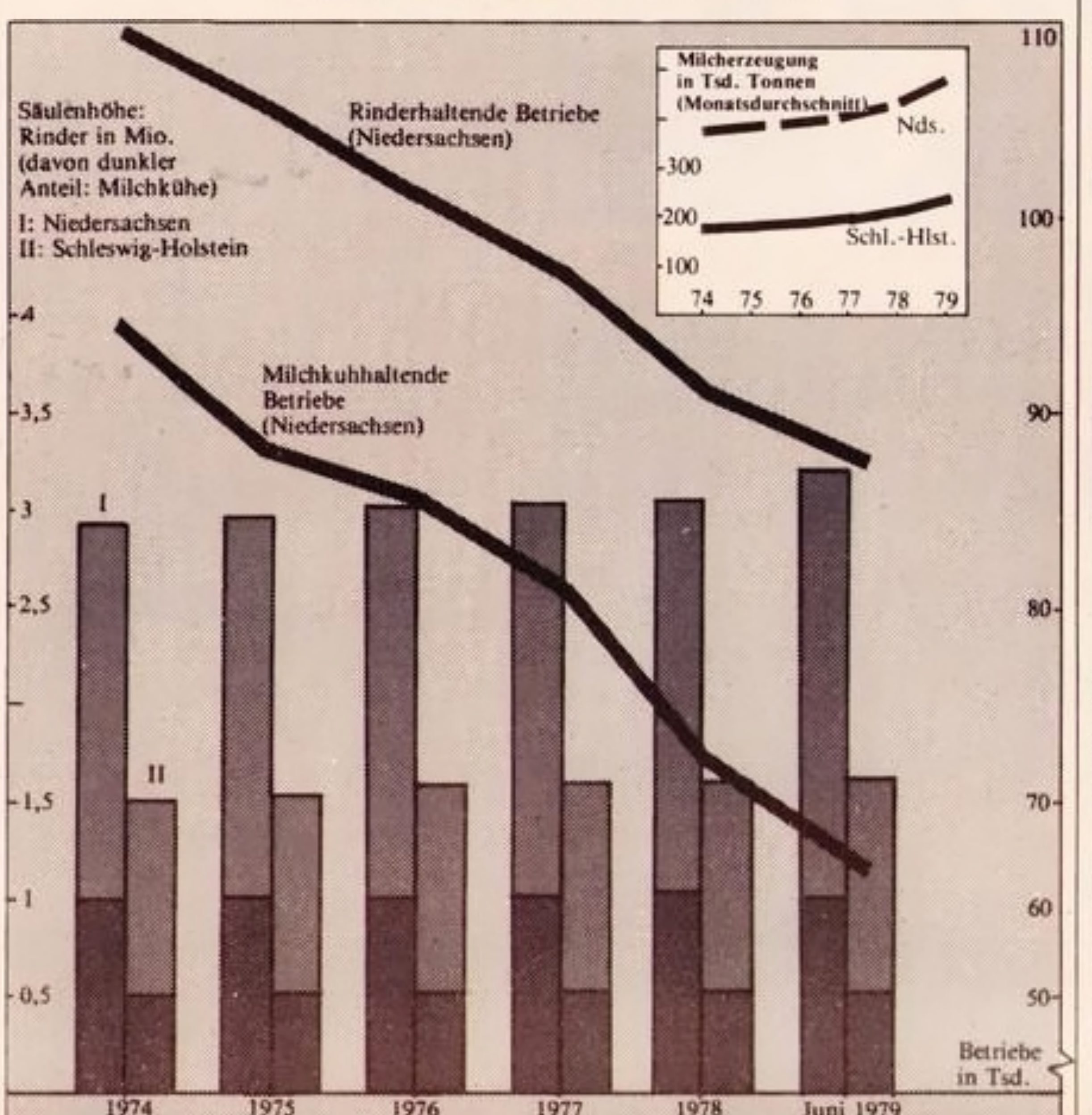
Das ZDF meldete am 10. Oktober von EG-Agrarkommissar Gundelach: ,,Gundelach erklärte, falls die Ausgaben nicht gebremst würden, stehe der EG-Agrarfonds und damit die Gemeinschaft überhaupt im übernächsten Jahr praktisch vor dem Bankrott.'' In der Tat werden 1979 30% des Gesamthaushalts der EG oder rund 11 Mrd. DM für die sog. Milchmarktordnung aufgewendet, was 45% der Gesamtausgaben für die Landwirtschaft in der EG entspricht. Den größten Teil davon stecken sich die Handvoll Handelskapitalisten und die Agrarkapitalisten ein; erstens bei Ausfuhren in Drittländer mittels der Erstattungen, also der Differenz zwischen dem EG-Richtpreis und dem weit niedrigeren Weltmarktpreis, zweitens durch die Beihilfen für die Verfütterung von Magermilch und Magermilchpulver. Die westdeutschen, französischen und niederländischen Imperialisten sind führend in der Einstreichung der Gelder aus dem EG-Agrarfonds in beiden Bereichen. In allen drei Ländern zusammen werden z.B. 74% des bezuschußten Magermilchpulvers verfüttert. Da die übrigen EG-Mitgliedsstaaten in den Agrarfonds einzahlen, aber niedrigere Geldsummen zurückerhalten, drängen sie besonders auf die Senkung der Ausgaben für die EG-Milchwirtschaft, allen voran die britischen Imperialisten. Aber auch die westdeutschen und französischen Imperialisten sähen es lieber, wenn sich die Kosten für die Lagerhaltung, die mit 2,466 Mrd. DM den zweitgrößten Posten der Ausgaben für die Milchmarktordnung ausmachen, zur Förderung des Kapitalexports in andere Länder der EG z.B. über den Regionalfonds verwandeln ließen. Einigkeit darüber, *daß* die Ausgaben für die EG-Milchwirtschaft gesenkt werden müssen, existiert also; der Streit geht vor allem um das *wie*.

Seit Anfang Mai liegt der EG-Kommission ein Bericht des Landwirtschaftsausschusses an das Europäische Parlament vor über ,,die zur Verbesserung der Lage auf dem Milchsektor zu treffenden Maßnahmen''. Darin wird gefordert: 1. ,,die Verordnung über die Mitverantwortung der Erzeuger... zu ändern''. Gundelach kündigte Ende Oktober an, die ,,Mitverantwortungsabgabe'' der Milchbauern zu verfünffachen. Mit den dadurch geraubten rund 1 Mrd. DM wird die Erfüllung der 2. Forderung, die Förderung des Absatzes der Milch, vorangetrieben und die Kosten mehr den nationalen Haushalten, d.h. den Steuerzahlern, zugeschoben werden. Der 3. Forderung, ,,eine vorsichtige Preispolitik'' zu betreiben, sind die EG-Landwirtschaftsminister im Juni insofern nachgekommen, als sie den Erzeugerpreis für Milch nicht erhöht haben, während sie die anderer landwirtschaftlicher Produkte um 1,5% ,,heraufsetzten''.

Jedoch, die Landwirtschaftskommission schlägt weiteres vor: die Einführung eines garantierten Mindestpreises für Milch als ersten Schritt dahin, für die ,,zur Aufrechterhaltung der Marktversorgung'' nötige Milch einen höheren Preis, für die restliche Milch einen ,,bedeutend niedrigeren Preis'' zu zahlen. Drastische Senkung des Erzeugerpreises gezielt für die kleinen Bauern und ihre sprunghaft steigende Vernichtung wären die Folgen.

Eine einschneidende Senkung des Milch-Erzeugerpreises wird vor allem von den britischen Imperialisten verlangt, weil hier die Konzentration in der Milchwirtschaft mit einem Durchschnittskuhbestand von 46,2 weit fortgeschritten ist. Die westdeutschen, in besonderem Maße aber die französischen Imperialisten können eine solche Maßnahme aufgrund ihrer relativ hohen Exporte und geringen Konzentration in der Milchwirtschaft – der Durchschnittskuhbestand beträgt in Westdeutschland 10,4 und in Frankreich 13 – nur Schritt für Schritt hinnehmen. Erst wenn eine Einigung darüber erzielt ist, wie das freigewordene Geld profitabel angelegt werden kann, werden die französischen Imperialisten diesen Maßnahmen zustimmen.

In zwei Jahren fast 15000 Milchbauern in Niedersachsen vernichtet



Während die Zahl der Rinder und Milchkühe in den letzten Jahren trotz EG-Schlachtprämie noch leicht angestiegen war, hat eine Eigentumskonzentration großen Ausmaßes in der Viehwirtschaft stattgefunden.

Die Bauern Indonesiens verlangen die Durchsetzung des Landreformgesetzes

z.mat. Im vergangenen April pflanzten 9000 Bauern Bananen und Zuckermais auf 14000 Hektar der Staatsfarm PTP 9 in Nordsumatra, die sie 1952 besiedelt hatten. Alle Pflanzen wurden vom Militär vernichtet. Zwei Monate später pflanzten die Bauern wieder, und wieder wurden ihre Pflanzen vernichtet. Im August organisierten sie eine Kundgebung in der Hauptstadt Jakarta auf

kämpften. Das Gesetz erfüllte indes die Forderungen der Bauern nur zum Teil. Zwar war die Verteilung des Landes an landlose Bauern kostenlos, aber die festgelegten Grenzen bildeten einen Kompromiß mit den Grundbesitzern. 5 Hektar auf dem fruchtbaren Java reichen immer noch aus, wenigstens vier Pächter auszubeuten. Nur 400000 Hektar, viel zu wenig für die drei Mil-

und 100 kg Schwefelphosphat je Hektar – erreicht werden. Die Regierung kündigte die Preisabsprache für Dünger auf, und die Kosten für Dünger und Pestizide überstiegen das Jahreseinkommen eines kleinen Bauern von 12000 Rupien (ca. 80 DM) 1968 um 900 Rupien. Die Masse der kleinen Bauern bekämpfte die ,,Grüne Revolution'' deshalb von Anfang an und

Kalimantan umgesiedelt werden, danach sollen es jedes Jahr 25000 mehr werden. Unter der Regierung Sukarno war das Umsiedlungsprogramm Teil der Politik der nationalen Befreiung, die umgesiedelten Bauern erhielten kostenlos Land als ihr Eigentum. Heute müssen selbst die bereits umgesiedelten Bauern darum kämpfen, ihr Land zu erhalten. Mehrere hunderttausend

Das ZDF meldete am 10. Oktober von EG-Agrarkommissar Gundelach: ,,Gundelach erklärte, falls die Ausgaben nicht gebremst würden, stehe der EG-Agrarfonds und damit die Gemeinschaft überhaupt im übernächsten Jahr praktisch vor dem Bankrott.'' In der Tat werden 1979 30% des Gesamthaushalts der EG oder rund 11 Mrd. DM für die sog. Milchmarktordnung aufgewendet, was 45% der Gesamtausgaben für die Landwirtschaft in der EG entspricht. Den größten Teil davon stecken sich die Handvoll Handelskapitalisten und die Agrarkapitalisten ein; erstens bei Ausfuhren in Drittländer mittels der Erstattungen, also der Differenz zwischen dem EG-Richtpreis und dem weit niedrigeren Weltmarktpreis, zweitens durch die Beihilfen für die Verfütterung von Magermilch und Magermilchpulver. Die westdeutschen,

ändern''. Gundelach kündigte Ende Oktober an, die ,,Mitverantwortungsabgabe'' der Milchbauern zu verfünffachen. Mit den dadurch geraubten rund 1 Mrd. DM wird die Erfüllung der 2. Forderung, die Förderung des Absatzes der Milch, vorangetrieben und die Kosten mehr den nationalen Haushalten, d.h. den Steuerzahlern, zugeschoben werden. Der 3. Forderung, ,,eine vorsichtige Preispolitik'' zu betreiben, sind die EG-Landwirtschaftsminister im Juni insofern nachgekommen, als sie den Erzeugerpreis für Milch nicht erhöht haben, während sie die anderer landwirtschaftlicher Produkte um 1,5% ,,heraufsetzten''.

Jedoch, die Landwirtschaftskommission schlägt weiteres vor: die Einführung eines garantierten Mindestpreises für Milch als ersten Schritt da-

Während die Zahl der Rinder und Milchkühe in den letzten Jahren trotz EG-Schlachtprämie noch leicht angestiegen war, hat eine Eigentumskonzentration großen Ausmaßes in der Viehwirtschaft stattgefunden.

Die Bauern Indonesiens verlangen die Durchsetzung des Landreformgesetzes

z.mat. Im vergangenen April pflanzten 9000 Bauern Bananen und Zuckermais auf 14000 Hektar der Staatsfarm PTP 9 in Nordsumatra, die sie 1952 besiedelt hatten. Alle Pflanzen wurden vom Militär vernichtet. Zwei Monate später pflanzten die Bauern wieder, und wieder wurden ihre Pflanzen vernichtet. Im August organisierten sie eine Kundgebung in der Hauptstadt Jakarta auf Java. Jetzt hat die Regierung mitgeteilt, daß 7000 – 10000 Hektar brachliegendes Land der PTP 9 an die 9000 Bauern abgetreten werden soll, die es seit 27 Jahren bebauen.

Dieser Erfolg eines jahrzehntelangen Kampfes ist ein Beispiel für den Aufschwung der Kämpfe der Bauern um Landreform. Der Kampf der Bauern unter der Führung der Kommunistischen Partei Indonesiens bildete das Rückgrat der erfolgreichen Politik Präsident Sukarnos nach der Erringung der Unabhängigkeit 1945 für eine unabhängige Landwirtschaft. Seit der Enteignung der holländischen und britischen Plantagen 1958 und 1963 gibt es in Indonesien keinen nennenswerten ausländischen Landbesitz mehr. Erstes Ziel der Politik Sukarnos war die Selbstversorgung mit Reis, dem Grundnahrungsmittel des Landes.

Mit 140 Millionen Einwohnern ist Indonesien eines der volkreichsten Länder Asiens. Ein großes Problem ist die ungleichmäßige Bevölkerungsverteilung. Während Java mit mehreren hundert Einwohnern pro Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde gehört, betragen die Zahlen für Sumatra 10 – 100, für Kalimantan, Sulawesi und Westirian nur 0,5 – 10 Einwohner pro Quadratkilometer. Sukarnos Landreformgesetz von 1960 berücksichtigte diese Unterschiede und beschränkte den Landbesitz je nach Bevölkerungsdichte auf 20 bis 5 Hektar.

Die Landreform war zwar von den Millionen landloser Bauern getragen, die unter der Anleitung der KPI entschlossen um ihre Durchsetzung kämpften. Das Gesetz erfüllte indes die Forderungen der Bauern nur zum Teil. Zwar war die Verteilung des Landes an landlose Bauern kostenlos, aber die festgelegten Grenzen bildeten einen Kompromiß mit den Grundbesitzern. 5 Hektar auf dem fruchtbaren Java reichen immer noch aus, wenigstens vier Pächter auszubeuten. Nur 400000 Hektar, viel zu wenig für die drei Millionen landloser Bauern, konnten nach dem Gesetz verteilt werden.

Der Kampf der Bauern in den folgenden Jahren führte zur Einbeziehung neuen Landes in die zu verteilende Fläche. Dadurch ermutigt, schritten die in der Sozialistischen Bauernvereinigung organisierten Bauern 1964 und 1965 zu Massenbesetzungen großer Besitztümer; sie lernten den Umgang mit Dünger und begannen mit seiner Verwendung. Von der Regierung erreichten sie die feste Zusage, daß der Preis für 1 kg Dünger immer dem Preis für 1 kg gemahlenen Reis entsprechen soll. Die KPI unterstützte sie in diesen Kämpfen, doch die Führung der Bemühungen um nationale Befreiung blieb bei der nationalen Bourgeoisie. So konnte es den Imperialisten im Oktober 1965 gelingen, mit dem blutigen Putsch Suhartos die Regierung Sukarno zu beseitigen und Hunderttausende von Kommunisten und Bauern morden zu lassen. Trotzdem konnte Suharto nicht wagen, die Erfolge der Landreform sofort rückgängig zu machen. Im Dezember 1965 ließ er sogar Maßnahmen gegen ehemalige Großgrundbesitzer verkünden, die die Gelegenheit nutzen wollten, sich ihre alten Ländereien wieder anzueignen.

Der Hebel der Imperialisten, die Landwirtschaft Indonesiens wieder zu einer Quelle für eigene Profite werden zu lassen, war die ,,Grüne Revolution'', mit der neue, ergiebige Reissorten eingeführt werden sollten. In den ersten Versuchspflanzungen waren damit die Hektarerträge von 1,5 auf 4,5 Tonnen gesteigert worden, doch konnte dies nur bei Anwendung beträchtlicher Düngermengen – 200 kg Stickstoff und 100 kg Schwefelphosphat je Hektar – erreicht werden. Die Regierung kündigte die Preisabsprache für Dünger auf, und die Kosten für Dünger und Pestizide überstiegen das Jahreseinkommen eines kleinen Bauern von 12000 Rupien (ca. 80 DM) 1968 um 900 Rupien. Die Masse der kleinen Bauern bekämpfte die ,,Grüne Revolution'' deshalb von Anfang an und konnte nur mit Gewaltmaßnahmen zum Anbau der neuen Sorten getrieben werden. Innerhalb weniger Jahre verschuldete sich Indonesien mit Millionenbeträgen bei den Chemiekonzernen Ciba (Schweiz), Coopa (Italien), Hoechst und AHT-Essen (BRD) und Mitsubishi (Japan). Anfang 1970 weigerten sich ganze Regionen, sich weiter an der ,,Grünen Revolution'' zu beteiligen, und die Regierung mußte das Programm aufgeben.

Die Imperialisten nutzen die Verschuldung Indonesiens, ihm die weitere Entwicklung seiner Landwirtschaft vorzuschreiben. Im August dieses Jahres kündigte die Weltbank einen 99 Mio. $-Kredit zur Anlage von Gummi- und Palmölplantagen an, die von Kleinpächtern betrieben werden sollen. Die Verschuldung der Bauern hat viele wieder zu Pächtern gemacht, wo nicht ganz vom Land vertrieben. Ihre Pachtabgabe ist durch das noch geltende Pachtgesetz von 1960 dem Buchstaben nach auf die Hälfte der Ernte beschränkt, in Wahrheit beträgt sie oft drei Fünftel und mehr. Durch den Zwang, den Reis schon vor der Ernte zu niedrigem Preis an Mittelsmänner verkaufen zu müssen, ist auch das traditionelle Recht der landlosen Bauern, auf Verlangen überall an der Erntearbeit beteiligt zu werden und dafür ein Neuntel der Arbeitsleistung zu erhalten, aufgehoben, so daß immer mehr durch den Hunger in die Städte getrieben werden.

Das Suharto-Regime versucht, der Entwicklung durch Beschleunigung des Siedlungsprogramms zu begegnen. 50000 Familien sollen bis März 1980 von Java nach Sumatra, Sulawesi und Kalimantan umgesiedelt werden, danach sollen es jedes Jahr 25000 mehr werden. Unter der Regierung Sukarno war das Umsiedlungsprogramm Teil der Politik der nationalen Befreiung, die umgesiedelten Bauern erhielten kostenlos Land als ihr Eigentum. Heute müssen selbst die bereits umgesiedelten Bauern darum kämpfen, ihr Land zu erhalten. Mehrere hunderttausend Hektar haben die zu Staatsfarmen umgewandelten ehemaligen ausländischen Plantagen den Bauern seit der Landreform Sukarnos wieder abgejagt. Unter dem Suharto-Regime wird die Umsiedlungspolitik immer mehr zu einem Versuch, den drohenden Aufstand der Bauern gegen die wachsende Schuldenlast und die schwindenden Reiserträge hinauszuzögern. Unter diesen Umständen ist es bis Oktober nur gelungen, 100 der geplanten 50000 Familien umzusiedeln. Die erfolgreiche Aktion der 9000 Bauern auf der Farm PTP 9, selbst Umsiedler von 1952, zeigt, daß der Kampf der Bauern für die Durchsetzung des Landreformgesetzes von 1960 nicht mehr auf Java beschränkt ist.



Reisbauer in Indonesien. Die Hälfte der Ernte gehört dem Grundherren.

Dänische Bauern kämpfen gegen wachsende Schuld- und Zinsenlast

z.bag.Aarhus. Die ersten Bilanzen der dänischen Bauernverbände für das Betriebsjahr 1978/79 sind kraß negativ. Das Realeinkommen einer durchschnittlichen Bauernfamilie (32 ha Land) fiel in Jütland um 23%, auf Seeland um 26%. Steil ansteigende Produktionskosten (für Rohstoffe und andere Betriebskosten rund 11%), schwächer steigende oder fallende Verkaufspreise für die Produkte (Steigerung um rund 4%). Dadurch sank z. B. der Verdienst pro Schlachtschwein um umgerechnet 20 DM. Immer schärfer wirkt sich dazu der Umstand aus, daß für die Rentabilität eines Betriebes hohe Investitionen in technische Ausrüstung nötig sind, wozu Bankkredite aufgenommen werden müssen. Die Zinsen dafür liegen inzwischen bei 16 – 17%. Hoch verschuldet sind die dänischen Bauern außerdem bei den Futter- und Düngemittel-Konzernen, die sich bis zu 30% Zinsen zahlen lassen. Am 6.11. versammelten sich 4000 Bauern in Herning zu einem ersten, organisierten Protest gegen diese Schuld- und Zinsknechtschaft.



Irische Fischer kämpfen gegen Raubfischerei und Fangverbot

z.rua.London. Am 14.11. begann in Dungarvan in Südostirland ein Prozeß gegen 12 von 21 angeklagten Fischern. Ihnen drohen wegen Verstoß gegen das Heringsfangverbot Strafen bis zu 10000 Punt (40000 DM). Fischereiminister Lenihan erklärte, das im Oktober verhängte Fangverbot werde auf Jahre aufrechterhalten und die Strafverfolgung auf diejenigen, die irischen Hering verkaufen oder kaufen, ausgedehnt. Vorgeblich, um die Bestände vor dem Aussterben zu schützen, hat die Regierung das Fangverbot gegen die kleinen Fischer erlassen, während gleichzeitig die Trawler aus EG-Ländern im Rahmen der 5%-Beifangregelung weiter Hering fischen. In der Saison 1978/79 haben sie ein Drittel des gesamten Heringsfangs vor Irland weggefischt. Auch der Fang von Lachs, der aus grönländischen Gewässern im Sommer in irische Gewässer wandert, ist seit 1973 von 56375 Stück auf 6467 (1979) gesunken, als Folge der Überfischung der grönländischen Gewässer durch die EG-Trawler. Am 21.10. beschloß die Vereinigung der Lachs- und Küstenfischer die Erklärung einer eigenen Fischereizone und, den Einfall ausländischer Trawler in ihre Buchten nicht zu dulden. Als am 9.11. eine Küstenpatrouille erneut einen Fischer aus Hedwick Head verhaftete, erzwangen

Irische Fischer kämpfen gegen Raubfischerei und Fangverbot

z.rua.London. Am 14.11. begann in Dungarvan in Südostirland ein Prozeß gegen 12 von 21 angeklagten Fischern. Ihnen drohen wegen Verstoß gegen das Heringsfangverbot Strafen bis zu 10000 Punt (40000 DM). Fischereiminister Lenihan erklärte, das im Oktober verhängte Fangverbot werde auf Jahre aufrechterhalten und die Strafverfolgung auf diejenigen, die irischen Hering verkaufen oder kaufen, ausgedehnt. Vorgeblich, um die Bestände vor dem Aussterben zu schützen, hat die Regierung das Fangverbot gegen die kleinen Fischer erlassen, während gleichzeitig die Trawler aus EG-Ländern im Rahmen der 5%-Beifangregelung weiter Hering fischen. In der Saison 1978/79 haben sie ein Drittel des gesamten Heringsfangs vor Irland weggefischt. Auch der Fang von Lachs, der aus grönländischen Gewässern im Sommer in irische Gewässer wandert, ist seit 1973 von 56375 Stück auf 6467 (1979) gesunken, als Folge der Überfischung der grönländischen Gewässer durch die EG-Trawler. Am 21.10. beschloß die Vereinigung der Lachs- und Küstenfischer die Erklärung einer eigenen Fischereizone und, den Einfall ausländischer Trawler in ihre Buchten nicht zu dulden. Als am 9.11. eine Küstenpatrouille erneut einen Fischer aus Hedwick Head verhaftete, erzwangen

mehrere Fischer seine Freilassung und die Einstellung der Strafverfolgung.

Kaffee- und kakaoproduzierende Länder halten Exporte zurück

z.bil. Die Ernten für Kaffee und Kakao werden in den Ländern der Dritten Welt jetzt eingebracht. An den Rohstoffbörsen der Imperialisten ist Unruhe. Nicaragua hat die Kaffeeproduktion verstaatlicht. Im August 1978 hatten sich die lateinamerikanischen Länder Brasilien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexico, Venezuela und Kolumbien zur Verteidigung der Kaffeepreise zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Fonds gegründet. Durch gemeinsames Vorgehen – Zurückhaltung der Ernten – hatten sie im vergangenen Jahr ihre Rohstoffpreise stützen können. Jetzt tagt die ,,Bogota-Gruppe'' erneut, die Elfenbeinküste hat einen Beobachter auf die Konferenz geschickt. 67% der Weltkaffeerzeugung kommt aus diesen Ländern. Die Konferenz berät darüber, wie mittels Exportbeschränkungen und Schaffung von Lagerkapazitäten die Kaffeepreise gestützt werden können. – Gleichzeitig wird seit Monaten über ein neues Kakaoabkommen verhandelt; am 30. September ist das von 1975 außer Kraft getreten. Elfenbeinküste hat angekündigt, es werde keinen weiteren Kakao aus der Ernte 1979/80 verkaufen und hat Lagerkapazitäten für ⅓ seiner Ernte geschaffen. Der Bezug der Imperialisten von Kakao aus Ghana stockt. Die kakaoproduzierenden Länder sagen, sie machen es wie die ,,Bogota-Gruppe'', wenn die Genfer Verhandlungen um ein neues Kakaoabkommen scheitern.

Mutige Aktionen der Lehrer für die 40-Stundenwoche, gegen die Fesselung durch das Beamtenrecht

15000 Lehrer haben sich an den von der GEW beschlossenen Arbeitsniederlegungen beteiligt. DGB Vorsitzender Vetter sandte eine Grußadresse an die Streikversammlung der Lehrer in Hamburg. Auf allen örtlichen Aktionen überbrachten Vertreter des DGB und seiner Einzelgewerkschaften persönlich Solidaritätserklärungen. Streikrecht für Beamte forderte der Bundesvorstand des DGB bei der Landesbeamtenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV in Gelsenkirchen am 14.11. 10000 Lehrer demonstrierten am 15.11. in Celle. Die Ministerpräsidenten der Länder wagten nicht, frontal gegen die Forderungen der Lehrer Stellung zu nehmen. Nach Ablauf einer Anzeigefrist von Streikteilnehmern durch die Schulleitung waren laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" 18 Namen genannt worden.



Bremen. 2 Std. Streik am 4.7.


Herne. GEW-Veranstaltung, NRW


Hamburg. Versammlung von 6000


Darmstadt. GEW-Veranstltg. Hessen


Hannover. Kundgebung mit 700


Frankfurt. Demonstration mit 1100


Hamburg. Versammlung von 6000


Darmstadt. GEW-Veranstltg. Hessen


Hannover. Kundgebung mit 700


Frankfurt. Demonstration mit 1100

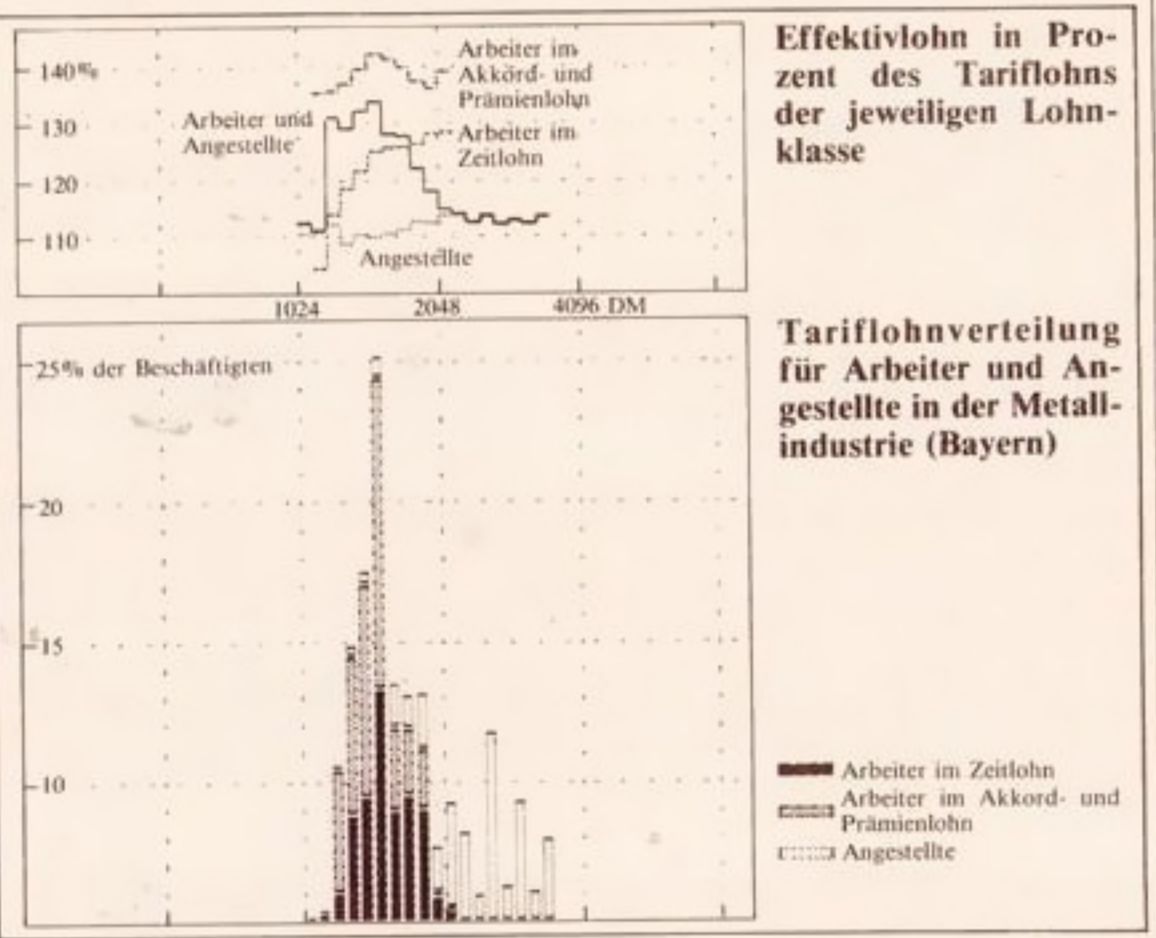

Westberlin. GEW-Demonstration



15.11. 10000 demonstrieren in Celle

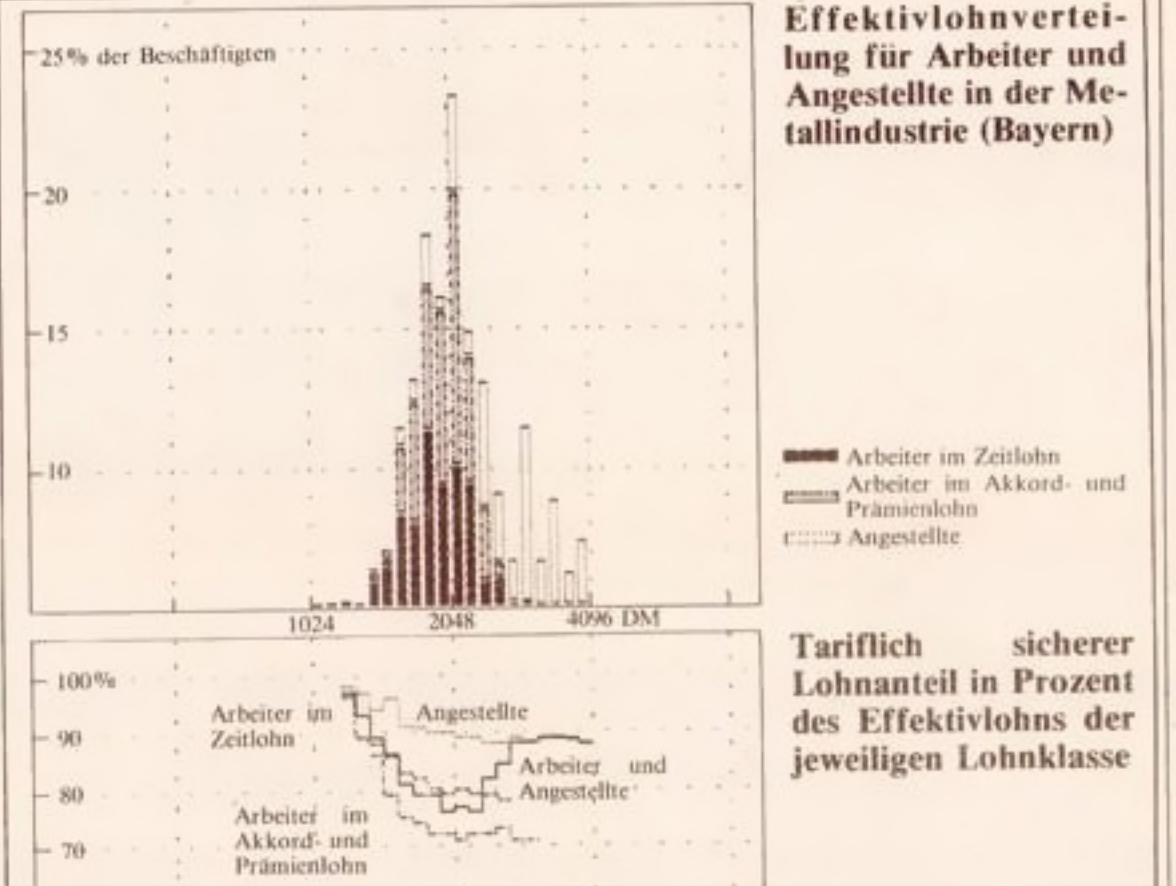
Metallindustrie: Woher die Verschiedenheit bei den Forderungen?

In diesen Wochen treten die Tarifkommissionen der IG Metall-Bezirke zusammen und arbeiten die Forderung für die Lohnbewegung aus. Inzwischen müßten den Tarifkommissionen Empfehlungen aus insgesamt einigen hundert Betrieben vorliegen und da sollte dann eigentlich nichts mehr schief gehen können. Aber die Empfehlungen sehen verschieden aus. Das geht von reinen Festgeldforderungen (bis zu 255 DM) zu reinen Prozentforderungen (8%). Aber die meisten Beschlüsse wurden doch auf Forderungen hin gefaßt, die sowohl eine Festgeldseite wie auch eine Prozentseite haben sollen. Und da wieder gibt es zwei Hauptgruppen: 170 DM / 8% mindestens ungefähr und 150 DM / 10% mindestens ungefähr. Diese vielen Verschiedenheiten sind nicht schön. Beruhen sie auf Uneinigkeit? Unserer Meinung nach im wesentlichen nicht. Denn die Dinge liegen so: Der Effektivlohn der Akkordarbeiter, z.B. in Bayern, liegt zwischen 135% und 142% des Tariflohns. Für diese Arbeiter und Arbeiterinnen wäre also die Festgeldseite der Forderung 170 DM / 8% mindestens im Effektivlohn zwischen 170x1,35 = 229,50 DM und 170x1,42 = 241,40 DM wert. Für die Zeitlöhner und die Angestellten wäre es etwas weniger, aber immer noch deutlich mehr als 170 DM (siehe Schaubilder). Man kann ruhig annehmen, daß dieser Sachverhalt dort, wo die Festgeldseite so hoch vorgeschlagen wurde, nicht vollends bekannt war. Andererseits: In der gleichen Betrachtung wären die 150 DM in der Forderung 150 DM / 10% mindestens immer noch zwischen 202,50 DM und 213,00 DM wert. Man kann annehmen, daß dies dort eine Rolle gespielt hat, wo die Festgeldseite so niedrig vorgeschlagen wurde. Wie kann man überhaupt feststellen, was im ganzen für den Lohnkampf günstiger ist? 1.) Über die Hälfte der Belegschaften würde mit einer Forderung 170 DM / 8% mindestens besser herauskommen als mit 150 DM / 10%. Nicht sehr viel vielleicht, aber einwandfrei besser. 2.) Gleichzeitig würde eine Forderung von nur 150 DM auf der Festgeldseite und 10% auf der Prozentseite das Volumen, den Gesamtumfang der Forderung erheblich hinauftreiben. Sie würde den Kapitalisten mehr Kosten verursachen. Fordert man also nicht 170 DM / 8% mindestens, sondern 150 DM / 10% mindestens, so kriegt man einen härteren Kampf und für die Mehrheit der Belegschaften ein schwächeres Ergebnis. Direkt klug ist so etwas nicht und der Kampf wird sowieso hart genug und die Kapitalisten denken nicht daran, sang und klanglos zu zahlen und man kann es sich eigentlich nicht leisten, die Lohnbewegung mit einem dummen Fehler zu beginnen.

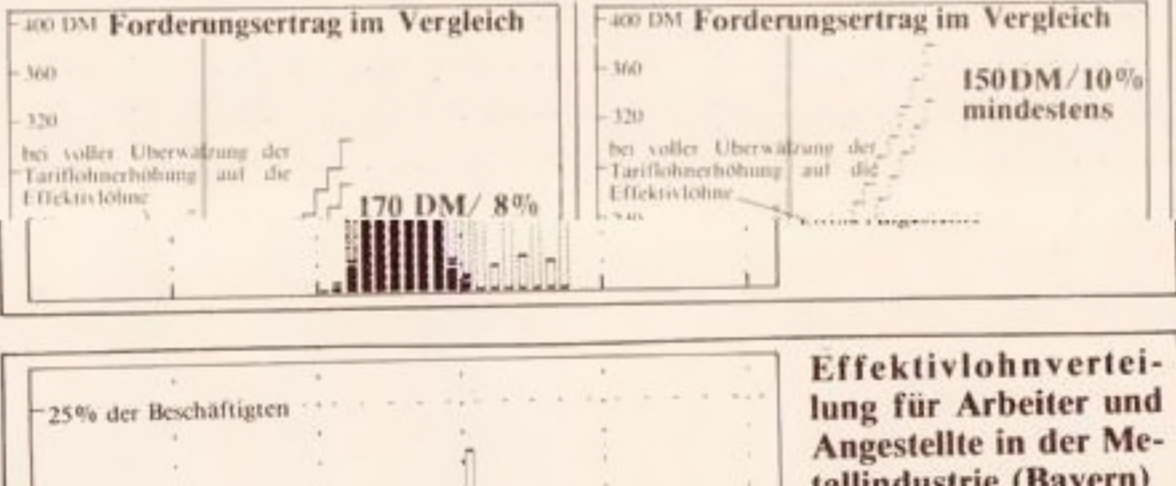


Effektivlohn in Prozent des Tariflohns der jeweiligen Lohnklasse

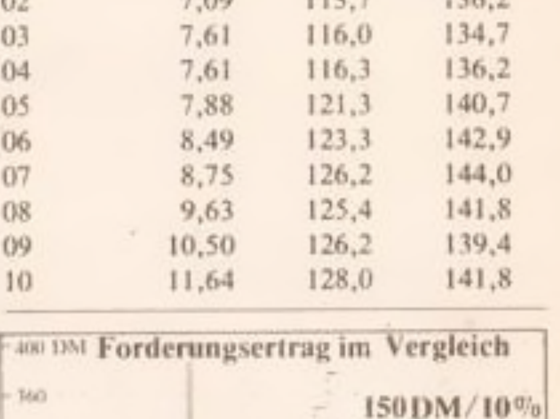
Tariflohnverteilung für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie (Bayern)



Effektivlohnverteilung für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie (Bayern)



Tariflich sicherer Lohnanteil in Prozent des Effektivlohns der jeweiligen Lohnklasse



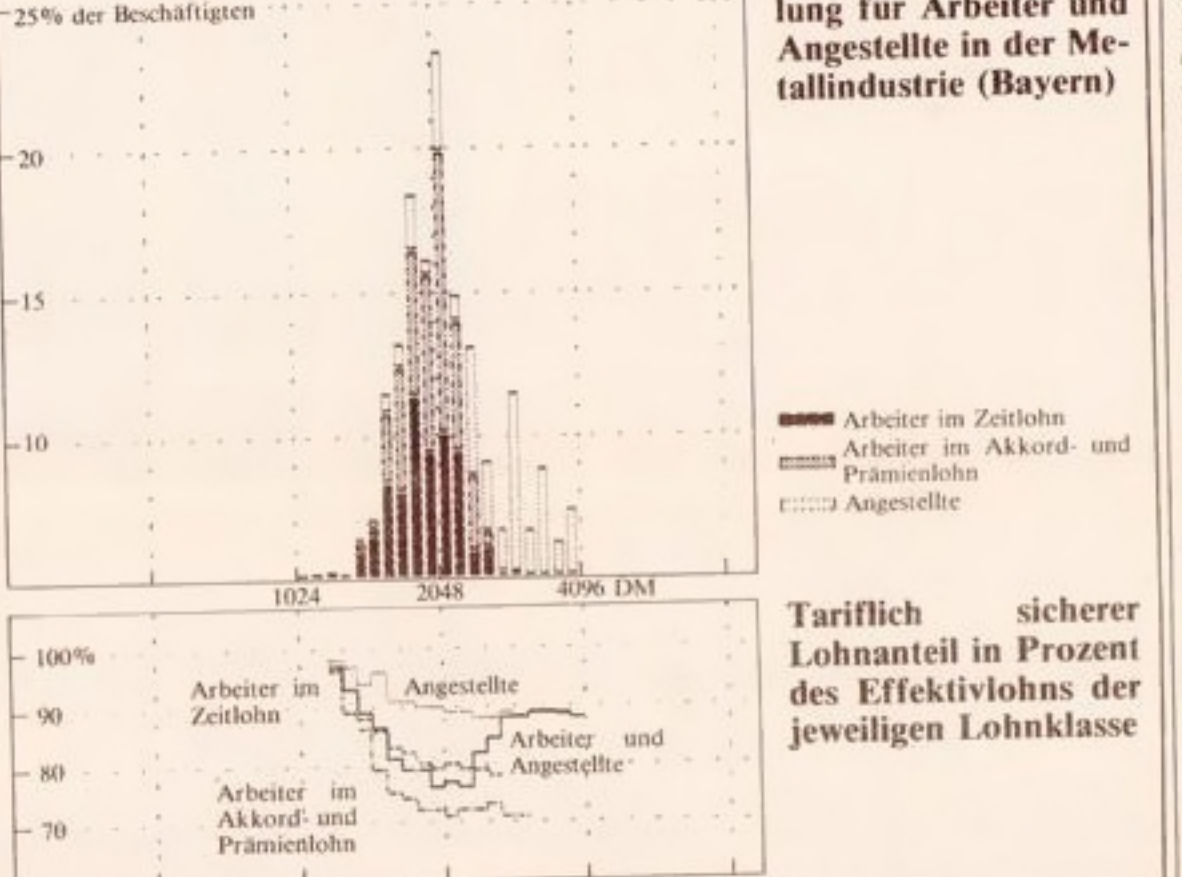
Metallindustrie Bayern: Verhältnis Effektiv- zu Tariflohn / Arbeiter

Lohngruppe	Tarif 79 in DM	Effektivlohn in % Zeitl.	Effektivlohn in % Akkord
01	6,65	103,4	129,3
02	7,09	113,7	136,2
03	7,61	116,0	134,7
04	7,61	116,3	136,2
05	7,88	121,3	140,7
06	8,49	123,3	142,9
07	8,75	126,2	144,0
08	9,63	125,4	141,8
09	10,50	126,2	139,4
10	11,64	128,0	141,8

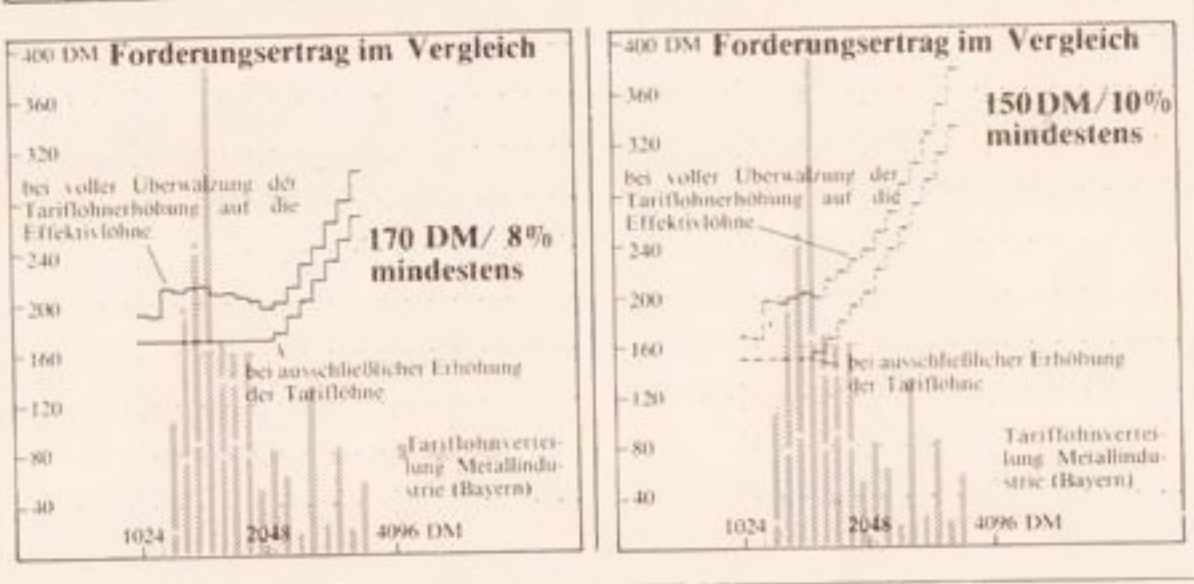
de den Kapitalisten mehr Kosten verursachen. Fordert man also nicht 170 DM / 8% mindestens, sondern 150 DM / 10% mindestens, so kriegt man einen härteren Kampf und für die Mehrheit der Belegschaften ein schwächeres Ergebnis. Direkt klug ist so etwas nicht und der Kampf wird sowieso hart genug und die Kapitalisten denken nicht daran, sang und klanglos zu zahlen und man kann es sich eigentlich nicht leisten, die Lohnbewegung mit einem dummen Fehler zu beginnen.

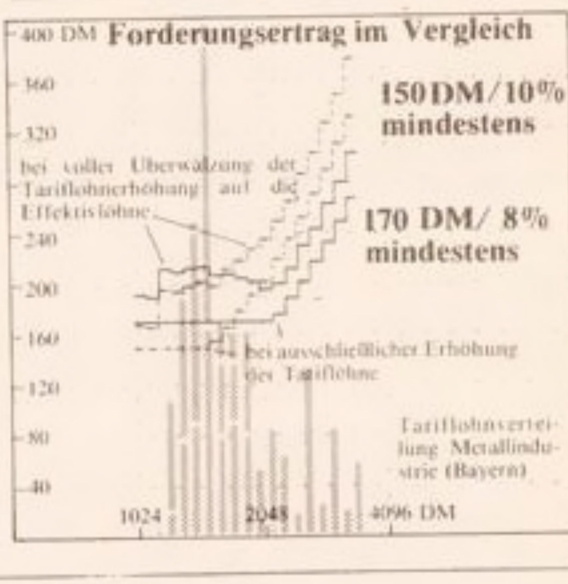
Metallindustrie Bayern: Verhältnis Effektiv- zu Tariflohn / Arbeiter

Lohngruppe	Tarif 79 in DM	Effektivlohn in % Zeitl.	Effektivlohn in % Akkord
01	6,65	103,4	129,3
02	7,09	113,7	136,2
03	7,61	116,0	134,7
04	7,61	116,3	136,2
05	7,88	121,3	140,7
06	8,49	123,3	142,9
07	8,75	126,2	144,0
08	9,63	125,4	141,8
09	10,50	126,2	139,4
10	11,64	128,0	141,8


Effektivlohnverteilung für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie (Bayern)

Tariflich sicherer Lohnanteil in Prozent des Effektivlohns der jeweiligen Lohnklasse







Warnstreik von Krankenhausbeschäftigten am 25.10.

z.rua. **Am 13.11. begannen 190000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst der kanadischen Provinz Quebec, vor allem Krankenhauspersonal und Lehrer, einen unbefristeten Streik.** Seit dem 6.11. streiken 40000 Gemeinde- und 6000 Universitätsangestellte. Am 19.11. wollen 13000 Arbeiter der Kraft- und Wasserwerke 24 Stunden streiken. Seit neun Monaten verschleppt die Regierung Verhandlungen über neue Tarifverträge und bietet jetzt Lohnerhöhungen zwischen 4 und 6,5% an (7,69 – 12,49 kanadische Dollar pro Woche). Die Gewerkschaften fordern die Erhöhung der Mindestlöhne pro Woche von 192,20 auf 265 Dollar (38%). Sie fordern weiter 20 Wochen bezahlten Mutterschaftsurlaub, volle Lohnfortzahlung nach Arbeitsunfällen, das Recht auf Wahl des Arztes bei Kontrolluntersuchungen, das Recht, Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit durchzuführen und die Aufhebung des seit Juni geltenden Einstellungsstopps, mit dem bis 1982 die Beschäftigtenzahl um 60000 gesenkt werden soll. Anfang November brachte Präsident Léves-ques im Parlament ein Sondergesetz für die Beseitigung des Streikrechts im öffentlichen Dienst ein. Die Gewerkschaft der Verwaltungsangestellten kündigte daraufhin die totale Lahmlegung der Regierungsaktivitäten in den nächsten 14 Tagen an.

z.rua. **200000 Lehrer an staatlichen Schulen streiken seit dem 7.11. in ganz Venezuela.** Sie fordern von der Regierung den Abschluß neuer Tarifverträge und die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs des Gewerkschaftsdachverbandes CTV über die Erhöhung ihrer Gehälter von 1000 Bolivares (467 DM) auf 1400 Bolivares im Monat sowie die Erhöhung der Mindestlöhne für Arbeiter von 15 auf 35 Bolivares (16 DM) pro Tag. Die Regierung hat bisher auf die Forderungen nicht geantwortet. Bei einer Inflationsrate von 20% hatte sie im August die Preisbindung für 200 Waren des täglichen Bedarfs aufgehoben, Preiserhöhungen bis 80% folgten. Auf Druck der Arbeiterbewegung mußte das Arbeitsministerium am 5.11. die Rücknahme der Entlassung von 700 Arbeitern anordnen, die am 25.10. an Demonstrationen für Lohnerhöhungen in Caracas teilgenommen hatten.

z.bew. **4700 Metallarbeiter des einzigen Stahlwerkes in Chile sind nach gescheiterten Tarifverhandlungen in der vergangenen Woche in einen unbefristeten Streik für mehr Lohn getreten.** Mit einer Inflationsrate von 33% für die ersten zehn Monate dieses Jahres und bei einem Inflationsausgleich von lediglich 11% soll der Lohn der chilenischen Arbeiter auf ein noch tieferes Elendsniveau gedrückt werden. Der Streik der Stahlarbeiter ist gleichzeitig die Antwort auf den „Plan Laboral", das neue Arbeitsgesetz, nach dem dieser Streik illegal ist, und der von den Gewerkschaften entschieden bekämpft wird. Auch nach dem neuen Gesetz, das der Arbeiterklasse angeblich wieder gewerkschaftliche Rechte zugesteht, sind kollektive Tarifverhandlungen verboten, lediglich Betriebsgewerkschaften, nicht aber überbetriebliche und nationale Gewerkschaften sind tariffähig, das Streikrecht ist zeitlich auf 60 Tage begrenzt und von vorneherein wurden 60 größere, darunter alle staatlichen Betriebe, vom Streikrecht ausgenommen.

z.rül. **Wenn die indische Regierung nicht bis zum 20. Dezember den Forderungen der etwa zwei Millionen Eisenbahnarbeiter nachgibt, werden ihre Gewerkschaften einen unbefristeten Streik ausrufen.** Diesen Beschluß faßten die sechs Eisenbahnergewerkschaften des Landes auf einer gemeinsamen Sitzung am 10. November in Neu Dehli. Die zentralen Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind: gleiche gewerkschaftliche Rechte wie die Industriearbeiter, d.h. vor allem Streikrecht, Sozialversicherung und Zahlung von Krankengeld. Weiter fordern sie die feste Einstellung der etwa 500000 Gelegenheitsarbeiter bei den Eisenbahnen, die Zahlung eines ausreichenden Mindestlohns, Achtstundentag und Zahlung eines Jahresbonus in Höhe eines dreizehnten Monatslohns. Der Durchschnittslohn der festangestellten Eisenbahnarbeiter lag 1977 bei 527 Rupien brutto im Monat (ca. 133 DM), der der Gelegenheitsarbeiter bei umgerechnet gerade 25 DM. Die Rechtlosigkeit der Eisenbahner geht auf die britische Kolonialherrschaft zurück; die britischen Imperialisten ließen das gesamte Eisenbahnnetz von Zwangsarbeitern errichten und betreiben. Seit Juni bilden die Eisenbahnarbeiter in verschiedenen Teilen des Landes gewerkschaftliche Komitees, um ein einheitliches Vorgehen ihrer Gewerkschaften zu ermöglichen und ihre Forderungen zu propagieren.

z.cht.Sydney. **Die Gewerkschaft der 30000 Gefrierfleischarbeiter in Neuseeland hat mit einem Streik vom 4. bis 11.11. die Kapitalisten zur Aufnahme der Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag gezwungen.** Der alte Vertrag lief am 13.11. aus, und gleichzeitig begann in Auckland im Norden Neuseelands die Schlachtsaison für das große Weihnachts-Lammfleisch-Geschäft mit Großbritannien. Der Kapitalistenverband hatte einen Streik in einem Betrieb in Southland als Vorwand benutzt, die Verhandlungen hinauszuschieben. „Wir lassen uns nicht mehr um Tariferhöhungen betrügen. In den letzten zehn Jahren haben wir effektiv

Ergebnisse der Manteltarifverhandlungen in Nord-Württemberg/Nordbaden und in Bayern

z.gab. Im vergangenen Monat hat sich die IG-Metall mit Kapitalistenverbänden in den Tarifbezirken Nordwürttemberg/Nordbaden und Bayern auf einen neuen Manteltarifvertrag geeinigt. In Stuttgart einigten sich Steinkühler und Dürr, der Vorsitzende des Verbandes der baden-württembergischen Metallkapitalisten, auf einen neuen, erstmals zum 31.12.83 kündbaren Manteltarifvertrag für die rund 580000 Beschäftigten der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden. Am 15.11. wird die große Tarifkommission über den Vertrag entscheiden. ,,Richtungsweisend" für die kommenden Lohntarifverhandlungen hatte Dürr es genannt, daß erstmals ein ,,Verhandlungsergebnis ohne Detailforderungen der Gewerkschaften erzielt wurde".

Einige Ergebnisse in Nordwürttemberg/Nordbaden: Bisher gab es im MTV für Arbeiter keine Regelung über Arbeitsvertrag und Probezeit. §2.2 legt neu fest, daß aus dem Arbeitsvertrag Tätigkeitsbeschreibung, Betriebsabteilung, Arbeitsplatz und -bereich, ebenso wie Ort, Normal- oder Schichtarbeit, der Entlohnungsgrundsatz, die Stammlohn- bzw. Gehaltsgruppe sowie Leistungszulagen und sonstige Zulagen ersichtlich sein müssen. Kündigungsfristen sollen bis zum 1.1.82 für Arbeiter und Angestellte gleichgestellt werden. §8.2 legt fest, daß bei Einführung von Kurzarbeit bis zu 37 Std./Woche keine Lohn- und Gehaltskürzung erfolgen darf – dies galt bislang nur bei Angestellten. §12.2 legt fest, daß Krankheitsbescheinigungen bei Erkrankungen bis zu drei Tagen auf ,,rechtzeitiges Verlangen des Arbeitgebers" vorgelegt werden müssen, erst bei einer Betriebszugehörigkeit von fünf Jahren soll dies entfallen. – In Bayern wurde die Kündigungsfrist des MTV auf 1 Monat zum Monatsende verkürzt (bislang 6 Monate), und ist damit gleichzeitig mit dem Lohn- und Gehaltstarif kündbar. Kündigungsschutz für Arbeiter ab 55 Jahren bei 10jähriger Betriebszugehörigkeit und bei 50jährigen ab 15 Jahren Betriebszugehörigkeit wurde vereinbart. Ebenso Gleichstellung der Zuschläge von Arbeitern und Angestellten bei Sonn- und Feiertagsarbeit, Unterschreitung des Akkordrichtsatzes um höchstens 5% statt bislang 10% und Entlohnung von Akkord- und Prämienarbeitern bei Stundenlohnbeschäftigung nach ihrem Durchschnittsverdienst. Der Prämienverdienst wurde auf 14% des tariflichen Stundenlohns (bisher 10%) erhöht. – Die Liste noch offener Forderungen, die die IGM für die Manteltarifverhandlungen erhoben hatte, machen Dürrs Zufriedenheit deutlich, wie: bezahlte Mindesterholzeit für Akkord- und Nachtarbeiter in Bayern; einheitliche Ankündigungsfrist von Kurzarbeit von mindestens 30 Kalendertagen für Arbeiter und Angestellte; Festlegung der Lohn- und Gehaltseingruppierung nach der ,,höchstwertigen Tätigkeit" und generell Krankheitsbescheinigung erst nach mehr als drei Krankheitstagen.

Innerhalb eines Jahres 21% mehr Arbeiter über 59 Jahre arbeitslos gemeldet

z.frb. Kaum waren die Schönwetterreden, die die Automobilkapitalisten auf der Automobilausstellung gehalten hatten, verklungen, da kündigte nach Ford auch der Opel-Konzern Kurzarbeit an. Der Krach kündigt sich an, aber noch prosten sich die Kapitalisten optimistisch zu. 2,4 Mio. Arbeiter und Angestellte mußten sich seit Jahresbeginn arbeitslos melden. 761724 Arbeitslose waren im Oktober gemeldet. Das waren 3,4% mehr als im September, aber 15,5% weniger als vor einem Jahr. Zwar sind die Rufe schon wieder seltener geworden, aber verschiedentlich klagen die Kapitalisten sogar – wie jetzt ihr Verband in Rheinland-Pfalz: ,,Praktisch Schlange stehen Unternehmen aus den verschiedenen Branchen vor den Türen der Arbeitsämter, um Fachkräfte zu bekommen." Die Konjunktur steht auf der Kippe und damit das Schicksal eines jeden Kapitalisten, er rüstet sich – indem er die Arbeiter, die das Tempo nicht mehr mithalten, entfernt und ersetzt.

Die jüngst veröffentlichte Struktur-

Ende 1977, und ihr Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich von 10,4% auf 16%. Unter den Beschäftigten sind ca. 8,5% zwischen 55 und 65 Jahre alt. Der Vorgang wird noch deutlicher, wenn man Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit hinzunimmt. Von den Arbeitslosen im Alter von 55 bis 60 Jahren waren 19% über zwei Jahre und 19,6% länger als ein Jahr arbeitslos. Was sollen die Kapitalisten mit einem Arbeiter, der nicht mehr bei vollen Kräften ist, wo sie die Auswahl haben? Wer über 60 ist, für den hält Ehrenberg die vorzeitige Rente bereit, natürlich entsprechend den verminderten Beitragsjahren gekürzt. Bis Juli hat der Bestand dieser Renten gegenüber dem Jahr 1977 um 23000, d.h. 13% zugenommen. Und daß die Kapitalisten diese Ausmusterungen in den letzten Monaten beschleunigt haben, geht aus den verfügbaren Angaben vom Oktober hervor. Danach ist die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 59 und mehr Jahren binnen Jahresfrist um 21% gestiegen.

Den hohen Stand der Arbeitslosig-

den. §8.2 legt fest, daß bei Einführung von Kurzarbeit bis zu 37 Std./Woche keine Lohn- und Gehaltskürzung erfolgen darf – dies galt bislang nur bei

gruppierung nach der ,,höchstwertigen Tätigkeit" und generell Krankheitsbescheinigung erst nach mehr als drei Krankheitstagen.

Innerhalb eines Jahres 21% mehr Arbeiter über 59 Jahre arbeitslos gemeldet

z.frb. Kaum waren die Schönwetterreden, die die Automobilkapitalisten auf der Automobilausstellung gehalten hatten, verklungen, da kündigte nach Ford auch der Opel-Konzern Kurzarbeit an. Der Krach kündigt sich an, aber noch prosten sich die Kapitalisten optimistisch zu. 2,4 Mio. Arbeiter und Angestellte mußten sich seit Jahresbeginn arbeitslos melden. 761724 Arbeitslose waren im Oktober gemeldet. Das waren 3,4% mehr als im September, aber 15,5% weniger als vor einem Jahr. Zwar sind die Rufe schon wieder seltener geworden, aber verschiedentlich klagen die Kapitalisten sogar – wie jetzt ihr Verband in Rheinland-Pfalz: ,,Praktisch Schlange stehen Unternehmen aus den verschiedenen Branchen vor den Türen der Arbeitsämter, um Fachkräfte zu bekommen." Die Konjunktur steht auf der Kippe und damit das Schicksal eines jeden Kapitalisten, er rüstet sich – indem er die Arbeiter, die das Tempo nicht mehr mithalten, entfernt und ersetzt.

Die jüngst veröffentlichte Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit für Mai 1979 zeigt, daß 124770 Arbeiter und Angestellte über 55 Jahre arbeitslos gemeldet waren, 20000 mehr als 1975. Obwohl also in dieser Zeit die Gesamtzahl der Arbeitslosen abgenommen hat, stieg die Zahl der arbeitslosen alten Arbeiter, insbesondere seit

Ende 1977, und ihr Anteil an allen Arbeitslosen erhöhte sich von 10,4% auf 16%. Unter den Beschäftigten sind ca. 8,5% zwischen 55 und 65 Jahre alt. Der Vorgang wird noch deutlicher, wenn man Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit hinzunimmt. Von den Arbeitslosen im Alter von 55 bis 60 Jahren waren 19% über zwei Jahre und 19,6% länger als ein Jahr arbeitslos. Was sollen die Kapitalisten mit einem Arbeiter, der nicht mehr bei vollen Kräften ist, wo sie die Auswahl haben? Wer über 60 ist, für den hält Ehrenberg die vorzeitige Rente bereit, natürlich entsprechend den verminderten Beitragsjahren gekürzt. Bis Juli hat der Bestand dieser Renten gegenüber dem Jahr 1977 um 23000, d.h. 13% zugenommen. Und daß die Kapitalisten diese Ausmusterungen in den letzten Monaten beschleunigt haben, geht aus den verfügbaren Angaben vom Oktober hervor. Danach ist die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 59 und mehr Jahren binnen Jahresfrist um 21% gestiegen.

Den hohen Stand der Arbeitslosigkeit haben die Kapitalisten benutzt, um stückweise den Arbeiterkörper auf höchsmögliche Ausbeutung auszurichten. Die SPD-Reformen begünstigen dies, und Ehrenbergs Renten- und Krankenversicherungsgesetze ersparen den Kapitalisten Kosten für die für sie nicht mehr brauchbaren Arbeiter.

Neuer Metallarbeitertarif in Australien

Front der Metaller nach schwierigen Jahren wieder gefestigt

z.mat.Sydney. Am 5.11. hat die nationale Schiedskommission die Lohnerhöhungen für Metallarbeiter und Bauarbeiter bekanntgegeben. Metallfacharbeiter erhalten eine Erhöhung des Wochenlohns von 9,30 $ (18,40 DM) und eine Werkzeugzulage von 4 $. Ungelernte Arbeiter erhalten 7,30 $ und keine Werkzeugzulage. Facharbeiter im Baubereich erhalten 9 $ sowie eine Werkzeugzulage von 0,70 und eine Branchenzulage von 1,10 $. Damit betragen die Wochenlöhne für Metallfacharbeiter 183,10 $, für Hilfsarbeiter 149,30 $. Der Wochenlohn für Baufacharbeiter beträgt jetzt 224,80 $.

Bevor die australische Regierung 1975 das System der ,,nationalen Lohnfestsetzung" wieder einführte, war der Metalltarif die Marke, an der sich zahlreiche Branchen orientierten. An den obigen Zahlen erkennt man, wie weit die Metallarbeiter seit der letzten Tariferhöhung 1974 zurückgefallen sind. Durch betriebliche Abkommen, die im Schnitt 30–40 $ betragen, haben die Metallarbeiter ihren Lohnstandard zwar verhältnismäßig halten können (Bauarbeiter arbeiten in der Regel für Tariflohn), aber die führende Rolle des Metalltarifs hat die Regierung brechen können.

Das System der nationalen Lohnfestsetzung war erstmalig 1904 eingeführt worden. Es sieht eine regelmäßige Erhöhung der Löhne in allen Branchen vor, die nach Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund, dem Kapitalistenverband und der Regierung von der nationalen Schiedskommission festgesetzt wird. Das System war von Anfang an hart umkämpft. Noch 1918 entschied das Oberste Gericht, daß die Festsetzungen der Kommission nur Empfehlungen seien. In der Folgezeit mußte es durch Druck der Gewerkschaften mehrmals außer Kraft gesetzt werden. Zuletzt wurde es 1975 von der Labour-Regierung wieder eingeführt. Grundlage der Kommissionsbeschlüsse ist die amtliche Preissteigerungsrate. In den letzten zwei Jahren ist sie regelmäßig unterschritten worden, auch wurde der Rhythmus der Anpassung von viertel- auf halbjährlich geändert. (s. KVZ 29/79)

Der systematische Lohnraub der nationalen Festsetzung führte in dieser Zeit dazu, daß zahlreiche Gewerkschaften zusätzliche Lohnerhöhungen verlangten und erkämpfen konnten, wobei die Erhöhungen immer in Form von allen möglichen Zulagen zugestanden wurden. So konnten sich die Bauarbeiter ihre letzte Tariferhöhung Anfang 1978 erkämpfen. Die Metallarbeiter befanden sich in einer schwierigen Lage. Ihr letzter großer Tarifkampf war von der revisionistischen Führung ihrer Gewerkschaft AMWSU 1974 zu einem vorzeitigen Abschluß gebracht worden, als sie nach einem zweitägigen Streik die relativ hohe Forderung von 30 $ auf 18 $ senkte und dann zum Streik gegen ein Angebot von 15 $ aufrief. Mit 28026 gegen 26962 Stimmen wurde das Angebot damals angenommen. Der miserable Abschluß führte nur wenige Wochen später zu einer neuen Forderung und einer weiteren Erhöhung von 9 $. Für die Metallarbeiter war dieser späte Erfolg aber ein Beweis dafür, daß sie von der revisionistischen Führung verkauft worden waren. Das Ergebnis war eine schwere Krise in der AMWSU, mehrere Jahre lang wurden Anträge der AMWSU-Führung auf 24- oder 48-Stundenstreiks in Vollversammlungen abgelehnt. Stattdessen suchten die Arbeiter gegen den Lohnraub Schranken durch betriebliche Vereinbarungen zu erreichen. Grundlage dafür war die Bestimmung des Tarifs von 1974, daß nationale und andere Lohnerhöhungen nicht mit betrieblichen Vereinbarungen verrechnet werden dürfen.

Ende 1978 war aber nicht mehr zu übersehen, daß diese Taktik das Zurückfallen des Metallarbeiterlohns hinter andere Bereiche nicht verhindern konnte und außerdem zu wachsender Lohnspreizung und Spaltung v.a. zwischen den Arbeitern in großen und kleinen Betrieben führte. Immer mehr Belegschaften forderten eine nationale Lohnkampagne. Sie wurde vor acht Monaten mit einer Serie von zweitägigen Streiks für eine Forderung von 56 $ eröffnet. Obwohl die Forderung nur dem Absinken des Metalltarifs gegenüber anderen Branchen seit 1974 entsprach, war sie in Verbindung mit der von der AMWSU-Führung vorgeschlagenen Taktik der 48-Stundenstreiks ein deutliches Zeichen dafür, daß sich die Entwicklung von 1974 wiederholen sollte. Dagegen erhob sich auf zahlreichen Betriebsversammlungen heftiger Protest, und die Forderung nach unbefristetem Streik wurde hier und da erhoben. Unter diesem Druck eröffnete die Schiedskommission schließlich die Anhörungen für eine ,,Arbeitswertstudie".

Das System der Arbeitswertstudie ist ebenso alt wie das System der nationalen Lohnfestsetzung. Es ist die direkte Anwendung der reformistischen Theorie, daß der Lohn nicht durch die Reproduktionskosten bestimmt ist, sondern durch den Wert der vom Arbeiter geschaffenen Produkte. Lohnerhöhungen werden damit aus Veränderungen im Prozeß der Arbeit hergeleitet und festgesetzt. Den Metallarbeitern hat dieses Prinzip 345 Arbeitsplatzbeschreibungen, eingruppiert in 99 Lohngruppen, in ihrem Tarif beschert.

Daß die Kommission am Ende nicht eine Tabelle mit 99 verschiedenen Lohnerhöhungen vorlegte, sondern eine gleichmäßige Lohnerhöhung für alle Lohngruppen, kommentiert die bürgerliche Presse als Untergrabung des Arbeitswertprinzips. Für die Metallarbeiter ist es ein Erfolg ihrer Kampfentschlossenheit, auf dem sie aufbauen können. Die Schwächen, die noch überwunden werden müssen, zeichnen sich in dem Abschluß ebenfalls ab: Den Chauvinismus der Reformisten und Revisionisten, daß ,,Australien Facharbeiter braucht", müssen die ungelernten Arbeiter bezahlen. Diese gefährlichen Irrlehren können überwunden werden, und der Abschluß hat eine Festigung der Front der Metallarbeiter dafür bewirkt.



führt worden. Es sieht eine regelmäßige Erhöhung der Löhne in allen Branchen vor, die nach Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund, dem Kapitalistenverband und der Regierung von der nationalen Schiedskommission festgesetzt wird. Das System war von Anfang an hart umkämpft. Noch 1918 entschied das Oberste Gericht, daß die Festsetzungen der Kommission nur Empfehlungen seien. In der Folgezeit mußte es durch Druck der Gewerkschaften mehrmals außer Kraft gesetzt werden. Zuletzt wurde es 1975 von der Labour-Regierung wieder eingeführt. Grundlage der Kommissionsbeschlüsse ist die amtliche Preissteigerungsrate. In den letzten zwei Jahren ist sie regelmäßig unterschritten worden, auch wurde

Führung auf 24- oder 48-Stundenstreiks in Vollversammlungen abgelehnt. Stattdessen suchten die Arbeiter gegen den Lohnraub Schranken durch betriebliche Vereinbarungen zu erreichen. Grundlage dafür war die Bestimmung des Tarifs von 1974, daß nationale und andere Lohnerhöhungen nicht mit betrieblichen Vereinbarungen verrechnet werden dürfen.

Ende 1978 war aber nicht mehr zu übersehen, daß diese Taktik das Zurückfallen des Metallarbeiterlohns hinter andere Bereiche nicht verhindern konnte und außerdem zu wachsender Lohnspreizung und Spaltung v.a. zwischen den Arbeitern in großen und kleinen Betrieben führte. Immer mehr Belegschaften forderten eine nationale

eine Tabelle mit 99 verschiedenen Lohnerhöhungen vorlegte, sondern eine gleichmäßige Lohnerhöhung für alle Lohngruppen, kommentiert die bürgerliche Presse als Untergrabung des Arbeitswertprinzips. Für die Metallarbeiter ist es ein Erfolg ihrer Kampfentschlossenheit, auf dem sie aufbauen können. Die Schwächen, die noch überwunden werden müssen, zeichnen sich in dem Abschluß ebenfalls ab: Den Chauvinismus der Reformisten und Revisionisten, daß ,,Australien Facharbeiter braucht", müssen die ungelernten Arbeiter bezahlen. Diese gefährlichen Irrlehren können überwunden werden, und der Abschluß hat eine Festigung der Front der Metallarbeiter dafür bewirkt.



Bauarbeiter in Melbourne demonstrieren zum Verwaltungsgebäude der Sozialversicherungskasse, um die schnellere Auszahlung von Unfallgeldern zu erreichen – 24. Mai 1979

2½ Erhöhungen verloren durch diese Art von Verzögerungstaktik", erklärte ein Gewerkschaftssprecher.

z.rül. **Seit dem 30. Oktober streiken die 600 Bäcker in den neun größten Brotfabriken in Belfast in Nordirland, um eine Angleichung ihrer Löhne an die der Wartungsarbeiter durchzusetzen.** Nach dem letzten Schlichtungsspruch erhalten Wartungsarbeiter 60 Pfund brutto in der Woche, die Bäcker lediglich 58 Pfund. Die zumeist britischen Brotfabrikkapitalisten sperrten sofort die 3500 übrigen Arbeiter ihrer Betriebe aus; durch Brotimporte aus Schottland und England versuchen sie, den Streik zu unterlaufen. Auf einen Aufruf der Bäckergewerkschaft schlossen sich daraufhin die 300 Bäcker der Brotfabriken außerhalb Belfasts dem Streik an.

z.ulg.Rom. **Mit regional gestaffelt durchgeführten zwölf Stunden Streik haben die 800000 Lohnabhängigen im italienischen Handel den Tarifkampf aufgenommen.** Die Gewerkschaften fordern u.a. Lohnerhöhungen um durchschnittlich 55000 Lire (120 DM), Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden und einen zusammenhängenden Arbeitstag (vgl. KVZ 39/79). Gegenwärtig müssen die Lohnabhängigen im Einzelhandel drei bis vier Stunden ,,Mittagspause" machen. Die Handelskapitalisten haben beim ersten Treffen mit den Gewerkschaften alle Forderungen abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Bürgerliche Politiker in der Führung der Gewerkschaften sind derweil eifrig bemüht, die selbständigen Kleinhändler als Reserve – der Kapitalisten zu mobilisieren. In Italien ist die Konzentration des Handels verhältnismäßig wenig fortgeschritten. Es gibt fast eine Million Einzelhandelsgeschäfte, also mehr, als insgesamt Lohnabhängige beschäftigt sind. Und was erklärt in dieser Lage der katholische Gewerkschaftsführer Di Marco (CISL) im Fernsehen? ,,Es gibt in unserem Land... unmotivierte Feindschaft gegenüber den modernen Formen, also den Kaufhäusern und Supermärkten. Wir wollen die Inflation der kleinen Geschäfte blockieren, d.h. mit der Klientelpolitik bei der Lizenzvergabe Schluß machen." Der Staatsapparat soll also bei der Ruinierung der Kleinhändler durch Lizenzvergabe nachhelfen. Der verschärften Ausbeutung von Lohnarbeit wäre so ein weites Betätigungsfeld eröffnet, zumal wenn – wie die Gewerkschaftsführung ,,fordert" – das Ladenschlußgesetz ,,reformiert" wird. Der Sprecher der Handelskapitalisten hat den fetten Braten gleich gerochen: ,,Die Ladenöffnungszeiten sind sicher ein offenes Problem."

z.ulg.Rom. **Mit mehreren Streiks haben die über 100000 Lohnabhängigen der italienischen Nahverkehrsbetriebe einen neuen Tarifvertrag erkämpfen können.** Durchgesetzt wurden für 1979 (der alte Tarif war am 31.12.78 ausgelaufen) 20000 Lire für alle, ab 1.1.80 weitere 18000 Lire (zusammen rd. 82 DM) sowie zusätzlich nach Lohngruppen gestaffelte Beträge ab 1.7.81. Die Lohnerhöhung liegt damit beträchtlich über den Tarifabschlüssen in den wichtigsten Industriezweigen. Mehr noch: Aus Furcht vor einem Übergreifen der Streikbewegung auf den öffentlichen Dienst haben Regierung und Gemeinden schließlich mehr zugestehen müssen, als in der gewerkschaftlichen Plattform ursprünglich gefordert war.

z.hku. **Ende Oktober haben Arbeiter des VEB Gummi-Kombinates Thüringen, DDR, eine Protestversammlung gegen Preissteigerungen durchgeführt.** Das hat jetzt die westliche Presse berichtet. 17 Arbeiter sollen nach Zerschlagung der Versammlung durch die herbeigerufene Volkspolizei verhaftet worden sein. Seitdem Unruhe unter den Arbeitern 1971 die neue Bourgeoisie der DDR zu einem ,,Preisstopp" gezwungen hat, ist offiziell jede Erhöhung der *Verbraucherpreise* verboten; dagegen sind die *Industriepreise* seit 1976 in fünf Stufen erhöht worden, mit der Auflage an die Betriebe, die erhöhten Kosten durch verstärkte Rationalisierung aufzufangen. Dafür sind die – erlaubten – Preiserhöhungen bei nur geringfügiger ,,Änderung des Gebrauchswertes" an der Tagesordnung gewesen und haben in den Wochen seit dem Staatsjubel – wohl auch in Erwartung offizieller Erhöhungen – offenbar größeren Umfang erreicht.

z.anb. **Die 229 Arbeiter des Kunstfaserwerkes Nyl-Ti in Manno (Tessin) sind in den Streik getreten.** Ihre Forderung: Sofortige Wiedereinstellung ihres Betriebsrates, eines italienischen Arbeiters, den der Kapitalist Ende Oktober kündigte, weil er die Beratung von Kampfmaßnahmen gegen die Sabotage der betrieblichen Tarifvertragsverhandlungen (seit Anfang 1979) organisierte. Die staatliche Ausländerbehörde reagierte auf die Entlassung durch den Kapitalisten mit der sofortigen Ausweisung des Arbeiters aus der Schweiz. In mehreren Klein- und Mittelbetrieben entwickeln sich zur Zeit Streikaktionen gegen die unerträgliche Tariflage, wobei vor allem im Metallbereich die Belegschaften den dort mehrheitlich vertretenen Christlichen Metallarbeiterverband (CMV) zur Unterstützung der Aktionen zwingen, während ihn die Bourgeoisie als gelbe Gewerkschaft zur Spaltung der Kampffront einzusetzen gedachte.



Juli '79. Streik bei Eschler Urania (Zürich) gegen Lohnkürzung (KVZ 28/79)

USA: Kämpfe gegen Schulunterdrückung – Verhaßte Zwangsverschickungen mit Schulbussen

z.gek. Seit Wochen quillt die Presse in den USA über von Berichten über „neue schwere Rassenkrawalle" an den Schulen, z.B. in Boston. Wenig verlautet dagegen über die zahlreichen Lohnstreiks der Lehrer, über die Kämpfe von Schülern und Eltern gegen Schulschließungen, überfüllte Klassenräume, Streichung von Schulmahlzeiten, etc. Beides hängt miteinander zusammen: die Zwangsver-



schickung mit Schulbussen zwecks „Rassenintegration" ist eines der Hauptkampf- und -spaltungsmittel der bürgerlichen Reaktion.

Verhaßt ist dies sog. „busing" unter den Volksmassen *aller* Nationalitäten mit Recht. In einer Kette schwerer Kämpfe haben sich vor allem die Afro-Amerikaner, aber auch die Mexikaner und die Puertoricaner in den USA seit den 60er Jahren das Recht auf allgemeine Schulbildung und auch den Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen (wichtig nicht zur „Integration", sondern im Gegenteil für die Bildung zur eigenen Nation) verschafft. Die herrschende Finanzbourgeoisie hat jedoch diese „Rassenintegration" zum Vorwand genommen, um ihre staatliche Schulhoheit diktatorisch auszubauen und die traditionellen Selbstverwaltungsrechte der Volksmassen (die die Schulen über lokale Sondersteuern direkt finanzieren) zu zerschlagen. Speziell zielt das Schulbusprogramm gerade auf den Zusammenschluß der Jugend der unterdrückten Nationalitäten selbst. „Desegregiert" werden ausschließlich Schulen, wo die Konzentration unterdrückter Nationalitäten „zu groß" ist. Die Kinder werden dann unter schwerer Polizeibewachung in andere entlegenere Schulen verbracht, oft jährlich wechselnd, wo sie die Überfüllung vermehren. Polizei oder spezielles Wachpersonal fährt in den Bussen mit oder eskortiert sie. Elektronische Detektoren durchsuchen die Schüler bis aufs letzte Taschenmesser – alles wegen der so künstlich geschürten „Gefahr von Rassenkonflikten". Natürlich versuchen einige Bourgeoisfrüchtchen, ihr Mütchen an den Kindern aus den unterdrückten Nationalitäten zu kühlen. Natürlich wehren sich die. Aber die Hauptauseinandersetzung ist eine mit den Polizei- und Schulbehörden.

Nein zur Motorradsteuer! Französische Jugend führt den Kampf gegen die Plünderung

z.pel.Paris. Was er gegen die „wilden Horden" auf den Straßen Frankreichs zu tun gedenke, fragte der Senator Krieg den französischen Innenminister Bonnet am 9.11. bei der Beratung über den Gesetzentwurf zur Einführung einer Motorradsteuer. Der trumpfte auf: „Um den mit den Demonstrationen der Motorradfahrer verbundenen Un-



annehmlichkeiten abzuhelfen, könnte

den Straßen der Städte und auf den Autobahnen unterwegs, um gegen diese neue Maßnahme zur Plünderung der etwa 600000 Motorradbesitzer zu kämpfen. Stundenlang blockierte Innenstädte und Autobahnen, ohne daß die Polizei wirklich einschreiten konnte; Bonnet sah die Staatsmacht leiden und holte den Knüppel heraus. Hunderte Mitglieder des Motorradklubs Le Havre antworteten am nächsten Tag einmal anders. In voller Montur demonstrierten sie auf Fahrrädern, Rollern und Skateboards: „Mama, Onkel Bonnet hat mir mein Motorrad geklaut."

Steuern von 280 FF für Maschinen von 750 – 1000 cbm³, 560 FF bis 1250 cbm³, 800 FF über 1250 cbm³, v.a. für die vielen Arbeiterjugendlichen unter den Motorradbesitzern ist dies unerträglich. 20000 FF (1 FF ca. 0,42 DM) kostet eine größere Maschine, 400 FF der Helm, 400 FF die Stiefel – auf beides kommt 33% Mehrwertsteuer –, hohe Versicherungsprämien, allein ca. 1000 FF gegen Diebstahl; Gründe für

Aktionstage an den Fachhochschulen

Landesregierungen planen neue Studien- und Prüfungsordnungen / Streichung der Praktikantenlöhne

z.rah. Nach Beschluß des Projektbereichs Fachhochschulen/Gesamthochschulen der VDS finden vom 26. – 30.11.79 bundesweite Streik- und Aktionstage an den Fachhochschulen statt. Der Projektbereich hat als Grundlage der Aktionstage einen Aufruf verabschiedet, in dem aufgerufen wird, die Aktionstage „gegen jede Verschärfung von Studien- und Prüfungsordnungen an den einzelnen Hochschulen, gegen jeden landesweiten Angriff auf die Ausbildung, sei es in Form eines FHG-Entwurfs, in Form einer Musterprüfungsordnung oder in Form von Empfehlungen der „landesweiten Studienreformkommission" durchzuführen.

Bisher ist durch Vollversammlungen an den Fachhochschulen Münster, der FHS Niederrhein, Abteilung Mönchengladbach, und der FHS Köln beschlossen, Urabstimmungen für Streik durchzuführen. An der FHS Gießen fordert der AStA auf zur Urabstimmung. Die Landesastenkonferenz von Nordrhein-Westfalen ruft ebenfalls zu den Aktionstagen auf. Am 17.11. haben sich die niedersächsischen ASten getroffen, um die Aktionstage zu beraten und vorzubereiten. Der VDS-Vorstand ruft zu den Aktionstagen nicht auf.

Nur einige Tage später, vom 3. – 7.12.79 sollen an den lehrerausbildenden Fachbereichen Streik und Aktionstage durchgeführt werden. Dazu rufen die Landesastenkonferenzen NRW, Hamburg und Bayern auf. Die LAK Hamburg hat als Grundlage der Aktionstage beschlossen: Die Zwangsexmatrikulation muß fallen! Streichung von Mindeststudienzeiten in allen Prüfungs- und Studienordnungen! Das Stellenstreichungsprogramm darf nicht durchkommen! 700 DM BAFöG und 1400 DM Elternfreibetrag! Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!

Zeitlich fallen die Aktionstage mit der Debatte im Bundestag über die Streichung der Zwangsexmatrikulation aus dem HRG.

Seit etwa 2 Semestern wird in verschiedenen Bundesländern von seiten der Landesregierung versucht, per Beschluß der Fachbereichsräte neue Studien- und Prüfungsordnungen an den FH's durchzusetzen. In Hessen werden überall die Zwischenprüfungen verschärft, indem entweder über neue Prüfungsfächer oder über die Verkürzung des Grundstudiums die Prüfungsanforderungen hochgeschraubt werden. Kultusminister Krollmann hat auf Anfrage im Landtag dazu bekanntgegeben, daß diese Maßnahme der Landesregierung jetzt im Wintersemester abgeschlossen werden soll. Die Wirkung an den FHS ist fatal: schon jetzt liegen die durchschnittlichen Vorlesungsstunden in der Woche bei 30, vor allem an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen. Das gibt auch die Grundlage für die Abbrecherquote her, die beispielsweise am Fachbereich Elektrotechnik der FH Frankfurt bei über 70% liegt.

Gleichzeitig wird an den Regelungen über die Praktika gearbeitet. Die Landesregierung muß dafür sorgen, daß die Fachhochschüler den Kapitalisten kostenlos und rechtlos zur Verfügung stehen. Selbst die bisher individuell ausgehandelte Bezahlung von etwa 7 DM pro Stunde will Krollmann abschaffen, indem als erstes im Öffentlichen Dienst die Praktikanten nicht mehr, wie bisher üblich, bezahlt werden, sondern die Praktikanten sollen über BAFöG „gefördert" werden, sofern sie welche bekommen.

In der Vorbereitung der Aktionstage an den Fachhochschulen hat aus diesem Grund die Landesfachschaftentagung Sozialwesen für NRW beschlossen, die Forderungen: „Einspruchsrechte in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten" zu erheben und während der Aktionswoche Forderungen zu diskutieren, die sich „gegen die Arbeitsbelastung durch Prüfungsanforderungen" richten. Auf einem Seminar der Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wurde ein Vorschlag zur Änderung des Grundstudiums beschlossen, um die Möglichkeit eines Abschlusses nach dem Grundstudium zu gewährleisten, und die Abschaffung der Noten und stattdessen der Nachweis durch Erfolgsscheine gefordert. Gleichzeitig tritt die Fachtagung für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Studenten im Praktikum ein.

Aus dem Aufruf zu den Aktionstagen haben die DKP-Studenten solche deutlichen Forderungen herausgehalten und stattdessen ihren schwammigen Aufruf gegen die „Regelstudienzeit" verabschiedet. Tatsächlich besteht das Problem der besitzlosen Studenten nicht einfach in einer festgelegten Länge des Studiums, sondern in der Organisierung des Studiums und dessen Bedingungen. Die Politik der Regierung geht dahin, auch ohne Zwangsexmatrikulation die Abbrecherquoten zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verdichten und zu verlängern. Statt der Forderung nach einem „unbegrenzten" Studium sind die Forderungen der Fachtagungen angebracht, um Bedingungen zu schaffen, das Studium in angemessener Zeit erfolgreich abzuschließen. Auf dieser Grundlage kann man auch die Aktionstage organisieren.



Düsseldorf. 7.11.79. 800 Studenten demonstrierten gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes und Fachhochschulgesetzes.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr.263, Tel.0421/617051
KJB Emden
Emden 12.November 1979
46b2e0350n

triebliche Ausbildung eintritt, ist nach einer Regelung, wie sie bis 1980 gilt, nicht mehr schulpflichtig. Für diese Jugendlichen bedeutet das: Sie haben größere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden."(Broschüre Berufs-

Kämpfe haben sich vor allem die Afro-Amerikaner, aber auch die Mexikaner und die Puertoricaner in den USA seit

sich die. Aber die Hauptauseinandersetzung ist eine mit den Polizei- und Schulbehörden.

Nein zur Motorradsteuer! Französische Jugend führt den Kampf gegen die Plünderung

z.pel.Paris. Was er gegen die „wilden Horden" auf den Straßen Frankreichs zu tun gedenke, fragte der Senator Krieg den französischen Innenminister Bonnet am 9.11. bei der Beratung über den Gesetzentwurf zur Einführung einer Motorradsteuer. Der trumpfte auf: „Um den mit den Demonstrationen der Motorradfahrer verbundenen Un-



annehmlichkeiten abzuhelfen, könnte

die Beschlagnahmung der Maschinen, die die öffentliche Ruhe behindern, ins Auge gefaßt werden."

Seit Verkündung des Regierungsvorhabens Anfang September waren nahezu jedes Wochenende Tausende auf

den Straßen der Städte und auf den Autobahnen unterwegs, um gegen diese neue Maßnahme zur Plünderung der etwa 600000 Motorradbesitzer zu kämpfen. Stundenlang blockierte Innenstädte und Autobahnen, ohne daß die Polizei wirklich einschreiten konnte; Bonnet sah die Staatsmacht leiden und holte den Knüppel heraus. Hunderte Mitglieder des Motorradklubs Le Havre antworteten am nächsten Tag einmal anders. In voller Montur demonstrierten sie auf Fahrrädern, Rollern und Skateboards: „Mama, Onkel Bonnet hat mir mein Motorrad geklaut."

Steuern von 280 FF für Maschinen von 750 – 1000 cbm³, 560 FF bis 1250 cbm³, 800 FF über 1250 cbm³, v.a. für die vielen Arbeiterjugendlichen unter den Motorradbesitzern ist dies unerträglich. 20000 FF (1 FF ca. 0,42 DM) kostet eine größere Maschine, 400 FF der Helm, 400 FF die Stiefel – auf beides kommt 33% Mehrwertsteuer –, hohe Versicherungsprämien, allein ca. 1000 FF gegen Diebstahl; Gründe für

die Breite und Härte des Kampfes. Mit dem Rückzug auf die alleinige Besteuerung der großen Maschinen (ca. 80000) hat die Regierung am 19.10. gleichzeitig spalten wollen. Umsonst: Die Forderung „Keine Steuer!" steht weiter. (s. Bild)

Nur einige Tage später, vom 3. – 7.12.79 sollen an den lehrerausbildenden Fachbereichen Streik und Aktionstage durchgeführt werden. Dazu

sungsstunden in der Woche bei 30, vor allem an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen. Das gibt auch die Grundlage für die Abbrecherquote her, die beispielsweise am Fachbereich

und die Abschaffung der Noten und stattdessen der Nachweis durch Erfolgsscheine gefordert. Gleichzeitig tritt die Fachtagung für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Studenten im Praktikum ein.

Aus dem Aufruf zu den Aktionstagen haben die DKP-Studenten solche deutlichen Forderungen herausgehalten und stattdessen ihren schwammigen Aufruf gegen die „Regelstudienzeit" verabschiedet. Tatsächlich besteht das Problem der besitzlosen Studenten nicht einfach in einer festgelegten Länge des Studiums, sondern in der Organisierung des Studiums und dessen Bedingungen. Die Politik der Regierung geht dahin, auch ohne Zwangsexmatrikulation die Abbrecherquoten zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verdichten und zu verlängern. Statt der Forderung nach einem „unbegrenzten" Studium sind die Forderungen der Fachtagungen angebracht, um Bedingungen zu schaffen, das Studium in angemessener Zeit erfolgreich abzuschließen. Auf dieser Grundlage kann man auch die Aktionstage organisieren.



Düsseldorf. 7.11.79. 800 Studenten demonstrierten gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes und Fachhochschulgesetzes.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr.263, Tel.0421/617051
KJB Emden
Emden 12.November 1979
46b2e0350n

Westberlin: BAFöG-Prozeß wird bekämpft

r.brv. Am Dienstag beginnt vor dem Landgericht Berlin ein Prozeß gegen acht Studenten der Pädagogischen Hochschule. An 4 Verhandlungstagen soll diesen Freiheitsberaubung und räuberische Erpressung nachgewiesen werden, weil sie im Januar 77 den Leiter des Amtes für Ausbildungsförderung Eichbaum 3 Stunden lang festgehalten haben sollen, damit er schriftlich erklärt, daß er sich im Förderungsausschuß für die Weiterzahlung von BAföG an einen Studenten während seiner Prüfung einsetzt. Der Student hatte sein Studium 1972 begonnen und sich ordnungsgemäß zur Prüfung gemeldet. Das Wissenschaftliche Landesprüfungsamt versuchte zu dieser Zeit, die neuen Studien- und Prüfungsverschärfungen mittels Nichtzulassung Einzelner durchzusetzen. Der Student klagte dagegen ohne Erfolg. Dem wurde seitens des BAföG-Amts nun so Rechnung getragen, daß ihm das Geld während der Prüfung verweigert wurde. Diese Zangenwirkung von Studien- und Prüfungsverschärfungen einhergehend mit der Streichung von BAföG-Geldern ist planmäßig und bewußt.

Zugrunde liegt ihr die vollständige Rechtlosigkeit der Studenten, die notwendig zur Durchsetzung des Koalitionsrechtes zwingt.

Gegen den Prozeß sind zahlreiche Briefe und Resolutionen gefaßt worden. Die Einstellung des Verfahrens wird gefordert von den Wahlfachaktiven Arbeitslehre, Kunst, Geschichte und Diplom sowie 6 Seminaren an der PH. Das Wahlfachaktiv Deutsch und 2 Seminare an der PH fordern Ausbildungs- und Tarifvertrag, Streik- und Koalitionsrecht. Weiter sind Beschlüsse gefaßt worden von der Institutsgruppe Geologie, der Initiative am Otto-Suhr-Institut, 15 Studenten und anderen Dienstkräften am Fachbereich Biologie, 13 Studenten aus der Sportler-Initiative, 35 Jurastudenten, 2 Seminaren am Fachbereich Germanistik der Freien Universität (FU), dem Politischen Plenum an der Technischen Universität, der Vollversammlung an der Technischen Fachhochschule. Die Initiative und der Personalrat der studentischen Beschäftigten sowie der Vorstand der GEW-Studentengruppe an der FU haben sich gegen den Prozeß ausgesprochen. Das Studentenparlament an der FU fordert die Einstellung des Prozesses, der AStA der PH hat ein Flugblatt zur Mobilisierung gegen diesen Prozeß herausgegeben. Die Fachtagung Geographie der Vereinigten Deutschen Studentenschaften vom 9.11.79 fordert die Einstellung des Verfahrens.

Das BGJ muß fallen!

wat. Im nächsten Jahr soll das Berufsgrundbildungsjahr im Metallbereich allgemein zur Pflicht werden. Das BGJ wird von den Kapitalisten als Verbesserung der Ausbildung und sicheres Mittel verstanden, die arbeitslosen Jugendlichen von der Straße zu holen.

Dazu Kultusminister Remmers: „Den regionalen und sektoralen, gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf nach ausreichender Qualifikation zu sichern ... und die Qualität der Ausbildung so zu verbessern, daß diese den wechselnden Erfordernissen des Arbeitsmarktes gegenüber eine größtmögliche Flexibilität bewirkt."

Was für eine berufliche Qualifikation brauchen die Kapitalisten nun? Sehen wir uns das Beispiel Thyssen-Nordseewerke an. Im Jubelband „75 Jahre Nordseewerke" wird die Situation so erfaßt: „Im Zuge des Übergangs von handwerklicher zu industrieller Fertigung wurde im Jahr 1972 mit der Realisierung eines umfassenden Industrialisierungsprogrammes in der Schiffbaufertigung (von TNSW) begonnen. Die erste Phase galt insbesondere der Fertigung im Stahlschiffbau, sowie der internen Infrastruktur der Werft, den Hilfsbetrieben einschließlich Transport und in einem ersten Schritt der Mechanisierung der Rohrfertigung. Eine Halle für die Fertigung von Formbauteilen wurde ... in Betrieb genommen, ebenso eine Anlage zur maschinellen Herstellung von Schiffbaupaneelen. Hier werden maschinell verschweißte Plattenfelder von Maximalabmessungen von 18,5 × 15,4 m mit Versteifungen bis 1,20 m Höhe gefertigt." Außerdem wurden Werkstätten für mechanisierte Profilbearbeitung, Rahmen- und Trägerbau und Plattenverformung ... fertiggestellt. Die Mechanisierung der Fertigung im Stahlschiffbau ist nur die Voraussetzung dafür, um die elektronische Datenverarbeitung für technische Prozesse in Anwendung bringen zu können. Noch steckt die Umrüstung auf NC-Maschinen in den Anfängen. Doch sind bereits die Konsequenzen bei den Fachkräften ohne Berufsausbildung (Brenner, Rohrschweißer) sichtbar. Betrachten wir zunächst die Rohrschweißer. „Bis vor rund 10 Jahren wurde im Schiffbau nach Maß verlegt. Seither lassen die Werften maßstabsgerecht als Modell bauen, dadurch wird der Arbeitsfluß an Bord wesentlich schneller, übersichtlicher und kontinuierlicher und erlaubt einen höheren Grad an Arbeitsteilung und Vorfertigung an Land und in der Werkstatt. Eine einzige NC-gesteuerte Rohrverarbeitungsstraße erledigt jetzt die Arbeit der Schweißer ... Das computergesteuerte Programm an den neuen Brennautomaten macht auch die Disposition über das Material überflüssig ... Für die übrigbleibenden Kontrollfunktionen ist noch ein Monat Anlernzeit nötig, sagen die Brenner."(Metall, 12/78, S.14)

Die Ablösung der Facharbeiter durch Angelernte an den NC-Maschinen, also Senkung des Lohnniveaus, ist fester Plan der Thyssenkapitalisten. Diesem Plan will Kultusminister Remmers das Menschenmaterial aus den Schulen liefern.

Dafür, daß die Jugendlichen nach dem BGJ den Kapitalisten frei zur Verfügung stehen, hat Remmers gesorgt: „Wer nach dem BGJ nicht in eine be-

triebliche Ausbildung eintritt, ist nach einer Regelung, wie sie bis 1980 gilt, nicht mehr schulpflichtig. Für diese Jugendlichen bedeutet das: Sie haben größere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden."(Broschüre Berufs-grundbildungsjahr – der Niedersächsische Kultusminister)

Und das wird noch aus den Taschen der Volksmassen heraus bezahlt. Abgesehen davon, daß die Volksmassen ein Jahr mehr ihre Kinder durchfüttern müssen, so zahlen sie z.B. in Emden mit ihren Steuern das neue Berufsbildungszentrum, wo vornehmlich BGJ-Schüler ausgebildet werden sollen. Wie sagte Remmers doch so schön: „Die Wirtschaft wird von den kostenintensiven ersten Lehrjahr befreit."

Das Ziel, das die Kapitalistenklasse mit dem BGJ verfolgt, ist das gleiche, das sie schon mit der Stufenausbildung verfolgt hat: Sie will nach einem Ausbildungsabschnitt die Arbeiterjugend in zukünftige Facharbeiter (wenige!) und angelernte Arbeiter (viele!) spalten, um insgesamt das Lohnniveau drücken zu können. Dazu dient auch das Notensystem, womit diese Spaltung vollzogen werden soll. Es muß den Kapitalisten das Recht genommen werden, daß sie sich die Jugendlichen sortieren können, genau so, wie sie nicht die Stufenausbildung wegen des großen Widerstandes der Arbeiterbewegung haben durchsetzen können.

Es ist da auch wenig sinnvoll, Vorverträge vor dem BGJ zu verlangen, da diese Forderung die Arbeiterjugendlichen nicht zusammenschließt. Die einzig richtigen Forderungen sind da: Weg mit dem BGJ! Recht auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse für arbeitslose Jugendliche, die sie befähigt, eine Facharbeiterprüfung abzulegen! Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche! 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen! Des weiteren um der Auslese zu begegnen: Weg mit dem Notensystem! Sofort: Keine 5-en und 6-en!

Dienstprämie gegen Kündigungsrecht: Kapitulanten der Wehrmacht, Zeitsoldaten der Bundeswehr

z.hev. Im Deutschen Reich von Bismarck bis Hitler nannte man diejenigen Soldaten, die sich nach Ableistung der Wehrpflicht weiterverpflichteten, „Kapitulanten". Vor dem 1. Weltkrieg mußten sie sich auf mindestens vier Jahre verpflichten. Der Wehrdienst dauerte bei der Infanterie zwei Jahre, drei Jahre bei der Kavallerie. 100 Mark gab's für die Weiterverpflichtung auf die Hand. Unteroffiziere, die nach 12 Jahren den Dienst quittierten, erhielten eine „Dienstprämie" von 1000 Mark, die auch nicht verpfändet werden durfte, außerdem das Anrecht auf einen Beamtenposten, sofern sie eine Aufnahmeprüfung bestanden. Die Idee für die Einführung dieser Prämie hatte der Reichskanzler Caprivi, Nachfolger Bismarcks, der nach dem Scheitern der Sozialistengesetze den Junkerstaat auf neuerliche gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterbewegung vorbereitete. „Der Straßenkampf", so Caprivi, sei „kein Faktor, der geeignet wäre, das Selbstgefühl der Truppe zu erhöhen". Er verlangte die Heranbildung eines Unteroffizierstyps, der härter sein müsse als der, der gegen einen äußeren Feind zu kämpfen hätte – mit eben der 1000 Mark – „Schießprämie", wie sie die Sozialdemokratie nannte.

Die Prämie war aber auch der ökonomische Hebel zur Ausdehnung des längerdienenden Kaderstamms und Voraussetzung für die ständig steigende Zahl an Wehrpflichtigen. Der deutsche Imperialismus war voll auf Expansionskurs gegangen. Im Jahr vor Ausbruch des 1. Weltkrieges jagte eine Maßnahme die andere: Heeresverstärkungsgesetz, Erhöhung der Unteroffiziersstellen und noch kurz vor Kriegsausbruch Erhöhung der Dienstprämie auf 1500 Mark. Eine besondere und weitaus höhere Besoldung galt für die Freiwilligen der gehätschelten Kriegsmarine. Ein Grund für die schnelle Zunahme der Kapitulanten lag in der Entwicklung der Waffentechnik. Die Bourgeoisie braucht Fachleute, die diese Technik wirklich beherrschen und ihre Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben können, das wurde in der Armee ebenso entscheidend, wie es das in der Fabrik schon war.

Der Versailler Vertrag schaffte die allgemeine Wehrpflicht ab, begrenzte das Heer auf 100000 Mann und legte fest, daß sich „Unteroffiziere und Gemeine" auf 12 Jahre zu verpflichten haben. Die Soldaten waren Beamte und wurden nach dem Besoldungsgesetz bezahlt. Eine der ersten Maßnahmen des Faschismus war die Sprengung dieser Bestimmungen. Als die allgemeine Wehrpflicht im März 1935 wieder eingeführt wurde, standen tatsächlich schon mehr als eine halbe Million Mann unter Waffen, im August 1936 waren es schon 1,2 Millionen. Der Bedarf an Zeitsoldaten war ungeheuer groß und entsprach voll und ganz den neuentfachten Expansionsgelüsten. Unteroffiziersvorschulen für 14 – 15jährige wurden wie zu Kaisers Zeiten wieder eingeführt, die Verpflichtungsprämie war 300 Mark, die „Übergangsbeihilfe" für Unteroffiziere nach 4½jähriger Dienstzeit 450 Mark, nach 12 Jahren 1500 Mark – plus einige Mark, die die Mobilität der freigewordenen Arbeitskraft sichern sollte (2,50 Mark pro Tag und Umzugskostenbeihilfe). Aber daraus wurde nicht viel, statt Prämien kassieren zu können, mußten Zeitsoldaten wie Wehrpflichtige im 2. Weltkrieg ihre Köpfe hinhalten.

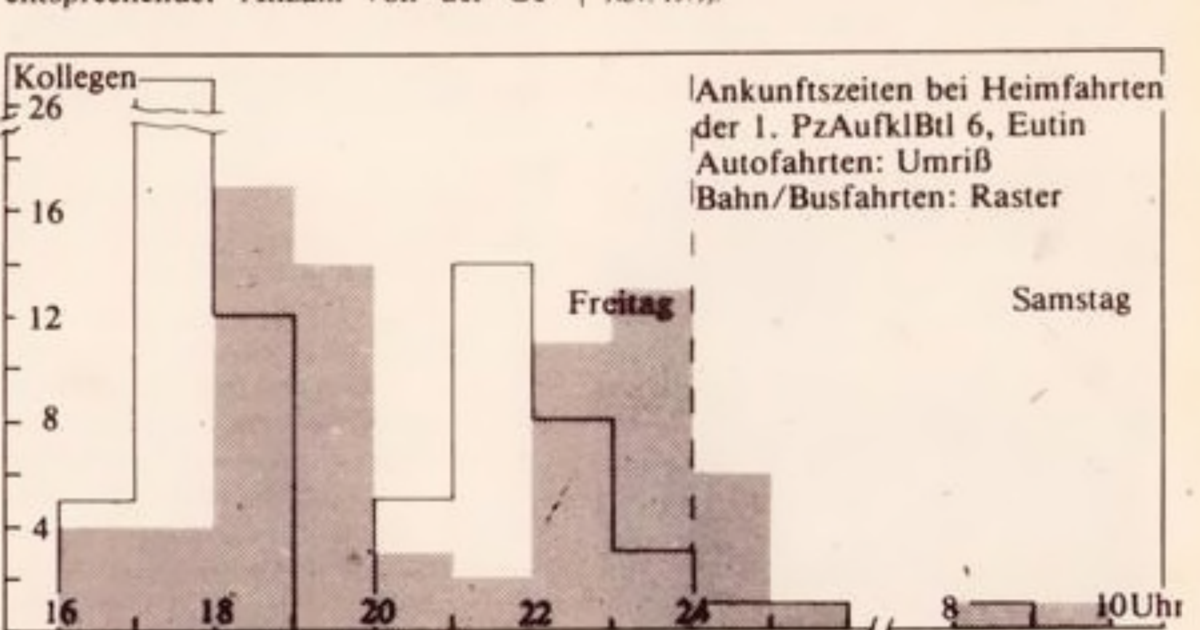
Die Bundesregierung hat Verpflichtungsprämien erstmals 1969 eingeführt (Bundesbesoldungsgesetz vom 17.12.69). Z4 bekamen 4000 Mark, Z8 6000 Mark. Sie wurde 1971 um je 1000 Mark erhöht und eine Prämie für Z2 von 1000 Mark ausgesetzt, aber eben nur so lange, wie der „Kern der Bundeswehr" (Weißbuch 1971), Zeitsoldaten, fehlten. Als der Verteidigungsminister Leber glaubte, er habe nun genug davon, fiel die Prämie wieder um 1000 Mark, und die Zweijährigen bekamen erst ab dem 7. Monat Besoldung statt Wehrsold. Prompt verging den Soldaten jede Lust an der Weiterverpflichtung, sodaß die Z2 seit dem 9.10.79 (Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes) wieder vom Tag ihrer Weiterverpflichtung an besoldet statt wehrbesoldet werden. Die Prämie allerdings ist niedriger als 1969: 3000 Mark für vier Jahre und 5000 Mark für acht Jahre, nichts für zwei Jahre.

Wer sich durch die Prämien einfangen ließ, sitzt wie die Maus in der Falle. Er kann nicht kündigen, sondern muß nach §55 Soldatengesetz seine Entlassung *beantragen*. Sie muß begründet werden. „Besondere Härte", „außergewöhnliche Veränderungen der außerdienstlichen Verhältnisse" oder „schwerwiegende Umstände" müssen vom Soldaten angeführt und bewiesen werden, um aus dem prämierten Zwangsverhältnis rauszukommen. Bourgeoiszöglingen, die über den Zeitsoldaten zum Offizier werden wollen, gelingt dies leicht. In Scherers Kommentar zum Soldatengesetz wird als Beispiel genannt „die Notwendigkeit, das elterliche Erbe anzutreten, um es nicht verkommen zu lassen." Falls doch mal eine Entlassung bei Mannschaften und Unteroffizieren genehmigt wird, müssen in jedem Fall die Kosten einer eventuellen Fachausbildung zurückgezahlt werden.

Hamburger Gewerkschaftsjugend: Forderungsprogramm für die Wehrpflichtigen

r.thw. Am 4.11.79 hat die Hamburger Gewerkschaftsjugend auf ihrer 16.Kreisjugendkonferenz ihr Wehrpflichtforderungsprogramm beschlossen. Das ist ein äußerst wichtiger Schritt der Unterstützung der Soldatenbewegung durch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung. In dem Programm werden u.a. folgende Forderungen erhoben: – *Wegfall des Spindappells, Aufhebung des Haarerlasses, freier Ausgang nach Dienstschluß bis morgens zum Dienstbeginn, Abschaffung der Formalausbildung.*
– 40-Stundenwoche für Wehrpflichtige; für jeden Zusatzdienst muß ein ebensolanger Dienstausgleich gewährt werden, 6 Wochen Jahresurlaub. – Ein regelmäßiges verlängertes Wochenende für heimatfern stationierte Wehrpflichtige. – 70% des durchschnittlichen Facharbeiterlohns für Wehrpflichtige. Als erster Schritt: 100 DM mehr Wehrsold. Benzingelderstattung für Wehrpflichtige. – Uneingeschränkte Zurückstellung von Jugendvertretern, Betriebs- und Personalräten und Vertrauensleuten vom Wehrdienst für die Dauer der Amtszeit.
– Die Mannschaften brauchen endlich bessere Vertretungsmöglichkeiten. Die Rechte der Vertrauensmänner müssen erweitert werden. Der Vertrauensmann darf nur von seinen Wahlberechtigten abgesetzt werden können. Es müssen Vertretungskörperschaften auch über die Ebene der Kompanie zugelassen werden. Man kann sich darauf unbedingt zusammenschließen. Die Gewerkschaftsjugend hat erklärt, das Programm sei noch nicht endgültig, man solle sich darüber noch weiter beraten. Die Soldaten können das gut tun, indem die Vertrauensleute beauftragt werden, sich das Programm in entsprechender Anzahl von der Gewerkschaft zu besorgen, um es dann in den Kompanien zu beraten. Für die Besprechung zwischen den Kompanien und Kasernen mit der Gewerkschaftsjugend ist dann der Arbeitskreis Wehrpflichtige des DGB in Hamburg da, zu dem Vertreter aus den Einheiten geschickt werden sollten. Es wird dort nötig sein zu klären, welche nächsten praktischen Schritte unternommen werden sollen.

(Nachdruck aus: KVZ, Ausgabe Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg für Soldaten und Reservisten, v. 12. Nov. 1979).



Das Schaubild zeigt ein Ergebnis der Umfrageaktion, die in der 1. PzAufklBtl6, zur Kräftigung der Forderung nach „Rheinländerwochenende, Freitag 12 Uhr Feierabend" und „Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste – ⅓ Tag Dienstausgleich für GvD", auf einer Mannschaftsversammlung und einer ergänzenden Fragebogenaktion durchgeführt wurde. Beteiligt hatten sich 77 Kollegen. Deutlich wird, warum die Kollegen, wenn es nur irgend geht, mit dem Kfz nach Hause fahren und warum die Freifahrkarten, die Apel für *alle* Heimfahrten anbietet, nur wenige zum „Umsteigen" veranlaßt haben.

Freiwillige Jugendfeuerwehr – Über Jugendfreizeit zum Zivilschutzdienst

z.rev. 1838 wurde die Aufsicht über die Feuerwehr per Ländergesetze unter Staatskontrolle gestellt. Vorher regelten die Gemeinden über eigene Feuerlöschordnungen die Brandbekämpfung selbst. Die erste Jugendfeuerwehr gab es 1882. 1964 wurden 574 Jugendfeuerwehren in der DJF (Deutsche Jugendfeuerwehr) zusammengefaßt und dem DFV (Deutscher Feuerwehrverband) unterstellt. Bestand einerseits Nachwuchsmangel bei der Feuerwehr, so sollte mit der Gründung der DJF als Bundesorganisation die staatliche Einmischung in die Erziehung der Jugend gewährleistet werden.

12- bis 17jährige werden mit der Jugendordnung der DJF auf das Grundgesetz festgenagelt: „2.4. Die Deutsche Jugendfeuerwehr fordert von jedem Jugendfeuerwehrmann die Anerkennung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlichen Staat demokratischer Ordnung und die Bereitschaft, die sich daraus ergebenden staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen." 1978 zählt die Jugendfeuerwehr 84000 Mitglieder, die sich unter die Fuchtel des DFV begeben haben. Wahlen sind in der DJF wohl vorgesehen, was aber nichts zu sagen hat. Denn der Leiter der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr verfügt über die Aufsicht und Betreuung und setzt einen Jugendgruppenwart ein. Der von den Jugendlichen gewählte Jugendgruppenleiter hat nur unterstützende Funktion.

Die Ausbildung ist auch festgelegt. Über Bastel- und Werklehrgänge, Sportfeste und Zeltlager, über theoretischen Unterricht, Lösch- und Rettungsübungen, in eine Uniform auf Staatskosten gekleidet, werden die Jugendlichen auf den Kriegs- und Katastrophenfall vorbereitet. Als Mitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes zählen sie sogar mit zu den Zivilschutzorganisationen und können zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Nach dem hessischen Brandschutzhilfegesetz können 12jährige der Jugendfeuerwehr beitreten und „zum Übungsdienst und im Einsatz zu Hilfsdiensten ... herangezogen werden." (§19) Bezahlt wird den Freiwilligen Feuerwehrmännern nichts, höchstens der Verdienstausfall wird erstattet oder die private Kleidung, die in einem Einsatz zu Bruch gegangen ist.

Finden sich in einer Klein- oder Mittelstadt, wo keine Berufsfeuerwehren vorgeschrieben sind, nicht genügend Freiwillige für einen Verband der Freiwilligen Feuerwehr, dann wird durch Verfügung des Gemeindevorstandes die Feuerwehrpflicht eingeführt. „Feuerwehrpflichtig sind alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr." (Brandschutzhilfegesetz Hessen §21)



Bundeswettkampf der DJF: Hindernisübung 1500 m-Lauf.

schon mehr als eine halbe Million Mann unter Waffen, im August 1936 waren es schon 1,2 Millionen. Der Bedarf an Zeitsoldaten war ungeheuer groß und entsprach voll und ganz den neuentfachten Expansionsgelüsten. Unteroffiziersvorschulen für 14 – 15jährige wurden wie zu Kaisers Zeiten wieder eingeführt, die Verpflichtungsprämie war 300 Mark, die „Übergangsbeihilfe" für Unteroffiziere nach 4½jähriger Dienstzeit 450 Mark, nach 12 Jahren 1500 Mark – plus einige Mark, die die Mobilität der freigewordenen Arbeitskraft sichern sollte (2,50 Mark pro Tag und Umzugskostenbeihilfe). Aber daraus wurde nicht viel, statt Prämien kassieren zu können, mußten Zeitsoldaten wie Wehrpflichtige im 2. Weltkrieg ihre Köpfe hinhalten.

Die Bundesregierung hat Verpflichtungsprämien erstmals 1969 eingeführt (Bundesbesoldungsgesetz vom 17.12.69). Z4 bekamen 4000 Mark, Z8 6000 Mark. Sie wurde 1971 um je 1000 Mark erhöht und eine Prämie für Z2 von 1000 Mark ausgesetzt, aber eben nur so lange, wie der „Kern der Bundeswehr" (Weißbuch 1971), Zeitsoldaten, fehlten. Als der Verteidigungsminister Leber glaubte, er habe nun genug davon, fiel die Prämie wieder um 1000 Mark, und die Zweijährigen bekamen erst ab dem 7. Monat Besoldung statt Wehrsold. Prompt verging den Soldaten jede Lust an der Weiterverpflichtung, sodaß die Z2 seit dem 9.10.79 (Neufassung des Bundesbesoldungsgesetzes) wieder vom Tag ihrer Weiterverpflichtung an besoldet statt wehrbesoldet werden. Die Prämie allerdings ist niedriger als 1969: 3000 Mark für vier Jahre und 5000 Mark für acht Jahre, nichts für zwei Jahre.

Wer sich durch die Prämien einfangen ließ, sitzt wie die Maus in der Falle. Er kann nicht kündigen, sondern muß nach §55 Soldatengesetz seine Entlassung *beantragen*. Sie muß begründet werden. „Besondere Härte", „außergewöhnliche Veränderungen der außerdienstlichen Verhältnisse" oder „schwerwiegende Umstände" müssen vom Soldaten angeführt und bewiesen werden, um aus dem prämierten Zwangsverhältnis rauszukommen. Bourgeoiszöglingen, die über den Zeitsoldaten zum Offizier werden wollen, gelingt dies leicht. In Scherers Kommentar zum Soldatengesetz wird als Beispiel genannt „die Notwendigkeit, das elterliche Erbe anzutreten, um es nicht verkommen zu lassen." Falls doch mal eine Entlassung bei Mannschaften und Unteroffizieren genehmigt wird, müssen in jedem Fall die Kosten einer eventuellen Fachausbildung zurückgezahlt werden.

abgesetzt werden können. Es müssen Vertretungskörperschaften auch über

Hause fahren und warum die Freifahrkarten, die Apel für *alle* Heimfahrten anbietet, nur wenige zum „Umsteigen" veranlaßt haben.

Freiwillige Jugendfeuerwehr – Über Jugendfreizeit zum Zivilschutzdienst

z.rev. 1838 wurde die Aufsicht über die Feuerwehr per Ländergesetze unter Staatskontrolle gestellt. Vorher regelten die Gemeinden über eigene Feuerlöschordnungen die Brandbekämpfung selbst. Die erste Jugendfeuerwehr gab es 1882. 1964 wurden 574 Jugendfeuerwehren in der DJF (Deutsche Jugendfeuerwehr) zusammengefaßt und dem DFV (Deutscher Feuerwehrverband) unterstellt. Bestand einerseits Nachwuchsmangel bei der Feuerwehr, so sollte mit der Gründung der DJF als Bundesorganisation die staatliche Einmischung in die Erziehung der Jugend gewährleistet werden.

12- bis 17jährige werden mit der Jugendordnung der DJF auf das Grundgesetz festgenagelt: „2.4. Die Deutsche Jugendfeuerwehr fordert von jedem Jugendfeuerwehrmann die Anerkennung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum freiheitlichen Staat demokratischer Ordnung und die Bereitschaft, die sich daraus ergebenden staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen." 1978 zählt die Jugendfeuerwehr 84000 Mitglieder, die sich unter die Fuchtel des DFV begeben haben. Wahlen sind in der DJF wohl vorgesehen, was aber nichts zu sagen hat. Denn der Leiter der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr verfügt über die Aufsicht und Betreuung und setzt einen Jugendgruppenwart ein. Der von den Jugendlichen gewählte Jugendgruppenleiter hat nur unterstützende Funktion.

Die Ausbildung ist auch festgelegt. Über Bastel- und Werklehrgänge, Sportfeste und Zeltlager, über theoretischen Unterricht, Lösch- und Rettungsübungen, in eine Uniform auf Staatskosten gekleidet, werden die Jugendlichen auf den Kriegs- und Katastrophenfall vorbereitet. Als Mitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes zählen sie sogar mit zu den Zivilschutzorganisationen und können zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Nach dem hessischen Brandschutzhilfegesetz können 12jährige der Jugendfeuerwehr beitreten und „zum Übungsdienst und im Einsatz zu Hilfsdiensten ... herangezogen werden." (§19) Bezahlt wird den Freiwilligen Feuerwehrmännern nichts, höchstens der Verdienstausfall wird erstattet oder die private Kleidung, die in einem Einsatz zu Bruch gegangen ist.

Finden sich in einer Klein- oder Mittelstadt, wo keine Berufsfeuerwehren vorgeschrieben sind, nicht genügend Freiwillige für einen Verband der Freiwilligen Feuerwehr, dann wird durch Verfügung des Gemeindevorstandes die Feuerwehrpflicht eingeführt. „Feuerwehrpflichtig sind alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr." (Brandschutzhilfegesetz Hessen §21)



Bundeswettkampf der DJF: Hindernisübung 1500 m-Lauf.

Die Bedeutung Polens in der Militärplanung der Sowjetunion

Ohne die Aufrechterhaltung des Nachschubs keine Erfolgsaussichten in der Schlacht um Europa

z.ror. Der Sozialimperialismus muß seinen Vorteil im Kampf um die Herrschaft über Europa im schnellen Angriff bzw. in der Vorneverteidigung suchen; deshalb hat er in der DDR ca. 10 Panzer- und 10 MotDivisionen stationiert. Zwischen diesen Truppen und der zweiten Angriffswelle, die ihre Aufstellungsräume im Westen der Sowjetunion hat, liegt Polen. Von der sowjetischen Westgrenze bis zu den Stützpunkten in der DDR liegen 2 100 km. Die sowjetischen Truppen in und um Polen sollen die Aufrechterhaltung der Verbindungslinien, die Sicherung des Nachschubs und nicht zuletzt den Einsatz der polnischen Armee garantieren, die mit 185000 Mann und 3000 Panzern das zweitgrößte Heer der Warschauer-Pakt-Staaten stellt. Ein Verlust von Truppen und Raum in der DDR würde den Sozialimperialismus empfindlich schwächen.

25000 Mann hat der Sozialimperialismus in Polen stationiert, sie dienen der Besatzung Polens und der Sicherung der Nachschublinien, vor allem der Eisenbahnlinien, die über die höchste Transportkapazität in Europa verfügen. Die sowjetischen Truppen unterhalten mindestens 15 Stützpunkte. Seit 1970 wurde die Stationierung der Truppen verändert. Waren sie bis dahin weitgehend um Legnica, dem Sitz des Oberkommandos und einer Panzerdivision, konzentriert bzw. auf die Küste beschränkt, werden zunehmend Truppen des Sozialimperialismus nach Zentralpolen verlegt (siehe Karte).

In Poznan wurde das Fernmeldezentrum errichtet. In Brezeg, Kolbrezeg und Opole wurden seit 1975 drei neue Luftwaffenstützpunkte errichtet; weitere Versorgungseinheiten stehen in Gniezno, Kuntno und Belgard. Die Luftwaffe der Sozialimperialisten in Polen verfügt über 250 Maschinen und untersteht dem Kommando in Kaliningrad. Mit über 800 Flugzeugen, 60000 Soldaten und einer Luftlandedivision soll die polnische Luftwaffe unter dem Oberkommando des Warschauer Pakts die Heranführung weiterer sowjetischer Reserven an die Front absichern. Der gesamte Generalstab und fast alle höheren polnischen Offiziere haben ihre Ausbildung an den Militärakademien des Sozialimperialismus erhalten.

Von 1970 bis 1975 wurde die baltische Rotbanner-Flotte der Sowjetunion gründlich modernisiert. Mit ihr soll die Herrschaft über die Ostsee garantiert werden, was jedoch nur erfolgreich möglich ist, wenn die Küsten Polens und der DDR unter der Kontrolle des Sozialimperialismus stehen. Die Rotbannerflotte verfügt über Abschnittkommandos in Kaliningrad, Gdansk, Rostock, und in Swinoujsce und Szczecin über eigene Hafenbecken. Ein amphibisches Korps mit einer Stärke von 80000 Mann ist der Rotbannerflotte zugeordnet, so sind ihr nicht nur Operationen Schiff gegen Schiff, sondern auch großangelegte Landemanöver möglich. Zur Unterstützung der Atlantikflotte, die von Murmansk aus die Verbindung zwischen den USA und Europa stören und unterbrechen soll, ist ein Vordringen der Rotbannerflotte in die Nordsee dringend erforderlich. Zur Unterstützung dieser Pläne wurde auch die polnische Flotte 1975 modernisiert und ihre Personalstärke um fast 35% auf 25000 Mann erhöht, die Flotte der DDR umfaßt 17000 Soldaten. In Kaseburg wird unter der Leitung eines sowjetischen Admirals die U-Boot-Ausbildung für die gesamte Marine des Warschauer Pakts durchgeführt. Alljährlich wurden in den vergangenen Jahren gemeinsame Manöver der drei Flotten durchgeführt, die meist auch Landemanöver beinhalteten.

Gegen die Anwesenheit sowjetischer Truppen und die nationale Unabhängigkeit Polens hat es in den letzten Jahren immer häufiger Bewegungen gegeben. Nach den Klassenkämpfen der polnischen Volksmassen 1970 wurden die sowjetischen Truppen um eine dritte Division verstärkt. Die Soldaten dürfen nur in Uniform und in Gruppen auftreten, sollen kein Polnisch lernen, und die Heirat mit einer Polin, soweit sie überhaupt gestattet ist, bringt den sofortigen Marschbefehl Richtung Heimat. Die Werbemaßnahmen der Sozialimperialisten wie gemeinsame Kulturabende usw. sind vollständig gescheitert und wurden aufgegeben.

Innerhalb der letzten drei Monate haben große Demonstrationen für die nationale Unabhängigkeit Polens stattgefunden. Am 1. September, anläßlich des 40. Jahrestages des Überfalls des deutschen Imperialismus auf Polen, demonstrierten 4000 Menschen in Warschau. Der Demonstrationszug führte zum Denkmal des Unbekannten Soldaten. Dabei versuchten bürgerliche Kräfte in dieser Bewegung, die Lehren aus der Geschichte und die Ziele des Kampfes zu verdunkeln, indem sie die revolutionäre Politik der Sowjetunion im 2. Weltkrieg angriffen und den Sozialismus für den Verlust der nationalen Unabhängigkeit verantwortlich machten. Am 11. November, dem Jahrestag der Gründung des unabhängigen Polen 1918, demonstrierten erneut 9000 Menschen in Warschau und fünf weiteren Städten unter der Losung „Ohne Freiheit kein Brot." Die Sozialimperialisten haben diese Bewegung zu fürchten.



CGT-Metall-Gewerkschaftskongreß: 2700 FF Mindestlohn, Unterstützung der Alsthom-Arbeiter

z.pel.Paris. Der 30. Kongreß der Gewerkschaft CGT/Metall, der vom 12. bis 16. November über die Politik der Gewerkschaft für die nächsten drei Jahre beriet, hat am 14.11. die Betriebsführung des Maschinenbau- und Elektrokonzerns Alsthom nachdrücklich gewarnt: „Nachdem die Direktion von Alsthom auf das Aushungern des Kampfes gesetzt hatte, droht sie jetzt mit polizeilicher Räumung des Betriebes. Sie soll wissen ..., daß sie auf einen schnellen, massiven und höchst



Plakattexte vor Alsthom: „Solch ein Stuhl wurde den Delegierten bei Verhandlungen angeboten. Fabrik im Streik.“

einheitlichen Gegenschlag aller Metallarbeiter stoßen wird.“ Bei Erscheinen der Zeitung führen die Arbeiter von Alsthom Belfort den Streik in die achte Woche. Beenden sie ihn siegreich, können sie vor allem einen Mindestlohn in Richtung ihrer Forderung von 2700 FF (1 FF ca. 0,42 DM) erkämpfen, kann das eine Bewegung für Überwindung der Lohnspaltung in der ganzen Branche befördern. (s. KVZ 45) Nachdem die 12000 Arbeiter des Elektrokonzerns Mérlin-Gerin am 6.11. als erste in diesem Jahr einen Lohnabschluß über der Inflationsrate erstreikten, haben die Alsthom-Kapitalisten einen staatlichen Schlichter durchgesetzt und bei Scheitern Räumung angedroht.

Eine breite Strömung unter den Metallarbeitern für Kampf hat den CGT-Kongreß zu Beschlüssen für 2700 FF Mindestlohn (heute 2160 FF), 35-Stundenwoche und Aktionseinheit mit der CFDT gezwungen. Erstmals nach dem Versuch der Revisionisten, die Gewerkschaft in einen Wahlverein für die „Linksunion“ 1977 zu verwandeln, und nach der Wahlniederlage steigt wieder die Mitgliederzahl. „Die Mehrheit der Arbeiter weist den sozialen Konsensus zurück“, lautete das Schlußwort des Kongresses. Sie erwartet, daß die Gewerkschaftsführung bei Alsthom auch danach handelt.

Gefährliche Spaltung durch Niedrigstlöhne

Schwierige Ausgangslage für die anstehenden Kämpfe der britischen Arbeiter

z.hef.London. Es sei ein „großartiger Wahlsieg“ gewesen, erklärte Margaret Thatcher auf dem Parteitag der Konservativen Partei im Oktober. Vor allem habe sie sich gefreut, daß die Partei „die größte Stimmenzahl aus den Gewerkschaften in unserer Geschichte“ gewonnen habe.

Diese Stimmen aus den Gewerkschaften haben den Tories tatsächlich den Wahlsieg gebracht. Thatcher hat gewonnen, weil sie die vorhandenen Spaltungen in der Arbeiterklasse geschickt genutzt und ideologisch und politisch ausgeweitet hat.

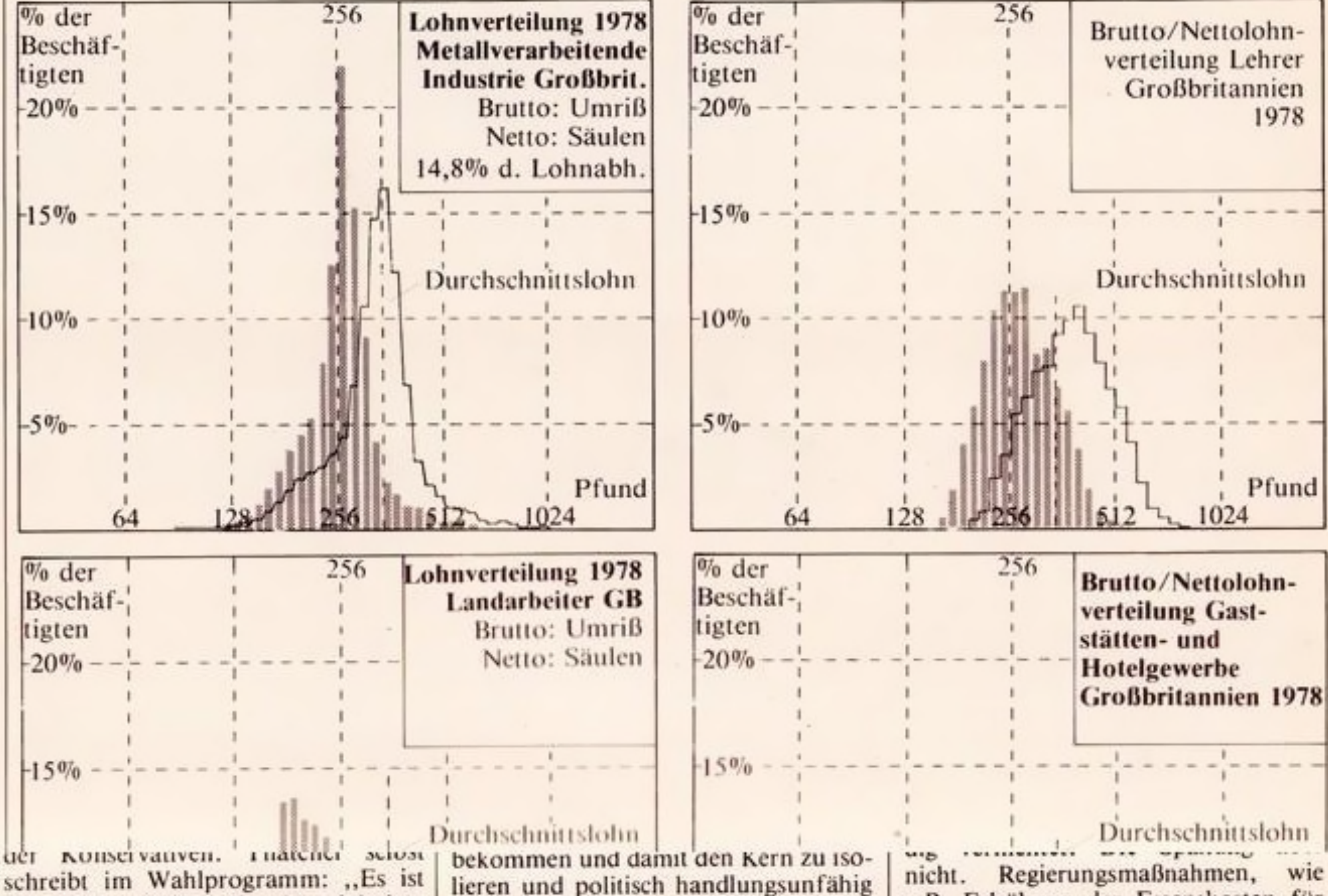
Einer der Eckpfeiler ihrer Wahlkampagne war der Ruf nach Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer. Die Einkommenssteuerzahlung pro Familie habe sich in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. „Die Eingangsrate der Einkommenssteuer ... ist die höchste der Welt“. „Die sehr hohe Eingangsrate attackiert jetzt auch schon Verdienste bei einem sehr niedrigen Einkommen. Weil die Steuerschwelle und die Steuerbänder nicht mit der Inflation Schritt gehalten haben, ist das Niveau, ab dem die meisten Familien anfangen, Einkommenssteuer zu zahlen, ständig gesunken.“ So steht es in einer Wahlkampfanleitung der Konservativen. Thatcher selbst schreibt im Wahlprogramm: „Es ist besonders wichtig, die absurd hohen Steuerstufen am unteren und oberen Ende der Einkommensskala zu senken ... Die Erhöhung der Steuerschwelle wird die Niedriglohnempfänger ganz aus dem Steuernetz heraushalten.“

Die Referenz auf das „untere Ende“ richtet sich direkt an die am wenigsten verdienenden Arbeiter. Die vier Lohnverteilungen zeigen, daß den britischen Imperialisten in den letzten 35 Jahren die Schaffung einer untersten Schicht des Proletariats gelungen ist, die sich deutlich vom Kern der Arbeiterklasse abhebt. Man vergleiche z.B. die Lohnverteilung der Metallarbeiter mit der entsprechenden Verteilung für Westdeutschland in KVZ Nr. 42, S. 19. Diese unterste Schicht findet sich in der linken Hälfte der Lohnverteilung Metall und beim Gaststättengewerbe, das wir als Beispiel für einen hohen Ausländeranteil genommen haben. Denn dieses Subproletariat besteht vor allem aus Arbeitern, die in den Jahren nach dem Krieg aus dem schwindenden Kolonialreich einwanderten – Schwarze aus der Karibik und Afrika, Inder, Zyprioten usw. Mit der Lohnleitlinienpolitik der letzten neun Jahre und einer strikten Lohnsenkungspolitik gegen die Arbeiter im öffentlichen Dienst, die größtenteils Einwanderer oder Ausländer sind, hat die Bourgeoisie diese Spaltung erheblich verschärft. Der Lohnabschluß vom Frühjahr hatte katastrophale Auswirkungen. Thatchers Demagogie zielt darauf ab, die Arbeiterklasse an den Rändern zu fassen zu bekommen und damit den Kern zu isolieren und politisch handlungsunfähig zu machen.

Entsprechend z.B. die tätschelnde Haltung gegenüber den Einwanderern, keine Tory-Wahlsendung ohne einen Einwanderer. „Die ethnischen Minderheiten haben bereits einen wertvollen Beitrag zum Leben unserer Nation geleistet.“ Ähnliche Avancen gegenüber dem Landproletariat, dem – zusammen mit den kleinen Bauern – ein „vernünftiger Lebensstandard“ versprochen wurde. Hier fand im Wahlkampf vor allem die Ideologie der Förderung des Hauseigentums neben den Steuertricks Anwendung.

Auf der anderen Seite haben die Konservativen Einbrüche in die Labour-Wählerschaft unter den Intellektuellen gemacht. Den Universitätsprofessoren versprachen sie mehr Lohn, ebenso der Schulaufsicht. Aber der Masse der Lehrer z.B. versprachen sie nicht höheren Lohn, sondern mehr politischen Einfluß. Bessere Ausbildung, höhere Qualifikationsbedingungen für neue Lehrer, „verstärkte Durchsetzung der Disziplin“, „höherer Standard in der Schule“. Und innerhalb des nächsten Jahres werden sich die Steuerreformen in den oberen Einkommensklassen für die höher verdienenden Lehrer – Schulaufsicht und Universitäten – auch schon bemerkbar machen.

Mit der Mehrwertsteuererhöhung ist die Wirkung der Steuerreform für die unteren Einkommen bereits vollständig vernichtet. Die Spaltung aber nicht. Regierungsmaßnahmen, wie z.B. Erhöhung der Essenskosten für Schulmahlzeiten, richten sich gegen die Arbeiterklasse, aber die Arbeiter mit Einkommen um den Sozialhilfesatz werden ausgenommen, die höheren Einkommen kaum betroffen.



Kleine Schritte zur Einheit – Organisatorische Reform der italienischen Gewerkschaften

z.ulg.Rom. Auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz haben die drei italienischen Gewerkschaftsbünde vom 5. bis 7.11. über eine organisatorische Reform beraten. Seit Ende der 40er Jahre, als sich zunächst die Christdemokraten (CISL), dann die Sozialdemokraten (UIL) von der Einheitsgewerkschaft CGIL abspalteten, ist die italienische Gewerkschaftsbewegung in Richtungsverbände gespalten. Zwar gehen die drei Verbände seit Jahren meist gemeinsam vor. Doch der Versuch, gestützt auf die in der Streikbewegung seit 1969 von allen Arbeitern – unabhängig von der Mitgliedschaft in diesem oder jenem Verband – gewählten Fabrikräte die Einheit wiederherzustellen, scheiterte am Widerstand der bürgerlichen Politiker in der Führung der Gewerkschaften. 1972 schlossen sie einen „Föderativpakt“, nach dem auf allen Ebenen paritätische Organe gebildet wurden, ohne die Selbständigkeit der Richtungsverbände aufzugeben. Als einheitliche Körperschaften bleiben nur die Delegiertenräte bestehen, die es aber bisher fast ausschließlich in der Industrie gibt.

Jetzt sollen auch in den anderen Beschäftigungszweigen – öffentlicher Dienst, Landwirtschaft usw. – Delegiertenräte gewählt und erstmals auch auf überbetrieblicher Ebene einheitliche Organe gebildet werden. Diese „Zonenräte“ – ihr Einzugsbereich wird in den Großstädten einen Stadtbezirk, sonst eine oder mehrere Gemeinden umfassen – sollen über die Branchengrenzen hinweg gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften leiten und z.B. die Arbeitslosen organisieren. Aber nur 60% ihrer Mitglieder werden von den betrieblichen Delegiertenräten gewählt werden, der Rest wird von den Gewerkschaftsbünden ernannt.

Stagnierende Mitgliederbewegung und wachsender Widerstand gegen die klassenversöhnlerische Linie haben die Gewerkschaftsführer zu den jetzt beschlossenen Reformen gezwungen. Sie stellen einen Ansatzpunkt für die Herausbildung der Arbeitereinheit dar, doch überwunden ist die Spaltung in Richtungsverbände noch längst nicht. Alle höheren Leitungsorgane werden nach wie vor paritätisch gebildet werden. Die Befugnisse der Zonenräte sind eng umgrenzt, und die nächsthöhere Ebene, das „Komprensorium“, wird durchschnittlich nur drei Zonen umfassen. Die Arbeiter werden die neuen Möglichkeiten trotzdem zu nutzen wissen.

AFL/CIO-Kongreß: Chauvinismus kann

Streik.“ Alsthom auch danach handelt.

der Konservativen. Thatcher selbst schreibt im Wahlprogramm: „Es ist besonders wichtig, die absurd hohen Steuerstufen am unteren und oberen Ende der Einkommensskala zu senken ... Die Erhöhung der Steuerschwelle wird die Niedriglohnempfänger ganz aus dem Steuernetz heraushalten.“

bekommen und damit den Kern zu isolieren und politisch handlungsunfähig zu machen.

Entsprechend z.B. die tätschelnde Haltung gegenüber den Einwanderern, keine Tory-Wahlsendung ohne einen Einwanderer. „Die ethnischen Min-

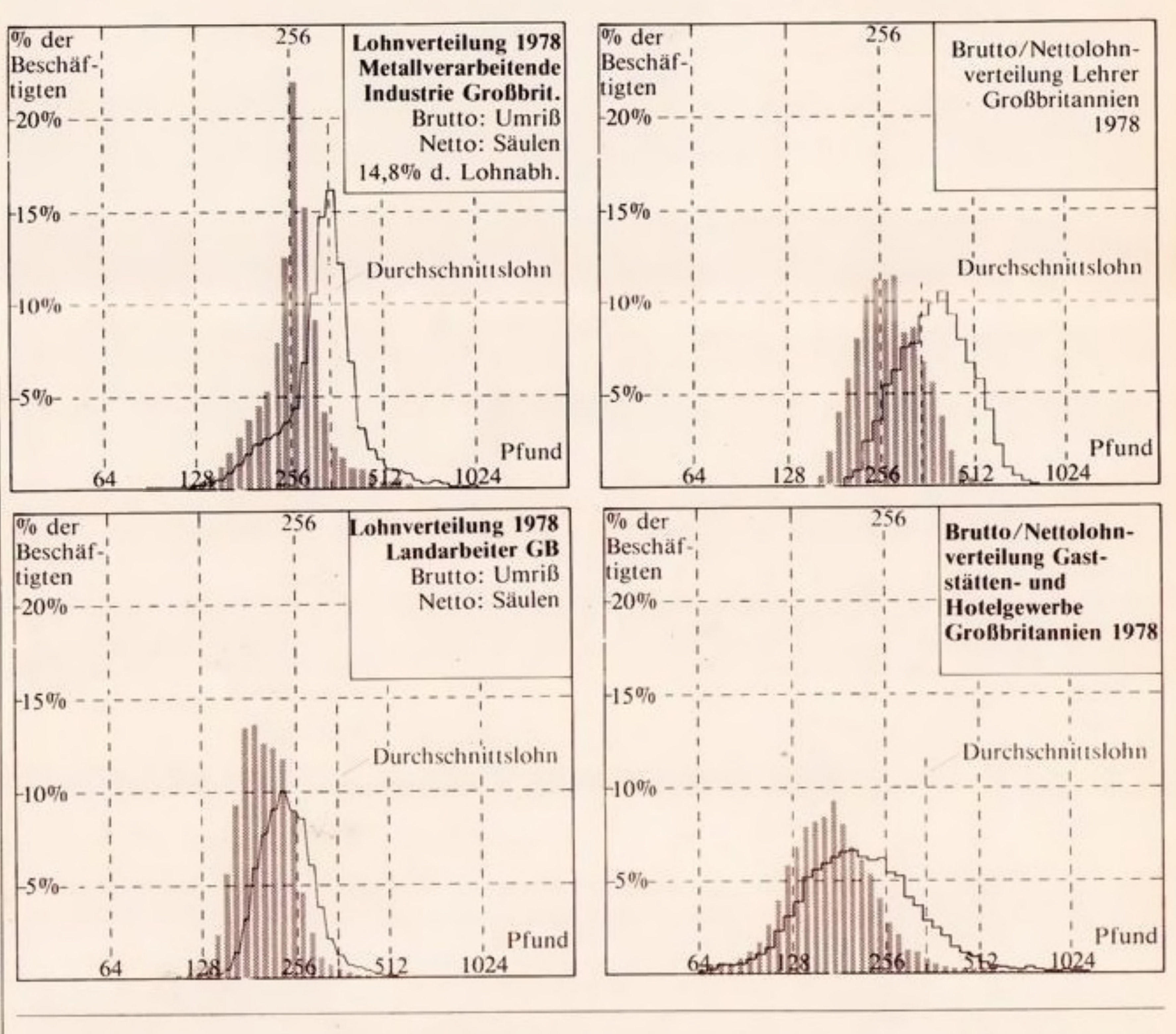
nicht. Regierungsmaßnahmen, wie z.B. Erhöhung der Essenskosten für Schulmahlzeiten, richten sich gegen die Arbeiterklasse, aber die Arbeiter mit Einkommen um den Sozialhilfesatz werden ausgenommen, die höheren Einkommen kaum betroffen.

Kleine Schritte zur Einheit – Organisatorische Reform der italienischen Gewerkschaften

z.ulg.Rom. Auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz haben die drei italienischen Gewerkschaftsbünde vom 5. bis 7.11. über eine organisatorische Reform beraten. Seit Ende der 40er Jahre, als sich zunächst die Christdemokraten (CISL), dann die Sozialdemokraten (UIL) von der Einheitsgewerkschaft CGIL abspalteten, ist die italienische Gewerkschaftsbewegung in Richtungsverbände gespalten. Zwar gehen die drei Verbände seit Jahren meist gemeinsam vor. Doch der Versuch, gestützt auf die in der Streikbewegung seit 1969 von allen Arbeitern – unabhängig von der Mitgliedschaft in diesem oder jenem Verband – gewählten Fabrikräte die Einheit wiederherzustellen, scheiterte am Widerstand der bürgerlichen Politiker in der Führung der Gewerkschaften. 1972 schlossen sie einen „Föderativpakt“, nach dem auf allen Ebenen paritätische Organe gebildet wurden, ohne die Selbständigkeit der Richtungsverbände aufzugeben. Als einheitliche Körperschaften bleiben nur die Delegiertenräte bestehen, die es aber bisher fast ausschließlich in der Industrie gibt.

Jetzt sollen auch in den anderen Beschäftigungszweigen – öffentlicher Dienst, Landwirtschaft usw. – Delegiertenräte gewählt und erstmals auch auf überbetrieblicher Ebene einheitliche Organe gebildet werden. Diese „Zonenräte“ – ihr Einzugsbereich wird in den Großstädten einen Stadtbezirk, sonst eine oder mehrere Gemeinden umfassen – sollen über die Branchengrenzen hinweg gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften leiten und z.B. die Arbeitslosen organisieren. Aber nur 60% ihrer Mitglieder werden von den betrieblichen Delegiertenräten gewählt werden, der Rest wird von den Gewerkschaftsbünden ernannt.

Stagnierende Mitgliederbewegung und wachsender Widerstand gegen die klassenversöhnlerische Linie haben die Gewerkschaftsführer zu den jetzt beschlossenen Reformen gezwungen. Sie stellen einen Ansatzpunkt für die Herausbildung der Arbeitereinheit dar, doch überwunden ist die Spaltung in Richtungsverbände noch längst nicht. Alle höheren Leitungsorgane werden nach wie vor paritätisch gebildet werden. Die Befugnisse der Zonenräte sind eng umgrenzt, und die nächsthöhere Ebene, das „Komprensorium“, wird durchschnittlich nur drei Zonen umfassen. Die Arbeiter werden die neuen Möglichkeiten trotzdem zu nutzen wissen.



AFL/CIO-Kongreß: Chauvinismus kann die Klassenzusammenarbeit nicht retten

z.gek. Carter hat auf dem 13. Kongreß des AFL/CIO, des Dachverbandes der US-amerikanischen Gewerkschaften, wüste Tiraden gegen die „iranische Erpressung“ losgelassen und Beifall dafür erhalten. Noch immer ermöglicht die Stellung als Supermacht es den US-Monopolen, enorme Bestechungssummen an die Führer der Arbeiteraristokratie auszuschütten, die es mit schnaubendem Chauvinismus vergelten.

Solche patriotische Eintracht ändert wenig daran, daß die Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften gespannt sind. Vor einem Jahr etwa war die „Konzertierte Aktion“ zwischen Gewerkschaften, Kapitalisten und Regierung an Carters 7%-Lohnleitlinie geplatzt. Es ist zu harten Lohnauseinandersetzungen gekommen, und wenngleich die Teuerung von 13% das Lebensniveau der Arbeiter in allen Lohnkategorien schmerzhaft gesenkt hat, lagen die Lohnabschlüsse in den meisten Branchen jedenfalls deutlich über den Lohnleitlinien; die gesamte Tariflohnsumme stieg um 8,5%.

Ende September hat der Führungsrat der AFL/CIO (gebildet aus den Spitzen der Mitgliedergewerkschaften) mit knapper Mehrheit beschlossen, mit der geschwächten Carter-Regierung zu einem Deal zu kommen. In einem 6seitigen „Vertrag“ verpflichtete sich die Regierung, keine neuen Lohnleitlinien zu erlassen, sondern stattdessen einen „Lohnrat“ aus je 6 Gewerkschafts-, Regierungs- und Kapitalistenvertretern zu bilden, ohne bestimmte Kompetenz; keine Politik der Geld- und Kreditverknappung zu betreiben, die die Arbeitslosigkeit hochtreibt; die finanzielle Ausstattung und die Zahlungen der (einzelstaatlichen) Arbeitslosenkassen zu verbessern; striktere Sicherheits-und Gesundheitsregeln den Kapitalisten verschiedener Branchen aufzuherrschen; und massive staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme aufzulegen. Carter hat das Papier gleich als „Sozial-Vertrag“ geschwenkt und gepriesen. Das Pech ist, daß seine Regierung in allen Punkten genau das Gegenteil praktisch tun muß und tut, selbst bei der von den Kapitalisten geschätzten „Beschaffung“ jugendlicher Arbeitskraft. Der „Lohnrat“ ist auch nach 2 Monaten noch nicht zusammengetreten. Eine Politik der ausdrücklichen Klassenkollaboration hat keine großen Aussichten.


Der ausscheidende AFL/CIO-Präsident Meany und Carter

Zur Sache! Europaparlament verabschiedet Geschäftsordnung

z.scc.Brüssel. „Die Wähler haben Anspruch darauf, daß das Parlament zur Sache kommt, bisher warten sie vergebens“, nörgelte ZDF-Korrespondent Trutz Beckert aus Straßburg, wo in der vorigen Woche das Europaparlament tagte. Tatsächlich ist es den politischen Vertretern der westdeutschen Imperialisten bislang noch nicht so recht gelungen, ihr Vorhaben, die Befugnisse des Parlaments zu erweitern und so den westdeutschen Hegemonialanspruch über Europa zu bekräftigen, in Gang zu bringen. Fünf Sitzungswochen dauerte es allein, bis man zu einer Geschäftsordnung gelangte: Die Mindest-Fraktionsstärke wurde auf zehn Abgeordnete aus drei Ländern festgelegt. „Die Parlamentarier hoffen, nun von einzelgängerischen Störungen verschont“ zu bleiben, kommentiert das ZDF. Wenn das nicht bereits kräftig „zur Sache“ geschritten ist! Über alle konkurrierende Interessen hinweg haben die Europarlamentarier ein gemeinsames Interesse: Jeden möglichen Gegner des europäischen Völkergefängnisses, der sich zur Beteiligung an den Wahlen entschlossen und die Hindernisse der vorsortierenden jeweiligen Wahlgesetze überwunden hat, seiner einfachsten Rechte zu berauben. In der Sache richtet sich die Geschäftsordnung, dem Charakter des „Vereinten Europa“ als Völkergefängnis entsprechend, in erster Linie gegen Vertreter nationaler Minderheiten. Durften sie bislang schon nicht in ihrer Muttersprache sprechen, sollen sie zukünftig – möglichst überhaupt nicht mehr sprechen.

Niederländische Regierung will „Lohnmäßigung“: ½%-Angebot

z.scc. Ein halbes Prozent Lohn„erhöhung“ sei er bereit zuzugestehen, eröffnete der niederländische Sozialminister Albeda den zu „gemeinsamem Gespräch über die Lohnforderungen 1980“ geladenen Führern der Gewerkschaftsbünde FNV und CNV. Diese hatten zwei Tage zuvor mit Lohnforderungen von 2% (FNV) bzw. 1% (CNV) zusätzlich zum „Lohnindex“ die Fortsetzung der jahrelangen „Lohnmäßigung“ geradezu angeboten. Ganz abgesehen vom amtlichen Preissteigerungsbetrug, gehen die ärgsten Preissteigerungen für Benzin und Heizöl sowie kommunale Tarife in den Lohnindex überhaupt nicht ein. Die Erhöhung der Steuern und des „Eigenbetrages für die Gesundheitsversorgung“ ab 1.1.80 wirken weiter lohnsenkend. „Einige Mitgliedergruppen verlangen weitergehende Lohnerhöhungen“, mußte FNV-Vorsitzender Wim Kok zugeben.

Frankreich: Weitere Kostendämpfung, verstärkter Kampf

z.pel.Paris. Am 15.11. hat die französische Nationalversammlung den Haushalt des Ministers für Gesundheit und Sozialversicherung verabschiedet. Wenn auch noch mit 28,9 Mrd. FF (1 FF ca. 0,42 DM) der zweitgrößte „zivile“ Posten, so liegt seine Steigerungsrate bei den Ausgaben unterhalb der Inflationsrate. Nach dem Raubzug auf die Löhne 1979 – durch zweimalige Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages schnellte der Anteil der Abgaben für „soziale Sicherheit“ von 11,5 auf 12,8% eines Arbeiterlohnes – will Barrot jetzt die Kostendämpfungsschraube weiter anziehen. Entsprechend des schon für 1979 verfügten

Die Völker Afrikas entwickeln ihre Sprachen

Bedingung für wirkliche Unabhängigkeit / Somali erstmals Schriftsprache

z.ulg. Dzingai Mutumbuka, Sekretär der ZANU für Erziehung und Kultur, erklärt vor einiger Zeit in einem Interview: „Der Gebrauch des Englischen in Zimbabwe ist ein Zufall der Kolonialgeschichte, den wir nicht akzeptieren, den wir aber auch nicht ignorieren können. (...) Andererseits ist klar geworden, daß unsere einheimischen Sprachen durch das Kolonialsystem unterdrückt worden sind. Glücklicherweise haben wir in Zimbabwe hauptsächlich nur zwei einheimische Sprachen: Shona und Matabele. Ihr Gebrauch wird stark gefördert werden. Wir stellen auch mit Befriedigung fest, daß Swahili zunehmend ein Verständigungsmittel in Zentral- und Ostafrika wird. Wir werden Mittel und Wege studieren, um es zu einer wirklichen *lingua franca* (Verkehrssprache) zu machen."

Mit rund 2000 verschiedenen Sprachen ist Afrika der sprachenreichste Kontinent. In der Karte haben wir nur die wichtigsten Sprachen mit ihrem ungefähren Einzugsbereich eingetragen. Nur drei dieser Sprachen – Arabisch, Swahili und Haussa – werden von mehr als 20 Millionen Menschen gesprochen. Während die im nördlichen Afrika gesprochenen semitischen Sprachen ebenso wie die Bantusprachen im Südteil des Kontinents wenigstens entfernt miteinander verwandt sind, ist die sprachliche Zersplitterung im dichtbesiedelten Westafrika am größten. Zudem liegen die von den Kolonialisten gezogenen Staatsgrenzen meist quer zu den Sprachgrenzen. So wird Haussa z.B. im „frankophonen" Niger und im Norden des „anglophonen" Nigeria gesprochen, nicht aber in Südnigeria.

Viele afrikanische Sprachen waren vor der Kolonisierung über weite Entfernungen verbreitet, meist im Gefolge des Warenaustauschs als Handelssprachen. Einige, so Haussa und Swahili, wurden auch (mit arabischen Schriftzeichen) geschrieben, und diese Völker verfügen über eine jahrhundertealte Literatur. In den anderen Sprachen gibt es eine reiche mündliche Überlieferung, die die afrikanischen Völker heute als Geschichtsquelle nutzen.

Die Kolonialisten haben die Entwicklung der afrikanischen Sprachen nach Strich und Faden unterdrückt. In einem Dekret über das Schulwesen in den französischen Kolonien aus dem Jahr 1922 heißt es: „Der allgemeine Unterricht muß in französischer Sprache erteilt werden." Die britischen Imperialisten ließen an den Grundschulen und auf den unteren Ebenen der Kolonialverwaltung den Gebrauch einiger afrikanischer Sprachen zu, hauptsächlich, um die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Doch die wenigen Afrikaner, die zu den hö-

fernt miteinander verwandt sind, ist die sprachliche Zersplitterung im dichtbesiedelten Westafrika am größten. Zudem liegen die von den Kolonialisten gezogenen Staatsgrenzen meist quer zu den Sprachgrenzen. So wird Haussa z.B. im „frankophonen" Niger und im Norden des „anglophonen" Nigeria gesprochen, nicht aber in Südnigeria.

Viele afrikanische Sprachen waren vor der Kolonisierung über weite Entfernungen verbreitet, meist im Gefolge des Warenaustauschs als Handelssprachen. Einige, so Haussa und Swahili, wurden auch (mit arabischen Schriftzeichen) geschrieben, und diese Völker verfügen über eine jahrhundertealte Literatur. In den anderen Sprachen gibt es eine reiche mündliche Überlieferung, die die afrikanischen Völker heute als Geschichtsquelle nutzen.

Die Kolonialisten haben die Entwicklung der afrikanischen Sprachen nach Strich und Faden unterdrückt. In einem Dekret über das Schulwesen in den französischen Kolonien aus dem Jahr 1922 heißt es: „Der allgemeine Unterricht muß in französischer Sprache erteilt werden." Die britischen Imperialisten ließen an den Grundschulen und auf den unteren Ebenen der Kolonialverwaltung den Gebrauch einiger afrikanischer Sprachen zu, hauptsächlich, um die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Doch die wenigen Afrikaner, die zu den hö-

heren Schulen zugelassen wurden, mußten sich der englischen Sprache bedienen. Als um 1960 die meisten afrikanischen Staaten die Unabhängigkeit erkämpft hatten, konnten 81% ihrer Bürger nicht lesen und schreiben. Nur 10% beherrschten eine der europäischen Kolonialsprachen.

Die Entwicklung der afrikanischen Sprachen ist eine elementare Bedingung, um die Produktivkräfte entwickeln und gegen neokoloniale Unterdrückung wirkliche Unabhängigkeit erkämpfen zu können. Das fängt damit an, daß Alphabetisierungskampagnen in der Regel nur in der Muttersprache durchgeführt werden können, aber wenig nützen, wenn es dann keine Presse und keine Literatur in diesen Sprachen gibt. Die Produktionserfahrungen der Massen können kaum verallgemeinert werden, wenn sie dies nicht auch schriftlich in ihrer Muttersprache tun können.

Im westafrikanischen Guinea wurde nach der Unabhängigkeit erstmals ein gemeinsames Alphabet für alle acht einheimischen Sprachen entwickelt und darauf gestützt eine Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Die Kampagne schlug weitgehend fehl, u.a., weil die Erwachsenen nicht einsahen, warum sie das Schreiben in einer afrikanischen Sprache lernen sollten, während ihre Kinder in der Schule französisch sprachen. In Mali wurde daher versucht, die Alphabetisierung von vornherein mit der Entwicklung der Produktivkräfte zu verbinden, landwirtschaftliche Literatur in der einheimischen Sprache Baramba herauszugeben usw.

Nur in Tansania jedoch wurde von vornherein eine afrikanische Sprache, Swahili, zur Amtssprache erklärt. Das hängt damit zusammen, daß sich die afrikanischen Völker erst im Kampf gegen ihre jeweiligen Kolonialunterdrücker zu modernen Nationen gebildet haben. Notgedrungen verständigten sie sich zum Kampf gegen die Kolonialisten zunächst in deren Sprache. Nach der Befreiung hätte die Festlegung *einer* afrikanischen Sprache als Staatssprache oft unnötig Widersprüche zwischen den verschiedenen Nationalitäten geschürt. Andererseits versuchen die alten Kolonialmächte, mit Ideologien wie der „Frankophonie" diejenigen, die in den afrikanischen Ländern ihre Sprache sprechen, im wesentlichen also die nationale Bourgeoisie und die bürgerliche Intelligenz, an sich zu binden und von französischer bzw. britisch-amerikanischer „technischer Hilfe" abhängig zu machen.

Somalia ist einer der wenigen afrikanischen Staaten, in denen im wesentlichen nur eine Sprache gesprochen wird. Doch diese Sprache, Somali, wurde bis Anfang der 70er Jahre ausschließlich mündlich verwendet. Geschrieben wurde nur in den Sprachen der ehemaligen Kolonialunterdrücker, Italienisch und Englisch, oder in Arabisch. Gleich nach dem Putsch fortschrittlicher Militärs 1969 ordnete die neue Regierung die Ausarbeitung von Wörterbüchern, Grammatiken und Schulfibeln für Somali an. Noch bevor diese Arbeiten abgeschlossen waren, verkündete die Regierung am 21.10.72 die Einführung von Somali als Amtssprache. Als erste mußten Lehrer, Beamte, Offiziere und Polizisten obligatorische Monatskurse absolvieren. Zur Alphabetisierung der Massen wurde die Militärdienstzeit auf ein Jahr verkürzt, im zweiten Dienstjahr wurden die Soldaten als Lehrer eingesetzt. Der Erfolg war durchschlagend: In einem

Nur in Tansania jedoch wurde von vornherein eine afrikanische Sprache, Swahili, zur Amtssprache erklärt. Das hängt damit zusammen, daß sich die afrikanischen Völker erst im Kampf gegen ihre jeweiligen Kolonialunterdrücker zu modernen Nationen gebil-

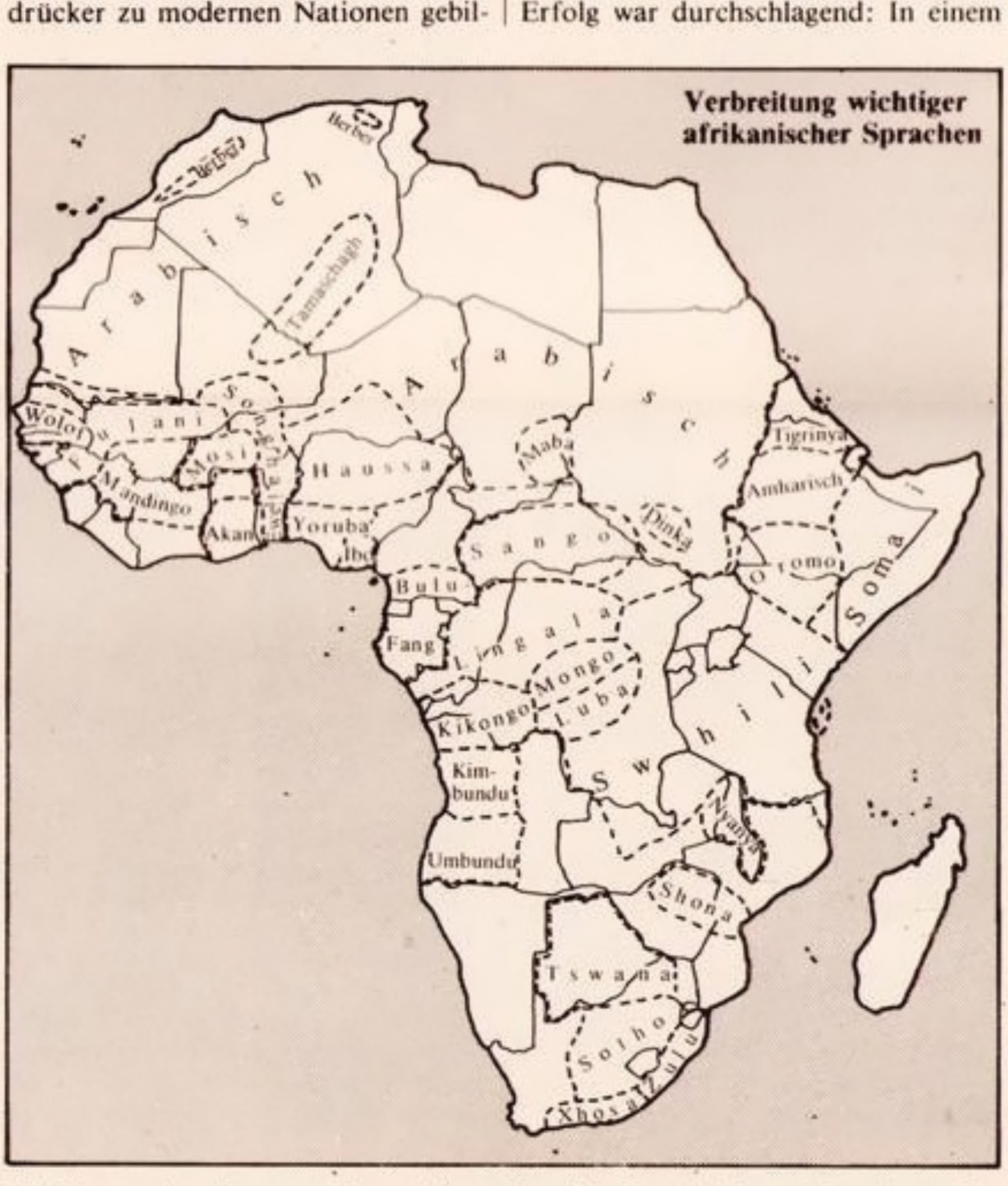
amte, Offiziere und Polizisten obligatorische Monatskurse absolvieren. Zur Alphabetisierung der Massen wurde die Militärdienstzeit auf ein Jahr verkürzt, im zweiten Dienstjahr wurden die Soldaten als Lehrer eingesetzt. Der Erfolg war durchschlagend: In einem

Land, in dem am Ende der Kolonialzeit 90% der Bevölkerung Analphabeten waren, konnten bis Anfang 1974 85% lesen und schreiben. Der Schulunterricht wird seit 1973 in Somali erteilt, für die Zukunft ist auch an den Hochschulen die Einführung somalisprachiger Lehrbücher vorgesehen. Eine wichtige Rolle zur Vereinheitlichung der neuen Schriftsprache spielen die Korrektoren der Presse, die die Autoren zur Beachtung festgelegter Grammatik- und Rechtschreibregeln anhalten.

Weit komplizierter ist die Lage im mit über 80 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichsten afrikanischen Staat, *Nigeria*. Keine der bedeutendsten der 200 einheimischen Sprachen – Haussa, Yoruba, Ibo (je rund 15 Mio.) – wird im ganzen Land verstanden. In den 60er Jahren hatten die Imperialisten die Konflikte zwischen den verschiedenen Nationalitäten bis zu einem blutigen Bürgerkrieg schüren können. Seit 1976 führt die Regierung jetzt ein Grundschulprogramm durch, für das zunächst in sieben afrikanischen Sprachen Lehrmaterialien erstellt wurden. Erstmals soll so allgemeine Schulausbildung für alle Kinder verwirklicht werden. In den Schulen wird neben der Muttersprache die Erlernung einer weiteren afrikanischen Sprache gefördert.

Die größten Erfolge in der Ersetzung des Englischen durch eine afrikanische Sprache hat *Tansania* zu verzeichnen. Obwohl Swahili von weniger als 50% der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen wird, entwickelt es sich immer mehr zu einer wirklichen Nationalsprache. Begünstigt wurde das dadurch, daß die Kenntnis des Swahili als Verkehrssprache schon vorher verbreitet war. Ausschlaggebend aber waren die bewußten politischen Anstrengungen von Partei und Regierung. So wird in den Parteiversammlungen, im Wirtschaftsleben und in der Presse durchweg Swahili verwendet, während im benachbarten Kenia, wo Swahili inzwischen ebenfalls Amtssprache ist, das Parlament nach wie vor auf Englisch debattiert. Die Universität Dar es Salaam arbeitet Listen mit technisch-wissenschaftlichen Fachausdrücken aus, wobei darauf geachtet wird, möglichst Wörter aus dem Swahili oder anderen Bantusprachen zu verwenden und im Notfall statt auf Englisch auf das Arabische zurückzugreifen, mit dem von jeher Verbindungen bestehen.

Zur Erforschung der afrikanischen Sprachen und zur Verallgemeinerung der Erfahrungen der Mitgliedsländer hat die Organisation für Afrikanische Einheit OAU in Kampala/Uganda ein eigenes Institut gegründet.



Die Karte zeigt den ungefähren Einzugsbereich der wichtigsten Sprachen. Oft sind es Verkehrssprachen, in deren Bereich noch zahlreiche andere Sprachen gesprochen werden. Sprach- und Staatsgrenzen überschneiden sich.

Imperialisten hintertreiben Wahlen unter UN-Aufsicht in Namibia

z.rül. Am vergangenen Freitag ging die Genfer Namibia-Konferenz, die am Dienstag unter Beteiligung der fünf westlichen Imperialisten USA, Großbritannien, der BRD, Frankreichs und Kanadas sowie des südafrikanischen Kolonialregimes auf der einen Seite und der SWAPO sowie der afrikanischen Frontstaaten Angola, Sambia und Botswana auf der anderen Seite begonnen hatte, erneut ohne einen Beschluß über die Durchführung allgemeiner Wahlen für die Unabhängigkeit des Landes auseinander. Südafrika habe Vorbehalte gegen den UN-Plan zum Schutz des Territoriums vor Konflikten geäußert, hieß es in der britischen Zeitung Guardian dazu.

Tatsächlich haben die Imperialisten das südafrikanische Kolonialregime lediglich vorgeschickt, um die Wahlen erneut zu hintertreiben. Bevor sie sich in Namibia auf den Versuch einer neokolonialen Lösung einlassen, wollen die Imperialisten erst einmal abwarten, ob ihnen in Zimbabwe die Niederschlagung des Befreiungskampfes gelingt. Sie wissen, daß der Ausgang dieser Auseinandersetzung entscheidend für die Lage im südlichen Afrika ist.

Ihren Plan für eine neokoloniale Lösung in Namibia selbst haben sie schon vor etwa einem Monat vorgelegt und zur Grundlage der Konferenz in der letzten Woche gemacht. Danach soll die gesamte Grenze Namibias in eine „entmilitarisierte Zone" verwandelt werden, alle Einheiten der SWAPO in

Genfer Namibia-Konferenz, die am Dienstag unter Beteiligung der fünf westlichen Imperialisten USA, Großbritannien, der BRD, Frankreichs und Kanadas sowie des südafrikanischen Kolonialregimes auf der einen Seite und der SWAPO sowie der afrikanischen Frontstaaten Angola, Sambia und Botswana auf der anderen Seite begonnen hatte, erneut ohne einen Beschluß über die Durchführung allgemeiner Wahlen für die Unabhängigkeit des Landes auseinander. Südafrika habe Vorbehalte gegen den UN-Plan zum Schutz des Territoriums vor Konflikten geäußert, hieß es in der britischen Zeitung Guardian dazu.

Tatsächlich haben die Imperialisten das südafrikanische Kolonialregime lediglich vorgeschickt, um die Wahlen erneut zu hintertreiben. Bevor sie sich in Namibia auf den Versuch einer neokolonialen Lösung einlassen, wollen die Imperialisten erst einmal abwarten, ob ihnen in Zimbabwe die Niederschlagung des Befreiungskampfes gelingt. Sie wissen, daß der Ausgang dieser Auseinandersetzung entscheidend für die Lage im südlichen Afrika ist.

Ihren Plan für eine neokoloniale Lösung in Namibia selbst haben sie schon vor etwa einem Monat vorgelegt und zur Grundlage der Konferenz in der letzten Woche gemacht. Danach soll die gesamte Grenze Namibias in eine „entmilitarisierte Zone" verwandelt werden, alle Einheiten der SWAPO in

Namibia entwaffnet und die bewaffneten Kräfte der SWAPO in vier Lagern außerhalb des Landes zusammengepfercht werden, während das südafrikanische Kolonialregime weiterhin ca. 16000 Besatzungssoldaten in fünf Lagern im Land halten darf. Die Kontrolle „fairer" Wahlen soll einem UNO-Kontingent von 7500 Mann unterliegen, dessen Hauptaufgabe die „Sicherung der Grenzen" sei. Das Ganze stinkt geradezu nach einem Putsch des Kolonialregimes im Falle eines Wahlsiegs der SWAPO, wenn nicht schon die Wahlen selbst wieder massiv gefälscht werden.

Die Interventionsfähigkeit des südafrikanischen Siedlerregimes, auf das sich die Imperialisten bei einer solchen „Lösung" stützen wollen, ist aber nicht nur durch die unsichere Lage in Zimbabwe eingeschränkt. Auch im Innern sieht sich das Regime wachsendem Druck durch die Kämpfe der Volksmassen Azanias und der farbigen Bevölkerung ausgesetzt. Wenige Tage, nachdem schwarze Guerillas eine Polizeistation in Soweto angriffen und dabei zwei Polizisten töteten, wurde am vergangenen Donnerstag das Haus eines schwarzen Sicherheitspolizisten von Guerillas mit Granaten angegriffen. Ministerpräsident Botha mußte sich am vorletzten Wochenende von Vertretern eines von der Kolonialregierung selbst eingerichteten „Parlaments" der Farbigen anhören, daß diese die neuen Verfassungspläne der Siedler strikt ablehnen. Nach diesen Plänen sollen die Schwarzen und Farbigen eigene „Parlamente" neben dem weißen Siedlerparlament erhalten, während die Siedler den kolonialen Staatsapparat unter Kontrolle behalten. Aufbauend darauf soll dann ein ganzer „Staatenbund", der auch Lesotho, Swaziland, Botswana, Namibia und Zimbabwe umfassen soll, geschaf-

rung der Grenzen" sei. Das Ganze stinkt geradezu nach einem Putsch des Kolonialregimes im Falle eines Wahlsiegs der SWAPO, wenn nicht schon die Wahlen selbst wieder massiv gefälscht werden.

Die Interventionsfähigkeit des südafrikanischen Siedlerregimes, auf das sich die Imperialisten bei einer solchen „Lösung" stützen wollen, ist aber nicht nur durch die unsichere Lage in Zimbabwe eingeschränkt. Auch im Innern sieht sich das Regime wachsendem Druck durch die Kämpfe der Volksmassen Azanias und der farbigen Bevölkerung ausgesetzt. Wenige Tage, nachdem schwarze Guerillas eine Polizeistation in Soweto angriffen und dabei zwei Polizisten töteten, wurde am vergangenen Donnerstag das Haus eines schwarzen Sicherheitspolizisten von Guerillas mit Granaten angegriffen. Ministerpräsident Botha mußte sich am vorletzten Wochenende von Vertretern eines von der Kolonialregierung selbst eingerichteten „Parlaments" der Farbigen anhören, daß diese die neuen Verfassungspläne der Siedler strikt ablehnen. Nach diesen Plänen sollen die Schwarzen und Farbigen eigene „Parlamente" neben dem weißen Siedlerparlament erhalten, während die Siedler den kolonialen Staatsapparat unter Kontrolle behalten. Aufbauend darauf soll dann ein ganzer „Staatenbund", der auch Lesotho, Swaziland, Botswana, Namibia und Zimbabwe umfassen soll, geschaf-

fen werden. In dieser Woche will das Kolonialregime über diesen Plan eine „Konferenz" veranstalten. Die Vertreter des farbigen Parlaments wiesen den gesamten Plan zurück. „Das Treffen endete mit einer Warnung Bothas an die Delegierten vor jeder verfassungsfeindlichen Aktion", meldete der britische Guardian.

Verbots zusätzlicher Haushaltsmittel für die Krankenhäuser und der Bindung der Ärztehonorare an die Senkung der Verschreibungen, sollen jetzt die Ausgaben geringer als das Bruttosozialprodukt wachsen. „Die Franzosen zu besserer Hygiene anspornen", propagiert Barrot zynisch Medikamententzug. Gleichzeitig werden im Haushalt weitere 400 Kontrolleure bereitgestellt, falls es freiwillig nicht geht. Er wird sie brauchen. 7000 Beschäftigte des Gesundheitswesens demonstrierten am 15. zur Nationalversammlung, die Ärzte haben ihren zweiten Streik für den 29.11. angekündigt. Für 1979 hat er schon Zusatzhaushalte für 260 Krankenhäuser zugestehen müssen.

US-Militärmanöver in und mit Spanien

z.mif. Anfang November fand die bisher größte gemeinsame Militärübung der US-Imperialisten auf spanischem Boden statt, parallel zu den Herbstmanövern der NATO. 36000 Soldaten waren daran beteiligt, sowie 200 Flugzeuge und über 50 Kriegsschiffe, darunter der US-Flugzeugträger Nimitz. Die Übung wurde an der spanischen Südostküste durchgeführt, zwischen Almeria und Mojacar. Gegenstand der Übung, Codename „Crisis 79", war die Landung der gemeinsamen US-imperialistischen und spanischen Streitkräfte an der Küste im Gegenangriff auf eine angenommene Invasion von Warschauer Pakt-Staaten, die einen Teil der iberischen Halbinsel über westeuropäische Staaten besetzt haben sollten. Spanien ist nicht Mitglied der NATO, aber die europäischen und US-Imperialisten betrachten die baldige Mitgliedschaft als natürlichen Bestandteil des „Demokratisierungsprozesses" und der „EG-Integration". 1970 hat Spanien unter Franco in einem Freundschaftsvertrag mit den USA diesen Ausbau- und Nutzungsrechte auf vier Stützpunkten eingeräumt; die US-Imperialisten lieferten „als Gegenleistung" ein elektronisches System zur Luftüberwachung. Über dieses System ist Spanien seit letztem Jahr mit dem NATO-Luftabwehrsystem NADGE von Portugal und Frankreich verbunden. Spanien verfügt über keine eigene Waffenproduktion und ist auf Käufe in den USA und Frankreich angewiesen. – Das Manöver dauerte eine Woche; ein Flugzeug F-14 der US-Imperialisten stürzte ins Meer. Juan Carlos, der nach der Verfassung Oberkommandierender der Armee ist, hat das Manöver inspiziert.

Rumänien: Wehrsold erhöht – SU-Stabskader zahlen selbst

z.anb. Die rumänische Regierung hat beschlossen, daß bei Stabsübungen – der einzigen Form von Manövern des Warschauer Paktes, die auf rumänischem Territorium gestattet sind – die Verpflegung der Offizierskader der Vertragsstaaten nicht mehr vom rumänischen Staat gezahlt wird. Der davon betroffene Stab des Vereinten Oberkommandos unter Marschall Kulikow besteht zum überwiegenden Teil aus sowjetischen Offizieren. Mit ihrem Beschluß bekräftigt die rumänische Regierung den Standpunkt, den sie bei der Tagung des Warschauer Paktes im September 1978 vertreten hat und der vor allem auf seiten der kleineren Paktstaaten die Widersprüche zur sozialimperialistischen Oberhoheit aufgreift, wie sie auch die letztjährige Deklaration nicht verheimlichen konnte: „Die Völker können sich nicht mit der ständig wachsenden Last der unproduktivsten Ausgaben – der Kosten für die Produktion von Vernichtungsmitteln – abfinden." Mit Wirkung vom 1.11.1979 hat die Regierung Ceausescu zugleich den Sold der Wehrdienstleistenden um 13% erhöht. Der Oberste Politische Rat der Armee hat der Politik der Regierung seine volle Unterstützung erklärt; die Arbeiter in Uniform würden alles in ihrer Kraft stehende tun, um „die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und Souveränität unseres teuren Vaterlandes entschlossen zu verteidigen."

Afghanistan: Befreiungsfront gegen sowjetische Offensive

z.anb. In einem Appell an den Generalsekretär hat die Nationale Befreiungsfront Afghanistans in der Vorwoche die UNO aufgefordert, die Sicherung der Ernährung von 4 Mio. Menschen in der südlichen Provinz Peschawar, im Grenzgebiet zu Pakistan zu unterstützen. Seit Wochen versuchen hier die Regierungstruppen Amins, die Bauern an der Einbringung der Ernte zu hindern und das Getreide zu vernichten. Ihre Offensive wird durch massive Luftunterstützung von sowjetischen Kampfhubschraubern dirigiert. 40000 Bauernfamilien sind aufgrund der anhaltenden Kämpfe aus dem Gebiet über die Grenze nach Pakistan vertrieben worden. Vor dem Einbruch des Winters zielt die Strategie der sowjetischen Hegemonisten darauf ab, ihre bedrängte Lage zu wenden, durch Vernichtung der Nahrungsmittel den Befreiungskampf auszuhungern. 20 Bataillone sowjetischer Truppen sind zusätzlich nach Afghanistan in Marsch gesetzt worden. Gerade in der Nordostprovinz Badakhasan aber, wo die wichtigsten Durchzugsverbindungen für den sozialimperialistischen Nachschub verlaufen, haben die Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront seit Anfang des Monats 2600 Mann Regierungstruppen außer Gefecht gesetzt. Bei diesen Kämpfen wurden 22 Panzer zerstört und große Mengen Gerät und Munition sichergestellt. Eine weitere Einheit der Regierungstruppen hat sich daraufhin gegen ihre sowjetischen Befehlshaber erhoben, 12 von ihnen erschossen und sich der Befreiungsarmee angeschlossen. Die sowjetischen Hegemonisten sehen sich auf immer weniger Stützpunkte zurückgedrängt.

Nah-Ostpolitik der Bundesregierung: Wenn „keine Einbahnstraße“, was dann?

z.ges. Genscher reist immer mal wieder durch arabische Staaten und läßt auch was über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hören. Willy Brandt, in Sachen Dritte Welt und Befreiungsbewegungen und in seiner Eigenschaft als Vorstand der sozialistischen Internationale immer wieder für die Bundesrepublik als Kundschafter tätig, hat vor einigen Wochen zusammen mit Bruno Kreisky in Wien den Vorsitzenden der PLO, Jassir Arafat getroffen. Der FDP-Abgeordnete Möllemann war im Libanon unterwegs. Hat sich die Nah-Ost-Politik der BRD geändert und wenn ja, wie hat sie sich geändert? In der Mainzer Allgemeinen Zeitung hat Helmut Schäfer, Obmann der FDP-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, zur Nahostpolitik der Bundesregierung geäußert: „Wir wollen, daß Israel erhalten bleibt, wir wollen, daß es in Ruhe in gesicherten Grenzen leben kann. Das gilt aber genauso für den Libanon, für Syrien und Jordanien. Ohne eine Lösung der Palästinenserfrage aber wird sich dieser fromme Wunsch nicht erfüllen. Deshalb hat Nahum Goldmann, der Präsident des jüdischen Weltkongresses, recht, wenn er eine internationale Konferenz fordert, an der alle am Konflikt beteiligten Kräfte teilnehmen müssen, auch die – wie wir wissen – längst zu Kompromissen bereite PLO, die inzwischen von über hundert Staaten der Welt als die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt worden ist. Die beiden Großmächte und die Europäische Gemeinschaft müssen dabei mithelfen, eine Lösung zu erarbeiten, deren Kernpunkte die Anerkennung Israels durch alle arabischen Staaten und die PLO, die Räumung besetzten arabischen Territoriums durch Israel, die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf eine staatliche Existenz und internationale Sicherheitsgarantien für alle betroffenen Mächte wären.“

Interessant ist die Reihenfolge, in der die Ziele der Außenpolitik der Bundesregierung aufgeführt werden: Israel solle in gesicherten Grenzen leben können, das gälte aber auch für den Libanon, für Syrien und für Jordanien. Wann haben der Libanon, Syrien und Jordanien Israel jemals angegriffen? Es ist zionistische Geschichtsschreibung, die von dem FDP-Mann popularisiert wird: demnach haben die Zionisten und Israel ihre Kriege immer nur geführt, um ihre Grenzen zu sichern, während die Grenzen Israels wie ihre ständige Erweiterung doch ausschließlich durch Aggression zustandegekommen sind. Noch heute werden die Siedlungen in den besetzten Gebieten von den Zionisten als Maßnahmen zur Grenzsicherung begründet. Es ist eine Verteidigung dieser Aggressoren, wenn gesagt wird, die Grenzen Israels müßten gesichert werden, wo diese Grenzen nie anderes waren als Ausgangspunkt der nächsten Aggression.

Sicherung der Aggressoren ist nach Auffassung der Bundesregierung auch die Voraussetzung für die Räumung der besetzten Gebiete und die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf eine staatliche Existenz durch Israel. Aber die Existenz des zionistischen Kolonialstaates ist ja von Anfang an die Negation des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Die Fundamente des zionistischen Kolonialstaates wurden durch die Vertreibung der Palästinenser gelegt, und die systematische Vertreibung der Palästinenser blieb in der Folge die Grundbedingung des Aufbaus und der Ausdehnung des zionistischen Kolonialstaates. Die Siedlungs-und Vertreibungspolitik der Zionisten in den besetzten Gebieten ist ja nur der vorläufig letzte Akt in dieser Geschichte des zionistischen Kolonialstaates, der mit Hilfe der Imperialisten immer tiefer in arabisches Territorium hineingetrieben wurde. Auch hier besteht die Politik der Bundesregierung darin, daß das vertriebene palästinensische Volk erst seine Vertreibung durch die zionistischen Aggressoren legalisieren müsse, bevor es auf eine Anerkennung seines Selbstbestimmungsrechtes und seiner staatlichen Existenz rechnen könne. Entsprechend will die Bundesregierung erst dann die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen, wenn die PLO den zionistischen Kolonialstaat, der von Anfang an das palästinensische Volk negierte, terrorisierte und vertrieb, anerkennt.

Die Bundesregierung hat den Eindruck, daß der zionistische Kolonialstaat nur erhalten werden kann, wenn er das erreichte sichert. Erhaltung des zionistischen Kolonialstaates ist die Triebkraft der Nah-Ost-Politik des westdeutschen Imperialismus. Die Differenzen mit der israelischen Regierung bestehen ausschließlich darin, wie dieser zionistische Kolonialstaat gegenwärtig überhaupt noch erhalten werden kann. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, daß sie dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation die Garantie des Kolonialstaates abringen könnte für die Zusicherung, daß dieser Kolonialstaat in Zukunft auf seine Existenzbedingung, Aggression und Expansion, verzichten würde. Die Nahostpolitik soll keine „Einbahnstraße“ mehr sein, die Unterstützung für den Aggressor liefert, sondern soll auf dem Weg über die arabischen Staaten auch noch den Kampf gegen die Aggressoren verhindern. Sowieso gehen die Kapitalinteressen in beide Richtungen. Wird dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation jetzt endlich die Hand gereicht, wie einen die Bundesregierung glauben machen will? Jemand, der mich von meinem Interessenstandpunkt wegzerren will, muß mir erst mal die Hand reichen. Freilich, wenn ich seine Hand ergreifen sollte, dann ist noch nicht ausgemacht, daß er mich von meinem Interessenstandpunkt tatsächlich wegzerren kann, oder ob umgekehrt ich seine Hand festhalten kann, damit er sie nicht freibekommt, um mir weitere Schwierigkeiten zu machen. Der Hauptfeind des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation sind sicher die beiden Supermächte. Eine der beiden Supermächte gibt sich als Freund der Palästinenser und der arabischen Nation aus und hat doch Israel nicht nur anerkannt, sondern hat ihm auch immer wieder Menschen geliefert, um seine Aggressionspolitik und Siedlungspolitik fortzusetzen. Ein solcher „Freund“ könnte den Interessenstandpunkt des palästinensischen Volkes, den Kolonialstaat nicht anzuerkennen, sondern schließlich zu zerschlagen, auch gegenüber den anderen Feinden des palästinensischen Volkes nur untergraben, statt zu stützen.

Die Zionisten brauchen den Landraub – Ihre Kolonialgesellschaft spaltet sich

z.lup. Mindestens 17 palästinensiche Bürgermeister in den 1967 besetzten Gebieten haben Anfang der letzten Woche ihren Rücktritt erklärt, nachdem die zionistischen Besatzer Bassam Shaka, den Bürgermeister von Nablus, verhaftet und seine Abschiebung nach Jordanien angekündigt hatten. Bereits kurz nach der Verhaftung war der Stadtrat von Nablus geschlossen zurückgetreten und hatte sich in ein Komitee zur Verteidigung der Rechte von Bassam Shaka umgewandelt. In nahezu allen Städten und Dörfern am Westufer des Jordan wurden Generalstreiks durchgeführt. Die Geschäfte blieben geschlossen. Die Studenten der Bir Zeit Universität organisierten einen Sitzstreik. Diese Aktionen sind ein weiterer Höhepunkt der hartnäckigen Kämpfe, die die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten bereits das ganze Jahr über mit wachsender Wucht führen. Sie richten sich gegen die zionistische Besatzung, die „Autonomiepläne“, die diese Besatzung verewigen sollen, und die fortgesetzte Politik des Landraubs und der zionistischen Besiedelung. Bereits im Juni war in Nablus und in einer Reihe weiterer Städte ein Generalstreik durchgeführt worden.

Die Verhaftung des Bürgermeisters von Nablus begründeten die Besatzer damit, dieser habe „Terrorakte gerechtfertigt“. Bassam Shaka hatte auf die Frage von zionistischen Militärs, wie er zu den von der PLO durchgeführten bewaffneten Aktionen stehe, erklärt, solche Aktionen ergäben sich aus den objektiven Umständen, nämlich der fortgesetzten Besatzung des Landes, der Siedlungspolitik und der Angriffe auf den Südlibanon.

Der israelische Staat beruht auf der massenhaften Vertreibung des palästinensischen Volkes, das vor allem aus selbständigen Bauern bestand, und der Verwandlung der Bauern, die unter zionistischer Herrschaft leben, in Lohnsklaven, die unter kolonialen Bedingungen ausgebeutet werden. 1948 bestand die palästinensische Bevölkerung innerhalb der Grenzen des zionistischen Staates noch zu 75% aus Bauern, heute sind es noch 25%. Von den insgesamt 108000 erwerbstätigen Palästinensern innerhalb Israels sind heute 77500 Lohnabhängige. Sie bilden den am meisten gedrückten und am meisten ausgebeuteten Teil der von den zionistischen Kompradoren unterjochten Arbeiterklasse.

Insgesamt 833000 Lohnabhängige führt die Statistik Israels auf, deren Durchschnittseinkommen 330 israelische Pfund die Woche beträgt (1974). Für die „Nichtjuden“ gibt dagegen die israelische Statistik ein Durchschnittseinkommen von 270 Pfund die Woche an. Für die aus orientalischen Ländern eingewanderten, 245000 jüdischen Lohnabhängigen ein Durchschnittseinkommen von 280 israelischen Pfund die Woche. Die aus Europa oder Amerika eingewanderten 290000 jüdischen Lohnabhängigen verdienen im Durchschnitt 380 Pfund pro Woche. Das gleiche Verhältnis findet man für die in Israel geborenen jüdischen Lohnabhängigen: Ist der Vater europäischer oder amerikanischer Herkunft, beträgt das Durchschnittseinkommen 380 israelische Pfund pro Woche, ist der Vater orientalischer Herkunft, beträgt das Durchschnittseinkommen 230 israelische Pfund pro Woche. Das sind – bereits auf den Durchschnitt bezogen – Differenzen von bis zu 65%. Es zeigt aber bloß, daß das zionistische Kolonialregime auf der Unterdrückung der arabischen Nation, zu der auch die orientalischen Juden gehören, beruht, und daß die israelischen „Lohnabhängigen“ in Wirklichkeit gespalten sind in kolonial ausgebeutete Lohnarbeiter und Kompradoren.

Stets hat das zionistische Regime das Ziel verfolgt, die 1967 eroberten Gebiete zu annektieren, die arabischen Bauern direkt aus ihrem Land zu vertreiben, und soweit sie nicht vertrieben werden, als selbständige Bauern zu vernichten und in Lohnsklaven zu verwandeln und das geraubte Land systematisch zu besiedeln. In den Gebieten, die die Zionisten 1967 eroberten, lebten bis dahin über eine Million Menschen, die mehr als 2,3 Millionen Dunam Land kultiviert hatten, vor allem auf den Westbanks, aber auch im Gazastreifen, wo sich besonders fruchtbare und zum großen Teil bewässerte Gebiete befinden. 30–35% der arabischen Bevölkerung dieser Gebiete sind in dem ersten Jahr nach der Besatzung von den zionistischen Besatzern gewaltsam vertrieben worden, 385000 Dunam Land wurde im folgenden als von den Besitzern aufgegeben erklärt und enteignet. Die gewaltsame Enteignung und Vertreibung wurde seitdem systematisch fortgesetzt, und immer mehr palästinensische Bauern und palästinensische Dörfer durch zionistische Siedler ersetzt.

Hauptsächlich erfolgt die Enteignung durch nackte Gewalt, z.B. indem von arabischen Bauern bearbeitete Felder zu militärischem Sperrgebiet erklärt und nach einiger Zeit von Zionisten besiedelt werden. Eine weitere Methode besteht darin, den arabischen Dörfern buchstäblich das Wasser abzugraben. Die Abfuhr von Wasser des Jordan für zionistische Projekte im Negev und die großangelegte Wasserentnahme durch Siedlungen am Westufer des Jordan haben zahlreiche arabische Dörfer ihrer natürlichen, traditionell genutzten Wasserquellen beraubt. „Bardala und Tal al Baida sind nahezu vollständig ihres Wassers beraubt worden. Andere Dörfer sind bedroht. Weiter südlich in Awja zum Beispiel hat ein Israeli direkt in der Nähe einer natürlichen Quelle einen Brunnen gegraben, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Quelle trockengelegt ist. Und es sind nicht nur die Dörfer: Die Stadt Ramalla hat zum Beispiel ihre wichtigste Wasserquelle verloren – den Brunnen von Ain Sa-



sagt wird, die Grenzen Israels müßten gesichert werden, wo diese Grenzen nie anderes waren als Ausgangspunkt der nächsten Aggression.

Sicherung der Aggressoren ist nach Auffassung der Bundesregierung auch die Voraussetzung für die Räumung der besetzten Gebiete und die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf eine staatliche Existenz durch Israel. Aber die Existenz des zionistischen Kolonialstaates ist ja von Anfang an die Negation des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Die Fundamente des zionistischen Kolonialstaates wurden durch die Vertreibung der Palästinenser gelegt, und die systematische Vertreibung der Palästinenser blieb in der Folge die Grundbedingung des Aufbaus und der Ausdehnung des zionistischen Kolonialstaates. Die Siedlungs-und Vertreibungspolitik der Zionisten in den besetzten Gebieten ist ja nur der vorläufig letzte Akt in dieser Geschichte des zionistischen Kolonialstaates, der mit Hilfe der Imperialisten immer tiefer in arabisches Territorium hineingetrieben wurde. Auch hier besteht die Politik der Bundesregierung darin, daß das vertriebene palästinensische Volk erst seine Vertreibung durch die zionistischen Aggressoren legalisieren müsse, bevor es auf eine Anerkennung seines Selbstbestimmungsrechtes und seiner staatlichen Existenz rechnen könne. Entsprechend will die Bundesregierung erst dann die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen, wenn die PLO den zionistischen Kolonialstaat, der von Anfang an das palästinensische Volk negierte, terrorisierte und vertrieb, anerkennt.

Die Bundesregierung hat den Eindruck, daß der zionistische Kolonialstaat nur erhalten werden kann, wenn er das erreichte sichert. Erhaltung des zionistischen Kolonialstaates ist die Triebkraft der Nah-Ost-Politik des westdeutschen Imperialismus. Die Differenzen mit der israelischen Regierung bestehen ausschließlich darin, wie dieser zionistische Kolonialstaat gegenwärtig überhaupt noch erhalten werden kann. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, daß sie dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation die Garantie des Kolonialstaates abringen könnte für die Zusicherung, daß dieser Kolonialstaat in Zukunft auf seine Existenzbedingung, Aggression und Expansion, verzichten würde. Die Nahostpolitik soll keine „Einbahnstraße“ mehr sein, die Unterstützung für den Aggressor liefert, sondern soll auf dem Weg über die arabischen Staaten auch noch den Kampf gegen die Aggressoren verhindern. Sowieso gehen die Kapitalinteressen in beide Richtungen. Wird dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation jetzt endlich die Hand gereicht, wie einen die Bundesregierung glauben machen will? Jemand, der mich von meinem Interessenstandpunkt wegzerren will, muß mir erst mal die Hand reichen. Freilich, wenn ich seine Hand ergreifen sollte, dann ist noch nicht ausgemacht, daß er mich von meinem Interessenstandpunkt

von Nablus begründeten die Besatzer damit, dieser habe „Terrorakte gerechtfertigt“. Bassam Shaka hatte auf die Frage von zionistischen Militärs, wie er zu den von der PLO durchgeführten bewaffneten Aktionen stehe, erklärt, solche Aktionen ergäben sich aus den objektiven Umständen, nämlich der fortgesetzten Besatzung des Landes, der Siedlungspolitik und der Angriffe auf den Südlibanon.

Der israelische Staat beruht auf der massenhaften Vertreibung des palästinensischen Volkes, das vor allem aus selbständigen Bauern bestand, und der Verwandlung der Bauern, die unter zionistischer Herrschaft leben, in Lohnsklaven, die unter kolonialen Bedingungen ausgebeutet werden. 1948

ter orientalischer Herkunft, beträgt das Durchschnittseinkommen 230 israelische Pfund pro Woche. Das sind – bereits auf den Durchschnitt bezogen – Differenzen von bis zu 65%. Es zeigt aber bloß, daß das zionistische Kolonialregime auf der Unterdrückung der arabischen Nation, zu der auch die orientalischen Juden gehören, beruht, und daß die israelischen „Lohnabhängigen“ in Wirklichkeit gespalten sind in kolonial ausgebeutete Lohnarbeiter und Kompradoren.

Stets hat das zionistische Regime das Ziel verfolgt, die 1967 eroberten Gebiete zu annektieren, die arabischen Bauern direkt aus ihrem Land zu vertreiben, und soweit sie nicht vertrieben

zugraben. Die Abfuhr von Wasser des Jordan für zionistische Projekte im Negev und die großangelegte Wasserentnahme durch Siedlungen am Westufer des Jordan haben zahlreiche arabische Dörfer ihrer natürlichen, traditionell genutzten Wasserquellen beraubt. „Bardala und Tal al Baida sind nahezu vollständig ihres Wassers beraubt worden. Andere Dörfer sind bedroht. Weiter südlich in Awja zum Beispiel hat ein Israeli direkt in der Nähe einer natürlichen Quelle einen Brunnen gegraben, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Quelle trockengelegt ist. Und es sind nicht nur die Dörfer: Die Stadt Ramalla hat zum Beispiel ihre wichtigste Wasserquelle verloren – den Brunnen von Ain Sa-




Bassam Shaka, Bürgermeister von Nablus, nach einer Stadtratssitzung am 10.11. – Demonstration gegen die zionistische Besatzung und die zionistische Besiedelung in Jerusalem

Marxisten-Leninisten der Türkei, Portugals und der USA über Palästina

Lissabon – Unterstützung für den Kampf Palästinas

Em luta, Zentralorgan der PC(ml)P, 29.10.1979

Die Abhaltung der Weltkonferenz zur Solidarität mit dem arabischen Volk und der palästinensischen Sache in Lissabon bildet ein Ereignis von großer Bedeutung. (...)

Portugal wird Yasser Arafat empfangen, den Führer der palästinensischen Revolution, die für die Rückführung ihres Volkes in sein Vaterland kämpft. Die portugiesische Regierung wird Gelegenheit haben, über bloße Absichtserklärungen hinauszugehen, die sie vor der UNO und bei den verschiedensten Gelegenheiten abgegeben hat, und konkrete Unterstützungsmaßnahmen für das palästinensische Volk zu treffen.

Die Solidaritätskonferenz findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem der politische und diplomatische Kampf der PLO einen hohen Stand erreicht und den bewaffneten Kampf ergänzt, der auf dem ursprünglichen Kampffeld selber stattfindet. Etwa zehn westliche Länder haben Delegationen der PLO empfangen. Yasser Arafat wurde in Spanien und in der Türkei herzlich empfangen und hat offizielle Einladungen nach Portugal, Italien und Österreich erhalten. Die Interparlamentarische Union, die Abgeordnete aus 82 Ländern zusammenfaßt, hat die PLO als „alleinige, legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes“ anerkannt ebenso wie seine „legitimen Rechte, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates“. Der Gipfel der Blockfreien hat seine Position der Solidarität mit der palästinensischen Sache bekräftigt. (...)

In diesem Kontext der wachsenden Isolierung des Zionismus und amerikanischen Imperialismus und der wachsenden Unterstützung für die PLO findet die Weltkonferenz zur Solidarität mit dem arabischen Volk und der palästinensischen Sache vom 2.–6. November statt. (...)

Die weltweite Unterstützung umschließt sehr verschiedene politische Strömungen, von sozialdemokratischen Parteien bis hin zu den pro-sowjetischen in Europa. (...) Die Konferenz wird insbesondere auch von der Sowjetunion genutzt werden, um sich das schon sehr verschlissene Mäntelchen des Verbündeten der Völker, des Freundes von Frieden und sozialem Fortschritt umzuhängen. Aber in der Hauptsache dient die Unterstützungskonferenz einer gerechten Sache, hat eine korrekte politische Plattform und wird sicherlich nützlich sein, um die Weltmeinung auf den eigentlichen Knotenpunkt der Probleme im Nahen Osten aufmerksam zu machen.

Unterstützung der palästinensischen Revolution durch türkische Marxisten-Leninisten

Eine Übersicht über Artikel in „Aydinlik“, Tageszeitung der TIKP

Die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP) unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihren Kampf gegen Supermächte und Zionismus. Sie verurteilt den illegalen zionistischen Staat Israel, der das Land des palästinensischen und arabischen Volkes besetzt hält.

Die TIKP hat es begrüßt, als die türkische Regierung kürzlich die PLO als die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt hat; sie hat die Aufnahme von Beziehungen zwischen der PLO und der Türkei und die Eröffnung eines PLO-Büros in der Türkei als sehr positiv und nützlich bewertet. Als Mitte Juli Terroristen das Ägyptische Botschaftsgebäude in Ankara stürmten und türkische Polizisten umbrachten, um es zu besetzen, hat die TIKP das als sinnlose Aktion verurteilt. TIKP-Vorsitzender Dogu Perincek sagte damals: „Die Terroristen, die die ägyptische Botschaft angegriffen haben, haben der Sache der Revolution geschadet.“

Die revolutionäre Tageszeitung „Aydinlik“ hat oft Artikel und Untersuchungen über Palästina veröffentlicht. So haben zwei Journalisten von Aydinlik im Juli 1979 die Palästinenserlager im Libanon besucht. Sie sprachen unter anderem mit dem stellvertretenden Kommandanten der palästinensischen Streitkräfte, Abu Jihad. Ebenso führten sie ein Gespräch mit dem Direktor des Planungszentrums, Münir Sefik. Aydinlik hat in einer längeren Serie über diesen Besuch und die geführten Gespräche berichtet.

Führer der Schwarzen über Unterstützung Palästinas gespalten

The Call, Zentralorgan der Communist Party (Marxist-Leninist) der USA, 22.10.1979

Die verschiedenen Positionen, die Jackson und Lowery auf der einen und Rustin und Jordan auf der anderen Seite einnehmen, spiegeln nur die politischen Differenzen in Washington über die Nahostpolitik wider. Während einige Stimmen im Kongreß sich in den letzten Monaten für eine weniger feindselige Politik gegenüber der PLO erhoben haben, hat die Carter-Regierung auf der Position beharrt, keinerlei Kontakte mit der PLO aufzunehmen, bis diese ihren bewaffneten Guerillakampf aufgegeben und Israels Recht auf Existenz als zionistischer Staat akzeptiert hat. Jordan und Rustin sind – wie mächtige Kapitalisten, denen sie eng verbunden sind – offensichtlich von der Furcht befallen, daß schwarze Unterstützung für die Rechte der Palästinenser die Strömung der Militanz und des Anti-Imperialismus in der Schwarzen Bewegung stärken könnte. Sie fürchten um ihre Fähigkeit, der Schwarzen Gemeinschaft die Unterstützung der Carter-Regierung,

miy – und ist nun weitgehend von Jerusalem in seiner Wasserversorgung abhängig." (Journal of Palestine Studies, No. 28, S. 175). Die Siedlungen sind zugleich die entscheidenden Stützpunkte, um die zionistische Herrschaft über die 1967 besetzten Gebiete zu sichern.

Die israelische Regierung hatte sich bis 1977 unter Führung der „Arbeiterpartei" darauf konzentriert, 2 Gürtel von Siedlungen anzulegen: eine im Jordantal, um die Verbindung des Westufers mit dem Ostufer abzuschneiden und die Eroberung von 1967 nach Osten hin abzusichern – 70% des kultivierbaren Landes im Jordantal sind inzwischen von zionistischen Siedlungen besetzt –, und einen weiteren Gürtel, der, von Jerusalem ausgehend, bis zum Hochland des Jordan führt und das Westufer quer durchschneidet. Seit der Übernahme der Regierung durch den Likud-Block ist diese dazu übergegangen, am Westufer mehrere strategische Straßen zu errichten, die nach Israel hineinführen und die die direkte Annexion des Westufers weitertreiben, und gleichzeitig die bevölkerten Gebiete des nördlichen Westufers zu durchschneiden und mit einem Ring von Siedlungen zu umgeben, die die arabischen Gebiete in ein Ghetto verwandeln, das von allen Seiten eingezäunt ist. Um diese Projekte zu finanzieren, hat das zionistische Regime im Januar dieses Jahres einen Fonds von 40 Mio. israelischen Pfund angelegt, der hauptsächlich der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen dient. Alle diese Projekte dokumentieren die Absicht des Regimes, das Westufer auf keinen Fall freiwillig zu räumen.

Ökonomisch hat sich das in Israel angelegte imperialistische Kapital die besetzten Gebiete vollständig unterworfen. Waren diese Gebiete bis 1967 ausschließlich mit den arabischen Märkten und über diese mit dem Weltmarkt verbunden, betrug der Import aus den arabischen Ländern (über den Jordan) 1968 bloß noch 25 Millionen israelische Pfund, um in den folgenden 5 Jahren auf 16 Millionen Pfund abzusinken. Gleichzeitig stieg in diesem Zeitraum der Import der besetzten Gebiete aus Israel von 187 Millionen auf 1121 Millionen israelische Pfund, 90% der gesamten Einfuhren. Der Warenaustausch mit Israel ist aber bloß die Form, in der sich eine gewaltige Ausplünderung der arabischen Arbeiter und Bauern in den besetzten Gebieten abspielt. Während diese nach Israel hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte oder handwerkliche Produkte, die Ergebnisse einfacher, kaum industriell betriebener Arbeit sind, exportieren, importieren sie aus Israel fast ausschließlich entwickelte Industrieprodukte, was immer auf ungleichen Tausch hinausläuft. Für Israel aber, das – abgesehen von einigen für den Weltmarkt arbeitende Plantagen – die ehemals entwickelte palästinensische Landwirtschaft soweit heruntergewirtschaftet hat, daß es Fleisch, Getreide

Alle diese Projekte dokumentieren die Absicht des Regimes, das Westufer auf keinen Fall freiwillig zu räumen.

Ökonomisch hat sich das in Israel angelegte imperialistische Kapital die besetzten Gebiete vollständig unterworfen. Waren diese Gebiete bis 1967 ausschließlich mit den arabischen Märkten und über diese mit dem Weltmarkt verbunden, betrug der Import aus den arabischen Ländern (über den Jordan) 1968 bloß noch 25 Millionen israelische Pfund, um in den folgenden 5 Jahren auf 16 Millionen Pfund abzusinken. Gleichzeitig stieg in diesem Zeitraum der Import der besetzten Gebiete aus Israel von 187 Millionen auf 1121 Millionen israelische Pfund, 90% der gesamten Einfuhren. Der Warenaustausch mit Israel ist aber bloß die Form, in der sich eine gewaltige Ausplünderung der arabischen Arbeiter und Bauern in den besetzten Gebieten abspielt. Während diese nach Israel hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte oder handwerkliche Produkte, die Ergebnisse einfacher, kaum industriell betriebener Arbeit sind, exportieren, importieren sie aus Israel fast ausschließlich entwickelte Industrieprodukte, was immer auf ungleichen Tausch hinausläuft. Für Israel aber, das – abgesehen von einigen für den Weltmarkt arbeitende Plantagen – die ehemals entwickelte palästinensische Landwirtschaft soweit heruntergewirtschaftet hat, daß es Fleisch, Getreide
und die meisten anderen landwirtschaftlichen Produkte einführen muß, sind die besetzten Gebiete ein wichtiges Hinterland für landwirtschaftliche Rohmaterialien. Vor allem aber sind sie ein Markt für arabische Arbeitskräfte, die zu Schleuderpreisen eingekauft werden. Die Zahl der Lohnabhängigen ist in den besetzten Gebieten von 1970 bis 1975 von 91000 auf 123000 gestiegen, zugleich ist aber in diesem Zeitraum die Zahl der in Israel ausgebeuteten Lohnabhängigen aus diesen Gebieten von 20000 auf 63000 gestiegen.

Der Durchschnittslohn, für den sich ein Arbeiter aus den besetzten Gebieten in Israel verkaufen muß, betrug 1974 29,1 israelische Pfund pro Woche, in der Landwirtschaft 23,1 Pfund. Das ist weniger als ungefähr 50% des israelischen Durchschnittslohns, zugleich aber immer noch 40% weniger als der Durchschnittslohn der palästinensischen Lohnabhängigen, die in Israel wohnen. Hinzu kommt noch, daß die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten mit bis zu 40% ihres Lohns die Sozialversicherungen und den zionistischen Staat finanzieren, während sie auf Leistungen der Sozialversicherung im Falle von Krankheit etc. faktisch keinerlei Ansprüche haben. Und ein weiterer Lohnabzug kommt daher, daß die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten Tag für Tag wie Herden mehrere Stunden lang aus ihren Dörfern in die israelischen Fabriken gefahren werden und die Transportkosten noch zusätzlich von ihrem Lohn abgezogen bekommen.

Unvermeidlich verschärft die Enteignung der palästinensischen Bauern in den besetzten Gebieten und ihre Verwandlung in Proletarier die Widersprüche in Israel. Im großen und ganzen bilden die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten, die palästinensischen Arbeiter, die in Israel wohnen, und die orientalischen, jüdischen Arbeiter in Israel einen einheitlichen Arbeitsmarkt, verrichten ähnliche Tätigkeiten und sind von den jüdischen „Lohnabhängigen" europäisch-amerikanischer Herkunft geschieden. Daß die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten in wachsender Zahl auf den israelischen Arbeitsmarkt gedrückt werden und eine kontinuierlich anschwellende Reservearmee bilden, ist die Grundlage dafür, daß der Lohn der palästinensischen Arbeiter in Israel und der orientalischen Juden in Richtung auf das Niveau gedrückt verkaufen müssen. Dies aber wird die sozialen Widersprüche zwischen den der arabischen Nation angehörigen Lohnarbeitern und den europäisch-amerikanischen Kompradoren weiter verschärfen und den antagonistischen Charakter dieses Widerspruchs immer deutlicher hervortreten lassen.

Um so günstiger werden die Bedingungen dafür, daß die palästinensischen Massen aus den besetzten Gebieten, die Palästinenser in Israel und die orientalischen Juden in Israel, die insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen ausmachen, sich zusammenschließen im Kampf für die Errichtung eines national unabhängigen und demokratischen Palästina, für das die Zerschlagung des Staates Israel die

zen bilden die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten, die palästinensischen Arbeiter, die in Israel wohnen, und die orientalischen, jüdischen Arbeiter in Israel einen einheitlichen Arbeitsmarkt, verrichten ähnliche Tätigkeiten und sind von den jüdischen „Lohnabhängigen" europäisch-amerikanischer Herkunft geschieden. Daß die palästinensischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten in wachsender Zahl auf den israelischen Arbeitsmarkt gedrückt werden und eine kontinuierlich anschwellende Reservearmee bilden, ist die Grundlage dafür, daß der Lohn der palästinensischen Arbeiter in Israel und der orientalischen Juden in Richtung auf das Niveau gedrückt verkaufen müssen. Dies aber wird die sozialen Widersprüche zwischen den der arabischen Nation angehörigen Lohnarbeitern und den europäisch-amerikanischen Kompradoren weiter verschärfen und den antagonistischen Charakter dieses Widerspruchs immer deutlicher hervortreten lassen.

Um so günstiger werden die Bedingungen dafür, daß die palästinensischen Massen aus den besetzten Gebieten, die Palästinenser in Israel und die orientalischen Juden in Israel, die insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen ausmachen, sich zusammenschließen im Kampf für die Errichtung eines national unabhängigen und demokratischen Palästina, für das die Zerschlagung des Staates Israel die
Voraussetzung bildet. Die schwungvolle Entwicklung der Kämpfe der palästinensischen Massen in den 1967 besetzten Gebieten und in dem 1948 besetzten Palästina ist auch bereits damit verbunden, daß sich orientalische Juden in wachsendem Umfang dem Kampf gegen das Kolonialregime anschließen.

Gush Emunim – moderne Version der alten zionistischen Terrorbanden

z.ark. Laut Beschluß des Obersten Gerichtshofs Israels muß spätestens am 22.11. die „illegale" Siedlung Elon Moreh nahe Nablus geräumt sein. Diese Siedlung wurde Anfang Juli von Mitgliedern der Gush Emunim („Block der Getreuen") entlang der Straße, die Jerusalem mit Nablus verbindet, errichtet. Die Siedlung hat eine strategisch wichtige Position für die Zionisten, da sie auf einem Hügel liegt und eine zentrale Straßenkreuzung überblickt. (Generalstabschef Eiten: „Die Kontrolle der Kreuzung ist notwendig, um die freie Bewegung von Armeeinheiten in Kriegszeiten zu gewährleisten", Jerusalem Post vom 28.7.79.)

Die Mitglieder der Gush Emunim sind vorwiegend Neueinwanderer aus den USA. An der Spitze stehen einige Rabbiner; u.a. der ehemalige Führer der „Jüdischen Verteidigungsliga" in den USA Meir Kahane. Sie vertreten innerhalb der zionistischen Bewegung die Linie der offenen Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat zwecks Errichtung von „Eretz Israel" (Groß-Israel) in seinen historischen Grenzen, d.h. vom Euphrat bis zum Nil. Ihrer Meinung nach kann der „arabisch-israelische Konflikt" dadurch gelöst werden, daß man die Araber sowohl aus den 1948 als auch aus den 1967 besetzten Gebieten vertreibt, d.h. Palästina „araberrein" macht. Die Methoden ihres Vorgehens gegenüber den palästinensischen Massen unterscheiden sich durch nichts von den Methoden der faschistischen Terrorbanden Hitlerdeutschlands, weshalb sie auch von den palästinensischen Massen als die SS des Zionismus bezeichnet werden. Die Gush Emunim ist ein Organ der israelischen Regierung und handelt in ihrem Auftrag. So wurden bislang zwar nicht alle ihre Siedlungen seitens der Regierung offiziell bestätigt, aber doch zumindest gebilligt. Das die Gush Emunim im Auftrag der Regierung siedelt, zeigt ein Regierungsplan vom Oktober 1977. Dieser Plan sah die Gründung von 10 militärisch-zivilen Siedlungen auf den Westbank vor. Die „nichtmilitärischen" Bewohner, meist Gush Emunim-Anhänger, sollten ihrer Arbeit als besoldetes Personal des Verteidigungsministeriums nachgehen.

Über die Bedeutung der Besiedlung der Westbank haben die Zionisten nie Zweifel aufkommen lassen. So sagte der ehemalige Ministerpräsident Rabin im April 1976, daß die Siedlungskette auf dem Westufer die Verteidigungsketten des Landes sind. Man habe diese Siedlungen nicht gebaut, um sie später wieder zu verlassen. Und Begin sagte in seiner Regierungserklärung: „Das jüdische Volk hat ein ewiges, historisches Recht auf Eretz Israel, das Erbe unserer Väter, ein Anrecht, das weder bestritten noch unterminiert werden kann." Wenn jetzt in der bürgerlichen Presse die Frage aufgeworfen wird, wer nun in Israel regiert: die Regierung Begin oder die Anhänger der Gush Emunim, die sich dem Urteil des Gerichtshofes nicht beugen wollen, dann darf man sich nicht verwirren lassen. Erstens wird das Siedlergebilde sowieso vom US-Finanzkapital regiert. Zweitens dient das Gerichtsurteil nur der Vernebelung der Tatsache, daß alle zionistischen Siedlungen in Palästina illegal sind. Was der Oberste Gerichtshof mit seinem Urteil verfolgt, ist eine Änderung des Gesetzes, wonach „nur unbebautes Land oder Land, welches sich nicht in Privatbesitz befindet", zum Siedlungsbau enteignet werden darf. Dieses drückte auch Bassam Shaka in einem Interview gegenüber der Jerusalem Post am 28.10.79 aus: „Das ist ein Versuch der Israelis, die weitere Expansion in der Westbank zu legitimieren!"

stina „araberrein" macht. Die Methoden ihres Vorgehens gegenüber den palästinensischen Massen unterscheiden sich durch nichts von den Methoden

Emunim, die sich dem Urteil des Gerichtshofes nicht beugen wollen, dann darf man sich nicht verwirren lassen. Erstens wird das Siedlergebilde sowie-



Die orientalischen Juden stehen im Widerspruch zum zionistischen Siedlerregime

z.chm. Das zionistische Siedlerkonzept konnte nur gelingen, wenn das große Reservoir der Juden aus den arabischen Staaten dazu bewegt werden konnte, in den Siedlerstaat einzuwandern. Mit direkter Unterstützung der damaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien inszenierten zionistische Agenten in den jüdischen Stadtteilen des Irak, des Jemen und Marokkos Massaker, die sie dann als Beweis dafür verwenden wollten, daß auch die arabischen Massen „antisemitisch" seien und Rache nehmen wollten für die Besetzung Palästinas.

Von 1950 bis 1968 gelang es, etwa 700 – 800000 arabische Juden in den zionistischen Staat zu locken. Die größten Kontingente bildeten die irakischen Juden mit 184000, die marokkanischen Juden mit 157000 und die Juden aus dem Jemen mit 151000. Drei „Eigenschaften" hoben die zionistischen Führer an ihnen hervor: Mobilität, Lernfähigkeit und Gebärfreudigkeit; d.h. sie konnten in die Grenzkibbuzim angesiedelt werden, als Lohnarbeiter in Landwirtschaft und Industrie (vor allem im Bausektor) und bildeten

Die orientalischen Juden stehen im Widerspruch zum zionistischen Siedlerregime

z.chm. Das zionistische Siedlerkonzept konnte nur gelingen, wenn das große Reservoir der Juden aus den arabischen Staaten dazu bewegt werden konnte, in den Siedlerstaat einzuwandern. Mit direkter Unterstützung der damaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien inszenierten zionistische Agenten in den jüdischen Stadtteilen des Irak, des Jemen und Marokkos Massaker, die sie dann als Beweis dafür verwenden wollten, daß auch die arabischen Massen „antisemitisch" seien und Rache nehmen wollten für die Besetzung Palästinas.

Von 1950 bis 1968 gelang es, etwa 700 – 800000 arabische Juden in den zionistischen Staat zu locken. Die größten Kontingente bildeten die irakischen Juden mit 184000, die marokkanischen Juden mit 157000 und die Juden aus dem Jemen mit 151000. Drei „Eigenschaften" hoben die zionistischen Führer an ihnen hervor: Mobilität, Lernfähigkeit und Gebärfreudigkeit; d.h. sie konnten in die Grenzkibbuzim angesiedelt werden, als Lohnarbeiter in Landwirtschaft und Industrie (vor allem im Bausektor) und bildeten
einen möglichen Schutz gegen die sich rapide vermehrenden Palästinenser.

Heute sind ca. 2 von den 3,5 Mio. Siedlern orientalische Juden. Nach dem Statistischen Jahrbuch von Israel von 1978 beträgt das Durchschnittseinkommen eines 3-Personen-Haushalts eines Siedlers europäischen Ursprungs 66000IL; ein 5-Personen-Haushalt eines arabischen Juden weist ein Durchschnittseinkommen von 51400IL auf. Die Statistiken von 1970 weisen nach, daß nur 5% der Kinder orientalischer Juden das Abitur machen, dagegen 18,4% von den Kindern der europäischen Siedler.

1959 demonstrierten zum ersten Mal 5000 marokkanische Juden aus dem afrikanischen Stadtteil Jerusalems, Wadi Salib, gegen die schlechten Wohnverhältnisse und die Bevorzugung der Einwanderer aus den europäischen Ländern in den Sozialleistungen. Die zionistische Grenzpolizei, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, schoß einen Arbeiter nieder. Die Vereinigung Nordafrikanischer Juden wurde verfolgt und die Führer verhaftet. 1971 kam es wieder zu größeren Demonstrationen, die in Jerusalem anfingen und sich auf die anderen Städte ausdehnten.

Im vergangenen August demonstrierten junge Arbeiter in Jaffa und Tel Aviv und forderten, den Siedlungsbau im Westufer zu stoppen und das Geld für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arabischen Juden zu verwenden. Von den versprochenen 14000 Wohneinheiten sind bisher nur 7000 errichtet worden. Im August erklärte einen Gruppe von 1000 marokkanischen Juden, daß sie nach Marokko zurückkehrern wollten. In den 16 Jahren, in denen sie in Israel gelebt hätten, hätten sie nur in Elend gelebt, von den europäischen Siedlern unterdrückt und diskriminiert.

sprungs 66000IL; ein 5-Personen-Haushalt eines arabischen Juden weist ein Durchschnittseinkommen von 51400IL auf. Die Statistiken von 1970 weisen nach, daß nur 5% der Kinder orientalischer Juden das Abitur machen, dagegen 18,4% von den Kindern der europäischen Siedler.

1959 demonstrierten zum ersten Mal 5000 marokkanische Juden aus dem afrikanischen Stadtteil Jerusalems, Wadi Salib, gegen die schlechten Wohnverhältnisse und die Bevorzugung der Einwanderer aus den europäischen Ländern in den Sozialleistungen. Die zionistische Grenzpolizei, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, schoß einen Arbeiter nieder. Die Vereinigung Nordafrikanischer Juden

wurde verfolgt und die Führer verhaftet. 1971 kam es wieder zu größeren Demonstrationen, die in Jerusalem anfingen und sich auf die anderen Städte ausdehnten.

Im vergangenen August demonstrierten junge Arbeiter in Jaffa und Tel Aviv und forderten, den Siedlungsbau im Westufer zu stoppen und das Geld für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arabischen Juden zu verwenden. Von den versprochenen 14000 Wohneinheiten sind bisher nur 7000 errichtet worden. Im August erklärte einen Gruppe von 1000 marokkanischen Juden, daß sie nach Marokko zurückkehrern wollten. In den 16 Jahren, in denen sie in Israel gelebt hätten, hätten sie nur in Elend gelebt, von den europäischen Siedlern unterdrückt und diskriminiert.





Arbeiter in einem israelischen Betrieb, in der Mehrzahl „orientalische Juden", besetzen ihn, um die geplante Schließung zu verhindern

der Demokratischen Partei und des Kapitalismus weiter verkaufen zu können.

Über die Führer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA und die palästinensische Selbstbestimmung

Unity, Zentralorgan der League of Revolutionary Struggle der USA, 19.10.

Die Aufregung über Andy Youngs Rücktritt hat hauptsächlich als Rauchvorhang gedient, um einen offensichtlichen Wandel in der Außenpolitik der USA zu verdecken. Ganz offensichtlich hat ein Teil der US-Bourgeoisie beschlossen, mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) offen zu verhandeln ...

Was ebenfalls klar hervortritt ist, daß viele Teile der schwarzen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie, die sich aus den Nahostfragen jahrelang herausgehalten haben, sich jetzt frei fühlen, vom „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" zu sprechen. Das ist an und für sich eine gute Sache, denn es verbreitert die Unterstützungsbasis für den Kampf der Palästinenser um das Sebstbestimmungsrecht. Aber klar sollte auch sein, daß erst ein Wechsel in der Politik der USA dies möglich gemacht hat und nicht irgendwelche plötzlichen Erleuchtungen. Als 1972 der erste Schwarze Nationalkonvent in Gary, Indiana, mit 8000 Afro-Amerikanern seine Unterstützung für die Sache des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes äußerte und sogar soweit ging, die „Zerschlagung Israels" zu fordern, waren es gerade diese Leute aus der schwarzen Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie, die in Deckung gingen, sich von dem Konvent distanzierten, und zwar, weil ihre verschiedenen Organisationen und politischen Kampagnen kräftig von den zionistischen Organisationen mit Geld versorgt wurden. (...)

Die US-Imperialisten befinden sich in der Zwickmühle zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber dem israelischen Zionismus, ihrem ständigen Wachhund im Nahen Osten, und der Tatsache, daß die arabischen Massen wie auch wachsende Teile der Volksmassen der ganzen Welt Gerechtigkeit für das palästinensische Volk verlangen, woraus eine wachsende Isolation der USA und der Israelis resultiert. Die USA müssen sich mit der Opec und der „Ölwaffe" auseinandersetzen, und infolgedessen können sie sich gegenüber den Forderungen der arabischen Völker nicht mehr einfach taub stellen.

Studenten aus Bir-Zeit setzten die Wiedereröffnung ihrer Universität durch

z.dab. Die Universität von Bir-Zeit, nördlich von Jerusalem gelegen, ist mit 2200 Studenten die größte in Westjordanien (u.a. Bethlehem: 730, Nablus: 1400). Seit der Besetzung Westjordaniens durch die Zionisten 1967 organisieren die Studenten den Widerstand. So können sie 1975 gemeinsam mit Arbeitern und Bauern die Militärverwaltung zwingen, ihre Universität offiziell anzuerkennen. Ihr Kampf richtet sich gegen alle Versuche der Besatzer, das palästinensische Volk von jeglicher Bildung abzuschneiden und seine nationale Kultur zu zerstören. Alle Ausbildungseinrichtungen unterliegen der Kontrolle der Militärverwaltung. Über die Pressezensur beschlagnahmt diese alle Bücher und Zeitschriften, die über die Geschichte, Geographie und Kultur Palästinas berichten. Arabische Zeitungen sind verboten, die Zusammenarbeit mit anderen Universitäten ist untersagt. Fast täglich werden Studenten verhaftet und Lehrer versetzt. Anfang 1977 werden 16 von 84 Lehrern entlassen, der Direktor wurde 1974 nach Jordanien ausgewiesen. 22% ihrer Ausgaben deckt die Universität durch Schulgeld, den Rest durch Spenden.

Im Mai 1979 schließen die Zionisten zum dritten Mal seit 1974 die Universität, um den Widerstand der Studenten zu brechen. Anlaß sind Kundgebungen gegen den Aufmarsch von zionistischen Siedlern in Bir-Zeit. Vorausgegangen sind u.a. Demonstrationen im April gegen die sogenannten „Autonomiepläne" sowie ein Generalstreik am 26. März gegen das Separatabkommen. Bei den Auseinandersetzungen töten die zionistischen Soldaten drei Studenten. Studenten und Lehrer führen den Unterricht privat weiter, 500 Diplome werden ausgegeben. Auf Demonstrationen in ganz Westjordanien fordern Studenten die Wiedereröffnung. Israelische Professoren erklären sich solidarisch. Lehrer, Professoren und Studenten u.a. aus Frankreich, Großbritannien und den USA unterstützen die Studenten von Bir-Zeit. Am 15.9. müssen die Zionisten die Universität wieder eröffnen.



Besatzer schleppen israelische Studentin ab, die den Kampf gegen den Rausschmiß palästinensischer Studenten aus der Universität unterstützt hat.

01 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Westberlin
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 3,2%

02 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Bayern
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 18,1%

03 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Rheinl.-Pfalz
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 2,6%

04 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Hessen
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 9,6%

03 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Rheinl.-Pfalz
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 2,6%

04 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Hessen
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 9,6%

05 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Schlesw.-Holst.
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 2,5%
26,2%

06 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Bremen
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 1,2%
27,1%

07 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Saarland
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 1,5%

08 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Nordrhein-Westf
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 24,9%

09 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Niedersachsen
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 9,6%

10 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Baden-Württbg.
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 24,7%

09 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Niedersachsen
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 9,6%

10 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Baden-Württbg.
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 24,7%

11 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – Hamburg
schwarz: Frauen
Anteil BRD: 2,2%

12 Lohnverteilung Metallverarbeitende Industrie April 79 – BRD u. Westberl.
schwarz: Frauen
3,61 Mio = 100%

(Achsen jeweils: % der Beschäftigten, 5% – 10% – 15% – 20%; 512 – 1 024 – 2 048 – 4 096 – 8 192)



Über 350000 Metallarbeiter standen 1963 vom 29.4. – 10.5. in Baden-Württemberg für 8% mehr Lohn im Streik. 87,2% der IGM-Mitglieder stimmten für Streik. Durchgesetzt wurden 5%. – Große Demonstrationen während der Arbeitszeit führten im Tarifkampf 1974 die Beschäftigten im öffentlichen Dienst,

Tarifkalender 1980

Kündigungstermine wichtiger Lohn- und Gehaltstarife

z.frb. Für etwa 16,5 Mio. Arbeiter und Angestellte, also etwa für vier Fünftel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ist die Entlohnung aufgrund von Tarifverträgen geregelt. Im Jahre 1978 wurden 4097 Tarifverträge über Lohn und Gehalt geschlossen, dazu 613 über Ausbildungsvergütungen, und im kommenden Jahr werden es etwa genausoviele sein. Innerhalb der ersten vier Monate laufen die Tarifverträge für 13,8 Mio. Arbeiter und Angestellte aus.

In den DGB-Gewerkschaften hatten sich Ende 1978 7,7 Mio. Arbeiter und Angestellte organisiert, die DAG zählte 480 tausend Mitglieder, der Deutsche Beamtenbund 800 tausend.

Im folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Kündigungstermine der Lohn- und Gehaltstarife im Jahre 1980. Die Zusammenstellung stützt sich auf Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Arbeit und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB. Sie sind im einzelnen grob, aber als Gerüst für eine bessere Zuordnung der einzelnen Bewegungen sind sie hilfreich. Eine eigene Zusammenstellung und regelmäßige Veröffentlichung planen wir für Jahresanfang im Rahmen unserer Spezialnachrichten/Registerdienst. Die Branchenhefte informieren über alle wichtigen Daten und Nachrichten.

30. November 1979: *Die Tarifverträge für rd. 50000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Und zwar in der Feinkeramischen Industrie Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein ○ im Tischlerhandwerk Rheinland-Pfalz und Saarland ○ in der Ernährungsindustrie Bayern (Angestellte) ○ in der Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie

zu 613 über Ausbildungsvergütungen, und im kommenden Jahr werden es etwa genausoviele sein. Innerhalb der ersten vier Monate laufen die Tarifverträge für 13,8 Mio. Arbeiter und Angestellte aus.

In den DGB-Gewerkschaften hatten sich Ende 1978 7,7 Mio. Arbeiter und Angestellte organisiert, die DAG zählte 480 tausend Mitglieder, der Deutsche Beamtenbund 800 tausend.

Im folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Kündigungstermine der Lohn- und Gehaltstarife im Jahre 1980. Die Zusammenstellung stützt sich auf Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Arbeit und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB. Sie sind im einzelnen grob, aber als Gerüst für eine bessere Zuordnung der einzelnen Bewegungen sind sie hilfreich. Eine eigene Zusammenstellung und regelmäßige Veröffentlichung planen wir für Jahresanfang im Rahmen unserer Spezialnachrichten/Registerdienst. Die Branchenhefte informieren über alle wichtigen Daten und Nachrichten.

30. November 1979: *Die Tarifverträge für rd. 50000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Und zwar in der Feinkeramischen Industrie Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein ○ im Tischlerhandwerk Rheinland-Pfalz und Saarland ○ in der Ernährungsindustrie Bayern (Angestellte) ○ in der Obst- und Gemüseverarbeitungsindustrie Hessen ○ in der Kunststoffverarbeitenden Industrie Westberlin.

31. Dezember 1979: *Die Tarifverträge für rd. 0,8 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Darunter sind: Holzindustrie und Handwerk, darunter Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie in Niedersachsen, Baden-Württemberg, NRW, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (ca. 125000 Arbeiter und Angestellte / letzter Abschluß: 5,3%) ○ Metallhandwerk (verschiedene Bereiche) ○ Landwirtschaft (ca. 222000 / ca. 4,6%) ○ Bekleidungsindustrie Saarland (4,9%) ○ Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Seehafenbetriebe (20000 / 4,8%) ○ Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen und Bayern (rd. 60000 / 54 – 96 DM).

31. Januar 1980: *Die Tarifverträge für rd. 4,0 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Metallindustrie (ohne Bayern) einschl. VW (rd. 3 Mio. / 4,3% / 13 Monate) ○ Eisen- und Stahlindustrie NRW, Bremen, Osnabrück, P&S (240000 / 4% / 15 Monate, P&S: 3,4% / 14 Monate) ○ Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) ○ Papierverarbeitende Industrie (109000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Holzverarbeitende Industrie (verschiedene Bereiche) ○ Großhandel Hessen (100000 / 4,7%) ○ Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Ziegelindustrie ○ Landwirtschaft Bayern, Schleswig-Holstein.

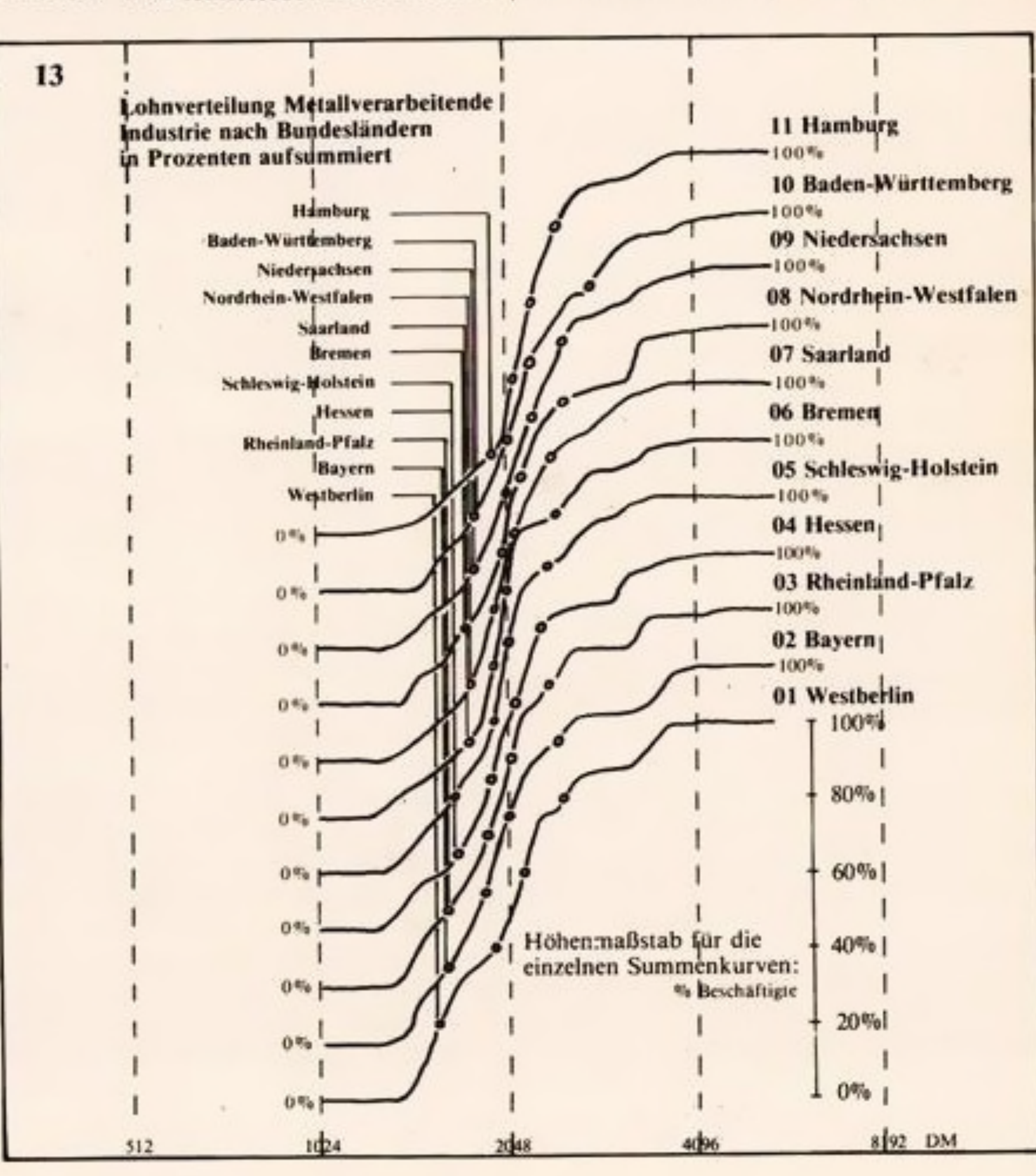
29. Februar: *Die Tarifverträge für rd. 4,2 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Öffentlicher Dienst einschließlich Bahn und Post (rd. 2,2 Mio. / 4,0%) ○ Metallindustrie Bayern (315000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Privates Bankgewerbe (296000 / 4,5%) ○ Großhandel Bayern und NRW (175000 und 280000 / 4,8% und 4,3% / 13 Monate) ○ Einzelhandel Hessen (125000 / 5,2%) ○ Deutsche Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften (80000 / 4,4%) ○ Sägeindustrie (51300 / 4,8 – 5,4%) ○ Zuckerindustrie (11000 / 4,7%) ○ Zi-

Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Seehafenbetriebe (20000 / 4,8%) ○ Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen und Bayern (rd. 60000 / 54 – 96 DM).

31. Januar 1980: *Die Tarifverträge für rd. 4,0 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Metallindustrie (ohne Bayern) einschl. VW (rd. 3 Mio. / 4,3% / 13 Monate) ○ Eisen- und Stahlindustrie NRW, Bremen, Osnabrück, P&S (240000 / 4% / 15 Monate, P&S: 3,4% / 14 Monate) ○ Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) ○ Papierverarbeitende Industrie (109000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Holzverarbeitende Industrie (verschiedene Bereiche) ○ Großhandel Hessen (100000 / 4,7%) ○ Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Ziegelindustrie ○ Landwirtschaft Bayern, Schleswig-Holstein.

29. Februar: *Die Tarifverträge für rd. 4,2 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Öffentlicher Dienst einschließlich Bahn und Post (rd. 2,2 Mio. / 4,0%) ○ Metallindustrie Bayern (315000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Privates Bankgewerbe (296000 / 4,5%) ○ Großhandel Bayern und NRW (175000 und 280000 / 4,8% und 4,3% / 13 Monate) ○ Einzelhandel Hessen (125000 / 5,2%) ○ Deutsche Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften (80000 / 4,4%) ○ Sägeindustrie (51300 / 4,8 – 5,4%) ○ Zuckerindustrie (11000 / 4,7%) ○ Zi-garrenindustrie (4,5%) ○ Nahrungsmittelgewerbe (verschiedene Bereiche, Bäckerhandwerk Bayern, Fleischerhandwerk Hessen) ○ Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) ○ Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche).

31. März: *Die Tarifverträge für rd. 2,0*









Post und Bahn durch, um 15%, mindestens 185 DM durchzusetzen. Von 454759 ÖTV-Mitgliedern stimmten 91% für Streik. Nach dem Streik vom 10.–13.2.1974 wurden 170 DM, mindestens 11% durchgesetzt. – HBV-Mitglieder im Einzelhandel führten Anfang dieses Jahres Kampfmaßnahmen für ihre Forderung von 90–170 DM durch. Die Abschlüsse im Einzelhandel gingen von 4,4% in Niedersachsen bis 5,2% in Hessen. (Bild: Stuttgart) – Der Stahlarbeiterstreik vom 28.11.1978 – 10.1.1979 für 5% und Verkürzung der Arbeitszeit wurde in allen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes unterstützt. Von den 155628 stimmberechtigten IGM-Mitgliedern stimmten 87% für Streik. Abgeschlossen wurde mit 4% und 6 Wochen Urlaub ab 1982.

Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus. Privates Versicherungsgewerbe (200000 / 4,5%) ○ Druckindustrie (169000 / ca. 4,5%) ○ Eisen- und Stahlindustrie Saarland (4% / 15 Monate) ○ Großhandel Baden-Württemberg und Westberlin (80000 und 19000 / 4,4%) ○ Einzelhandel Baden-Württemberg (200000 / 4,9%), NRW (380000 / 4,9%), Saarland (25000 / 5,6%, ○ Steine- und Erdenindustrie Baden-Württemberg (30200 / 5,8%), Hessen (5,1%), Rheinland-Pfalz (5,0%) u.a. ○ Holzindustrie Bayern (4,9%) ○ Energieversorgungsbetriebe Hessen (16000 / 5,0%), Bayern (5000 / 4,7%) ○ Nahrungsmittelgewerbe, Süßwarenindustrie NRW (BRD: 60000), Obst- und Gemüseverwertungsindustrie (BRD: 22000) Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, NRW (alle 4,9%), Fleischwarenindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen (4,8%), Brot- und Backwarenindustrie NRW (4,6%) u.a. ○ Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) ○ Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Gartenbau (BRD: 39000) Rheinland-Pfalz (5,0%) ○ Arzthelferinnen (4,5%) ○ Friseurhandwerk Bayern (5,0%), Niedersachsen (4,0%).

30. April: *Die Tarifverträge für rd. 3,6 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Baugewerbe (ca. 1,1 Mio. / 4,5%, 5,6% für Poliere) ○ Steinkohlenbergbau (190000 / 4,2%) ○ Textilindustrie (BRD: 307000 / 4,4%–4,6%) Westfalen, Nordrhein (91900), Hessen und Rheinland-Pfalz (22000), Baden-Württemberg (101100), Bayern (53400) ○ Bekleidungsindustrie (ohne Berlin und Saarland; BRD: 260000 / 4,1%, 4,5% für Gehälter) ○ Chemische Industrie Hessen, Nordrhein, Reinland-Pfalz (275000 / 4,3% / 13 Monate; BRD: 670000) ○ Großhandel Niedersachsen

Bayern (32000) ○ Süßwarenindustrie Bayern, Hessen, Niedersachsen, Bremen (4,5%) ○ Nahrungsmittelhandwerke (Bäcker- und Fleischerhandwerke) ○ Apotheken ○ Hotel- u. Gaststättengewerbe NRW (75000 / 5,0%).

31. Mai: *Die Tarifverträge für rund 0,4 Mio. Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Chemische Industrie Baden-Württemberg, Westberlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein, (330000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Feuerfeste Industrie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz (5,0%) ○ Schirmindustrie (4,5%) ○ Säureschutzindustrie (5,1%) ○ Energieversorgungsbetriebe Rheinland-Pfalz (6700 / 4,9%) ○ Großhandel Schleswig-Holstein (25000) ○ Hotel- u. Gaststättengewerbe Westberlin ○ Reisebürogewerbe (4,5%) ○ Wohnungwirtschaft (35000 / 4,5%) ○ Milchindustrie, Molkereien Württemberg, Bayern, NRW.

30. Juni: *Die Tarifverträge für rund 0,5 Mio. Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Kautschukindustrie (56000 / 4,2%) ○ Großhandel Pfalz (4,5%), Saarland (25000 / 4,7%) ○ Hotel- u. Gaststättengewerbe Niedersachsen und Schleswig-Holstein ○ Betonsteingewerbe NRW (5,8%) ○ Süßwarenindustrie Baden-Württemberg (4,5%) ○ Friseurhandwerk Hamburg (5,1%).

31. Juli: *Die Tarifverträge für rund 70000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Glasindustrie (5,0%).

31. August: *Die Tarifverträge für rund 130000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Papiererzeugende Industrie (61300 / 4,9%) ○ Kali- u. Steinsalzbergbau Hessen, Niedersachsen, NRW, Südbaden (13300 / 4,6%) ○ Brauereien NRW (16000).

30. September: *Die Tarifverträge für rund 0,25 Mio. Arbeiter und Angestell-*

Kündigungstermine Tarife 1980

Arbeiter und Angestellte in Mio.: 1, 2, 3, 4

Ende Dez. – Jan.: Metall, Stahl – Feb.: Öff. Dienst, Metall, Handel, Banken – März: Handel – April: Bau, Chemie, Bekleid., Textil, Handel – Mai: Chemie – Juni – Juli – Aug. – Sept. – Okt. – Nov.

Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 1979

Tarifbereich	Arbeiter in Tsd.	Erhöhung / Laufzeit in Monaten 1979	1978	1977
Metallindustrie	4000	4,3%/13	5,0%	6,9%
Öff.D., Post, Bahn	2200	4,0%/12	4,5%	5,3%
Baugewerbe	1100	4,5%/12	5,6%	6,4%
Chemische Industrie	700	4,3%/13	4,3%	7,0%
Bankgewerbe	300	4,5%/12	5,0%	6,5%
Versicherungen	200	4,5%/12	5,0%	6,5%
Steinkohlebergbau	200	4,2%/12	4,35%	6,4%
Druckindustrie	170	4,5%/12	5,0%	6,6%
Papierverarb. Ind.	110	4,3%/13	5,0%	6,6%
Textilindustrie	320	4,1–4,6%/12	4,8–5,2%	6,8%
Bekleidungsind.	260	4,1%/12* 4,5%/12**	5,0%	6,4%
Säge-, Holzind. Handwerk	390	4,5–5,5%/12	4,9–6,3%	6,2–6,4%
Groß-, Außenhand.	800	4,2–5,7%/12	4,2–5,6%	6,4–7,0%
Einzelhandel	300	4,8–4,9%/12	4,8–6,2%	6,3–7,0%

* Arbeiter ** Angestellte / Quelle: Bundesministerium für Arbeit

Die bürgerlichen Politiker testen, wieweit sie gehen können



Ehrenberg zur Krankenversicherung: „Bundesarbeitsminister Ehrenberg (SPD) erklärte gestern, wenn die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nicht gebremst würde, sei die in den letzten 2 Jahren erreichte Stabilität der Beitragssätze gefährdet." (Rheinische Post, 30.08.79)

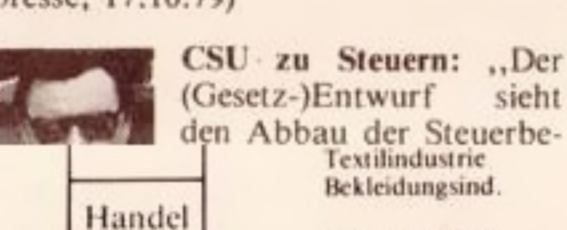


Lambsdorff zum Lohn: „Die Tarifvertragsparteien haben sich in der diesjährigen Lohnrunde und während der jüngsten Debatte über Lohnnachschläge sehr verantwortungsbewußt gezeigt. Die Bundesregierung vertraut darauf, daß sich

träge zahlen. Es ginge nicht an, daß die Beiträge zur Rentenversicherung zunehmend von den Wirtschaftszweigen aufgebracht würden, in denen die Rationalisierungsmöglichkeiten gering sind." (Ruhr-Nachrichten, 10.10.79)



Meinhold zur Rente: „Angesichts des großen Problems der Rentenfinanzierung hat sich der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung, Professor Meinhold, für eine Besteuerung der Renten ausgesprochen." (Südwestpresse, 17.10.79)



CSU zu Steuern: „Der (Gesetz-)Entwurf sieht den Abbau der Steuerbe-

einem Entlastungspaket Mehrbelastungen der Steuerzahler mindern, die aufgrund der Einkommenssteuerentwicklung über das gebotene Maß hinaus eingetreten sind." (Heilbronner Stimme, 02.11.79)

Finanzministerium zur Mehrwertsteuer: „Im Bundesfinanzministerium wird eine erneute Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar erwogen, um einen Teil der Kosten für das geplante Steuerentlastungspaket 1981 auszugleichen." (Rheinpfalz, 06.11.79)



Finanzministerium zur Mehrwertsteuer: „Das Bundesfinanzministerium hat am Montag entschieden dementiert, daß es Pläne zur Erhöhung der Mehrwert-

Baden-Württemberg (30200 / 5,8%), Hessen (5,1%), Rheinland-Pfalz (5,0%) u.a. ○ Holzindustrie Bayern (4,9%) ○ Energieversorgungsbetriebe Hessen (16000 / 5,0%), Bayern (5000 / 4,7%) ○ Nahrungsmittelgewerbe, Süßwarenindustrie NRW (BRD: 60000), Obst- und Gemüseverwertungsindustrie (BRD: 22000) Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, NRW (alle 4,9%), Fleischwarenindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen (4,8%), Brot- und Backwarenindustrie NRW (4,6%) u.a. ○ Metallhandwerke (verschiedene Bereiche) ○ Verkehrsgewerbe (verschiedene Bereiche) ○ Gartenbau (BRD: 39000) Rheinland-Pfalz (5,0%) ○ Arzthelferinnen (4,5%) ○ Friseurhandwerk Bayern (5,0%), Niedersachsen (4,0%).

30. April: *Die Tarifverträge für rd. 3,6 Millionen Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Baugewerbe (ca. 1,1 Mio. / 4,5%, 5,6% für Poliere) ○ Steinkohlenbergbau (190000 / 4,2%) ○ Textilindustrie (BRD: 307000 / 4,4%–4,6%) Westfalen, Nordrhein (91900), Hessen und Rheinland-Pfalz (22000), Baden-Württemberg (101100), Bayern (53400) ○ Bekleidungsindustrie (ohne Berlin und Saarland; BRD: 260000 / 4,1%, 4,5% für Gehälter) ○ Chemische Industrie Hessen, Nordrhein, Reinland-Pfalz (275000 / 4,3% / 13 Monate; BRD: 670000) ○ Großhandel Niedersachsen
(100000 / 4,9%), Rheinland-Rheinhessen (50000 / 4,7%) ○ Einzelhandel Bayern (250000 / 5,3%), Hamburg (4,8%), Niedersachsen (150000 / 4,4%), Rheinland-Pfalz (75000 / 5,0%), Schleswig-Holstein (50000 / 4,8–5,8%) ○ Malerhandwerk (4,8%) ○ Dachdeckerhandwerk (50000 / 4,8%) ○ Steine- u. Erdenindustrie

Schleswig-Holstein, (330000 / 4,3% / 13 Monate) ○ Feuerfeste Industrie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz (5,0%) ○ Schirmindustrie (4,5%) ○ Säureschutzindustrie (5,1%) ○ Energieversorgungsbetriebe Rheinland-Pfalz (6700 / 4,9%) ○ Großhandel Schleswig-Holstein (25000) ○ Hotel- u. Gaststättengewerbe Westberlin ○ Reisebürogewerbe (4,5%) ○ Wohnungwirtschaft (35000 / 4,5%) ○ Milchindustrie, Molkereien Württemberg, Bayern, NRW.

30. Juni: *Die Tarifverträge für rund 0,5 Mio. Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Kautschukindustrie (56000 / 4,2%) ○ Großhandel Pfalz (4,5%), Saarland (25000 / 4,7%) ○ Hotel- u. Gaststättengewerbe Niedersachsen und Schleswig-Holstein ○ Betonsteingewerbe NRW (5,8%) ○ Süßwarenindustrie Baden-Württemberg (4,5%) ○ Friseurhandwerk Hamburg (5,1%).

31. Juli: *Die Tarifverträge für rund 70000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Glasindustrie (5,0%).

31. August: *Die Tarifverträge für rund 130000 Arbeiter und Angestellte laufen aus.* Papiererzeugende Industrie (61300 / 4,9%) ○ Kali- u. Steinsalzbergbau Hessen, Niedersachsen, NRW, Südbaden (13300 / 4,6%) ○ Brauereien NRW (16000).

30. September: *Die Tarifverträge für rund 0,25 Mio. Arbeiter und Angestell-*
te laufen aus. Erdöl- u. Erdgasgewinnung (10000) ○ Mineralölindustrie (Firmenverträge) ○ Kunststoffverarbeitende Industrie Hessen u. Baden-Württemberg ○ Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, NRW (168000) ○ Brauereien Baden-Württemberg u. Bayern ○ Fischindustrie Bremerhaven.

Metall, Handel, Textil, Bekleid., Chemie, Öff. Dienst, Metall, Handel, Bau, Chemie – Ende Dez., Jan., Feb., März, April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt., Nov.

Tarifbereich	Arbeiter in Tsd.	1979	1978	1977
Textilindustrie	320	4,1–4,6%/12	4,8–5,2%	6,8%
Bekleidungsind.	260	4,1%/12* 4,5%/12**	5,0%	6,4%
Säge-, Holzind. Handwerk	390	4,5–5,5%/12	4,9–6,3%	6,2–6,4%
Groß-, Außenhand.	800	4,2–5,7%/12	4,2–5,6%	6,4–7,0%
Einzelhandel	300	4,8–4,9%/12	4,8–6,2%	6,3–7,0%

* Arbeiter ** Angestellte / Quelle: Bundesministerium für Arbeit

Die bürgerlichen Politiker testen, wieweit sie gehen können



Ehrenberg zur Krankenversicherung: „Bundesarbeitsminister Ehrenberg (SPD) erklärte gestern, wenn die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nicht gebremst würde, sei die in den letzten 2 Jahren erreichte Stabilität der Beitragssätze gefährdet." (Rheinische Post, 30.08.79)



Lambsdorff zum Lohn: „Die Tarifvertragsparteien haben sich in der diesjährigen Lohnrunde und während der jüngsten Debatte über Lohnnachschläge sehr verantwortungsbewußt gezeigt. Die Bundesregierung vertraut darauf, daß sich
daran auch für 1980 nichts ändern wird." (Berliner Morgenpost, 16.09.79)



Lambsdorff-Ministerium zur Wirtschaftslage: „Preisdisziplin und Maßhalten beim Lohn sind das A und O ... Versuche der Gewerkschaften, Ausgleichsansprüche für die außenwirtschaftlich bedingten Teuerungen durchzusetzen, können jedoch eine neue inflationäre Entwicklung mit erheblichen Konsequenzen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung auslösen." (Kieler Nachrichten, 28.09.79)



Emminger zum Lohn: „Zur Tarifrunde 1980 meinte der Bundesbankpräsident, die Bundesbank habe nie Zweifel daran gelassen, daß man in eine Lohnkosteninflation geraten würde, wenn man von der augenblicklichen Inflationsrate ausginge." (Main-Post, 27.09.79)

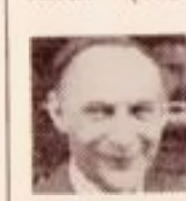


Fuchs zur Rente: „Die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anke Fuchs, hat im Hinblick auf die Reform der Hinterbliebenenversorgung angeregt, daß die Ehemänner die Steuervorteile zugunsten ihrer, den Haushalt führenden, Frauen in die Rentenversicherung einzahlen." (Süddeutsche Zeitung, 05.10.79)



Ehrenberg zur Rente: „Überall dort, wo Arbeitnehmer den Maschinen weichen müßten, sollten die Maschinen einen entsprechenden Teil der Versicherungsbei-

träge zahlen. Es ginge nicht an, daß die Beiträge zur Rentenversicherung zunehmend von den Wirtschaftszweigen aufgebracht würden, in denen die Rationalisierungsmöglichkeiten gering sind." (Ruhr-Nachrichten, 10.10.79)



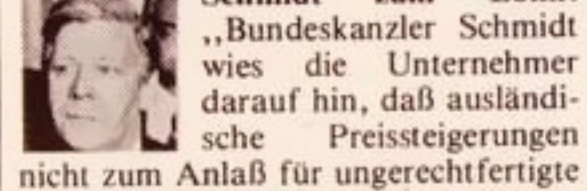
Meinhold zur Rente: „Angesichts des großen Problems der Rentenfinanzierung hat sich der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung, Professor Meinhold, für eine Besteuerung der Renten ausgesprochen." (Südwestpresse, 17.10.79)



CSU zu Steuern: „Der (Gesetz-)Entwurf sieht den Abbau der Steuerbe-
lastung bei mittleren Einkommen ..., eine Senkung des Proportionalsteuersatzes für Einkommen bis 16000 Mark ... und ab 1971 eine Wiedereinführung der Kinderfreibeträge von 300 DM je Kind und Elternteil vor." (Main-Post, 20.10.79)



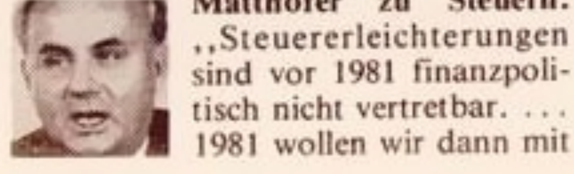
Wirtschaftsinstitute zum Lohn: „... Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist nach Ansicht der Institute, daß sich die Lohnabschlüsse nicht allzuweit von den Lohnerhöhungen 1979 entfernen und bei etwa 5,0% liegen ..." (Kieler Nachrichten, 23.10.79)



Schmidt zum Lohn: „Bundeskanzler Schmidt wies die Unternehmer darauf hin, daß ausländische Preissteigerungen nicht zum Anlaß für ungerechtfertigte Preissteigerungen im Inland genommen werden. Er betonte weiter, die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale dürfe nicht leicht genommen werden." (Braunschweiger Zeitung, 23.10.79)



Strauß zur Mehrwertsteuer: „Der Bayerische Ministerpräsident F.J. Strauß hat laut ddp eine schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert, sich zugleich aber erneut für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer ausgesprochen ..." (Süddeutsche Zeitung, 31.10./01.11.79)



Matthöfer zu Steuern: „Steuererleichterungen sind vor 1981 finanzpolitisch nicht vertretbar. ... 1981 wollen wir dann mit

einem Entlastungspaket Mehrbelastungen der Steuerzahler mindern, die aufgrund der Einkommenssteuerentwicklung über das gebotene Maß hinaus eingetreten sind." (Heilbronner Stimme, 02.11.79)



Finanzministerium zur Mehrwertsteuer: „Im Bundesfinanzministerium wird eine erneute Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar erwogen, um einen Teil der Kosten für das geplante Steuerentlastungspaket 1981 auszugleichen." (Rheinpfalz, 06.11.79)



Finanzministerium zur Mehrwertsteuer: „Das Bundesfinanzministerium hat am Montag entschieden dementiert, daß es Pläne zur Erhöhung der Mehrwert-
steuer gibt. Ein Sprecher des Ministeriums sagte in Bonn außerdem, Stellungnahmen zu Einzelheiten solcher Pläne müßten als völlig verfrüht angesehen werden." (Neue Osnabrücker Zeitung, 06.11.79)



Strauß zur Steuerpolitik: „... hat am Dienstag vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kurz- und längerfristige Initiativen zur Steuererleichterung angekündigt. Bis Ende November soll auf der Grundlage bayerischer Vorschläge ein Konzept ausgearbeitet werden ... Es sei damit zu rechnen, erklärte Strauß, daß die Bundesregierung im Januar ein steuer- und familienpolitisches Programm vorlegen werde ..." (Kölner Stadtanzeiger, 07.11.79)



SPD/FDP zur Steuerpolitik: „SPD und FDP sympathisieren nach bisherigen Planspielen über das Steuerpaket 1981 anscheinend mit einer Ausdehnung der Proportionalzone im Lohn- und Einkommensteuertarif ..., die Steuerausfälle werden mit etwa 7 Mrd. Mark beziffert. ... Wie weiter zu hören ist, drängt die SPD nach wie vor darauf, den 1980 in Kraft getretenen Kinderbetreuungsbetrag bereits 1981 wieder abzuschaffen und stattdessen einen speziellen Grundfreibetrag je Kind einzuführen. Die Höhe des Freibetrages könnte bei etwa 350 bis 400 DM je Kind liegen, Groß- und Kleinverdienern einheitlich 7 DM pro Kind und Monat bringen und bis zu 1 Mrd. DM kosten." (Handelsblatt, 8.11.79)

Quelle: Presseauszüge: KVZ Spezialnachrichtendienste

z.maf. **Die Schaubildreihe 01–13 zeigt,** daß die Lohnbewegung, die in der metallverarbeitenden Industrie so gut beginnt, noch ganz erhebliche Probleme lösen muß, bis ein Abschluß z.B. von 170 DM / 8% mindestens erreicht werden kann. Die Bilder sind geordnet nach dem Ausmaß, das die Beschäftigung zu Niedriglöhnen in den Bundesländern der BRD und in Westberlin hat. Eine Darstellung, geordnet streng nach Tarifgebieten der IG Metall war nicht möglich. Aber im großen und ganzen deckt sich das schon. Die Gefahr der Spaltung, die aus der Beschäftigung zu Niedriglöhnen erwächst, erkennt man am besten bei Westberlin, das in dieser Hinsicht eine traurige Spitzenposition einnimmt. Nähere Untersuchung dieser Lohnverteilung ergibt folgendes Problem: Ein Abschluß von 170 DM / 8% mindestens (auf der Festgeldseite mit einem effektiven Gewicht von 238 DM gerechnet) würde ein Volumen von 11,1% ungefähr ausmachen. Bei einem Abschluß von 11,1% in reinen Prozenten käme aber knapp über die Hälfte aller Beschäftigten besser weg. Das ist keine Frage der Forderungsstruktur mehr. Das ergibt sich aus der *Entlohnungsstruktur.* Dies Ausmaß der Spaltung ist in Westberlin wahrscheinlich gegeben. Das heißt: Kaum daß der Irrtum grassiert, die Kapitalisten wären eine bestimmte Summe zu zahlen bereit, und mehr wäre nicht zu holen, sind bei dieser Lohnverteilung reine Prozentforderungen für die Mehrheit der Beschäftigten besser. Freilich nur auf Kosten einer immer wüster barbarischen Ausbeutung auf der unteren Hälfte der Lohnskala. Nun ist dieser reine Rechenstandpunkt ja eigentlich läppisch, wenn solch umfängliche Beschäftigung zu Niedriglöhnen geduldet wird, werden die Abschlüsse insgesamt schlechter. Aber bei den Tarifverhandlungen sieht das für einen Moment immer anders aus. Denn sind die Kapitalisten auf ein bestimmtes Volumen einmal festgenagelt, so würde dies Volumen rein prozentig verteilt eben immer für über die Hälfte günstiger sein. Freilich nicht für über die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder. In Großbritannien übrigens, wo die Beschäftigung zu Niedriglöhnen noch weiter verbreitet ist als in der BRD, hat das schon dazu geführt, daß für die unteren Lohngruppen niedrigere Prozentforderungen aufgestellt wurden als für die höheren. Würde aber in diesem Jahr ein Abschluß vom Typus 170 DM / 8% mindestens durchgesetzt, so wäre diese Zielmarke kapitalistischer Spalterei für längere Zeit hin, und das wäre doch einiger Mühe wert.

,,Neues aus dem Bayernland''
Geschichtsaufarbeitung und Bundestagswahlen

z.rem. Eine ganze Welle von Büchern, die vorgeben, die bayerische Geschichte aufzuarbeiten, erscheinen gegenwärtig auf dem Büchermarkt. Der ,,Stern'' widmete diesem Vorgang eigens drei Seiten. Die Bücher wetteifern einerseits darum, das Klischeebild, das die westdeutsche Bourgeoisie über die Bayern aufgebaut hat, aufzupolieren, als auch andererseits die politische Landschaft in Bayern darzustellen als Ergebnis dessen, daß sich in Bayern aus der Geschichte konservative Werte mit moderner Politik harmonisch verbinden, gemäß dem Wahlspruch der CSU: ,,Mir san mir und schreiben uns uns.''

Die politische Welt in Bayern war in Ordnung, man ist mit den Königen gut gefahren. Sie waren keine Kriegstreiber, sondern erdverbundene Gestalten, nach dem urbayerischen Wahlspruch handelnd: Bauen, brauen, sauen. Zwar war dann der eine nicht ganz richtig im Kopf, der andere war ein Märchenkönig, der dritte war einer Hure verfallen. Als dann noch die Bierpreise erhöht wurden, war es den Massen zuviel, und es kam zur Märzrevolution von 1848.

Bernhard Ücker, Redakteur beim Bayerischen Rundfunk, hat in seinem Buch ,,Das III. Königreich Bayern'' den Versuch unternommen zu beweisen, daß in Bayern auf Grund ,,tausendjähriger monarchischer Tradition'' sich heute ,,konservative Werte mit den politischen Errungenschaften der Moderne harmonisch verbinden.'' Ücker kommt zu der hirnrissigen Konsequenz, heute ein System einzuführen, wo Demokratie und Monarchie miteinander verbunden werden, denn der König kontrolliert das Parlament, und das Parlament kontrolliert den König. Das entspräche der Natur des Menschen, denn der Mensch will einerseits geführt werden, und andererseits will er demokratisch entscheiden. Es muß ein König da sein, denn Hitler sei ja aus dem Volk gekommen, und man hat gesehen, was daraus geworden ist.

Bei der Beweisführung für die konservativen Werte mußte Ücker die Klassenkämpfe in Bayern ziemlich verdunkeln. So gibt er als Beleg an für die Verbundenheit der Bayern mit ihren Fürsten und Königen, daß die Aufstände der Bauern 1705/1706 Kämpfe der Bauern mit den Fürsten gegen die österreichischen Besatzer gewesen seien. Zwar haben sich die Bauern gegen die Besatzer erhoben, der Aufstand richtete sich gleichzeitg gegen die feudale Reaktion, gegen Leibeigenschaft, Frondienste und Zwangsabgaben.

Zur bürgerlich-demokratischen Revolution äußert sich Ücker nicht. Die unterdrückten Klassen kämpften am entschiedensten, zunächst war die auf-

den Versuch unternommen zu beweisen, daß in Bayern auf Grund ,,tausendjähriger monarchischer Tradition'' sich heute ,,konservative Werte mit den politischen Errungenschaften der Moderne harmonisch verbinden.'' Ücker kommt zu der hirnrissigen Konsequenz, heute ein System einzuführen, wo Demokratie und Monarchie miteinander verbunden werden, denn der König kontrolliert das Parlament, und das Parlament kontrolliert den König. Das entspräche der Natur des Menschen, denn der Mensch will einerseits geführt werden, und andererseits will er demokratisch entscheiden. Es muß ein König da sein, denn Hitler sei ja aus dem Volk gekommen, und man hat gesehen, was daraus geworden ist.

Bei der Beweisführung für die konservativen Werte mußte Ücker die Klassenkämpfe in Bayern ziemlich verdunkeln. So gibt er als Beleg an für die Verbundenheit der Bayern mit ihren Fürsten und Königen, daß die Aufstände der Bauern 1705/1706 Kämpfe der Bauern mit den Fürsten gegen die österreichischen Besatzer gewesen seien. Zwar haben sich die Bauern gegen die Besatzer erhoben, der Aufstand richtete sich gleichzeitg gegen die feudale Reaktion, gegen Leibeigenschaft, Frondienste und Zwangsabgaben.

Zur bürgerlich-demokratischen Revolution äußert sich Ücker nicht. Die unterdrückten Klassen kämpften am entschiedensten, zunächst war die auf-

steigende Bourgeoisie zusammen mit den unterdrückten Klassen gegen die feudale Reaktion vorgegangen. Es ging der aufsteigenden Bourgeoisie darum, sich für die kapitalistische Produktionsweise die entsprechenden politischen Formen zu sichern. Als ihr die Führung aus der Hand zu gleiten drohte, hat sie sich mit dem Adel verbunden gegen die unterdrückten Klassen. Die unterdrückten Klassen riefen auf zum Sturz des feudalen Staates. König Ludwig I. mußte abdanken. Er versuchte schon seit Beginn seiner Regierungszeit, die wachsenden politischen Widersprüche in den Griff zu kriegen. So schrieb Ludwig I. im Jahre 1833: ,,In den Volksschulen kommt es nicht auf bloßes Wissen an, sondern auf eine Erziehung zum Rechten, Guten und Heiligen.'' Darin sah Ludwig I. das ,,wirksamste Mittel, den bösen Geist der Zeit zu bannen.'' Sein Nachfolger Maximilian entwickelte als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Investitionsprogramm, um die Arbeiterklasse zu beschwichtigen.

Die Novemberrevolution 1918 und die daraus entstandene Bayerische Räterepublik ist für Ücker nicht das Ergebnis der Verschärfung der Klassenkämpfe, sondern: ,,Doch leider gehört auch das zu den Schicksalslinien Bayerns, daß es immer wieder in deutsche und ausländische Pauschalurteile über Deutschland miteinbezogen wird, an denen es in Wahrheit keinen Anteil hat. Das gilt nicht zuletzt für die Darstellung der sozialen Verhältnisse im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Da ist von Ausbeutung der Arbeiterklasse die Rede und einer Sozialverfassung überhaupt, die den besten Nährboden für die Saat der Revolution abgegeben habe. In Bayern aber gab es keine Großindustrie mit ihren Arbeitermassen am Rande des Existenzminimums und ebensowenig einen übermächtigen Großgrundbesitz mit seinem Landproletariat.'' Allein schon die statistischen Daten sprechen gegen die Auffassung. Nach Ücker ist die Novemberrevolution importiert worden. Die Berliner haben Kurt Eisner geschickt, und Kieler Matrosen kamen, um den Aufstand zu sichern. Ücker muß zu dieser Darstellung flüchten, denn der Kampf der bayerischen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht stark im Widerspruch zu seinen ,,konservativen Werten'', die er aus dem Geschichtsverlauf retten will.

Man kann diese Bücherschwemme zur Aufarbeitung der bayerischen Geschichte nicht anders werten als die Schaffung von Startpositionen für die bevorstehenden Bundestagswahlen. Sie sind in der Beweisführung teilweise plump, was auf eine gewisse Hektik in der Erstellung schließen läßt. Strauß hat ja bereits begonnen mit dem Nachweis, daß sich die CSU auf einen christlichen Widerstand gegen den Hitlerfaschismus stützen kann, während die Wähler der SPD zu den Faschisten gegangen seien, und Brandt ist ja auch ausgereist. Die SPD ihrerseits hat ein Interesse, das Klischeebild von Bayern

ist von Ausbeutung der Arbeiterklasse die Rede und einer Sozialverfassung überhaupt, die den besten Nährboden für die Saat der Revolution abgegeben habe. In Bayern aber gab es keine Großindustrie mit ihren Arbeitermassen am Rande des Existenzminimums und ebensowenig einen übermächtigen Großgrundbesitz mit seinem Landproletariat.'' Allein schon die statistischen Daten sprechen gegen die Auffassung. Nach Ücker ist die Novemberrevolution importiert worden. Die Berliner haben Kurt Eisner geschickt, und Kieler Matrosen kamen, um den Aufstand zu sichern. Ücker muß zu dieser Darstellung flüchten, denn der Kampf der bayerischen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht stark im Widerspruch zu seinen ,,konservativen Werten'', die er aus dem Geschichtsverlauf retten will.

Man kann diese Bücherschwemme zur Aufarbeitung der bayerischen Geschichte nicht anders werten als die Schaffung von Startpositionen für die bevorstehenden Bundestagswahlen. Sie sind in der Beweisführung teilweise plump, was auf eine gewisse Hektik in der Erstellung schließen läßt. Strauß hat ja bereits begonnen mit dem Nachweis, daß sich die CSU auf einen christlichen Widerstand gegen den Hitlerfaschismus stützen kann, während die Wähler der SPD zu den Faschisten gegangen seien, und Brandt ist ja auch ausgereist. Die SPD ihrerseits hat ein Interesse, das Klischeebild von Bayern

zu nutzen, um gegen die CSU vorzugehen. Für die SPD beginnt die bayerische Geschichte erst ab 1890, vorher sieht sie nur Schwarzes. Der Zielpunkt bei diesen Manövern soll Spaltung der lohnabhängigen Massen in Westdeutschland und Westberlin sein.

Regionale Klassenkämpfe: Klassenkämpfe in Bayern
Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm
1848 – Bürgerlich-demokratische Revolution in Bayern

Die revolutionäre Bewegung erzwingt den Rücktritt Ludwig I.

Und schon drang, noch in den letzten Tagen des Monats Februar, von Frankreich die Nachricht vom Sturze des Julikönigtums herüber. Auch in München versammelten sich Bürger und Studenten und forderten Maßnahmen im Sinne der deutschen Einheit und des freiheitlichen Ausbaus der Verfassung in den Einzelstaaten. Man forderte u.a. auch die Entlassung des Ministeriums Berks. Als die Regierung sich nicht beeilte, diese Forderungen zu erfüllen, steigerte sich innerhalb wie außerhalb Münchens die Erregung. Am 2. März kam es vor dem Haus Berks in der Ludwigstraße und namentlich vor dem Regierungsgebäude zu Unruhen. Um Exzessen vorzubeugen, wurde Generalmarsch durch die Stadt geschlagen. Linientruppen und die Landwehr erschienen rasch auf ihren Sammelplätzen und säuberten die bedrohten Orte von den Tumultuanten, die durch Errichtung von Barrikaden das Vordringen der Truppen zu hemmen suchten und außerhalb der Stadt einige Gendarmeriestationen überfielen und übel zurichteten.



Um 9 Uhr abends, 2. März 1848, stürmen die Massen das königliche Innenministerium

Am 3. März verschärfte sich die Lage. Eine vielköpfige Menge durchwogte die Straßen. Man hielt in den Kreisen der Bürgerschaft den Zeitpunkt für gekommen, längst- und tiefgefühlten Anliegen des Volkes Gewährung zu verschaffen. Um 11 Uhr fand auf dem Rathause eine Versammlung statt, in der eine schon einige Tage zuvor beratene Adresse an den König entworfen und zum Unterzeichnen aufgelegt wurde. Abschaffung der Zensur, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtssprechung, Einführung von Geschworenengerichten, ein zeitgemäßes Wahlgesetz, Änderung der Wahlordnung für den Landtag, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Ständehauses auf die Verfassung waren die Forderungen, die vor den König gebracht werden sollten. Bereits um drei Uhr nachmittags war die Adresse mit fast 10000 Unterschriften aus allen Ständen versehen.

(...) Als vollends die Nachricht die Stadt durcheilte, daß von Augsburg Chevaulegers eingetroffen seien und die Kavallerie das Rathaus besetze, eilte die erbitterte, aufs äußerste gereizte Menge dem Zeughause zu, zertrümmerte die Fensterkreuze und drang ins Innere ein, während durch die Stadt das Sturmgeläute der Glocken erscholl. Binnen einer halben Stunde hatten sich Tausende auf die bunteste Weise mit Morgensternen, Ritterspießen, alten Schwertern, Säbeln, Flinten, Folterwerkzeugen aus den Beständen des Zeughauses bewaffnet, soweit sie nicht selbst die Metzgerbeile, Holznacken, Heu- und Mistgabeln oder Bratspiesse mitgebracht hatten. Man sammelte sich am Anger, in der Pfandhausstrasse, am Promenade- und Dultplatz, um sich mit dem Bürgermilitär zu vereinigen.(...)



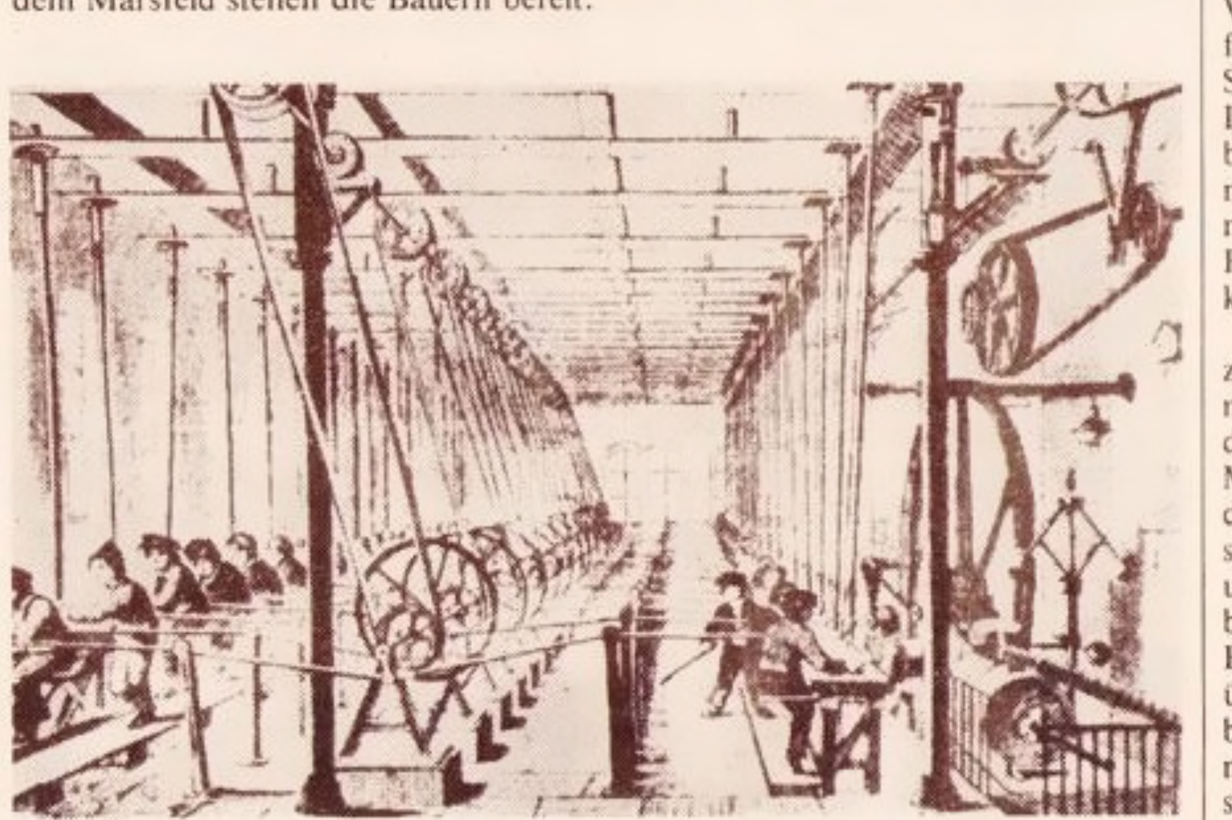
Um 9 Uhr abends, 2. März 1848, stürmen die Massen das königliche Innenministerium

Am 3. März verschärfte sich die Lage. Eine vielköpfige Menge durchwogte die Straßen. Man hielt in den Kreisen der Bürgerschaft den Zeitpunkt für gekommen, längst- und tiefgefühlten Anliegen des Volkes Gewährung zu verschaffen. Um 11 Uhr fand auf dem Rathause eine Versammlung statt, in der eine schon einige Tage zuvor beratene Adresse an den König entworfen und zum Unterzeichnen aufgelegt wurde. Abschaffung der Zensur, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtssprechung, Einführung von Geschworenengerichten, ein zeitgemäßes Wahlgesetz, Änderung der Wahlordnung für den Landtag, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Ständehauses auf die Verfassung waren die Forderungen, die vor den König gebracht werden sollten. Bereits um drei Uhr nachmittags war die Adresse mit fast 10000 Unterschriften aus allen Ständen versehen.

(...) Als vollends die Nachricht die Stadt durcheilte, daß von Augsburg Chevaulegers eingetroffen seien und die Kavallerie das Rathaus besetze, eilte die erbitterte, aufs äußerste gereizte Menge dem Zeughause zu, zertrümmerte die Fensterkreuze und drang ins Innere ein, während durch die Stadt das Sturmgeläute der Glocken erscholl. Binnen einer halben Stunde hatten sich Tausende auf die bunteste Weise mit Morgensternen, Ritterspießen, alten Schwertern, Säbeln, Flinten, Folterwerkzeugen aus den Beständen des Zeughauses bewaffnet, soweit sie nicht selbst die Metzgerbeile, Holznacken, Heu- und Mistgabeln oder Bratspiesse mitgebracht hatten. Man sammelte sich am Anger, in der Pfandhausstrasse, am Promenade- und Dultplatz, um sich mit dem Bürgermilitär zu vereinigen.(...)



Der Sturm auf das Zeughaus am 4. März 1848. Die Arbeiter bewaffnen sich. Auf dem Marsfeld stehen die Bauern bereit.



1840. Kinderarbeit in der Aschaffenburger Buntpapierfabrik

Die Nacht vom 4./5. März verstrich ruhig. Als aber am Morgen des sechsten sich das Gerücht verbreitete, die Augsburger Chevaulegers seien in Nymphenburg stationiert, die Kürassiere von Freising in die Stadt gezogen worden und die Entwaffnung des Bürgermilitärs sei geplant, flammte die Erregung aufs Neue empor. Schon sah man viele öffentlich mit schwarz-rotgoldenem Bande erscheinen, rote Fahnen, Federn und Hüte wurden getragen, die Marseillaise erklang, und Vivats auf die Freiheit und die Republik wurden ausgebracht. Es konnte kein Zweifel bestehen, daß die bevorstehenden Unruhen alle bisherigen in Schatten stellen würden. Abermals wurde eine Deputation an den Monarchen abgeordnet, abermals mußte Ludwig dem Druck der Straße weichen und damit sein bisheriges Regierungssystem Zoll für Zoll opfern.

(aus: Bayernland, 43. Jahrgang 1932, S. 47 ff.)

Zusammen mit Bürgertum und Proletariat erheben sich die Bauern

Die Kundgebungen in den Städten hatten in der Landbevölkerung die Hoffnung geweckt, daß nun auch für sie die Stunde gekommen sei, die Bürde der Lasten und Beschränkungen abzuwerfen, um deren Beseitigung die Bauerngeschlechter seit dem hohen Mittelalter kämpften. (...)

Wie auf ein Stichwort rotteten sich die Bauern und Arbeiter in improvisierten Versammlungen zusammen und zogen, manchmal ganze Gemeinden, vor die Schlösser und Amtsgebäude ihrer Gerichts- und Grundherren. Sofern die gutartigen Elemente die Führung hatten, beschränkte man sich auf Bittschriften, die man durch Abordnungen überreichen ließ. (...)

Gemeinden, in denen die besitzlosen und radikalen Elemente überwogen, aber veranstalteten Sturmpetitionen. Sie erschienen teilweise mit Äxten, Sensen und Flinten bewaffnet und stützten ihre ultimativen Forderungen durch üble Drohungen und Erpressungen. Fast überall verlangte man die Befreiung von der Forstpolizei und den grundherrlichen Abgaben, Aufhebung der als lästig empfundenen Verträge über die Ablösung von Diensten ... und die Entfernung mißliebiger Beamter, besonders rücksichtsloser Gerichts- und Rentbeamter und allzu eifriger Förster.

Das Bürgertum fürchtet die Bewegung des Proletariats und der Bauern und bereitet das Bündnis mit dem Feudaladel vor

,,Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß die Proletarier sich neben den gesetzlichen Autoritäten eindrängen und mitregieren wollen.'' So berichtet der Präsident am Abend des 6. März dem Innenminister. Er war natürlich entschlossen, diesem Begehren mit allen gebotenen Mitteln zu begegnen.''

geschlechter seit dem hohen Mittelalter kämpften. (...)

Wie auf ein Stichwort rotteten sich die Bauern und Arbeiter in improvisierten Versammlungen zusammen und zogen, manchmal ganze Gemeinden, vor die Schlösser und Amtsgebäude ihrer Gerichts- und Grundherren. Sofern die gutartigen Elemente die Führung hatten, beschränkte man sich auf Bittschriften, die man durch Abordnungen überreichen ließ. (...)

Gemeinden, in denen die besitzlosen und radikalen Elemente überwogen, aber veranstalteten Sturmpetitionen. Sie erschienen teilweise mit Äxten, Sensen und Flinten bewaffnet und stützten ihre ultimativen Forderungen durch üble Drohungen und Erpressungen. Fast überall verlangte man die Befreiung von der Forstpolizei und den grundherrlichen Abgaben, Aufhebung der als lästig empfundenen Verträge über die Ablösung von Diensten ... und die Entfernung mißliebiger Beamter, besonders rücksichtsloser Gerichts- und Rentbeamter und allzu eifriger Förster.

Das Bürgertum fürchtet die Bewegung des Proletariats und der Bauern und bereitet das Bündnis mit dem Feudaladel vor

,,Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß die Proletarier sich neben den gesetzlichen Autoritäten eindrängen und mitregieren wollen.'' So berichtet der Präsident am Abend des 6. März dem Innenminister. Er war natürlich entschlossen, diesem Begehren mit allen gebotenen Mitteln zu begegnen.''

,,Volksversammlung und Volksbewaffnung waren also die Ausdrucksformen des so plötzlich entbundenen Volkswillens. (...)

In Nürnberg, Bamberg, Bayreuth betrieb man offen die Absetzung der Bürgermeister. Die Bayreuther Zeitung bemerkte mit Recht dazu, daß sich darin eine sonderbare Auffassung der Freiheit äußere; (...)

In vielen Gerichten und Dörfern wurden die mißliebigen Beamten einfach davongejagt, überall wurden Versammlungen einberufen und Forderungen für die Gesetzgebung des Landtages erhoben. (...)

Die Regierung ließ die Dinge jedoch laufen, weil die Landwehr bei den Volksaufläufen und Demonstrationen fast ohne Ausnahme versagte und die Selbstschutzverbände sich gut hielten. Das war umso wesentlicher, als auch bei den Linientruppen um diese Zeit eine bedenkliche Lockerung der Manneszucht zu beobachten war und sogar Fälle von Gehorsamsverweigerung vorkamen. (...)

Die Regierung hielt diese Verschmelzung von Arbeiter- und Bauernvereinen für besonders gefährlich. Sie wies deshalb den Stadtkommissar und den Magistrat von Nürnberg als die zuständigen Polizeibehörden an, diese Bestrebungen sorgfältig zu überwachen und dahin zu wirken, daß auch Fabrikbesitzer und Handwerksmeister an den Beratungen teilnähmen und genau über ihren Verlauf und ihre Ereignisse berichteten, ,,damit dieser Moment nicht von auswärtigen oder einheimischen Wühlern benützt werde, um ihre Zwecke zu verfolgen.''

(Veröffentl. d. Ges. für fränkische Geschichte)